

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe  
im Deutschen Institut für Urbanistik



Aktuelle Beiträge  
zur Kinder- und Jugendhilfe 69

## **KINDERarmut + KinderARMUT?**

**Lebenssituationen und  
Zukunftsperspektiven von  
Kindern und Familien in  
Deutschland –  
Konsequenzen für  
die Jugendhilfe**

Dokumentation des  
11. Berliner Diskurses zur Jugendhilfe  
am 23. und 24. Oktober 2008

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH  
Sitz Berlin  
AG Charlottenburg – HRB  
Geschäftsführer:  
Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin ·  
Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100  
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe  
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 ·  
E-Mail: [agfj@difu.de](mailto:agfj@difu.de)  
Internet: [www.fachtagungen-jugendhilfe.de](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de)

Der Diskurs wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

### **Impressum:**

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Dörte Jessen

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Berlin

Fotos:

Rita Rabe

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Berlin

Berlin 2009

### **Hinweise zur Download-Ausgabe:**

**Der vorliegende Tagungsband wird von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Es besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden.**

**Die Texte sind schreibgeschützt.**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Eröffnung und Einführung in das Tagungsthema</b>	5
BRUNO PFEIFLE Leiter des Stadtjugendamtes Stuttgart	
<b><u>Fachvorträge</u></b>	
<b>KINDERarmut: Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte Kinder- und Jugendhilfe darüber wissen?</b>	15
PROF. DR. MATTHIAS GRUNDMANN Geschäftsführender Direktor und Professor am Institut für Soziologie, Universität Münster	
<b>KinderARMUT? Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte Kinder- und Jugendhilfe darüber wissen?</b>	25
PD DR. CHRISTINE MEYER Vertretungsprofessorin Sozialmanagement in pädagogischen Handlungsfeldern, Institut für Erziehungswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena	
<b>Armut von Kindern – Anmerkungen aus kinderrechtlicher Sicht</b>	38
DR. JÖRG MAYWALD Geschäftsführer, Deutsche Liga für das Kind, Berlin	
<b><u>Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen</u></b>	
<b>Stadtentwicklungskonzept zur Demografie in Wolfsburg</b>	46
CAROLA KIRSCH Leiterin des Geschäftsbereichs Jugend der Stadt Wolfsburg	
<b>Sozialräumliche Vernetzung gegen Kinderarmut: Entwicklung und Aufbau einer Integrativen Sozialraumplanung in der Landeshauptstadt Erfurt</b>	57
PROF. DR. RONALD LUTZ Dekan und Professor am Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Erfurt	
<b>NeFF – Netzwerk Frühe Förderung – Ein Kooperationsprojekt des Landesjugendamtes Rheinland</b>	73
CHRISTOPH GILLES Abteilungsleiter Jugendförderung, Landesjugendamt Rheinland	
<b>„Ein Quadratkilometer Bildung“: Aufbau eines verlässlichen und zugänglichen Unterstützungssystems für Akteure aus Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen des Neuköllner Reuterkiezes</b>	87
SASCHA WENZEL und VESNA LOVRIĆ Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Berlin	

<b>Armes Kind – starkes Kind? Die Chance der Resilienz. Konzepte zur Förderung von Resilienz – Anregungen für die Praxis</b>	<b>102</b>
PROF. DR. MARGHERITA ZANDER Professorin am Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Münster	
<b>Das Dormagener Präventionsprogramm zur Frühen Förderung, Minderung und Vermeidung von Kinderarmut</b>	<b>113</b>
MARTINA HERMANN-BIERT Stellvertretende Fachbereichsleiterin und Verantwortliche für die Erzieherischen Hilfen, Fachbereich für Schule, Kinder, Familien und Senioren, Dormagen	
<b>Berichterstattung aus der Arbeitsgruppendifkussion zum Thema: Was bedeuten die in den Eingangsvorträgen vorgestellten Informationen und Analysen für die Gestaltung meiner eigenen Arbeit in der Jugendhilfe vor Ort?</b>	<b>125</b>
Berichterstatter: THOMAS KLEIN Jugendhilfeplaner, Stadtjugendamt Düsseldorf  PROF. DR. KERSTIN DELLEMANN Dozentin, Berufsakademie Gera  KERSTIN LANDUA Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin	
<b>Literaturhinweise</b>	<b>131</b>

## Eröffnung und Einführung in das Tagungsthema

BRUNO PFEIFLE

Leiter des Stadtjugendamtes Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie sehr herzlich zu unserer Arbeitstagung „KINDERarmut + KinderARMUT?“ begrüßen. – Ein schönes Wortspiel ist dieses eine Wort mit den zwei Bedeutungen, die leider in Deutschland die Realität widerspiegeln. Ich begrüße es sehr, dass wir heute in dieser Fachtagung zu beiden Bedeutungen Vorträge bekommen und auch darüber diskutieren können. Gerade die erste Deutung „KINDERarmut“ wird, so mein Eindruck, derzeit in unserer Gesellschaft erheblich weniger diskutiert, als es notwendig wäre.

Natürlich könnte ich jetzt nur von Stuttgart ausgehen – ich bin nun halt mal ein Stuttgarter. Da sieht es aktuell so aus, dass entgegen der Erwartungen und entgegen der prognostizierten Entwicklung die Zahl der Kleinkinder seit 2004 wieder steigend ist. Konkret heißt das zum Beispiel, dass wir am 31.12.2007 1.000 Kinder mehr in Stuttgart hatten als prognostiziert, wobei – und das ist besonders erfreulich – die tatsächliche Anzahl der Kinder unter 3 Jahren im Jahr 2007 zwischenzeitlich wieder höher ist als die Gesamtzahl der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren im Jahr 2002. Dies ist aber nur ein winziger Ausschnitt und ändert an der demografischen Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland überhaupt nichts bzw. überhaupt nicht viel.

Ich bin deshalb sehr gespannt auf den Vortrag des Herrn Professor Dr. Matthias Grundmann mit dem Titel „KINDERarmut: Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte Kinder- und Jugendhilfe darüber wissen?“.

Was kann, so würde ich die Frage aus meiner Sicht gern ergänzen, was kann Kinder- und Jugendhilfe dafür tun, jungen Paaren den Kinderwunsch zu erleichtern bzw. sie zu unterstützen, Kinder in unsere Gesellschaft mit all ihren Problemlagen und Themen großzuziehen?

Natürlich spielt hierbei Geld eine wichtige und zentrale Rolle. Darauf komme ich später noch einmal zurück. Aber unabhängig hiervon gibt es noch eine Reihe von Themen, die auch die Jugendhilfe beeinflussen kann, die entscheidend für einen Kinderwunsch sind.

Wir haben in Stuttgart seit einigen Jahren ein großes Programm zum Thema „Kinderfreundliches Stuttgart“ aufgelegt. Dabei wurden fünf Leitziele formuliert.

1. Jedem Kind wird die Förderung und Bildung zuteil, die ihm faire Zukunftschancen eröffnet. Dies gilt insbesondere auch für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.
2. Jedes Kind findet ausreichend Platz zum Wohnen und zum Spielen im Freien.
3. Jedes Kind erhält die Chance, gesund und sicher aufzuwachsen.
4. Familie und Beruf lassen sich für Mütter und Väter leicht vereinbaren.

5. Das Miteinander der Generationen wird durch einen „Generationenvertrag vor Ort“ besonders gefördert.

Zusammengefasst kann man schlicht und einfach sagen: Unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft und sozialen Situation sollen allen Kindern positive Zukunftschancen ermöglicht werden. Das sind hehre Ziele, dessen bin ich mir sehr wohl bewusst, aber auch erstrebenswerte Ziele. Trotzdem müssen wir uns auch in der Jugendhilfe immer wieder fragen, wie wir diese Ziele zum Leben erwecken können, sei es über Leitlinien zum geschlechterspezifischen Ansatz, sei es über Leitlinien mit fraktionsspezifischem Ansatz o.a. Wie kontrollieren wir dies und wie entwickeln wir auch die Jugendhilfe in all ihren Arbeitsfeldern so weiter, dass sie produktiv dazu beiträgt, dass junge Menschen ihren Weg ins Leben, auch aus schwierigen Startpositionen heraus, erfolgreich finden und gestalten können?

Lassen Sie mich ein Beispiel aus dem **Bereich der Erziehungshilfen** nennen, wobei ich ehrlich gestehen muss, dass ich dabei ein ganz kleines bisschen befangen werde. Ich zitiere Frau Dr. Margarete Finkel, die, bevor sie die Leiterin meiner Jugendhilfeplanung in Stuttgart geworden ist, biografische Forschungen mit jungen Menschen aus der Erziehungshilfe durchgeführt hat. Sie zeigt zum Beispiel, dass ein gelingender Alltag nicht Verheißung am theoretischen Horizont lebensweltorientierter Sozialpädagogik bleiben muss, sondern durchaus bedeutungsvoll in der Lebensgeschichte junger Menschen wirksam werden kann. Für junge Frauen ist dabei, so Finkel, vor allem bedeutsam, ob sie in der Trennung von der Herkunftsfamilie Orte und Menschen finden, die ihre Suche nach Eigenständigkeit, insbesondere in der reflektierten Auseinandersetzung mit erlebten Geschlechterrollen und Prägungen unterstützen. Die Anschlussfähigkeit institutioneller Unterstützungen an die biografischen Erfahrungen wird dabei neben der Zuverlässigkeit von Versorgung und Schutz sowie der Belastbarkeit in Krisen zu den zentralen Momenten gelingender Heimerziehung. Wie detailliert und intensiv die Verstehensanstrengungen der Professionellen sein müssen, diese biografische Passung zu erarbeiten wird in ihren umfangreichen Fallanalysen aber auch deutlich. Die Moderation biografischer Suchprozesse junger Frauen und sicherlich auch junger Männer wird mit dieser Arbeit plausibel und als die zentrale Aufgabe sozialpädagogischer Fachkräfte herausgearbeitet. Aber es wird auch gezeigt, wie anspruchsvoll und von vielen Voraussetzungen getragen dies ist.

Für den **Bereich Kindertagesbetreuung** begrüße ich nachdrücklich die anerkanntesten Aktivitäten der Bundesregierung zum Beispiel zum Thema „Rechtsanspruch für 0- bis 3-Jährige“ und die dafür bereitgestellten finanziellen Mittel, bezogen auf Investitionen oder für die Betriebskosten. Ich vermisse jedoch die Forderungen und Anforderungen an die Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung. Dass in diesem Bereich vieles verändert werden muss, steht außer Frage. Denn nur wenn wir all unseren Kindern, insbesondere natürlich auch den benachteiligten Kindern, eine gelingende Bildungsbiografie ermöglichen – und die fängt in der Kindertagesstätte an – eröffnen wir ihnen die Chance, am gesellschaftlichen Leben und auch an Bildungs- und Kulturangeboten der Stadt teilhaben zu können.

Während eines Aufenthalts in Potsdam habe ich die dortige Presse verfolgt. Interessanterweise gab es darin eine Diskussion über den Betreuungsschlüssel in Brandenburg. Es war, soweit ich mich erinnern kann, die Rede von einem Betreuungsschlüssel einer Krip-

pengruppe von 1 bis 1/1/2 Erzieherinnen. Das lässt sich sicherlich nicht mit Stuttgart vergleichen, aber ich frage mich schon, wie man dem heutigen Anspruch an eine Kindertagesstätte, bezogen auf Betreuung, Erziehung und Bildung, mit einem derart niedrigen Betreuungsschlüssel tatsächlich gerecht werden kann. Hinzufügen möchte ich: So sehr ich es einerseits begrüßen würde, Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen gebührenfrei zu machen, so sehr kämpfe ich auch in Stuttgart dafür, das derzeit nicht zu tun, sondern diese Millionen für die Qualitätsentwicklung der Kindertagesstätten und für die Weiterbildung von Erziehern und Erzieherinnen zu verwenden.

Zur zweiten Bedeutung dieses Wortes KinderARMUT freue ich mich sehr, im Anschluss Frau Dr. Christine Meyer aus Jena zu begrüßen, die zu dem Thema „KinderARMUT? Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte Kinder- und Jugendhilfe darüber wissen?“ referieren wird.

Ich kann und will den beiden Vorträgen nicht vorgreifen, würde jedoch gern kurz über meine Stuttgarter Erfahrungen berichten:

In Stuttgart lebten im Dezember 2006 rund 13.000 Kinder in ALG-II-Bedarfsgemeinschaften. Dies entspricht 14,5 Prozent aller Stuttgarter Kinder. Sich dieser Tatsache zu stellen und die öffentliche Verantwortung für diese Kinder und ihre Familien durch engagiertes Handeln in der Kommune aufzugreifen, das war Ziel der Stuttgarter Strategiekonferenz „Kinderarmut“. Mit der Durchführung wurde das Jugendamt betraut.

Da die Bekämpfung von Armut und ihren Folgen jedoch nur in gemeinsamer Anstrengung der Politik mit den vor Ort tätigen Trägern und Institutionen sowie Bürgern und Bürgerinnen möglich ist, waren neben den Gemeinderäten/innen Vertreter und Vertreterinnen der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulen, der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen sowie der Jugendarbeit und der Stuttgarter Vereine eingeladen. Über 300 Teilnehmer und Teilnehmerinnen konnten auf der Konferenz begrüßt werden.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung lag nicht auf Informationen zum Thema, verbunden mit einer allgemeinen Diskussion. Ziel war vielmehr die Erarbeitung von konkreten Handlungsansätzen zur Minderung von Kinderarmut in Stuttgart.

Der Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Roland Merten von der Universität Jena sowie der Vortrag von Ulrich Stein vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart leisteten einen ersten wichtigen Beitrag zur Herstellung von Transparenz und Sachlichkeit. Nach dem Überblick über die bundesdeutschen Entwicklungen und den Einblick in die konkrete Stuttgarter Situation war allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen klar: Die Situation von vielen jungen Menschen und ihren Eltern ist prekär und überwiegend sind es Kinder in kinderreichen Familien, Kinder eines allein erziehenden Elternteils sowie Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind.

Den zweiten Teil der Veranstaltung leitete Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS in Frankfurt ein. Sie referierte über kommunale Ansätze zur Armutsprävention und ermöglichte mit ihren vielfältigen Erfahrungen aus der Begleitung kommunaler Prozesse einen sehr gelungenen Einstieg in die Arbeitsgruppenphase.

In acht Arbeitsgruppen, die sich an einem Lebenslaufmodell orientierten, konnten dann die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mitdiskutieren, ihre Erfahrungen einbringen und Bedarfe formulieren. Alle Arbeitsgruppen wurden mit einem kurzen thematischen Input durch Fachvertreter/innen aus Stuttgarter Einrichtungen eingeführt und befassten sich mit folgenden Themen:

- AG 1: Armutsprävention durch Angebote der frühen Förderung von Familien und der Familienbildung
- AG 2: Armut erkennen und Teilhabe fördern: eine Herausforderung für Kindertageseinrichtungen
- AG 3: Armut erkennen und Teilhabe fördern: in Grundschulen und Schulkindbetreuung
- AG 4: Armut erkennen und Teilhabe fördern: in weiterführenden Schulen und über Kooperationen Schule und Jugendhilfe
- AG 5: Armutsprävention durch Maßnahmen im Übergang von der Schule in den Beruf
- AG 6: Teilhabe fördern durch Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit und der Vereinsarbeit
- AG 7: Armut verhindern und Teilhabe fördern durch Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement
- AG 8: Armut verhindern und Teilhabe fördern durch sozialräumliche Strategien und Stadtentwicklung

Am Nachmittag wurden Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen und die Ideen zur Weiterarbeit zusammengetragen. Die dabei entstandene „Aufbruchstimmung“ war eine gute Basis für die – konzeptionell geplante – weiterführende Arbeitsgruppenphase, zur Vertiefung der Diskussion und Formulierung von Empfehlungen für ein Stuttgarter Handlungsprogramm. Alle Arbeitsgruppen trafen sich mit ihren Moderatoren/innen, zum Teil sogar mehrmals, um an ihrem Thema weiterzuarbeiten und Empfehlungen zu formulieren. Hier kam ein großes Engagement vieler Menschen in dieser Stadt zum Ausdruck und zudem eine Bereitschaft, sich auf die Perspektiven anderer einzulassen und gemeinsam zu abgestimmten Empfehlungen zu kommen.

Fünf Wochen nach der Auftaktveranstaltung wurde nach dem großen, übergreifenden Verteiler erneut ins Stuttgarter Rathaus eingeladen. Oberbürgermeister Dr. Schuster eröffnete die Veranstaltung und präsentierte einen Strukturvorschlag zur weiteren Bearbeitung des Themas. Frau Holz sorgte für die inhaltliche Brücke zur Auftaktveranstaltung und bereitete sozusagen den „konzeptionellen Boden“ für die erarbeiteten Empfehlungen. Mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen stand dann ein „bunter Strauß“ an Ideen, Handlungsansätzen und Entwicklungsbedarfen zur Verfügung. Dazu wurde die Verabredung getroffen, dass dieser „bunte Strauß“ von der Verwaltung sortiert und durch Ideen und Handlungsansätze ergänzt wird, die im Stuttgarter Gemeinderat formuliert wurden. Zum anderen sollte diese Liste die Grundlage für die weiteren Diskussionen und Entscheidungen bezüglich konkreter Maßnahmen darstellen.

In enger Abstimmung zwischen den Ämtern der Stadtverwaltung und dem Stuttgarter Gemeinderat wurden aus den **konkreten Empfehlungen der Armutskonferenz folgende Maßnahmen zur Umsetzung ausgewählt:**

- Anpassung der Einkommensgrenzen für Bezieher/innen der Stuttgarter Bonuscard; künftig regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Einkommensgrenze alle zwei Jahre,
- Gebührenbefreiung für Kindertageseinrichtungen für Bezieher/innen der Stuttgarter Bonuscard,
- Gebührenbefreiung für die verlässliche Grundschulbetreuung und die außerschulische Bildung und Betreuung für Bezieher/innen der Stuttgarter Bonuscard,
- Erstausstattung für Schulanfänger/innen aus Familien mit Bonuscard-Berechtigung in Höhe von 100 Euro
- Bereitstellung eines frei verfügbaren Budgets für städtische allgemein bildende Schulen und Sonderschulen in Höhe von 50 Euro pro Kind aus einer Familie mit Bonuscard-Berechtigung und Schuljahr
- Bezuschussung des Mittagessens in städtischen allgemein bildenden Schulen und Sonderschulen sowie in allen Kindertageseinrichtungen für Kinder aus Familien mit Bonuscard-Berechtigung (Eigenbeitrag 1 Euro)
- Bereitstellung eines frei verfügbaren Budgets für alle Stuttgarter Kindertageseinrichtungen in Höhe von 100 Euro pro Kind aus einer Familie mit Bonuscard-Berechtigung und Kindergartenjahr,
- Erprobung des Projektes „stark durch Musik“ an Stuttgarter Grundschulen,
- Aufbau einer Internetplattform für Schulen und Kindertageseinrichtungen, um Bürgern und Bürgerinnen zielgerichtete Unterstützungs- und Spendenangebote zu ermöglichen.

Diese **Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut** liegen dem Gemeinderat aktuell als **Beschlussvorlage** vor. Ausgangspunkt vieler finanzieller Maßnahmen ist die so genannte Bonuscard, die alle Familien von ALG-II-Beziehern sowie Familien mit geringem Einkommen erhalten und die verschiedene Begünstigungen bei der Nutzung der Stuttgarter Infrastruktur einschließt.

Stuttgart hat sich mit der Armutskonferenz und den nachfolgenden Diskussionen und Entscheidungen auf einen guten Weg gemacht. Nun gilt es, die Arbeit in den Netzstrukturen genauso engagiert fortzusetzen und sowohl zentral als auch dezentral in den Stadtteilen Aktivitäten anzustoßen und Ideen und Maßnahmen umzusetzen.

Jenseits einzelner Maßnahmen, die zur Linderung der prekären Situation der Kinder und ihrer Familien jetzt aktuell und künftig auf den Weg gebracht werden, soll der Fokus der Bemühungen auf der **Stärkung und dem Ausbau von Regeleinrichtungen** liegen. Dann kann es gelingen, die Kinder bzw. Familien benachteiligter Bevölkerungsgruppen möglichst früh zu erreichen, einen gelingenden Einstieg in die **Regelbildungsinstitutionen** zu ermöglichen sowie eine individuelle Förderung in den einzelnen Bildungsinstitutionen zu gewährleisten. Dann erhöhen sich auch die Chancen, allen Kindern – gleich welcher sozialen Herkunft – gelingende Bildungsbiografien und damit breite Zukunftsoptionen zu eröffnen. Hier gilt es, sowohl im Interesse der Kinder als auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Stadt in den nächsten Jahren erheblich voranzukommen.

In einer Gemeinderatsdrucksache, die ab dem 3. November 2008 im Stuttgarter Gemeinderat zum Thema „Kinderarmut“ behandelt wird, werden auf der einen Seite konkrete Beschlüsse von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, um die Situation für Kinder in Stuttgart zu verbessern. Neben ganz konkreten und kurzfristigen Einzelmaßnahmen werden insbesondere präventiv wirkende, nachhaltige Strukturen aufgebaut, um so der Entstehung und der Verfestigung von prekären Lebenslagen grundsätzlich und so früh wie möglich entgegenzuwirken.

Neben diesen Strukturen ist die Nachhaltigkeit das zweite wesentliche Prinzip. In Stuttgart haben wir uns dazu entschlossen, Regeleinrichtungen zu stärken und auszubauen. Dies betrifft

- den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung,
- die Stuttgarter Bildungspartnerschaft, mit der wir das Ziel verfolgen, zu einem aufeinander abgestimmten System von Bildung, Betreuung und Erziehung für junge Menschen im Alter von 1 bis 16 Jahren zu kommen,
- den Ausbau von Ganztageschulen und das Übergangsmanagement im Übergang Schule und Beruf.

Des Weiteren sind eine gesamtstädtische Sozialberichterstattung sowie der Versuch einer Wirkungsanalyse der beschlossenen Maßnahmen geplant.

In der Anlage 4 dieser Gemeinderatsdrucksache sind alle Empfehlungen der Arbeitsgruppen der Strategiekonferenz und alle Anträge aus dem Gemeinderat im Überblick dargestellt und mit jeweils einem Kommentar und einer Stellungnahme der Verwaltung versehen. Dieses 32-seitige Papier macht deutlich, dass wir noch unglaublich viel vor uns haben, um wirklich nachhaltig etwas zu erreichen. Wir in den Kommunen, wir in der Kinder- und Jugendhilfe müssen was tun, können was tun. Wir dürfen jedoch nicht von den Ländern und vom Bund allein gelassen werden. So finde ich es einerseits toll, dass das Kindergeld erhöht werden soll, aber ich frage mich: Was haben Hartz-IV-Empfänger davon? Es kann aus meiner Sicht nicht angehen, auf der einen Seite die Kindergelderhöhung mit den höheren Kosten für Kinder zu begründen und sie auf der anderen Seite Hartz-IV-Empfängern von der Leistung abzuziehen. Die Bundesregierung hat jetzt beschlossen, zum Schulanfang eine Sonderleistung von 100 Euro zu gewähren. Ich weiß nicht, wie die Erfahrungen in anderen Städten sind, aber in Stuttgart sind alle Fachleute der Meinung, dass man unter Berücksichtigung sämtlicher Schulmaterialien wie Schulranzen, Hefte, Bleistifte, Malkasten usw. mindestens 150 Euro veranschlagen muss.

Und nun zum Schluss: **Wie schaffen wir gesellschaftliche Teilhabe?**

All das, was wir in Stuttgart diskutiert haben und was wahrscheinlich auch in anderen Städten diskutiert wird, ist richtig und wichtig und es reicht sicherlich noch nicht aus, aber provokativ gesagt, wie schaffen wir die „Einladung zur Geburtstagsfeier“? Oder: Wie schaffen wir einen Bewusstseins- und Haltungswandel in unserer Gesellschaft? Denn nicht immer sind gut gemeinte Aktionen hilfreich, wie das folgende Beispiel zeigt:

Sehr gut situierte Damen und Herren in Stuttgart wollten die kulturelle Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen verbessern und haben Einladungen in die Staats-

oper in Stuttgart ausgesprochen. Die Enttäuschung war riesig, sie wurden so gut wie nicht angenommen.

Auf viele Fragen habe ich noch keine Antwort, aber wer weiß, in den nächsten zwei Tagen haben wir noch viel Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Ich wünsche uns allen eine interessante, fruchtbare Veranstaltung, tolle Vorträge und wertvolle Diskussionen.

Vielen Dank!

# **KINDERarmut: Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte sie darüber wissen?**

PROF. DR. MATTHIAS GRUNDMANN

Geschäftsführender Direktor und Professor am Institut für Soziologie, Universität Münster

## **Einleitung**

Folgt man den aktuellen Armutsstudien und dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dann ist der Anteil der Kinder, die in Armut leben, in den letzten Jahren drastisch gestiegen, auch wenn die Zahlen aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmodalitäten von Armutsgrenzen schwanken. Eindeutig ist jedoch, dass die Fürsorgebedürftigkeit gerade bei Kindern in den letzten Dekaden deutlich angestiegen ist. Sozial- und wohlfahrtsstaatspolitisch betrachtet ist diese Entwicklung skandalös, weil gerade Kinder und Jugendliche auf Schutz und Fürsorge angewiesen sind und sie die „Zukunftsträger“ unserer Gesellschaft sind. Daher gebühren ihnen auch besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Umso verwunderlicher ist es, dass gerade Kinder aus Armutsmilieus einem fatalen Deprivationszirkel ausgesetzt werden, der dem Gestaltungsauftrag der Sozialen Arbeit zuwiderläuft.

Zunächst ist zu bedenken, dass Armut keineswegs einfach nur eine ökonomische Größe ist. Sie zeigt sich vielmehr in den vielfältigen Einschränkungen, die sich indirekt aus einer finanziellen Notlage ergeben können, wenn diese von Dauer ist. Es sind vor allem Benachteiligungs- und Ausgrenzungsprozesse, wie sie sich z.B. im Bildungssystem ergeben, die zu einer Verstärkung von Armutserfahrungen führen<sup>1</sup>: Neben ökonomischer Deprivationen treten Bildungsarmut, Teilhabearmut und Erfahrungen des persönlichen Versagens (also Kompetenzarmut). Diese vielfältigen Facetten von Armut werden in der Armutsforschung u.a. durch die ökonomische, soziale, kulturelle und gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen erfasst. Für die Soziale Arbeit bedeutet das, die politisch-ökonomischen, lebensführungspraktischen, symbolischen und sozio-moralischen Aspekte von Armut genauer zu betrachten.

Dem entsprechend werde ich in meinem Beitrag zunächst die spezifischen Ausprägungen von Armut für Kinder und Jugendliche darstellen und danach differenzierter das Armutsrisiko skizzieren, das sich für Kinder Alleinerziehender und für Kinder aus Familien ergibt. Dabei werden schließlich auch milieuspezifische Risiken sichtbar, die es berechtigt erscheinen lassen, von Armutsmilieus zu sprechen. Für diese beschreibe ich dann die Konsequenzen, die sich aus den milieuspezifischen Armutserfahrungen für die Kinder und Jugendlichen ergeben. Dabei geht es auch darum, jene Deprivationszirkel nachzuzeichnen, die zu einer fatalen Einschränkung von Verwirklichungschancen in bestimmten Armutsmilieus führen. Schließlich werde ich auch die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe ansprechen, die Lebensführung der Betroffenen zu unterstützen. Ich frage also danach, wie die negativen Konsequenzen des Aufwachsens in Armut aufgefangen und in positive Handlungsstrategien überführt werden können, aber auch danach, welche Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe dabei gesetzt sind.

---

<sup>1</sup> Edelstein 2006

## Die Bestimmung von Armutsmilieus

Wenn ich von Armut rede, dann meine ich damit nicht einfach nur die Einschränkungen, die sich aus mangelnden ökonomischen Ressourcen ergeben<sup>2</sup>. Gerade für Kinderarmut gilt, dass sie ihre Wirkung nicht allein oder gar primär über das Fehlen ökonomischer Ressourcen, sondern über die eingeschränkten Zugänge zu gesellschaftlichen Lebensbereichen und Aktivitäten entfaltet, über eingeschränkte Teilhabechancen z.B. an Bildung, Arbeit, Freizeit und Wohnen also, und anhand der Risiken, die sich für die kulturelle Teilhabe, das soziale Miteinander und die Gesundheit ergeben.<sup>3</sup> Allerdings sind diese „Wirkungsfelder“ von Armut nicht für alle Betroffenen gleichermaßen relevant. So führt eine vorübergehende Armut nicht zwangsläufig zu einer Einschränkung der Lebensführung und kann zudem meist leicht aufgefangen werden.<sup>4</sup> Problematischer für die Kinder- und Jugendhilfe sind hingegen Deprivationszirkel, die sich über einen langen Zeitraum entfalten und ihre Wirkung mitunter sogar über Generationen hinweg verstärken.<sup>5</sup> Um diese jedoch zu identifizieren, sind zunächst die Armutsriskien für Kinder und Jugendliche zu spezifizieren, die sich aus den unterschiedlichen *Ausprägungen* von Armut ergeben. Zudem sind jene Lebensverhältnisse in den Blick zu nehmen, die zu einer Multiplikation von Armutsriskien beitragen.

Zunächst zu den Ausprägungen von Armut. Nach Auswertung des sozio-ökonomischen Panels trägt ein Viertel der Bevölkerung ein aktuelles sozialpolitisches Risikopotenzial, d.h. sie sind mehr oder weniger, kurz- oder langfristiger von Armut bedroht.<sup>6</sup> Dabei ist jedoch noch einmal danach zu unterscheiden, ob sich diese Bedrohung allein auf eine längere Arbeitslosigkeit bezieht oder ob weitere Deprivationsrisiken vorliegen. Im ersten Fall kann dann von einseitiger, im zweiten Fall von multipler oder extremer Armut gesprochen werden. Zudem sind auch jene Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, die aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse einem Armutsrisiko unterliegen. Auf diese Gruppe gehe ich jedoch nicht besonders ein, weil deren Armut nur vorübergehend ist.

Betrachtet man das Ausmaß von Armut bei Kindern und Jugendlichen (**Tabelle 1**) dann zeigt sich folgendes Bild<sup>7</sup>: Kinder haben mit 12,1 Prozent ein deutlich höheres Risiko, in extremer Armut aufzuwachsen, als die Gesamtbevölkerung, von der lediglich 7,9 Prozent in extremer Armut leben. Aber auch Jugendliche weisen mit 10,9 Prozent ein deutlich höheres Risiko auf, in extremer Armut aufzuwachsen, als der Durchschnitt der Bevölkerung. Jugendliche sind allerdings in besonderem Maße von kurzfristiger und einseitiger Armut betroffen.

---

<sup>2</sup> Vor allem für Kinderarmut gilt, dass sie mehr ist als nur wenig Geld zu haben. Daher ist eine ressourcenorientierte Armutsforschung gerade auch für das Thema Kinderarmut unzureichend, weil sich diese im Wesentlichen darauf beschränkt, die ökonomischen Härten, die Einkommensarmut hervorruft, z.B. durch Sozialhilfeszuzuwendungen zu mildern. Das ist zunächst gar nicht falsch – zugleich aber unzureichend.

<sup>3</sup> Holz 2002, 2006; Joos 2001

<sup>4</sup> Holz 2006: 6

<sup>5</sup> Walper 1999; 2008

<sup>6</sup> Groh-Samberg/Grundmann 2006: 13f

<sup>7</sup> vgl. dazu Groh-Samberg & Grundmann 2006

<b>Armutsrisikogruppen bei Kindern und Jugendlichen</b>			
Armutsrisikogruppen	Insgesamt	Kinder (0-16)	Jugendliche (16-25)
extrem	7,9	12,1	10,9
kurzfristig oder einseitig*	8,6	6,9	13,8
Prekariat	10,1	13,8	15,2
Insgesamt	26,6	32,8	40,2
Quelle: SOEP, Wellen 2000-2004; balanciertes Panel (N=20775); modifizierte Darstellung nach Groh-Samberg/Grundmann 2006; * ökonomische Deprivationen, die allein durch Einkommensarmut hervorgerufen werden.			

Tabelle 1

© Prof. Dr. Matthias Grundmann

Das Ausmaß dieser altersspezifischen Betroffenheit von Armut wird noch deutlicher, wenn man weitere Armutsrisiken, wie zum Beispiel die Anzahl der Kinder und den Erziehungsstatus „alleinerziehend“ heranzieht (**Tabelle 2**). Dabei werden auch milieuspezifische Risiken deutlich, unter extremer Armut aufzuwachsen.

<b>Von Armut besonders betroffene Bevölkerungsgruppen</b>			
Armutsrisikogruppen	extreme Armut	bedingt von Armut betroffen*	zusammen
<i>Insgesamt</i>	7,9	18,7	26,6
<i>Alleinerziehende,</i>	38,3	30,1	68,4
davon			
- aus einfachen Arbeitermilieus	60,3	21,6	81,9
- aus höheren Klassen	22,0	36,4	58,4
<i>Familien mit 3+ Kindern,</i>	19,2	30,7	49,9
davon			
- aus einfachen Arbeitermilieu	41,1	41,9	83,0
- aus höheren Klassen	0,4	24,8	28,8
Quelle: SOEP, Wellen 2000-2004; balanciertes Panel (N=20775); modifiziert nach Groh-Samberg/Grundmann 2006)			

Tabelle 2

© Prof. Dr. Matthias Grundmann

Tabelle 2 zeigt – allerdings in sehr verkürzter Art und Weise –, wie viel höher das Armutsrisiko im Falle „multiplikativer“ Risikofaktoren ist als bei jenen, die nur einseitig bzw. gar nicht von Armut betroffen sind. Konkret: 60 Prozent von Alleinerziehenden aus dem Arbeitermilieu leben unter extremer Armut, während es bei Alleinstehenden aus den höheren Klassen lediglich 20 Prozent sind. In Familien mit drei und mehr Kindern sieht die Situation zwar nicht ganz so extrem aus. Gleichwohl ist der Anteil derjenigen, die in extremer Armut leben, erschreckend hoch. Insgesamt sind fast 50 Prozent aller Familien irgendwie von Armut bedroht, Familien aus dem Arbeitermilieu sogar zu 83 Prozent. Dass Kinder insbesondere auch unter extremer Armut zu leiden haben, zeigt sich daran, dass mehr als 19 Prozent dieser Familien in extremer Armut leben. Wenn diese noch aus dem Arbeitermilieu stammen, sind es bereits mehr als 41 Prozent. Im Vergleich dazu:

Nur 4 Prozent der Familien mit mehreren Kindern aus höheren sozialen Schichten leiden unter extremer Armut.

Die Zahlen belegen, dass Armut vor allem ein alters-, milieu- und lebenslagenspezifisches Problem darstellt, wobei sich die Risiken in bestimmten Milieu- bzw. Bevölkerungsgruppen potenzieren<sup>8</sup>. Die Daten lassen also eine Multiplikation von Armutsrisiken (Einkommen, Anzahl der Kinder, Beschäftigungsrisiko) erkennen. Was aber bedeutet das für das Erleben von Armut?

### **Milieuspezifische Deprivationserfahrungen**

Um die Bedeutung von Armut für Kinder und Jugendliche herauszuarbeiten, bietet es sich an, die Deprivationserfahrungen nachzuzeichnen, die sich in den angedeuteten Armutsmilieus (hier grob gefasst als extrem bzw. bedingt von Armut betroffene Milieus) ergeben.

Zunächst möchte ich mich den *kurzfristig bzw. einseitig von Armut betroffenen Milieus* zuwenden. Diese Armutsmilieus rekrutieren sich zumeist aus Bevölkerungsschichten, die ein geringeres Erwerbslosigkeitsrisiko aufweisen als die der Alleinerziehenden oder der einfachen Arbeiter. Sie sind zunächst also eher von vorübergehender denn von extremer Armut betroffen. Zudem können die vorübergehenden finanziellen Engpässe durch die Verfügbarkeit sozialer und kultureller Ressourcen und aufgrund spezifischer sozialer Handlungsbefähigungen – z.B. Informiertheit über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten – und die Mobilisierbarkeit von sozialen Beziehungsnetzwerken aufgefangen werden. In diesen Armutsmilieus kann die Kinder- und Jugendhilfe auch auf gute Unterstützungserfolge verweisen. Denn dort können die *Bewältigungspotenziale* der Betroffenen unmittelbar gestärkt, die vorhandenen Zugänge zum Arbeitsmarkt aktiviert und auf die aktive Beteiligung der Betroffenen selbst Bezug genommen werden. Diese kümmern sich nämlich auch selbstständig um einen Ausweg aus der Misere. Hinzu kommt, dass gerade in den mittleren sozialen Milieus die Unterstützungslogik der Sozial- und Arbeitsagenturen auch dem Selbstverständnis der Betroffenen nach selbstständiger Lebensführung entspricht.

*Milieutheoretisch* lassen sich die Bewältigungspotenziale von Armut in diesen Milieus mit einer Bescheidenheitsethik oder aber improvisierenden Alltagsstrategien erklären, die sich vor allem in den Facharbeiter- und gehobenen Arbeitermilieus nachweisen lassen.<sup>9</sup> Hinzu kommt, dass diese Milieus sich am „Geschmack des Notwendigen“ orientieren. Das versetzt sie in die Lage, ihren Alltag pragmatisch – und maßvoll – den eingeschränkten Lebensbedingungen anzupassen. Auf diese Weise bleiben sie „vermittelbar“ und sind aktiv an der Gestaltung ihrer zwar bescheidenen, aber nicht aussichtslosen Lebenssituation beteiligt. Dem entsprechend finden sich in diesen Milieus deutlich geringere psychosoziale Dissonanzen, die durch Armut hervorgerufen werden.

Was aber ist, wenn es nur wenig Aussicht auf Milderung oder gar Beendigung der Armutssituation gibt, wie das in den extremen, durch multiple Deprivationsrisiken betroffe-

---

<sup>8</sup> Daher kann man auch von unterschiedlichen Armutsmilieus sprechen. Der Milieubegriff bietet sich deshalb an, weil Armut eine ökonomische, soziale und kulturelle, ja sogar eine persönliche Dimension hat (Grundmann et al 2006).

<sup>9</sup> Bourdieu 1982/1979; Vester et al 2001

nen Armutsmilieus gilt? Was, wenn die Betroffenen bereits dauerhaft in Armut leben und neben die vielfältigen sozialen und kulturellen Deprivationen noch ein soziales und ein psychisches Leiden tritt, weil keine Aussicht auf Rückkehr in ein bürgerliches Leben besteht?

Ich komme nun auf die *Deprivationsdynamiken in extremen Armutsmilieus* zu sprechen. In einer aktuellen Armutsstudie in Münster, einer relativ reichen und wohlhabenden Stadt, berichteten Experten aus der Kinder- und Jugendhilfe, dass gerade in Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern eine Teilhabe der Betroffenen am sozialen Leben kaum noch möglich sei, die Wohnverhältnisse so eng, dass die Kinder weder Platz zum Spielen noch zum Lernen hätten, diese in ihrem Freundeskreis sozial ausgegrenzt würden und sich selber auch nicht mehr mit Gleichaltrigen treffen, weil sie über mittlerweile gängige Erfahrungen z. B. der Computer- und Internetnutzung nicht verfügen.<sup>10</sup> Hinzu kommt die schulische Ausgrenzungsproblematik, also die Gefahr der Bildungsarmut.<sup>11</sup> Zentral jedoch ist die Beobachtung, dass sich in diesen Familien die Erfahrung verfestigt, dass dauerhafte Abhängigkeiten von staatlichen Unterstützungsleistungen quasi normal seien, sich die Betroffenen also selbst entmündigen und als nicht handlungsfähig erleben. Gerade damit aber wird der Armutszirkel verschärft. Denn die generative Transmission von Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit, gepaart mit der Erfahrung von Hilf- und Machtlosigkeit, untergräbt jegliche Fähigkeit der Selbstorganisation und einer aktiven Lebensführung. Hier verhindern z.B. wirtschaftliches Unvermögen und die Tendenz zu unkontrolliertem Konsum eine der Situation angemessene Lebensführung.

Der damit benannte Deprivationszirkel ist besonders auch für Kinder und Jugendliche fatal. Denn das Leben in Armut kann auch eine Form des sozialen Lernens hervorbringen, die geradewegs ins Abseits führt. Das hat mitunter nachhaltige Folgen für die Entwicklung der Handlungsbefähigung der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Denn wenn sich Eltern aufgrund von Resignation in die innere Emigration zurückziehen und sich nach langjähriger Arbeitslosigkeit mit ihrer Situation abgefunden haben, ist es für deren Kinder völlig normal, ebenfalls eine Perspektive zu entwickeln, die durch mangelnde Eigenenergie gekennzeichnet ist.<sup>12</sup> Damit aber ist eine weitere Deprivationserfahrung vorprogrammiert: Denn in diesem Fall wird ihnen von der Umwelt ein Unvermögen bescheinigt, sich selbst um das eigene Leben zu kümmern, sich wirtschaftlich, kulturell und sozial „normal“ zu verhalten. Armut wird dann auch als persönliches Defizit der Kinder und Jugendlichen selbst thematisch. Hier wird also eine – vor allem institutionell und systemisch angelegte – Umdeutung von Armut vollzogen: Die primäre *Einkommensarmut* der Eltern verwandelt sich durch das Versagen der Kinder z.B. in der Schule zu einer *Zertifikatsarmut*, die sich schließlich auch in der Unterstellung von *Kompetenzarmut* niederschlägt.<sup>13</sup> Die Armut erhält dadurch – neben ihrer faktischen Seite – eine biographische Bedeutung, in der sich die Lebensverhältnisse mit persönlichen „Defiziterfahrungen“ vermischen. Diese *Zuschreibungslogik* von ökonomischen, kulturellen und sozialen Defiziten auf Persönlichkeitseigenschaften zeigt sich auch in der Tendenz, Jugendlichen aus Armutsmilieus die Verfügbarkeit bestimmter Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit, Teamfähig-

---

<sup>10</sup> Hoffmeister 2008: 94f

<sup>11</sup> Edelstein 2006

<sup>12</sup> Hoffmeister 2008: 111

<sup>13</sup> Edelstein 2006

keit und Zuverlässigkeit abzusprechen. Die Entwicklung solcher Kompetenzen setzt jedoch Lebensbedingungen voraus, die unter extremer Armut nicht gegeben sind: Kontinuität in den Lebensverhältnissen und basale Grundversorgung.

Die Zuschreibung von Unvermögen jedoch verwandelt den Prozess der sozialen Ausgrenzung aufgrund von Ressourcenmangel in einen Prozess der Desintegration und des psychischen Leidens.<sup>14</sup> Denn das unterstellte „Unvermögen“ wird in der Schule, den Arbeitsagenturen und den Arbeitsplätzen als persönliches Defizit wie mangelnde Kompetenz, mangelnde Informiertheit, mangelnde Schlüsselqualifikationen umgemünzt und so von den Betroffenen selbst als „Versagen“ interpretiert. In der Münsteraner Armutsstudie zeigte sich dem entsprechend, dass eines der zentralsten Probleme der Arbeit mit von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Familien darin besteht, dass die äußeren Bedingungen des Lebens in Armut sich mit individuellen und persönlichen Problemen der Lebensführung und Lebensbewältigung verschmelzen.

Vor allem in solchen Fällen, die durch Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Entwurzelung durch erzwungenen Umzug in ein armes Quartier oder Obdachlosigkeit gekennzeichnet sind, verstärkt sich das Problem nicht nur deshalb, weil dort die – mittelschichtorientierten – Unterstützungslogiken der Jugendhilfe nicht mehr greifen. Hinzu kommen auftretende Zielkonflikte, die sich durch Orientierung an „normalen“ Konsumbedürfnissen, an sozialen Bildungsaufstiegen und „normalen“ Arbeitsfamilien ergeben. Sie erst lassen die Situation der Betroffenen so aussichtslos erscheinen. Und diese Aussichtslosigkeit wird schließlich auch noch institutionell durch die Zuschreibung von Zertifikats- und Kompetenzmangel verfestigt.

Die Komplexität der mit extremer Armut einhergehenden Deprivationserfahrungen lässt sich tabellarisch nur unvollständig darstellen. Gleichwohl lassen sich die zentralen und miteinander verwobenen und sich potenzierenden Deprivationserfahrungen skizzieren, wenn die zentralen Aspekte von Armut (die finanzielle, kulturelle und soziale Armut) und deren Konsequenzen für die Lebensführung in der Familie und für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen werden. Das habe ich in der folgenden Tabelle (**Tabelle 3**) versucht.

- So zeigt sich z.B., dass aus der rein *ökonomischen Deprivation* (Zeile 1) bereits Knappheitserfahrungen und Veränderungen im Lebensumfeld (z.B. durch Umzug) resultieren können, was langfristig gesehen die gesellschaftliche Teilhabe aber auch das Selbsterleben – hier z.B. Minderwertigkeitsgefühle – annonciieren kann.
- Die *kulturellen Deprivationen* führen nicht nur dazu, dass die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen eingeschränkt wird. Bei Kindern kann das unmittelbar ihre kognitive und intellektuelle Entwicklung und damit langfristig ihre Bildungslaufbahn beeinflussen.
- Die *soziale Deprivation* geht zumeist mit Spannungen im Beziehungsgefüge der Familie einher und mit sozialem Rückzug, was auf Seiten der Betroffenen zu Beziehungsunsicherheiten, mangelnder Zuwendung und langfristig auch zu sozialem Ausschluss bzw. zu Problemen der Beziehungsgestaltung (auch unter Freunden) führen kann.

---

<sup>14</sup> Hoffmeister 2008: 115

<b>Zentrale Konsequenzen von Armutserfahrungen bei Kindern und Jugendlichen</b>		
<b>Armutsaspekt</b>	<b>direkte Konsequenzen</b>	<b>Verstärkungsmechanismen</b>
<b>Finanzen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitslosigkeit</li> <li>- Sozialhilfebezug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Knappheitserfahrungen</li> <li>- Umzug in andere Wohnquartiere</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- geringe Teilhabe</li> <li>- sozialer Ausschluss</li> <li>- Minderwertigkeitsgefühle</li> </ul>
<b>Kulturelles</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- fehlende kognitive Anregungspotenziale</li> <li>- eingeschränkte kulturelle Teilhabe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beeinträchtigung der kognitiven und intellektuellen Entwicklung</li> <li>- Vernachlässigung von Pflege und Zuwendung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- schulische Selektion</li> <li>- geringe Informiertheit</li> <li>- eingeschränkter Zugang zu kulturellen Veranstaltungen</li> </ul>
<b>Soziales</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stress und Beziehungskonflikte</li> <li>- Sozialer Rückzug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- mangelnde elterliche Zuwendung</li> <li>- Bindungsunsicherheit</li> <li>- Abbau von Sozialkontakten</li> <li>- negatives Selbsterleben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- sozialer Rückzug/Isolation</li> <li>- weniger Freizeit- und Vereinsaktivitäten</li> <li>- Armut als Schicksal</li> </ul>

*Tabelle 3*

© Prof. Dr. Matthias Grundmann

### **Möglichkeiten der gezielten Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe**

An den dargestellten multiplen Konsequenzen von Armut lässt sich zeigen, dass und wie sich Deprivationserfahrungen wechselseitig bedingen bzw. verstärken. In dieser Verwobenheit von Armutsbedingungen und multiplen Deprivationserfahrungen liegt ein Hauptproblem des Lebens in Armut und eine der Hauptschwierigkeiten, wie Betroffenen zu helfen ist. So können Experten der Kinder- und Jugendhilfe häufig nur punktuell auf die Lebenssituation bzw. persönlichen Belange der Betroffenen eingehen. Zudem erschweren die milieuspezifischen, kulturellen und ethnischen Lebenspraktiken der Betroffenen eine direkte Förderung, die sie mitunter auch als Bevormundung bzw. Entmündigung erleben. Daher erfordern Interventionen eine hohe Sensibilität für die spezifische Lebenssituation der Betroffenen. Schließlich kann die Kinder- und Jugendhilfe gegen die skizzierten Verstärkungsmechanismen von Armutserfahrungen, wie sie z.B. durch das Bildungssystem hervorgerufen werden, nur wenig ausrichten.

Was aber ist angesichts dieser Befundlage zu tun? Wie kann Armut von den Betroffenen bewältigt werden? Wie können sie dazu befähigt werden, mit den multiplen Armutserfahrungen umzugehen?

Zunächst ist wohl festzuhalten, dass neben einer finanziellen Unterstützung vor allem die Alltagsbewältigung unter restriktiven Lebensbedingungen zu fördern ist. Das gilt vor allem für jene Armutsmilieus, die nur kurzfristig oder einseitig von Armut betroffen sind. Hier kann die Kinder- und Jugendhilfe ja auch auf beachtliche Erfolge verweisen. Dabei hat sich die finanzielle und administrative Unterstützung der Betroffenen bewährt, kombiniert mit einer Stärkung der milieuspezifischen Bewältigungspotenziale, wie ich sie

skizziert habe. Diese Strategien helfen im Falle extremer Armut jedoch nur bedingt.<sup>15</sup> Dort ist zudem eine Stärkung nahräumlicher, nachbarschaftlicher Solidaritätsnetzwerke hilfreich, um den sozialen Zusammenhalt und die gegenseitigen Unterstützungsleistungen im Milieu selbst zu fördern. Zudem sind vor allem Maßnahmen sinnvoll, die die Personen stärken, wie z.B.:

- Förderung von Haushaltskompetenzen,
- Regulierung des Konsumverhaltens,
- Die Vermeidung einer Zuschreibung von persönlichem Unvermögen,
- Stärkung der Selbstwirksamkeitserfahrungen,
- Verweis auf persönliche Einfluss- und Gestaltungsoptionen trotz „Mangellage“,
- Hinführung zu „realistischen“ Optionen der Lebensführung.

Die von mir dargestellten Unterstützungsmöglichkeiten von Armutsmilieus entsprechen den Vorstellungen einer akteurszentrierten Wohlfahrts- und Sozialpolitik, wie sie gegenwärtig vor allem in der Sozialen Arbeit diskutiert werden. Diese ermöglicht es, die advokatorische Stellvertreterperspektive – wie sie leider immer noch häufig zu beobachten ist – mit einer „Akteursperspektive“ zu verbinden. Auf diese Weise kann zum einen einer Entmündigung von Betroffenen und andererseits der Zuschreibung persönlichen Versagens begegnet werden.

Im Zusammenhang mit Kinderarmut bedeutet das, die milieuspezifischen Verwirklichungschancen in den Blick zu nehmen.<sup>16</sup> Wohlfahrtsförderung von Kindern und Jugendlichen in Armutsmilieus bedeutet dann zum einen Stärkung der Handlungsressourcen, nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und kulturell und zum anderen Stärkung der Selbstwirksamkeitserfahrungen und Handlungsbefähigungen, also der Personen.<sup>17</sup> So allerdings lassen sich dann die Bedingungen des Aufwachsens nachhaltig im Sinne der Betroffenen gestalten.<sup>18</sup> Damit wiederum kann die Kinder- und Jugendhilfe ihrer Aufgabe gerecht werden, die Ermöglichungsbedingungen zur Ausbildung von Fähigkeiten zu schaffen, die in den unterschiedlichen Armutsmilieus benötigt werden. Das wiederum bedeutet eine Abkehr von Interventionsmodellen, die sich an der Realisierung bestimmter Fähigkeiten (wie z.B. Pünktlichkeit oder Schulleistungen) orientieren, also an einem Bürgerschaftsmodell, das bestimmte persönliche Handlungsbefähigungen gleichsam normativ fest schreibt.

---

<sup>15</sup> Kessl, Reutlinger, Ziegler 2008

<sup>16</sup> Homfeldt, Schröer, Schweppe 2008; Otto/Ziegler 2008

<sup>17</sup> Grundmann 2008

<sup>18</sup> Oelkers, Schrödter 2008: 145

## Literatur:

- Bourdieu, P. (1982/1979): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Edelstein, W. (2006): Bildung und Armut. Der Beitrag des Bildungssystems zur Vererbung und zur Bekämpfung von Armut. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 26: 120-134
- Groh-Samberg, O., Grundmann, M. (2006): Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26: 11-18
- Grundmann, M. (2006): Milieuspezifische Handlungsbefähigung sozialisationstheoretisch beleuchtet. In: Grundmann, M., Dravenau, D., Bittlingmayer, U., Edelstein, W. (Hrsg.). Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz. Münster: Lit-Verlag: 57-73.
- Grundmann, M. (2008): Handlungsbefähigung – eine sozialisationstheoretische Perspektive. In: Otto, H.-U., Ziegler, H. (Hrsg.). Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS: 131-141
- Grundmann, M., Dravenau, D. & Bittlingmayer, U., Edelstein, W. (Hrsg.) (2006): Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz. Münster: Lit-Verlag
- Hoffmeister, D. (Hg.) (2008): Von Bettlern und Business-Menschen. Städtische Armut am Beispiel Münster. Münster: Lit-Verlag
- Holz, G. (2002): Armut hat auch Kindergesichter. Zu Umfang, Erscheinungsformen und Folgen von Armut bei Kindern in Deutschland. In: Zenz, W.M., Bäcker, K., Blum-Maurice, R. (Hrsg.): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland. Köln: PapyRossaa: 24-38
- Holz, G. (2006): Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26: 3-10
- Homfeld, H. G., Schroer, W., Schweppe C. (Hrsg.) (2008): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Joos, M. (2001): Die soziale Lage der Kinder. Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland. Weinheim: Juventa
- Kessl, F., Reutlinger, Ch., Ziegler, H. (Hrsg.) (2008): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue“ Unterschicht. Wiesbaden: VS
- Oelkers, N. & Schrödter, M. (2008): Kindeswohl und Kinderwille. Zum Wohlergehen von Kindern aus der Perspektive des Capability Approach. In: Otto, H.-U., Ziegler, H. (Hrsg.). Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS: 143-163
- Otto, H.-U., Ziegler, H. (2008): Capabilities - Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS
- Vester, M., Oertzen, P., Geiling, H., Herrmann, T., Müller, D. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Walper, S. (1999): Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern. In: Lepenies, A., Nunner-Winkler, G., Schäfer, G. E., Walper, S. (Hrsg): Kindliche Entwicklungspotenziale. Normalität, Abweichung und ihre Ursachen. München: DJI: 291-360

Walper, S. (2008): Sozialisation und Armut. In: Hurrelmann, K. Grundmann, M., Walper S. (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung. Weinheim, Basel: Beltz: 203-216

## **KinderARMUT?**

### **Was sollte Kinder- und Jugendhilfe daran interessieren, was sollte Kinder- und Jugendhilfe darüber wissen?**

PD DR. CHRISTINE MEYER

Vertretungsprofessorin Sozialmanagement in pädagogischen Handlungsfeldern,  
Institut für Erziehungswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

#### **1. Demografische Entwicklung – Die Gesellschaft der Alten entsteht.**

Seit Beginn der 1990er wird eine gesellschaftliche Entwicklung zunehmend sichtbarer: die demografische Entwicklung, die sich kennzeichnen lässt durch einen dreifachen Alterungsprozess. Dieser gesellschaftliche Alterungsprozess besteht aus der Zunahme älterer Menschen in absoluten Zahlen und relativen Anteilen sowie die Zunahme der Hochaltrigkeit. Im Jahr 2005 waren 20,5 Millionen älter als 60 Jahre und im Jahr 2030 werden es 28,5 Millionen (36 Prozent) sein. Über die Hälfte der Bevölkerung wird 2050 älter als 48 Jahre sein und der Anteil der Hochaltrigen (80+) wird von 4 Prozent auf 12 Prozent im Jahr 2050 (ca. 10 Millionen Menschen) angestiegen sein. Gleichzeitig wird die Gesellschaft von derzeit ca. 82 Millionen auf 69 Millionen schrumpfen und die Anzahl unter 20-Jähriger wird von gegenwärtig 16,5 Millionen auf ca. 11 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen. Im Jahr 2050 werden, so die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (2006), 78 alte Menschen (60+) 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren gegenüberstehen. Insgesamt entsteht eine Gesellschaft, die sich als Gesellschaft der Alten charakterisieren lässt. Diese Entwicklung wird einen erheblichen Einfluss auf die bisherige Struktur der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Aufgaben Sozialer Arbeit insgesamt zur Folge haben. Vor diesem Hintergrund der Entstehung einer Gesellschaft der Alten wird es umso bedeutender, die nachwachsende Generation und die ältere Generation als besonders Schutz- und Förderungsbedürftige vor dem Hintergrund dominanter erwerbsarbeitsgesellschaftlicher Perspektiven einzuordnen, da sie diejenigen sind, die entweder noch nicht oder nicht mehr am Erwerbsarbeitsprozess beteiligt sind. Das Alter, undifferenziert betrachtet, verwandelt die Struktur und die Gestalt der Gesellschaft wie nie zuvor, mit vielen Veränderungen, die bisher noch unvorstellbar, abwegig oder nicht denkbar sind. Allein das Erscheinungsbild der Gesellschaft in den unterschiedlichen Sozial- und Lebensräumen wird sich deutlich wahrnehmbar umformen. Dies betrifft die Größe, die Infrastrukturen, die Angebote, die Gestalt und die Größe der Dörfer und Städte. Es wird auch die Verhältnismäßigkeit der Anteile zwischen Jugend und Alter betreffen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es nicht einen einzigen Bereich geben, der sich nicht aufgrund des demografischen Wandels verändert: Die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung hat tiefgreifende qualitative Entwicklungen des gesamten gesellschaftlichen Lebens zur Folge. Für den Alternsprozess jedes Menschen wird es zunehmend von Bedeutung, die Einbußen des Alterns nicht so sehr als Verlust des bisherigen Lebensstandards zu betrachten, sondern vielmehr den Blick auf Hilfe- und Pflegebedürftigkeit als Ressource zu lenken, in der es weiterhin um gute Lebensqualität geht.

Im Folgenden werden die Dimensionen des gesellschaftlichen Alternsprozesses vor allem auf die Armutsentwicklung und die Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf die Lebensräume betrachtet. Die demografische Entwicklung bringt mit sich, dass Altern auf-

grund der von vielen unterschätzten Kapitalerfordernisse zunehmend zu einem Armutsrisiko wird: Je älter ich werde, desto mehr finanzielle Ressourcen benötige ich und für den Fall zunehmender Hilfe- und Pflegebedürftigkeit potenziert sich das Armutsrisiko. Darüber hinaus hat jede Region ihren spezifischen demografischen Wandel: Es gibt Regionen in Deutschland, in denen der für 2030 prognostizierte Anteil älterer Menschen bereits 2008 Wirklichkeit geworden ist. Dörfer, Städte, Kommunen, Landkreise, gewachsene Regionen sind aufgefordert, ihre demografische Entwicklung kleinräumig zu beobachten und entsprechend über die Schaffung alten-, generationen- oder menschengerechter Lebensräume Teilhabechancen für jung und alt zu eröffnen und sicherzustellen, so dass eventuelle Armutsrisiken, die durch unzureichende Einkommen entstehen, über die Gestaltung des nahen Lebensraums abgemildert oder vermindert werden können.

Eine der wesentlichen Erkenntnisse in Bezug auf Alternsprozesse ist die von *Baltes/Baltes* bereits 1989 vorgenommene Einschätzung, dass Alternsprozesse im Höchstmaß unterschiedlich und sehr variabel verlaufen. „Altern ist kein einheitlicher, gleichförmiger Vorgang, sondern ein höchst individueller und differentieller Prozess, der im geistig-seelischen Bereich, im Verhalten und im Sozialbereich einen ganz unterschiedlichen Verlauf nehmen kann“.<sup>1</sup> Mit der bewussteren Zurkenntnisnahme des demografischen Wandels und der beginnenden Auseinandersetzung mit der Qualität des Alternsprozesses wurde deutlich, dass sich Alternsprozesse in zwei unterschiedliche Phasen einteilen lassen: Ein drittes und viertes Lebensalter entstand. Das als aktiv und chancenreich geltende dritte Lebensalter und das risikoreiche, relativ wahrscheinlich multimorbide vierte Lebensalter.

Hieraus folgt, dass jedes Nachdenken über Alter und Alternsprozesse die Vielfältigkeit des dritten und des vierten Lebensalters differenziert berücksichtigen und bearbeiten muss. Das dritte Alter verlangt nach der Ausgestaltung des ihm innewohnenden Potentials, während sich am dramatischen Anstieg an Hilfe- und Pflegebedürftigen im hohen Alter verdeutlichen lässt: Im Jahr 2005 gab es 2,13 Millionen Menschen, die im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig waren. Ein Drittel ist 85 Jahre und älter, 68 Prozent der Pflegebedürftigen sind weiblich. 4,9 Prozent der 70- bis 75-Jährigen sind pflegebedürftig, aber 40 Prozent der 85- bis 90-Jährigen und 61 Prozent in der Altersgruppe der 90- bis 95-Jährigen.<sup>2</sup> Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ist also eng mit Hochaltrigkeit verknüpft. Je älter ein Mensch wird, desto größer ist das Risiko, hilfe- und pflegebedürftig zu werden. Im dritten Lebensalter bestehen hingegen viele Chancen, aktiv zu werden und auch noch einmal etwas Neues zu beginnen. Dort liegen Möglichkeiten Sozialer Arbeit in den jeweiligen Lebensräumen, Kommunen und Regionen, gemeinsame Angebote zu entwickeln, die Alt und Jung miteinander in der Gestaltung und Belegung der Region verbinden und gleichzeitig z.B. Armutsrisiken vermindern, die im Verlauf des demografischen Wandels entstehen werden und die sich im Verlauf der Überalterung der Gesellschaft weiter verschärfen. Eventuell eintretende Hilfe- und Pflegebedürftigkeit eines älteren Menschen gilt dabei als einer der Risikofaktoren, im Alter arm zu werden. Die prognostizierte Anzahl hochaltriger Menschen und deren erhöhtes Risiko, hilfe- und pflegebedürftig zu werden, gelten gleichzeitig als Armutsrisiko aufgrund fehlender oder zu niedriger finanzieller Absicherungen.

---

<sup>1</sup> Baltes/Baltes 1989

<sup>2</sup> vgl. Backes/Amrhein/Stiegler 2008

## 2. Das Einkommen älterer Menschen heute: Ein kurzer paradiesischer Traum relativen Wohlstands

Das gegenwärtige Einkommen älterer Menschen wird in einigen Jahrzehnten als Zeit relativen Wohlstands für die ältere Generation in Erinnerung geblieben sein, als eine Art Zwischenzustand, wie ein kurzer paradiesischer Traum, zwischen dem Bismarckschen Sozialversicherungssystem und der Einführung heutiger Grundsicherung, so die treffende Aussage von *Richter/Bunzendahl*.<sup>3</sup> Im 5. Altenbericht stellt die Sachverständigenkommission unmissverständlich fest, dass sich die künftige Einkommensentwicklung der Älteren aufgrund ökonomischer und politischer Entwicklungen deutlich von der gegenwärtigen Lage unterscheiden wird. Diese Veränderung umfasst alle Bereiche, das Niveau und die Verteilung des Einkommens sowie die Struktur der Einkommen nach Einkunftsarten. Für die Einkommensverteilung deutet sich ein Anstieg der Einkommensungleichheit an.<sup>4</sup> Die Gruppe der älteren Menschen (65+) verfügt derzeit in Deutschland über ein Durchschnittseinkommen von 1101 Euro und ältere Migrant/innen über durchschnittlich 882 Euro. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht (2005) liegt der 60 Prozent Median bei 870 Euro und von dieser Angabe ausgehend lässt sich die Aussage treffen, dass Armutsrisikquoten vor allem bei alten Einpersonenhaushalten ansteigen. Vom Armutsrisiko sind vor allem alte, allein lebende hochaltrige Frauen betroffen sowie ältere Migrantinnen. Geographisch betrachtet verschärft sich das Armutsrisiko, je weiter in ostdeutsche Regionen geblickt wird. In vielen Regionen erfolgte bereits aufgrund von Abwanderungen ein allgemeiner Bevölkerungsrückgang und damit verbunden ein deutlicher Abbau von Infrastrukturen. Diese Entwicklung wird sich mit dem demografischen Wandel verschärfen und in Bezug auf die Infrastruktur fallen vor allem Möglichkeiten der gesundheitlichen Versorgung, Freizeitmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr und Einkaufsmöglichkeiten weg, die jedoch entscheidende Bedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Selbstständigkeit im Alter darstellen. Das Einkommen allein ist in Bezug auf Altersprozesse wenig aussagekräftig, so dass mit dem Lebenslagenansatz deutlicher hervorgebracht werden kann, in welchen Lebensbereichen Unterversorgungen vorliegen. Für die älteren Menschen in einem Lebensraum sind die folgenden Bereiche ausschlaggebend für ihre gesellschaftliche Teilhabe, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung: Wohnen, Gesundheit, Infrastruktur, Mobilität und soziale Integration.

Altersarmut wird wiederkehrend im Kontext verdeckter Armut kontrovers diskutiert, 2 Prozent (400.000) der derzeit 20 Millionen Rentner sind auf Grundsicherung angewiesen. Diese Zahlen über die materielle Lage sagen jedoch nicht genügend über die Lebenssituation älterer Menschen aus, denn Unterversorgungen in den verschiedenen Bereichen, wie z.B. Wohnen, Gesundheit, soziale Integration, müssen für eine Einschätzung und daraus folgenden Handlungsbedarf analysiert werden. Daten zu diesen Bedingungen liegen nicht sozial differenziert und aussagekräftig vor, so dass lediglich allgemeine Aussagen getroffen werden können: Die gesundheitliche Situation eines älteren Menschen birgt hohes Armutspotenzial, denn Zuzahlungen, Praxisgebühren, Hilfsmittel, nichtverschreibungspflichtige Medikamente führen zu hohen finanziellen Belastungen. Mit zunehmender Hilfe- und Pflegebedürftigkeit kommen Kosten für Dienstleistungen hinzu, die vor dem Hintergrund eines sich allmählich reduzierenden sozialen Netzwerks teuer

---

<sup>3</sup> vgl. ebd. 2007

<sup>4</sup> vgl. ebd. 2005

eingekauft werden müssen und so finanzielle Belastungen erhöhen. Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, die mit zunehmendem Lebensalter selbstverständlicher wird (2,7 Prozent der 65- bis 70-Jährigen und 61 Prozent der 90- bis 95-Jährige waren 2003 hilfe- und pflegebedürftig<sup>5</sup>), erhöht das Armutrisiko im Alter um ein Weiteres.<sup>6</sup>

Mit dem demografischen Wandel wird sich das Einkommen älterer Menschen deutlich verändern. Das gesetzliche Rentenniveau wird absinken und wer nicht rechtzeitig privat vorgesorgt hat, wird zukünftig in finanzielle Engpässe und Schwierigkeiten geraten und die heute Erwerbstätigen unterschätzen ihr für den Alternsprozess benötigtes Kapital um ca. 40 Prozent. Je älter ein Mensch wird, desto mehr Geld wird er für die Altersphase benötigen, so dass davon auszugehen ist, dass sich die herausbildende Altengesellschaft auf einem insgesamt geringeren Einkommensniveau bewegen wird. Zunehmend werden Erwerbsarbeitsverläufe selbstverständlich, die Brüche und Unterbrechungen aufweisen, so dass hierdurch ein ohnehin geringeres Niveau entsteht und weniger Möglichkeiten, private Vorsorge zu treffen, vorhanden gewesen sein werden. Denn es gilt: Wo sich das Normalarbeitsverhältnis zur Ausnahme entwickelt, wird die Altersarmut zur Regel.<sup>7</sup>

Die Eckrente wird sich von derzeit 1182 Euro (2008) folgendermaßen entwickeln (**Abbildung 1**):

<b>Entwicklung der Eckrente</b>	
<b>2010</b>	1083 Euro
<b>2020</b>	1069 Euro
<b>2030</b>	1024 Euro
<b>2040</b>	988 Euro
(Deutsche Rentenversicherung 2008)	

*Abbildung 1*

Unter Eckrente wird die gesetzliche Altersrente eines Beschäftigten verstanden, der 45 Jahre lang das Durchschnittseinkommen von aktuell 30.084 Euro in Westdeutschland verdient hat. Bisher ist kaum abschätzbar, wie viele die Bedingungen der Eckrente überhaupt erfüllen können. Folgen werden ein erheblich reduziertes Einkommen im Alter sein und damit verbunden Reduzierungen des Lebensstandards bzw. ein Leben im Alter, das vorwiegend in Armut bzw. auf Grundsicherungsniveau verbracht werden muss. Wer als Durchschnittsverdiener 40 Jahre eingezahlt hat, kann mit höchstens 650 Euro rechnen. Im Jahr 2030 ist damit zu rechnen, dass die Hälfte der Senioren eine Rente bezieht, die kaum höher als die Grundsicherung ist. Für Ostdeutschland wird die Zeit knapper Renten eher beginnen aufgrund der Wirtschaftskrise in der Nachwendezeit und der langen Zeiten, in denen aufgrund von Erwerbslosigkeit nicht in die Rentenkassen eingezahlt werden konnte.<sup>8</sup> Die Prognosen zur Einkommensentwicklung der Rentnerinnen und Rentner der

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt 2003

<sup>6</sup> Richter/Bunzendahl 2007

<sup>7</sup> vgl. Brandstetter/Seibel 2008; Richter/Bunzendahl 2007

<sup>8</sup> vgl. Brandstetter/Seibel 2008

Zukunft sind drastisch und weisen auf eine Gesellschaft hin, die sich zu einer armen Altengesellschaft entwickeln könnte. Die wenigsten versichern sich bisher so, dass sie dem Armutrisiko entgehen. Ein weiteres Zukunftsszenario geht davon aus, dass ein Drittel der Rentner über gesetzliche Rente, betriebliche Altersversorgung, Sparrücklagen, Immobilien verfügen wird, ein Drittel der Rentner wird auf die gesetzliche Rente und etwas Erspartes angewiesen sein und ein weiteres Drittel wird in Altersarmut leben müssen.<sup>9</sup> Armut im Alter bzw. Einkommensarmut im Alter wird mit der weiteren Zurkenntnisnahme des demografischen Wandels stärker in den Fokus rücken, vor allem im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten zur Verminderung drohender Armut im Alter oder schwieriger Lebenslagen im Alter. Eine Möglichkeit, Auswirkungen niedriger Einkommen zu mildern, liegt in der Gestaltung der Lebensräume.

### 3. Die Gestaltung der Lebensräume als Beitrag zur Lebensqualität junger und alter Menschen – Die Geographie des Alterns

Die Bedeutung des Lebensraums wird sich verändern, da zunehmend sichtbar wird, dass sich die Auswirkungen der demografischen Entwicklung regional sehr unterschiedlich ausprägen und somit unterschiedliche Problemlagen zu unterschiedlichen Zeiten hervorbringen. *Horst Evers*, ein aus Niedersachsen stammender und in Berlin lebender Autor, beschreibt die Unterschiedlichkeit der regionalen Lebensräume am Beispiel von Niedersachsen: „Würde man Niedersachsen auf, sagen wir mal, 1000 Quadratmeter zusammenfassen, dann wäre da aber die Hölle los; so verläuft es sich jedoch ein wenig.“<sup>10</sup> Die regionale Unterschiedlichkeit in Deutschland wird damit plakativ umschrieben, die jedoch konkrete Auswirkungen auf die Lebensqualität in unterschiedlichen Lebensaltern, Lebensphasen oder Lebenslagen haben. *Beetz* u.a. formulieren unter der Überschrift „Geographie des Alterns“, dass die Bedingungen des Alterns regional ausgesprochen unterschiedlich sind, nicht nur hinsichtlich der Alternsstruktur und Alternsdynamik, sondern auch in Bezug auf Einkommensverhältnisse, Erwerbsbeteiligung, Mortalität und Morbidität älterer Menschen.<sup>11</sup> Es gibt Regionen, in denen 24 von 100 Einwohner/innen bereits 65 Jahre und älter sind, die für Gesamtdeutschland im Jahr 2030 prognostizierten Anteile Älterer sind jetzt bereits erreicht (**Abbildung 2**). Von diesem langfristigen demografischen Alternsprozess sind bisher das Erzgebirge, das südliche und östliche Niedersachsen und Sachsen-Anhalt betroffen, andere Regionen erleben diesen in sehr kurzer Zeit (Mecklenburg-Vorpommern) oder unmittelbar in der Zukunft (Münchner Umland).<sup>12</sup>

Der kleinteilige Blick in die regionale Ebene wird notwendig, denn mit dem Alter nimmt die Bedeutung des Nahraums zu: Dieser betrifft die stärkere Gewichtung des Wohnens in der Nacherwerbsphase, die Einschränkung der Mobilität, die Beteiligung und das Engagement der Älteren in ihrer Gemeinde und Nachbarschaft. Im besonderen Maße sind ältere Menschen im ländlichen Raum auf eine Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, trotz eingeschränkter Mobilität oder eines kleiner werdenden Radius Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgungseinrichtungen, Hilfe- und pflegerische Dienstleis-

---

<sup>9</sup> armutundalter.de 2008

<sup>10</sup> Evers 2005

<sup>11</sup> ebd. 2008

<sup>12</sup> BBR 2006, Statistisches Bundesamt 2006 in: Beetz u.a. 2008; Hoffmann 2008

tungen zu erreichen und Möglichkeiten sozialer Teilhabe und Eingebundenheit in den sozialen Nahraum über Netzwerke, Freunde, Verwandte und Familie aktiv wahrnehmen zu können.

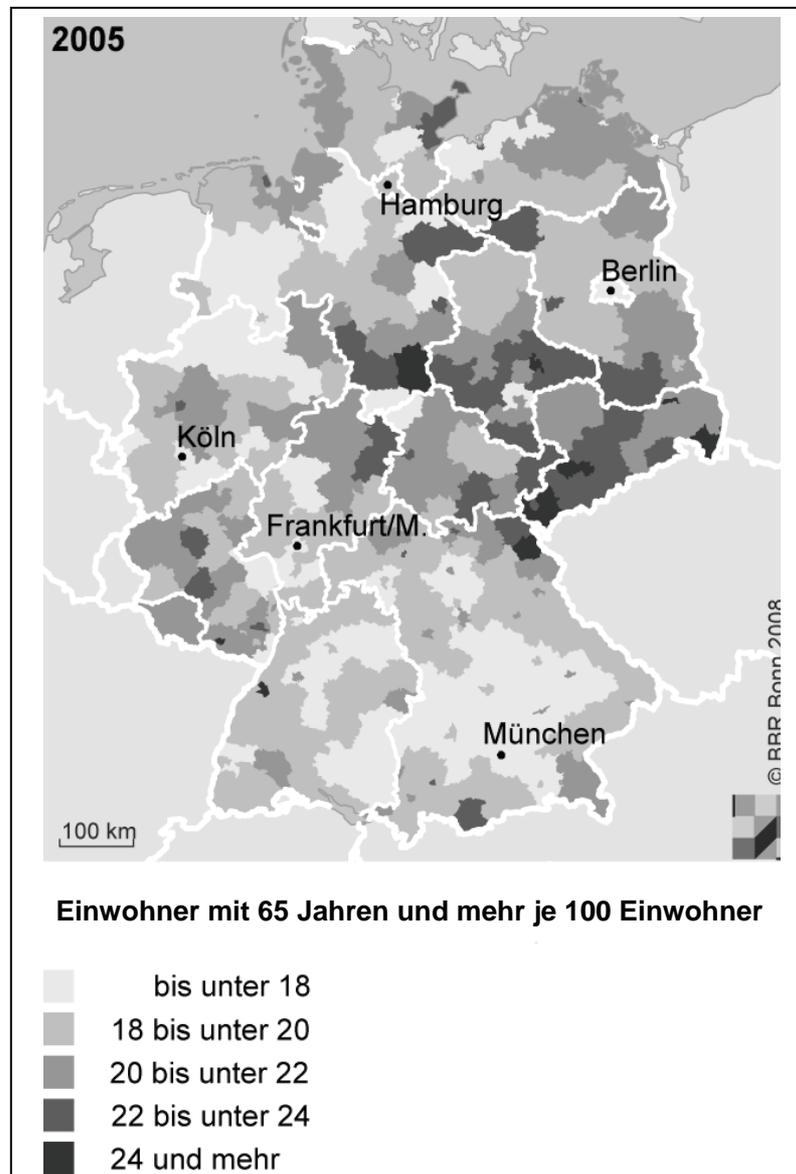


Abbildung 2

© BBR Bonn (2008)

Maßnahmen auf kommunaler oder regionaler Ebene werden als dringend geboten eingeschätzt, damit ein Zuschnitt auf die konkrete Situation vor Ort möglich wird. *Richter/Bunzendahl* schätzen Möglichkeiten sozialer Teilhabe oder sozialer Eingebundenheit für Ältere, die im ländlichen Raum leben, als bereits gefährdet an und diese Situation verschärfe sich zunehmend.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> vgl. ebd. 2007

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Aufgaben daraus für alternde Regionen entstehen. Dazu ist es notwendig, die ökonomischen, infrastrukturellen, politischen und anderen soziodemografischen Veränderungen hinzuzuziehen. *Beetz* u.a. stellen aus regionalforscherischer Perspektive fest, dass eine systematische Berücksichtigung der Bedeutung von Region oder Gemeinde für das individuelle Altern bisher in der Altersforschung eher selten Berücksichtigung findet, während die Stadt- und Regionalforschung weitaus mehr auf den Bevölkerungsrückgang als auf das Altern in qualitativer Perspektive schaute. So konnte der regionale Alternsprozess bisher aus alterforscherischer und regionalplanerischer Perspektive nicht annähernd in seiner Bedeutung für die Herstellung von Lebensqualität im Nahraum berücksichtigt werden. Doch viele Rahmensetzungen einer selbstständigen Lebensführung Älterer beruhen auf kommunalen Bedingungen, insbesondere der Daseinsvorsorge und Sozialpolitik, aber auch der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Wohnungspolitik. Wie Kommunen ihre Handlungsfelder gewichten, entscheidet über die selbstständige Lebensführung im Alter. Von Bedeutung wird zukünftig vor allem die Ausrichtung an einer Idee eines „altengerechten Lebensraums“<sup>14</sup> und hierzu vorgenommener Planungen und Realisierungen von Ideen. Nach *Klie* gehören zu einem altengerechten Lebensraum folgende Elemente, die zu gestalten sind:

- „Eine flexible und tragfähige Infrastruktur an Einrichtungen und Diensten für ältere Menschen,
- eine selbstbewusste aktive Bürgerschaft, die sich durch ihr vielfältiges Engagement auszeichnet,
- ein verbreitetes fachliches Wissen über Fragen des Alterns, der Pflege, der Vorsorge und der Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens im Alter und
- schließlich eine Kommune, die ihre aktive und aktivierende Rolle annimmt“.<sup>15</sup>

Zentrale Bereiche, die im Alter ein selbstbestimmtes, selbstständiges, unabhängiges Leben im Alter garantieren, sind die Planung und Gestaltung der Bereiche Wohnen, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, Mobilität, Infrastruktur, subjektive und objektive Eingebundenheit, soziales Netzwerk. Diese sind von zentraler Bedeutung für die Herstellung eines altengerechten Lebensraums und sollten in jeder Planung Priorität bekommen. Die seit den 1990er Jahren durchgeführten Altenhilfeplanungen in einzelnen Kommunen wurden in erster Linie nicht in den Städten und Dörfern durchgeführt, in denen ein hoher Altenanteil absehbar war, sondern je nachdem, welches Interesse oder welche Sensibilität für zukünftige Entwicklungen in der Region vorhanden war. Vor allem kleinere Gemeinden nutzen dieses Instrument ungenügend. Vielerorts wurden diese Altenhilfeplanungen zu wenig mit anderen Bereichen der Stadtplanung verknüpft.<sup>16</sup> „Als Konzept der altengerechten Kommune ist ein strategischer Ansatz oder ein Leitbild zu bezeichnen, die Wohnungsbestände, Infrastruktur, Wohnungsumfelder und kommunalen Dienstleistungen einer Kommune auf die Bedürfnisse älterer Menschen abzustimmen. Ziel ist es, dass kommunale Akteure gemeinsam Vorstellungen entwickeln, wie die Potenziale Älterer genutzt werden und diese Verantwortung für die Gestaltung und Ausstattung ihres Le-

---

<sup>14</sup> Klie 2002

<sup>15</sup> Klie 2002

<sup>16</sup> vgl. *Beetz* u.a. 2008

bensumfeldes übernehmen können“.<sup>17</sup> Relativ neu in der Diskussion um Stadt- und Regionalentwicklung ist die Frage, ob es ausdrücklich um die Gestaltung einer altengerechten Dorf/Stadt/Region gehen muss oder ob nicht vielmehr die Gestaltung eines menschengerichteten Lebensraums in Frage steht, die alle im Nahraum lebenden Menschen ebenso mit einbezieht, wie z.B. Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen sowie Familien mit Kindern Das Altern stellt dabei folgende Anforderungen an die Stadt- und Regionalentwicklung: „Dazu zählen die Stadt der kurzen Wege (Multifunktionalität), ein dichtes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs (Mobilität), Barrierefreiheit (Zugänglichkeit), multimodale Erreichbarkeit, eine wohnungsnah soziale und kulturelle Infrastruktur sowie nachbarschaftliche Netze (Integration, Aktivitäten und Kontakte). Zu bedenken ist auch die Ausleuchtung von Wegen zur Vermeidung von Angsträumen, die Gewährleistung von Ruhe und Langsamkeit, die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten“.<sup>18</sup> Diese Bedingungen beinhalten ebenfalls für Kinder und Jugendliche oder Frauen mit kleinen Kindern sowie Menschen mit Behinderungen Vorteile in ihrem Nahraum. Alterssensible Stadt- und Regionalentwicklung sollte sich demnach an der sozial gemischten Stadt orientieren und das bedeutet, nicht auf Gemeinden und Quartiere für ältere Menschen zu setzen, sondern für das Altern zu sensibilisieren und die Situation älterer Menschen in der Stadt, im Dorf bzw. in der Region bei Planungen selbstverständlich im Blick zu haben.

Mit dem demografischen Wandel entstehen Chancen und Möglichkeiten zur Stadt- und Regionalplanung entlang der Herstellung von Lebensqualität für die unterschiedlichen Lebensalter, die vor allem die überwiegende Zeit in ihrem unmittelbaren Nahraum verbringen. Stadt- und Regionalentwicklung meint vor allem Planungen in Richtung einer lebendigen und offenen Kommune, die sich an alle Altersgruppen richtet.<sup>19</sup> Diese offene und lebendige Kommune lässt sich jedoch nur gestalten, wenn alle aufgefordert und aktiviert werden. Die Ausrichtung der Planungen an den Bedürfnissen und Bedarfen älterer Menschen ist dabei von besonderer Bedeutung, da die Orientierung an den Potenzialen und Anforderungen der Alten deren Selbstständigkeit und Unabhängigkeit fördert und gleichzeitig Hilfefpotenziale freisetzt.

Von Bedeutung wird der Transfer von Erkenntnissen der Altersforschung in die Stadt- und Regionalplanung und ressortübergreifende Planungen in den Kommunen, die die Bedürfnisse der unterschiedlichen Lebensalter angemessen berücksichtigen. „Die Teilhabe älterer Menschen am Leben der Gemeinde hängt ganz entscheidend von den Infrastrukturen ab. Die klassische Infrastrukturplanung besitzt zwar einen bedeutenden Anteil an der Stadtentwicklung, in der Regel treten aber ältere Bewohner nicht als besondere Zielgruppe auf. Gegenwärtig dominiert in der Fachöffentlichkeit der Bevölkerungsrückgang, so dass der Rück- und Umbau das drängende Thema ist.“<sup>20</sup> Dabei wird in einer Situation knapper Kassen schnell von geringeren Handlungsspielräumen gesprochen, während die weniger aufwendigen, weicheren und doch wirksamen Mittel gering geschätzt werden. Dazu zählen auf jeden Fall Synergien zwischen den Planungen der Alten-, Jugend- und Sozialhilfe. Mit dem demografischen Wandel verändern sich nicht nur die technischen Parameter, sondern insgesamt die Bewohner- oder Nachbarschaften, die

---

<sup>17</sup> Grymer 2005 in: Beetz u.a. 2008

<sup>18</sup> Beetz u.a. 2008

<sup>19</sup> vgl. Beetz u.a. 2008

<sup>20</sup> Kilper/Müller 2005

öffentlichen Räume und Stadtquartiere in ihrer Alters- und Sozialstruktur“.<sup>21</sup> Leistungspotenziale der (zukünftigen) Alten sollten deshalb gesucht, frühzeitig gefördert und erschlossen werden, vor allem auch, weil die älteren Menschen ihren Lebensraum mitgestalten können und mit allen im sozialen Nahraum lebenden Menschen die Frage nach der Lebensqualität in ihrem Lebensort stellen, gemeinsam gestalten und leben sollen. Alle Generationen in einem Ort verfügen über ein enormes Potenzial an Wissen und Kompetenzen, die zu einer lebenswerten Stadt oder einem lebenswerten Dorf führen, in der gesellschaftliche Teilhabe für alle selbstverständlich ist, trotz geringer werdender Anteile auf der jüngeren Seite und zunehmender Anteile auf Seite der Älteren.

#### **4. Generationenverhältnisse entwickeln, stärken und stützen zugunsten der Jungen und der Alten im Lebensraum**

Mit der absehbaren Entwicklung werden zukünftig mehr Menschen viel mehr Zeit in ihrem unmittelbaren Nahraum verbringen und mit zunehmendem Alter aufgrund nachlassender Mobilität auf die Infrastruktur in ihrem Lebensraum insbesondere angewiesen sein. Der Altenforscher *Klie* fordert deshalb, einen neuen Generationenvertrag auf kommunaler Ebene auszuhandeln und zu gestalten, damit die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen zu einer gemeinsamen Aufgabe von Kommunalpolitik, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Professionellen und Verbänden werden kann.<sup>22</sup> Mit dem demografischen Wandel wachsen jedoch auch die Chancen für einen Lebensraum mit neuen Qualitäten für alle Bewohnerinnen und Bewohner, in dem die Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes, eines Stadtteils oder einer Kommune die öffentlichen Räume so planen, dass alle Lebensalter und Lebenslagen integriert sind und der intergenerationale Zusammenhalt durch die Gestaltung des öffentlichen Raums gefördert und hergestellt wird. Darüber hinaus sollten Maßnahmen erfolgen, die die Teilhabe und die Selbstständigkeit älterer Menschen bzw. Anreize zur Wiederaneignung im Nahraum eröffnet. Lebens- und Sozialräume könnten so gestaltet werden, dass auch Wohnen und Arbeiten im Nahraum wieder möglich wird.<sup>23</sup>

Beetz' (u.a.) Begriff der menschengerechten Kommune drückt dabei aus, worauf es bei allen Planungen ankommt: Lebensräume für alle Menschen zu schaffen, die die überwiegende Zeit des Tages in diesem regionalen Nahraum leben und auf seine Angebote zur Teilhabe angewiesen sind. Dazu gehören neben den älteren Menschen vor allem auch die Kinder und Jugendlichen, denn diese sind genau wie die Älteren diejenigen, die im unmittelbaren Nahraum leben, dort zur Schule oder in den Kindergarten gehen und sich dort in ihrer Freizeit bewegen. Es gibt Möglichkeiten für beide, Angebote und Maßnahmen zu schaffen, in denen sie sich treffen und sich begegnen, in denen sie qualitativ gut miteinander leben können und mit denen durch die Herstellung einer menschengerechten Kommune Armutrisiken für beide Gruppen vermindert werden. Das bedeutet nicht, dass Armut und Armutrisiken durch die Gestaltung von menschengerechten Kommunen vollständig verhindert werden können, schon gar nicht angesichts der Prognosen bezüglich zukünftiger Einkünfte älterer Menschen, dennoch kann die Gestaltung kommunaler

---

<sup>21</sup> Beetz u.a. 2008

<sup>22</sup> Klie 2008

<sup>23</sup> vgl. Kalisch 2008

Lebensbedingungen die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und auch von Älteren erheblich verbessern. Darüber hinaus liegen vor allem Potenziale in der Vernetzung und Bereitstellung von Angeboten unterschiedlichster Anbieter Sozialer Arbeit, die bislang noch nicht in den Blick geraten sind. Für die Gestaltung einer menschengerechten Kommune geht es um die Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen aller Bewohnerinnen und Bewohner – unabhängig vom Alter –, wie Potenziale Älterer genutzt werden und wie sie Verantwortung für die Gestaltung und Ausstattung ihres Lebensumfeldes übernehmen können, und um die Schaffung von Möglichkeiten zu generationsübergreifender Begegnung, aus der wechselseitige Hilfe- und Unterstützungspotenziale erwachsen können.<sup>24</sup>

Das BMFSFJ fördert derzeit zwei unterschiedliche Programme, einerseits die Gestaltung und Verstetigung generationsübergreifender Angebote in den Kommunen über die Förderung von 500 Mehrgenerationenhäusern und das Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“ zur Stärkung und Stützung von Selbsthilfe- und Freiwilligeninitiativen in den Kommunen. Diese Fördermaßnahmen weisen in Richtung der Gestaltung von Nahräumen, in denen alle aktiv werden sollen und in denen die älteren Menschen davon überzeugt werden sollen, dass sie selber auch mitbestimmen und mitgestalten können.

In den letzten zwei Jahren sind ca. 500 Mehrgenerationenhäuser bundesweit in Dörfern, Städten und Regionen entstanden. Die Mehrgenerationenhäuser werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und hier treffen sich täglich alle Generationen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene, ältere Menschen und Hochaltrige. Sie sind aus bestehenden Einrichtungen entstanden, z.B. aus Familienzentren, Mütterbegegnungszentren, Seniorenzentren. Zu ihren Aufgaben gehört u.a. die Herstellung einer „Dienstleistungsdrehscheibe in den Kommunen“, in denen Angebote und Maßnahmen koordiniert und selber initiiert werden. Bisher jedoch fehlt ihnen vor allem in Bezug auf die Förderung und Herstellung generationsübergreifender Angebote der Hintergrund und es stellen sich Fragen, wie z.B. Alte und Junge miteinander verbunden werden können, welche Angebote für alle Lebensalter interessant sein könnten oder welche Angebote ausschließlich für Alte angeboten werden sollten, so dass eine generationsübergreifende aktive Gemeinschaft entstehen kann.

Es gibt viele ältere Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, oft jedoch nicht im Hinblick auf die Gestaltung ihres Lebens im Alter – oder aber sie scheuen sich, im Alter noch einmal etwas ganz Neues zu beginnen. Viele ältere Menschen würden sich gerne engagieren, doch sie bräuchten jemanden, der sie aus ihrer Häuslichkeit herausholt und sie auffordert mitzumachen. Auf der anderen Seite sind die Kinder und Jugendlichen dazu aufgefordert, in die Mehrgenerationenhäuser zu gehen und dort die für sie eingerichteten Angebote der Betreuung, Bildung und Erziehung sowie Freizeitangebote zu nutzen – bis hin zur täglichen Mittagessenversorgung, die dort u.a. angeboten wird. Mehrgenerationenhäuser haben die Chance, sich zu einem Regelangebot in den Kommunen zu entwickeln, die schwierige Lebenslagen in allen Lebensaltern abmildern oder verhindern helfen können. Die Mehrgenerationenhäuser sind jedoch noch dabei, mehr generationsübergreifende Dienstleistungen zu entwickeln, die nicht mehr nur entweder die Kinder und Jugendlichen im Blick haben oder ausschließlich die Gruppe der Alten.

---

<sup>24</sup> vgl. Beetz u.a. 2008

Am Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“ nehmen bisher 50 Kommunen teil. Die Kommunen, die sich am Aktionsprogramm beteiligen, wollen die älteren Menschen in ihren Kommunen aktivieren und motivieren, sich an der Gestaltung ihrer Dörfer, Stadtteile oder Regionen im unmittelbaren Nahraum zu beteiligen. Die älteren Menschen verändern über ihre aktive Teilhabe ihren Lebensraum und entwickeln damit ein Stück Lebensqualität. Es geht darum, das Leitbild eines aktiven Alters vor Ort mit Leben zu füllen. Städte und Gemeinden sind aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich ältere Menschen aktiv ehrenamtlich einbringen können und die Kommunen sollen vom Wissen und Können älterer Menschen profitieren lernen. Vor Ort werden lokale Foren gebildet, in denen Ziele entwickelt werden zu der Frage: „Wie wollen wir morgen leben?“ Die Ziele können dabei sehr unterschiedlich und vielfältig sein, denn es geht vor allem um die Herstellung von Beteiligung und Selbstbestimmung: Vielleicht ein neues Denkmal im Ort oder die Verschönerung des Dorfplatzes oder die gemeinsame Leitung des Schwimmbads vor Ort werden als Beispiele für Aktivitäten genannt. „Alte Menschen sind heute aktiv und wollen sich einbringen, wollen gebraucht werden. Es ist wichtig, dass die 50 Kommunen als Trendsetter dieses neue Bild vom aktiven Alter nicht nur verstehen, sondern es auch mit Leben füllen. Dann wird es sich schon bald in unserer Gesellschaft durchsetzen“.<sup>25</sup> Die ausgewählten Gemeinden haben eine hohe Seniorenquote und vor Ort bereits bestehende Strukturen für freiwilliges Engagement, in denen die Älteren intensiver eingebunden werden.

Kinder- und Jugendhilfe kann sich hier ebenfalls einmischen und darauf Einfluss nehmen, dass auch generationsübergreifende Aktivitäten ins Leben gerufen werden, um die generationsübergreifende Gestaltung des Lebens in der Kommune oder in der Region zu stärken. Das kann für Soziale Arbeit und insbesondere für die Kinder- und Jugendhilfe eine Zukunftsoption sein. Angesichts weniger werdender Kinder und Jugendlicher wird die Kinder- und Jugendhilfe genauer betrachten müssen, wie die nachwachsende Generation gestärkt werden kann, in eine überalternde Gesellschaft hineinzuwachsen, um dort ihre Positionen zu finden. Das gelingt jedoch nur, wenn nicht die ältere Generation gegen die Jüngere fachlich und vor Ort ausgespielt werden kann, sondern indem Soziale Arbeit ein Gesamtprogramm für „jung und alt“ und „von jung zu alt“ entwickelt. Die Kommunen, die bereits von einer größeren Überalterung betroffen sind, müssen dies bewusst wahrnehmen und darauf reagieren. Insgesamt fordert der demografische Wandel dazu heraus, Überlegungen anzuregen, welche Angebote aus der Kinder- und Jugendhilfe, die zur Vermeidung und Verminderung von Armut und zur Lebensgestaltung von Kindern und Jugendlichen beitragen, auch für die ältere Generation genutzt werden könnten und in welche Angebote die Älteren mit einbezogen werden könnten. Dazu könnte sich die Kinder- und Jugendhilfe konkret mit den anderen Ressorts und allen übrigen Dienstleistungen vor Ort zur Verbesserung der Lebensqualität Jüngerer und Älterer im Nahraum vernetzen, um dem demografischen Wandel und seinen Folgen gewachsen zu sein.

Über die Gestaltung der unmittelbaren Lebensräume wird über die Qualität gesellschaftlicher Teilhabe entschieden: Von besonderer Bedeutung sind dabei die Berücksichtigung der Regionen, Städte, Dörfer, in denen entlang der „Geographie des Alterns“ bereits gegenwärtig Bedingungen demografisch und daraus resultierend Lebensqualitäten entstan-

---

<sup>25</sup> BMFSFJ 2008

den sind, die in der Gesamtperspektive erst für 2030 oder 2050 vorhergesagt werden und durch Gestaltung sowie Planungen zu beeinflussen sind.

**Die Zukunft:**

Jung und alt im Jugendzentrum,  
oder mal die Jungen, mal die Alten,  
wann jede Gruppe für sich,  
wann und wie gemeinsam?



Abbildung 3

© Foto: H. Gloss/ Hannover

Mit dem Ziel und der Aufgabe, in den unterschiedlichen Regionen die Herstellung eines selbstständigen, unabhängigen und selbstbestimmten Lebens im Alter zu entwickeln und durchzusetzen, stellen sich für Soziale Arbeit und insbesondere auch für die Kinder- und Jugendhilfe neue Herausforderungen. Sozialer Arbeit fällt dabei die Aufgabe der Entwicklung eines Gesamtprogramms zu, das einer aktiven Lebensgestaltung im unmittelbaren Lebensraum für klein und groß oder von jung bis alt förderlich ist und differenziert ausge- arbeitet dazu führt, Lebensentwürfe neu denken und entwickeln zu können.

## Literaturverzeichnis

Backes, G./Amrhein, L./Stiegler, B. (2008): Gender in der Pflege – Herausforderungen für die Politik. Reihe „WISO Diskurs“ Friedrich-Ebert-Stiftung.

Beetz, S./Beckmann, K.J./Hüttl, R.F./Müller, B. (2008): Alternsensibilität als Konzept moderner Stadt- und Regionalentwicklung. In: Informationsdienst Altersfragen. Heft 03/2008.

BBR (2008): INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. Ausgabe 2007. CD-Rom. Bonn. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2008): Bundesprogramm „Aktiv im Alter.“ In: <http://www.aktiv-im-alter.de>. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

BMFSFJ (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. In: <http://www.bmfsfj.de>. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Butterwege, C./Klundt, M. (2002): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit.

Claus, M./Bunzendahl, I./Richter, A. (2007): Armut und Gesundheit im Alter. Ein Überblick zu Aktivitäten auf diesem Feld. Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. Hannover.

Evers, H. (2005): Gefühltes Wissen. Frankfurt.

Hoffmann, E. (2008): GEroStat – Statistische Informationen. Räumliche Muster der demografischen Alterung in Deutschland. In: Informationsdienst Altersfragen. Heft 03/08.

Kalisch, D. (2008): Defizite demografischer Prognosen für die Kommunalentwicklungsplanung. In: Informationsdienst Altersfragen. Heft 03/2008.

Klie, Th. u.a. (2002): Handbuch Kommunale Altenplanung. Grundlagen – Prinzipien – Methoden. Frankfurt/Main.

Klie, Th./Pfundstein, Th. (2008): Von der kommunalen Altenhilfeplanung zum Kultur- und Systemmanagement. Die neue Rolle der Kommunen in der Seniorenpolitik. In: Informationsdienst Altersfragen. Heft 03/2008.

Meyer, C. (2008): Altern und Zeit. Der Einfluss des demografischen Wandels auf individuelle und gesellschaftliche Zeitstrukturen. Wiesbaden.

Meyer, C. (2008): Mit der Zeit kommt das Alter(n) in die Soziale Arbeit – Demografischer Wandel und die Auswirkungen auf Soziale Arbeit. Heft 3/2008 neue praxis.

Richter, A./Bunzendahl, I. (2007): Armut im Alter – heute noch kein Thema? In: Dokumentation 12. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit Berlin 2007.

Brandstetter, B./Seibel, K. (2008): Ohne private Vorsorge droht Armut im Alter. In: weltonline.

Statistisches Bundesamt 2006: 11. koord. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 Wiesbaden.

# Armut von Kindern – Anmerkungen aus kinderrechtlicher Sicht

DR. JÖRG MAYWALD

Geschäftsführer, Deutsche Liga für das Kind, Berlin

In diesem Beitrag wird das Thema Kinderarmut aus kinderrechtlicher Perspektive in den Blick genommen. Ein solcher auf den Kinderrechten basierender Ansatz (Child Rights based Approach) geht davon aus, Kinder nicht nur als Objekte wohlfahrtsstaatlicher Bemühungen zu sehen, sondern sie als Träger eigener Rechte und damit auch als Anspruchsberechtigte zu betrachten.

Im ersten Teil soll die Frage beantwortet werden, warum es überhaupt eigener Kinderrechte bedarf. Anschließend wird das Gebäude der auch von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) dargestellt. Im dritten Teil wird das in Artikel 27 UN-KRK niedergelegte Recht jedes Kindes auf einen angemessenen Lebensstandard erläutert. Der vierte Abschnitt behandelt die in Art. 4 UN-KRK enthaltene Verpflichtung einer innerstaatlichen Umsetzung der Kinderrechte im Hinblick auf Kinderarmut. Im fünften Teil schließlich werden einige kinderrechtliche Perspektiven entwickelt.

## Warum Kinderrechte?

Dass Kinder (Rechts-)Subjekte und Träger eigener Rechte sind, wird in Deutschland kaum mehr jemand ernsthaft bestreiten, obwohl es noch gar nicht so lange her ist, dass nicht einmal klar war, ob Kinder uneingeschränkt als Grundrechtsträger zu behandeln sind. Erst im denkwürdigen Jahr 1968 nämlich hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass das Kind „ein Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit im Sinne der Art. 1 Abs. 1 und 2 Abs. 1 Grundgesetz (GG) ist“.<sup>1</sup> Zuvor lautete die herrschende juristische Lehrmeinung, dass Kinder zwar grundrechtsfähig, aber nicht grundrechtsmündig seien. Eine solche Position wird heute zwar kaum mehr im juristischen Raum vertreten, aber sie ist durchaus noch im Bewusstsein vieler Menschen vorhanden, die davon ausgehen, dass Kinder auf ihrem Weg in das Erwachsensein erst allmählich zu vollwertigen Menschen werden.

Auch wenn eine solche Position zumal im politischen und fachlichen Raum unhaltbar geworden ist, so gibt es doch eine andere, weitaus subtilere Argumentationslinie gegen eigenständige Kinderrechte. Kinder seien ja Menschen und selbstverständlich würden die Menschenrechte auch für Kinder gelten, so wird argumentiert, aber warum bedürfe es dann noch besonderer Kinderrechte, wenn doch die Menschenrechte in unserem Grundgesetz bereits ausreichend abgesichert sind, lautet die rhetorisch gemeinte Frage.

Demgegenüber muss betont werden, dass Kinder zwar selbstverständlich von Beginn an vollwertige Menschen sind und alle Menschenrechte uneingeschränkt auch für Kinder gelten. Zugleich jedoch gilt: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Auf Grund ihres Alters, wegen ihrer sich entwickelnden körperlichen und geistigen Fähigkeiten brauchen Kinder ein Recht auf Kindheit, ein Recht auf einen Schon- und Spielraum, in dem Verantwort-

---

<sup>1</sup> BVerfG 24, 119, 144

lichkeit wachsen und eingeübt werden kann. In dieser Spannung zwischen Gleichheit auf der einen – Kinder sind genauso Menschen – und Differenz auf der anderen Seite – Kinder haben altersbedingte spezifische Bedürfnisse – liegt das besondere Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern. Kinderrechte sind insofern Menschenrechte für Kinder, die auf deren besondere Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Ein Beispiel soll den besonderen Bedarf an spezifischen Kindermenschenrechten illustrieren: Selbstverständlich gilt für Kinder ebenso wie für Erwachsene die Meinungsfreiheit, das heißt die Freiheit, seine Meinung zu äußern, um auf diese Weise dem eigenen Willen im Aushandlungsprozess mit anderen Menschen Geltung zu verschaffen. Was aber nützt einem jungen Kind die Meinungsfreiheit, wenn es darum geht, seine Bedürfnisse angemessen zur Geltung zu bringen? Aus diesem Grund, weil eben Kinder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten haben, ihre Interessen einzubringen, fordert Art. 12 UN-KRK nicht nur, die Meinung von Kindern zu respektieren, sondern gibt ihnen darüber hinaus das Recht, dass ihr Wille alters- und reifeangemessen berücksichtigt wird. Aufgabe der für Kinder verantwortlichen Erwachsenen ist es demnach, den zweifellos vorhandenen kindlichen Willen beispielsweise eines Säuglings wahrzunehmen, diesen richtig zu interpretieren und bei allen das Kind betreffenden Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.

### **Das Gebäude der UN-Kinderrechtskonvention**

In den 54 Artikeln der UN-Kinderrechtskonvention, die so etwas wie ein Grundgesetz für die Kinder dieser Welt darstellt, werden Kindern umfassende Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte zuerkannt. Die in dem „Gebäude der Kinderrechte“ wichtigsten Rechte finden sich in den Artikeln 2, 3, und 12.

Der Artikel 2 enthält ein umfassendes Diskriminierungsverbot. Das heißt, alle Rechte gelten für jedes Kind unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler, ethnischer oder sozialer Herkunft, Vermögen, Behinderung, Geburt oder sonstigem Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.

Weitere Schutzrechte finden sich in Artikel 8: Schutz der Identität; Artikel 9: Schutz vor Trennung von den Eltern; Artikel 16: Schutz der Privatsphäre; Artikel 17: Schutz vor Schädigung durch Medien; Artikel 19: Schutz vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Misshandlung oder Vernachlässigung einschließlich des sexuellen Missbrauchs; Artikel 22: Schutz von Kinderflüchtlings; Artikel 30: Schutz von Minderheiten; Artikel 32: Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung; Artikel 33: Schutz vor Suchtstoffen; Artikel 34: Schutz vor sexuellem Missbrauch; Artikel 35: Schutz vor Entführung; Artikel 36: Schutz vor Ausbeutung jeder Art; Artikel 37: Schutz in Strafverfahren und Verbot von Todesstrafe und lebenslanger Freiheitsstrafe; Artikel 38: Schutz bei bewaffneten Konflikten.

In Artikel 3 ist der Vorrang des Kindeswohls festgeschrieben, demzufolge das Wohl des Kindes bei allen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen öffentlicher oder privater Einrichtungen vorrangig zu berücksichtigen ist. Wer für die Entwicklung des

Kindes Verantwortung trägt, ist verpflichtet, das Kind entsprechend seinem Entwicklungsstand bei der Wahrnehmung seiner Rechte zu unterstützen.

Ergänzende Förderrechte sind festgelegt in Artikel 6: Recht auf Leben und Entwicklung; Artikel 10: Recht auf Familienzusammenführung; Artikel 15: Recht auf Versammlungsfreiheit; Artikel 17: Zugang zu den Medien; Artikel 18: Recht auf beide Eltern; Artikel 23: Recht auf Förderung bei Behinderung; Artikel 24: Recht auf Gesundheitsvorsorge; Artikel 27: Recht auf angemessenen Lebensstandard; Artikel 28: Recht auf Bildung; Artikel 30: Recht auf kulturelle Entfaltung; Artikel 31: Recht auf Ruhe, Freizeit, Spiel und Erholung; Artikel 39: Recht auf Integration geschädigter Kinder.

Nach Artikel 12 hat jedes Kind das Recht, in allen Angelegenheiten, die es betreffen, unmittelbar oder durch einen Vertreter gehört zu werden. Die Meinung des Kindes muss angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife berücksichtigt werden. Weitere Beteiligungsrechte der Kinder sind niedergelegt in Artikel 13: Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Informationsbeschaffung und -weitergabe und in Artikel 17: Recht auf Nutzung kindgerechter Medien.

Neben den materiellen Rechten ist eine Reihe von Verfahrensregeln von Bedeutung. Hierzu gehören neben der Definition des Begriffs „Kind“ (jeder Mensch, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat) in Artikel 1 die Verpflichtung der Staaten zur Umsetzung der Kinderrechte (Artikel 4) und zur Bekanntmachung der Kinderrechte (Artikel 42), die Einsetzung eines UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes (Artikel 43), die Berichtspflicht über die Maßnahmen zur Verwirklichung der Kinderrechte (Artikel 44) sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten von Nicht-Regierungsorganisationen (Artikel 45).

Insgesamt kann man sich die UN-Kinderrechtskonvention als ein Gebäude vorstellen, das auf den drei Säulen Schutz, Förderung und Beteiligung ruht und im Dach von dem in Art. 3 niedergelegten Vorrang des Kindeswohls gekrönt wird (**Abbildung 1**).

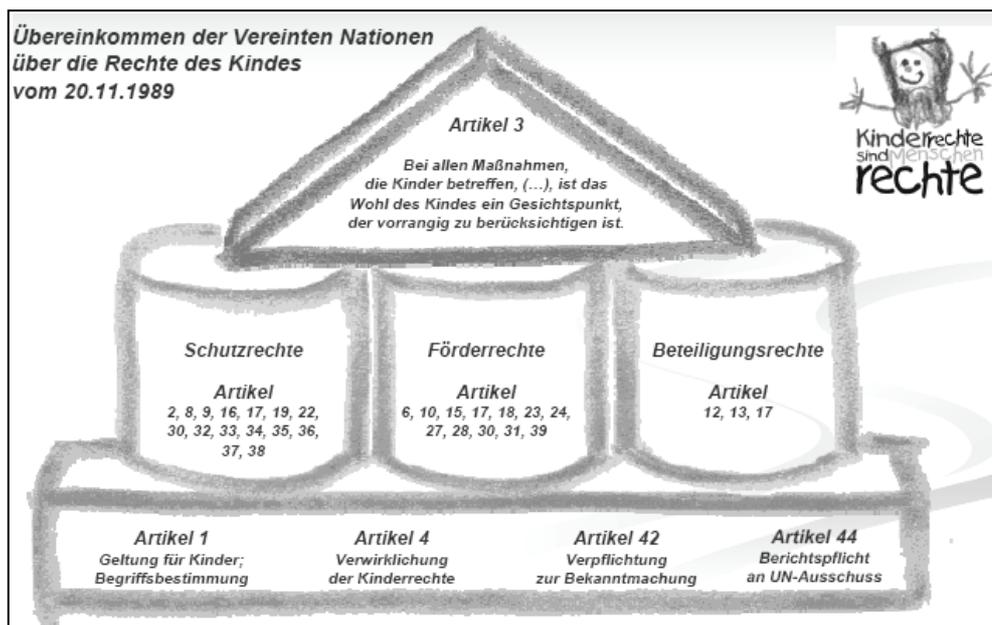


Abbildung 1

© National Coalition

## **Recht auf einen angemessenen Lebensstandard gemäß Art. 27 UN-KRK**

In Art. 27 Abs. 1 UN-KRK heißt es: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an“.

Als Maßstab wird allgemein zugrunde gelegt, dass der Lebensstandard von Kindern in einem Land dann als angemessen bezeichnet werden kann, wenn das Risiko für ein Kind, arm zu sein, nicht größer ist als für den Durchschnitt der Bevölkerung. Da Kinder in Deutschland im Vergleich zu Erwachsenen bekanntermaßen ein deutlich höheres Risiko haben, in Armut aufzuwachsen, ist Art. 27 Abs. 1 UN-KRK hierzulande faktisch nicht umgesetzt.

Bei Art. 27 (Recht auf einen angemessenen Lebensstandard) handelt es sich um ein wirtschaftliches bzw. soziales (Förder-)Recht. Für die Beurteilung der Frage, inwieweit Deutschland hier gegen die Kinderrechtskonvention verstößt, ist daher Art. 4 UN-KRK von besonderer Bedeutung, in der die Verpflichtungen der Vertragsstaaten u. a. bei der Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte normiert sind.

## **Pflicht zur Verwirklichung der Kinderrechte gemäß Art. 4 UN-KRK**

Art. 4 UN-KRK lautet wie folgt:

„Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen **unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel** und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit“ (Hervorhebung J.M.).

Der in dem Text hervorgehobene Passus lautet im verbindlichen englischen Original genauer **„to the maximum extent of their available resources“**.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Deutschland tatsächlich versucht, „unter Ausschöpfung der verfügbaren Ressourcen“ gegen Armut von Kindern vorzugehen. Um diese Frage zu beantworten, ist zunächst zu klären, wie der Begriff „Ausschöpfung der verfügbaren Ressourcen“ zu verstehen ist und auf welche Weise er operationalisiert werden kann.

Zu diesem Zweck hat die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland am 4. April 2008 ein Expertengespräch durchgeführt, bei dem Sachverständige unterschiedlicher Fachrichtungen Art. 4 UN-KRK aus ihrer Sicht ‚unter die Lupe genommen‘ haben. An diesem Gespräch nahmen u. a. Prof. Lothar Krappmann, deutsches Mitglied im UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, Dr. Rudolf Martens von der Paritätischen Forschungsstelle Berlin und Prof. Christian Tomuschat, Völkerrechtler an der Humboldt-Universität Berlin, teil. Nachfolgend werden die Ergeb-

nisse der Expertenäußerungen und der sich daran anschließenden Diskussion in **zehn Thesen** zusammengefasst.<sup>2</sup>

### ***Präzisierung der Staatenverpflichtungen***

Artikel 4 UN-KRK ist Ausdruck des allgemeinen und ohnehin geltenden Grundsatzes „pacta sunt servanda“, also der Verpflichtung, eingegangene Verbindlichkeiten redlich zu erfüllen. Wenn Artikel 4 UN-KRK diese Verpflichtung gleichwohl so nachdrücklich betont, trägt dies der Tatsache Rechnung, dass die Rechte der Kinder in besonderer Weise Gefahr laufen, politisch nicht hinreichend ernst genommen zu werden. Artikel 4 UN-KRK präzisiert daher die übernommenen Verbindlichkeiten und bietet damit die Grundlage, deren Erfüllung mit besonderem Nachdruck einzufordern.

### ***Volle Verbindlichkeit***

Der Versuch, Artikel 4 UN-KRK als „soft law“ einzustufen und dadurch seine Verbindlichkeit herabzusetzen, verletzt nicht nur die Verpflichtung zur redlichen Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten, sondern verkennt, dass die Konvention durch den Beschluss der Vereinten Nationen vom 20. November 1989 volle Verbindlichkeit erlangt hat. Dem stehen auch die „Erklärungen“ der Bundesregierung anlässlich der Ratifizierung der Konvention nicht entgegen.

### ***Optimierungsgebot***

Artikel 4 UN-KRK bezieht sich auf „die in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“. Deren Gehalt wird durch Artikel 4 UN-KRK nicht erweitert; die Einzelrechte gelten nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen der Konvention. Wenn gleichwohl hervorgehoben wird, dazu seien „alle geeigneten Maßnahmen“ zu ergreifen, so impliziert dies ein Optimierungsgebot, für eine beständige Verbesserung der Rechte und der Lebensbedingungen von Kindern Sorge zu tragen. Alle Bestimmungen der Konvention sind davon geprägt. Artikel 4 UN-KRK muss daher zu den allgemeinen Prinzipien des Übereinkommens – umbrella rights – gerechnet werden.

### ***Verbindliches Rückschrittsverbot***

Das Optimierungsgebot des Artikels 4 UN-KRK bewirkt im Umkehrschluss ein verbindliches Rückschrittsverbot. Indem die Konvention zwar anerkennt, dass es „Umstände und Schwierigkeiten“ geben kann, „welche die Vertragsstaaten daran hindern, die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verpflichtungen voll zu erfüllen“ (Artikel 4 UN-KRK Abs. 2), wird unterstellt, dass allenfalls Stillstand, nicht aber Rückschritt hinzunehmen ist. Artikel 4 UN-KRK verbietet daher, einmal erreichte Standards zurück zu nehmen. Daraus folgt insbesondere bei finanziellen Leistungen die Verpflichtung, zum Ausgleich von Kaufkraftverlusten für eine kontinuierliche Anpassung der Leistungen Sorge zu tragen.

---

<sup>2</sup> vgl. den Beitrag von Reinald Eichholz: Kinderrechte unter Ausschöpfung der verfügbaren Mittel umsetzen. In: frühe Kindheit 4/2008

### ***Finanzielle Ressourcen und andere Leistungen***

Wenn Artikel 4 UN-KRK hervorhebt, dass „alle geeigneten Maßnahmen der zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“ zu treffen seien, so schließt das Erfordernis der Eignung ein, dass sowohl in der Zielsetzung als auch bei der Wahl der Mittel die Rechte des Kindes in voller Breite aufgegriffen werden müssen. Das bedeutet insbesondere, dass über finanzielle Ressourcen hinaus auch Leistungen nicht finanzieller Art zur Verfügung zu stellen sind, und zwar mit Blick auf die Subjektstellung des Kindes vorrangig als deren eigenes Recht.

### ***Höchstmaß möglicher Anstrengungen***

Bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten des Kindes verschleiert die nichtamtliche deutsche Übersetzung – „unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel“ – den nach der amtlichen Fassung hohen Anspruch, diese Rechte durch ein „maximum extent of available resources“ einzulösen. Dadurch verbietet sich der bloße Verweis auf die nach Haushaltsplan verfügbaren Mittel. Es erfordert vielmehr unter selbstverständlicher Achtung staatlicher Souveränität einen auf das Höchstmaß möglicher Anstrengungen ausgerichteten Diskurs über das gesamte Einnahme- und Ausgabeverhalten.

### ***Umfassende Leistungsbilanz***

Die positive Quantifizierung der verfügbaren Mittel ist angesichts des notwendig weiten politischen Ermessens beim Einsatz der Bund, Ländern und Gemeinden zur Verfügung stehenden Ressourcen problematisch. Negativ abgrenzend steht aber fest, dass der (übliche) Hinweis auf die für Kinder und Familien aufgewendeten hohen Staatsausgaben fehlgeht und irreführt. Nicht nur werden in der Regel sachfremde, nicht streng kindbezogene Ausgaben einbezogen; vor allem werden die auf Dauer von den begünstigten Kindern selbst erbrachten Leistungen an den Staat nicht gegengerechnet. Derzeit besteht ein Saldo von rund 80.000 Euro, um den die je Kind im Laufe seines Lebens an den Staat oder die öffentlichen Sicherungssysteme erbrachten Leistungen die staatlich für Kinder aufgewendeten Leistungen übersteigen. Das Argument der Nichtfinanzierbarkeit von Leistungen für Kinder ist illegitim, solange in der Leistungsbilanz ein Saldo zugunsten der Kinder besteht. Denn bis zur Beseitigung dieses Saldos finanzieren Kinder die ihnen zukommenden Leistungen auf lange Sicht selbst; eine tatsächliche Umverteilung zugunsten der nachwachsenden Generation findet bis dahin nicht statt.

### ***Vorlage aussagekräftiger Entwicklungspläne***

Ob der Staat seinen Verpflichtungen nach Artikel 4 UN-KRK nachkommt, lässt sich nur beurteilen, wenn die staatlichen Finanzen auf allen Verantwortungsebenen offen gelegt werden und größtmögliche Transparenz hinsichtlich der Ausübung des politischen Ermessens hergestellt wird. Die Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen an diesen Prozessen ist sachnotwendig. Artikel 4 UN-KRK impliziert daher als „prozedurales Recht“ die Verpflichtung zur Einhaltung unerlässlicher Verfahrensschritte, ohne die die Vorschrift bedeutungslos bleiben würde. Wo es an hinreichenden Anstrengungen zur Umsetzung der Konvention fehlt, stützt dies die Praxis des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, die Staaten im Rahmen der Concluding Observations zur Vorlage aussagekräftiger Entwicklungspläne aufzufordern.

### ***Völkerrechtliche Pflichtverletzung und Verletzung subjektiver Rechte***

Macht der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Verstöße gegen Artikel 4 UN-KRK zum Gegenstand seiner Concluding Observations und stellt er fest, dass der Vertragsstaat trotz Wiederholung der Beanstandung dem Verstoß nicht abhilft, kann die völkerrechtliche Pflichtverletzung in die Verletzung subjektiver Rechte des Einzelnen umschlagen, wenn die betroffenen Kinder aufgrund ihres zunehmenden Alters dem Rechtsschutz nach der UN-Kinderrechtskonvention entwachsen und dadurch konkrete Nachteile erleiden.

### ***Wirksames Monitoring***

Die Verwirklichung der Rechte des Kindes nach Artikel 4 UN-KRK setzt ein wirksames Monitoring zur UN-Kinderrechtskonvention voraus. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat die Bundesregierung daher angehalten, ein unabhängiges Kontrollsystem zu schaffen. Die bisherigen Anstrengungen, diese Forderungen zu erfüllen, sind unzureichend und werden Anlass für weitere Anmahnungen des Ausschusses sein.

### **Kinderrechtliche Perspektiven**

Mit Bezug auf das Thema Armut von Kindern eröffnet ein solchermaßen auf den Kinderrechten basierender Ansatz verschiedene rechtliche und politische Perspektiven. Hierzu gehören insbesondere:

#### ***(1) Kinderrechtliche Budgetierung***

Sämtliche Budgets auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sollten daraufhin geprüft werden, inwieweit sie geeignet sind, die „zur Verfügung stehenden Ressourcen“ zur Durchsetzung eines angemessenen Lebensstandards von Kindern und zur Beseitigung der Kinderarmut bereit zu stellen.

#### ***(2) Kinder als Anspruchsberechtigte***

Die Leistungsgesetze zur Armutsbekämpfung wären dahingehen zu ändern, dass das Kind selbst Anspruch auf entsprechende Leistungen hat (z. B. elternunabhängiges Grundeinkommen).

#### ***(3) Anpassung von Leistungen an Kostenentwicklung***

Kindbezogene Leistungen wie zum Beispiel das Kindergeld sollten regelmäßig an die Kostenentwicklung angepasst werden (z. B. Inflationsausgleich).

#### ***(4) Hartz IV-Sätze an kindlichen Bedürfnissen orientieren***

Der den Kinderregelsätzen von Hartz IV zugrunde liegende Warenkorb sollte altersentsprechend die spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen (u. a. in Bezug auf Bildung) und nicht willkürlich einem bestimmten Prozentsatz des erwachsenen Bedarfs entsprechen.

### ***(5) Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz***

Eine Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz – darunter ein Recht der Kinder auf bestmögliche Förderung – würde deutlich machen, dass Deutschland sich umfassend dem Vorrang des Kindeswohls verpflichtet fühlt. Hierzu gehört auch eine konsequente Bekämpfung der Kinderarmut.

Dr. Jörg Maywald ist Soziologe, Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind und Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland.  
Deutsche Liga für das Kind, Charlottenstr. 65, D-10117 Berlin, E-Mail: [post@liga-kind.de](mailto:post@liga-kind.de)

# Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen

## Stadtentwicklungskonzept zur Demografie in Wolfsburg

CAROLA KIRSCH

Leiterin des Geschäftsbereiches Jugend der Stadt Wolfsburg

Wolfsburg kennen Sie vor allem durch Volkswagen und die Stadt ist tatsächlich mit dem Konzern eng verknüpft. Wolfsburg ist deshalb eine besondere Stadt, in der sich viele Chancen bieten, in der wir aber auch unter den Wellen der Konjunktur manchmal leiden und beeinträchtigt werden. Es gab Jahre, in denen Volkswagen überhaupt keine Steuern gezahlt hat, es gab aber auch Jahre, in denen Volkswagen reichlich Steuern gezahlt hat. Wolfsburg war sich lange Zeit sicher, dass die Stadt weiter wachsen würde, bis man etwa ab dem Jahr 2000 feststellen musste, dass die Einwohnerzahlen auch in Wolfsburg massiv sanken.

### 2005 – Größere Studie zur Entwicklung der Einwohnerzahlen

Verwaltung und Kommunalpolitik begannen sich damit zu beschäftigen, wie die Zukunft unserer Stadt aussehen wird, die ihre Infrastruktur auf etwa 130.000 Einwohner ausgelegt hat. In den Jahren 2002/2003, als es dem Volkswagenwerk nach dem Wendehoch schlecht ging, drohte die Gefahr, dass etwa ein Drittel aller Mitarbeiter von VW ihre Arbeit verlieren würden. In dieser Zeit hat sich die Stadt zum ersten Mal intensiv mit der möglichen Entwicklung ihrer Einwohnerzahlen auseinandergesetzt. Es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist auf der **Abbildung 1** dargestellt.

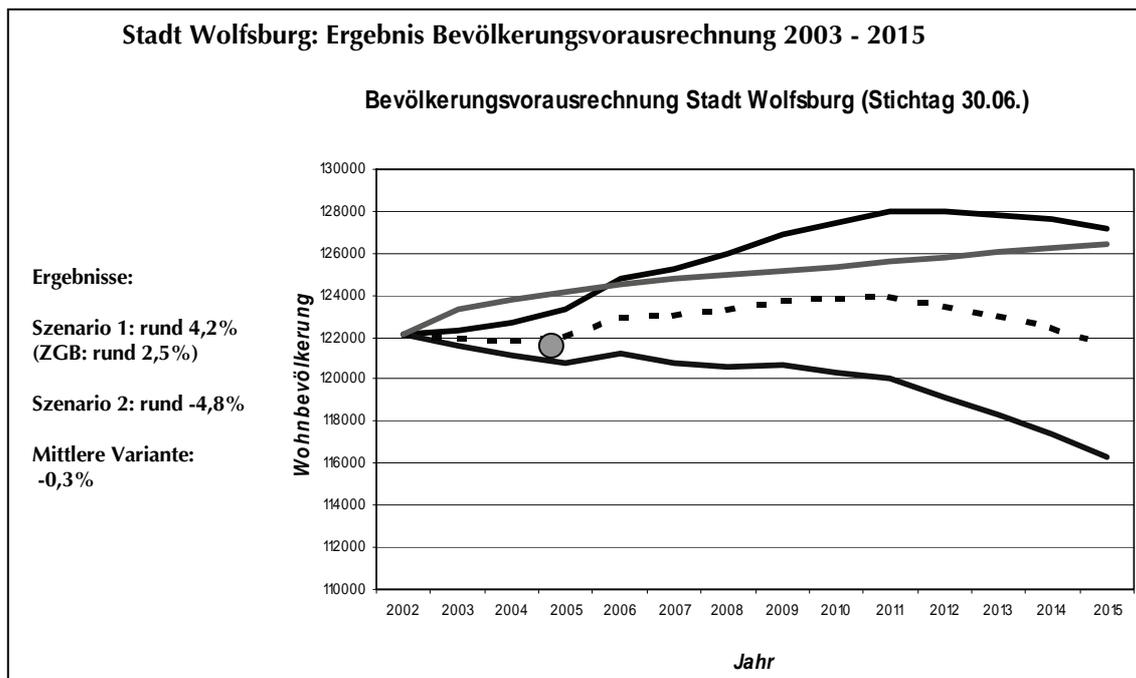


Abbildung 1

© Stadt Wolfsburg

Damals wurden drei Szenarien entwickelt:

1. ein positives Szenario, das die massive Ausweisung von Baugrundstücken einbezog. Diese Entwicklung hat Wolfsburg mit vielen Städten geteilt. Jahrzehnte hat man nicht daran gedacht, in der Stadt Baugrundstücke auszuweisen, sondern hat die jungen Familien in die Nachbarlandkreise ziehen lassen, bis man sah, dass die Bevölkerungszahl drastisch zurückging.
2. ein negatives Szenario, bei dem man von einer Einwohnerzahl von deutlich unter 120.000 Einwohnern ausging, und
3. ein mittleres Szenario.

Die Vorausberechnungen wurden auch auf die Gruppe der 3- bis 6-Jährigen bezogen (**Abbildung 2**). Dies war besonders relevant für die Planung der Kindertagesstätten. Auch hierfür wurden drei Szenarien erstellt und es wurde jeweils ein Kinderrückgang errechnet.

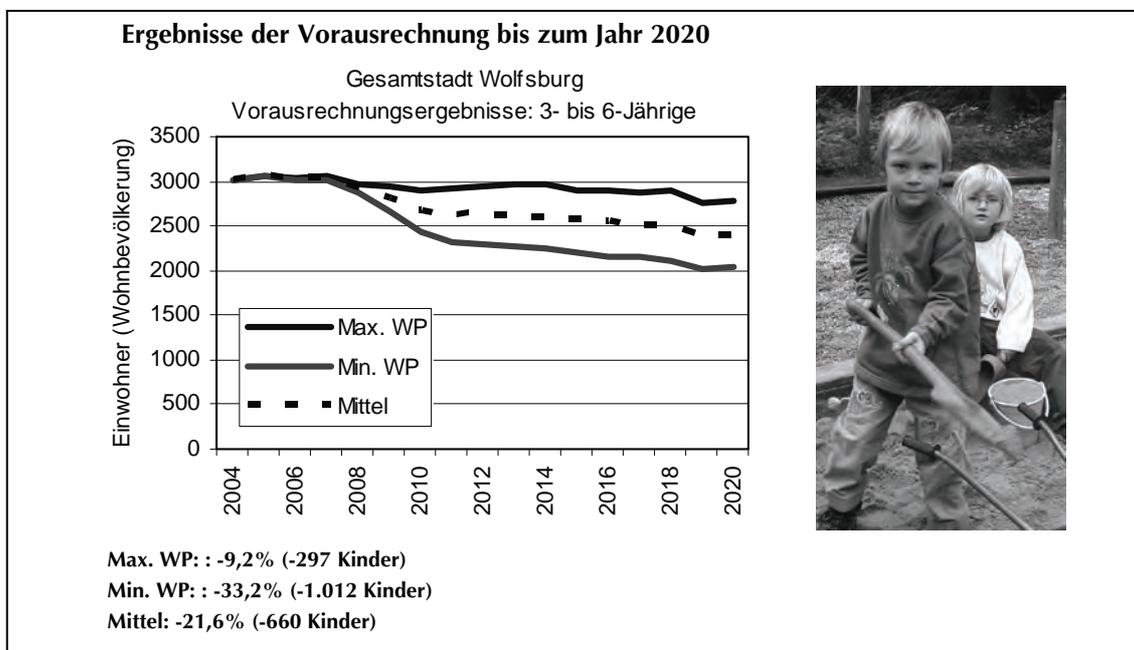


Abbildung 2

© Stadt Wolfsburg

Durch eine verbesserte Planung und durch die Politik sah man Eingriffsmöglichkeiten (**Abbildung 3**), vor allem in der Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren.

Die Stadt wollte mit verschiedenen Maßnahmen erreichen, dass wieder mehr Familien in Wolfsburg leben und Kinder bekommen und großziehen. In der jüngsten Berechnung musste man allerdings feststellen, dass die ungünstigste Prognose der Entwicklung der Einwohnerzahl noch übertroffen wurde (**Abbildung 4**).

Die erste Maßnahme der Stadt zur Stabilisierung oder besser noch der Steigerung der Einwohnerzahlen bildete die massiv verstärkte Ausweisung von Grundstücken. So ist der Stadtteil Kerksiek das größte Eigenheim-Neubaugebiet in Niedersachsen. Erreicht wurde allerdings vor allem, dass diejenigen mit gutem Verdienst aus der Innenstadt in die Ortsteile, aber kaum mehr Menschen nach Wolfsburg gezogen sind.

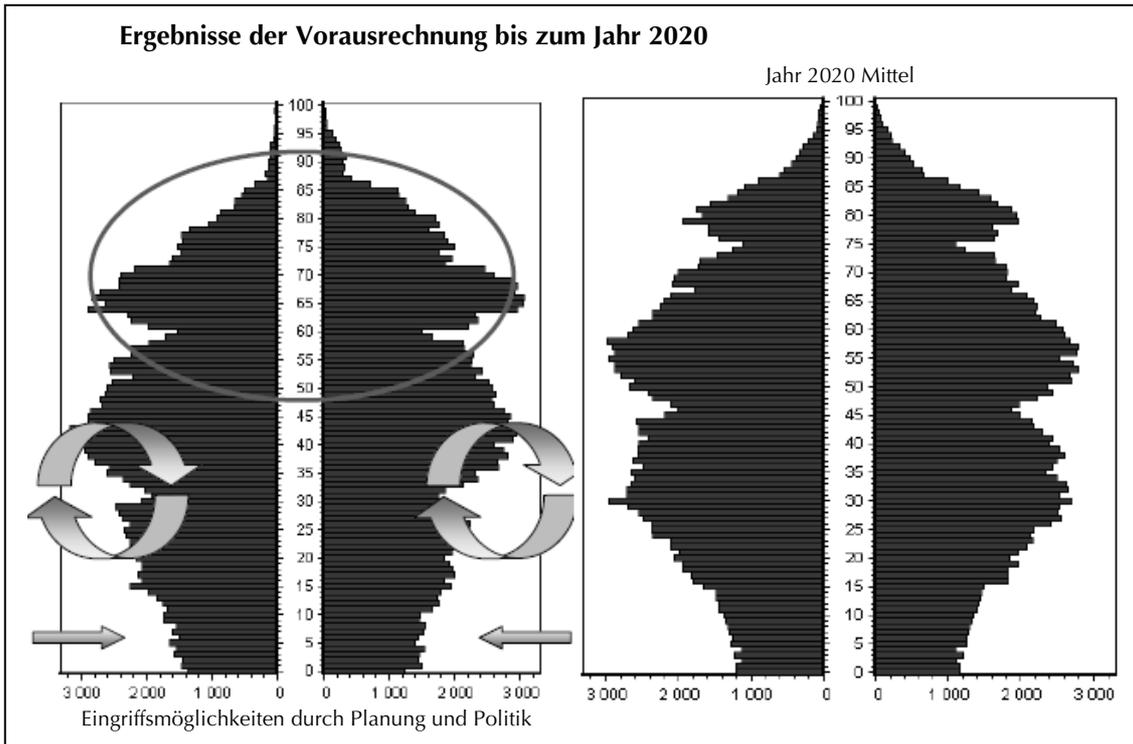


Abbildung 3

© Stadt Wolfsburg



Abbildung 4

© Stadt Wolfsburg

Die Bevölkerungsentwicklung stellt sich also für die Kernstadt und die Ortsteile in einer sehr bedenklichen Art und Weise unterschiedlich dar (**Abbildung 5**).

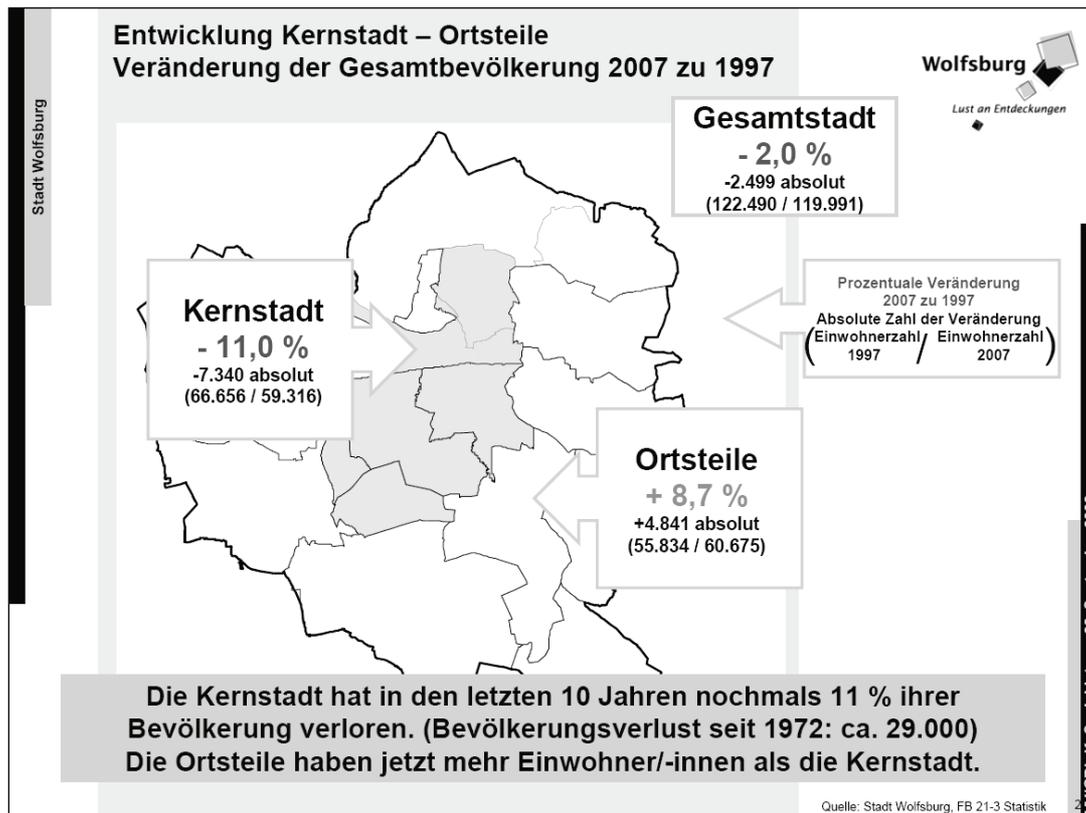


Abbildung 5

© Stadt Wolfsburg, FB 21-3 Statistik

Die Ortsteile sind tatsächlich erheblich gewachsen. Die Kernstadt hat dagegen massiv an Bevölkerung verloren – mit allen negativen Erscheinungen, die dazu gehören.

Inzwischen liegt die Einwohnerzahl wieder über 120.000. Wie viele Städte können wir im Kontext der Einführung des Elterngeldes auch auf eine leicht erhöhte Geburtenzahl im Jahr 2008 verweisen.

Zur Situation in Wolfsburg ist besonders anzumerken, dass deutlich über 90.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vorhanden sind und das bei einer Einwohnerzahl von knapp über 120.000. Wolfsburger Ehrgeiz ist, die vielen Einpendler, die nach Wolfsburg zur Arbeit kommen – sogar aus Berlin –, als Einwohner zu gewinnen.

### Das Projekt Wohlfühlstadt 2006

Auf die o.a. Entwicklung wollte und musste die Stadt Wolfsburg reagieren. Wir haben uns vorgenommen, Wolfsburg zur „Wohlfühlstadt“ zu machen.

Ich möchte vor allem darauf eingehen, was sich aus der Perspektive des Jugendamtes und der Jugendhilfe getan hat, denn die Anstrengungen richteten sich weitgehend auf unsere Zielgruppe. Wir haben diese Maßnahmen zu Beginn als „Leuchttürme“ bezeichnet, um als leuchtende Beispiele dafür zu stehen, dass sich in Wolfsburg junge Familien wohl fühlen.

Die „Leuchttürme“ sind:

- Reduzierung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten,
- Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige,
- Bilinguale Kindertagesstätten,
- Familienbodarlehen,
- Kulturelle Förderung.

Mit der Reduzierung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten wollten wir die Attraktivität der Stadt für junge Familien erhöhen. In den umliegenden Landkreisen sind die Beiträge weitaus höher. Die Reduzierung vollzog sich in drei Stufen, Anfang 2009 wird die letzte Reduzierung der Elternbeiträge vorgenommen. Ein Platz in der Ganztagskrippe wird deutlich unter 200 Euro kosten. Niedersachsen hat zudem eine soziale Elternbeitragsstaffelung. 25 Prozent der Eltern in Wolfsburg zahlen den Mindestbeitrag von 5 Euro für alle Angebote.

In der Stadt Wolfsburg wurde die Betreuung der unter Dreijährigen u.a. unter dem Blickwinkel der Vereinbarung von Familie und Beruf ausgebaut, jedoch auch unter der Überlegung, dass gute Betreuungsmöglichkeiten den Zuzug nach Wolfsburg für junge Frauen und junge Familien attraktiv machen. Bei den unter Dreijährigen besteht zurzeit eine Versorgungsquote von 35 Prozent. Das schließt Krippe, Tagespflegepersonen und altersübergreifende Gruppen in Kindertagesstätten ein. Mit Krippenplätzen wird eine Versorgungsquote von 25 Prozent erreicht. Das ist in Niedersachsen bisher einmalig.

Um für die jungen Ingenieure, die bei VW arbeiten, attraktiv zu sein, haben wir bilinguale Kindertagesstätten eingerichtet und verstärkt gute Bildungsangebote geschaffen. Vier von 51 Kindertagesstätten bieten bilinguale Bildung und Betreuung an, davon sind zwei englisch-deutsche Kindertagesstätten, eine spanisch-deutsche und eine italienisch-deutsche. Letzteres ist aus der Tradition des Zuzugs von italienischen Gastarbeitern in Wolfsburg entstanden. Wolfsburg hat außerdem eine deutsch-italienische Gesamtschule. Die deutsch-englischen Kindertagesstätten verzeichnen eine große Nachfrage, aber auch die deutsch-spanische Kita wird zunehmend nachgefragt. Das gilt weniger für die deutsch-italienische Kita und Gesamtschule, denn die meisten in Wolfsburg lebenden Italiener möchten doch ihre Kinder zur besseren Integration in deutsche Kindertagesstätten und Schulen geben.

Diese qualitativen „Leuchttürme“ wurden durch Familienbodarlehen und kulturelle Förderung ergänzt. Die kulturelle Förderung umfasst verschiedene Maßnahmen und Angebote, zum Beispiel wurden die Kindertagesstätten mit Musikinstrumenten ausgestattet. Das Ziel bestand darin, dass es mehr Kinder und junge Familien in Wolfsburg geben soll. Dabei war uns bewusst, dass einzelne „Leuchttürme“ dafür nicht ausreichen. Daher wurde ein weiteres Projekt beschlossen.

## Projekt Bildungsstadt Wolfsburg

Zum Projekt Bildungsstadt Wolfsburg gehören folgende Vorhaben:

- Schulerneuerung als mittelfristiges Vorhaben in public-private-partnership,
- Ausweitung der Ganztagsgrundschulen,
- Ausbau der Fachhochschule.

Die meisten Schulen in Wolfsburg waren baulich in einem recht maroden Zustand, worüber sich viele, vor allem Eltern, beschwert haben. Mittelfristig sollen alle Schulen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre auf den neuesten Stand gebracht werden. Dazu soll es beispielhafte public-private-partnership-Modelle zur Finanzierung geben. Wolfsburg hat als noch relativ reiche Stadt eigene Unternehmen. Zum Konzern Stadt gehören die Stadtwerke. Mit diesem Energieversorgungsunternehmen wird z. B. in public-private-partnership zurzeit ein Gymnasium von Grund auf saniert.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die sehr schwierige Frage nach den Grundschulstandorten gestellt. Die Schließung einer einzügigen Grundschule in einem Ortsteil mit relativ wohlhabenden, bildungsnahen Bürgern ist bisher in Wolfsburg nicht gelungen. Im Rahmen von Sparmaßnahmen wurde lediglich zum Beispiel ein betreuter Spielplatz in einem Brennpunktgebiet geschlossen. Es wird nicht leicht sein, die Planung von Grundschulen vernünftiger Größe umzusetzen. In kleinen Schulen besteht noch ein Problem darin, die Schulleiterstellen zu besetzen, da diese unattraktiv sind.

Die moderne Schulentwicklung geht hin zu Ganztagsgrundschulen und hier engagiert sich die Kommune besonders. Ab dem Schuljahr 2008/2009 gibt es in Wolfsburg fünf Offene Ganztagsgrundschulen und wir gehen davon aus, dass diese Schulen von den Eltern so stark nachgefragt werden, dass sich die anderen Schulen leeren werden (**Abbildung 6**). Gleichzeitig haben wir damit ein Angebot geschaffen, das für die Eltern sehr attraktiv ist, weil die Kinder von 13 bis 17 Uhr kostenlos betreut werden.

Die Jugendhilfe hat darauf hingewirkt, dass vier von den fünf Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen eingerichtet wurden, in denen besonders viele arme Kinder leben. Für den Stadtteil Fallersleben gilt dies nicht, dort bestand bereits vor dem Projekt die erste und einzige Ganztagsgrundschule in Wolfsburg.

Für das Schuljahr 2009/2010 planen wir die Ausweitung des Projekts auf weitere sechs Stadtgebiete (**Abbildung 7**). Dies ist jedoch noch nicht im Verwaltungsvorstand und im Rat der Stadt beschlossen worden. Man kann nicht voraussagen, wie das unter den aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten und den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilbranche ausgehen wird. Es bleibt abzuwarten, ob das Projekt Bildungsstadt Wolfsburg und die Ausweitung der Ganztagsgrundschulen mit dem dafür erforderlichen finanziellen Aufwand fortgeführt werden kann.

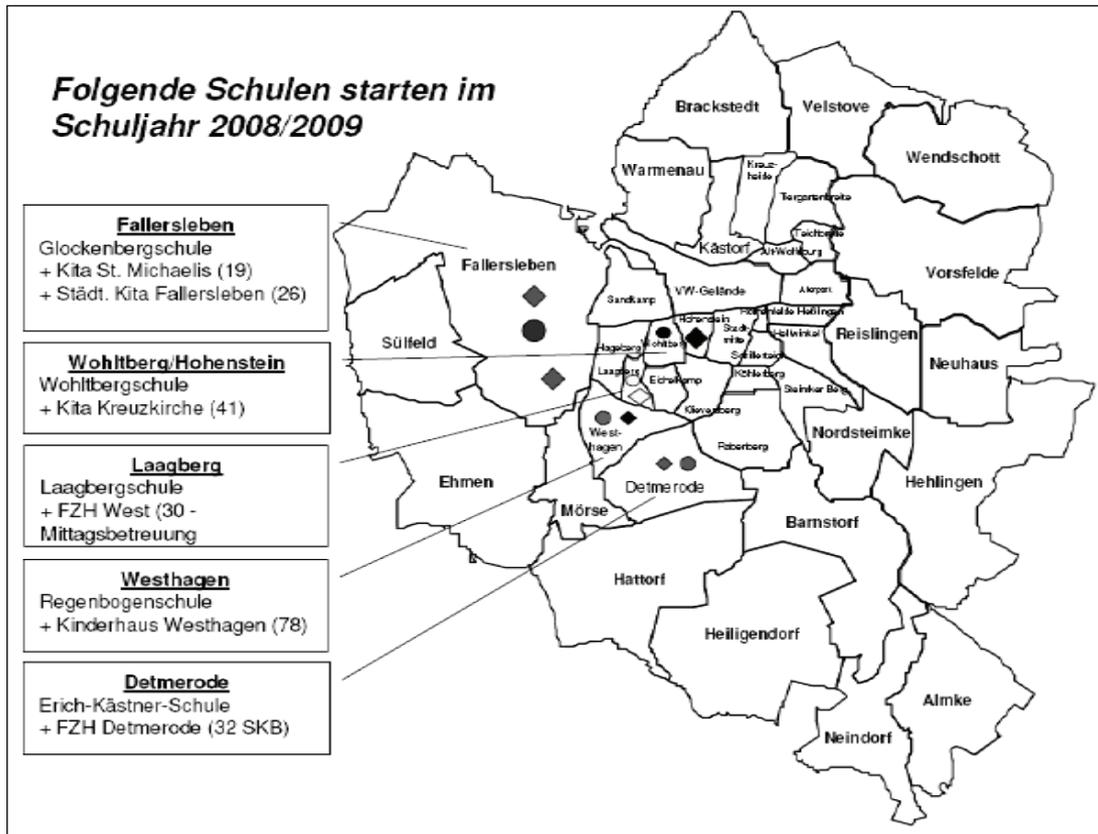


Abbildung 6

© Stadt Wolfsburg

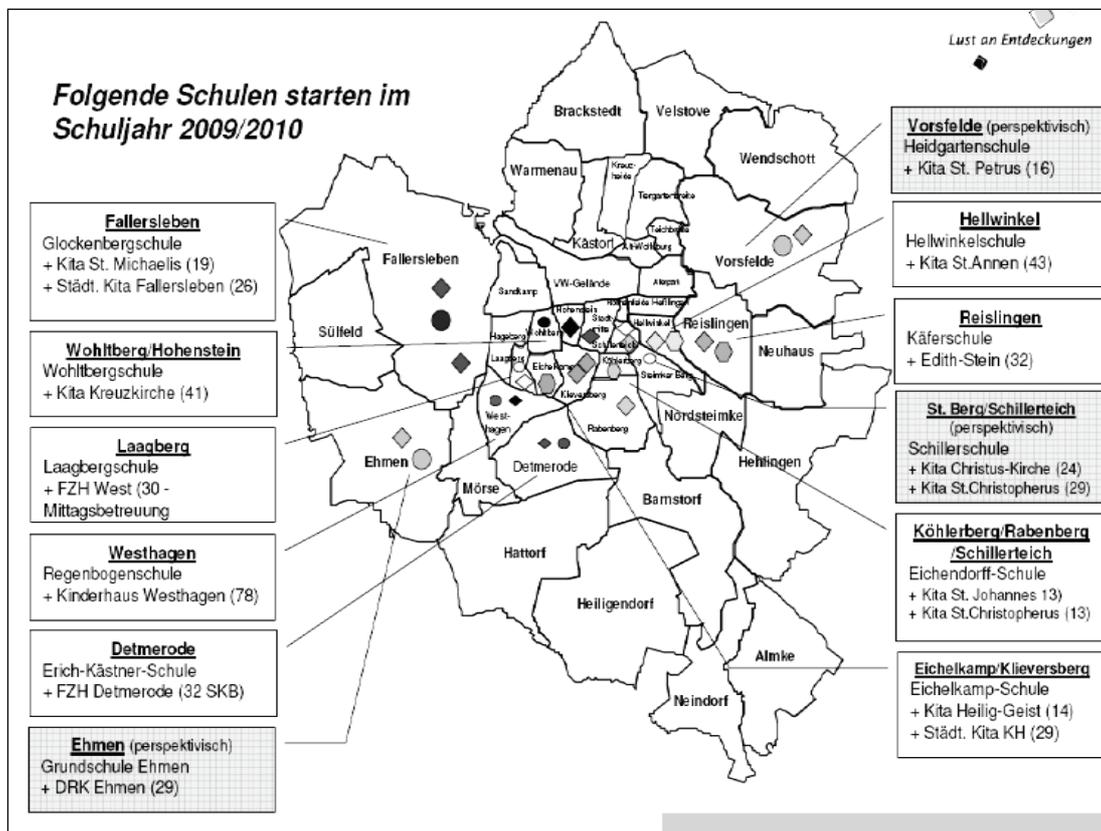


Abbildung 7

© Stadt Wolfsburg

## Projekt Sozialbericht 2008

In den letzten Jahren wurde in der öffentlichen Diskussion akzeptiert, dass es auch in Wolfsburg arme Kinder gibt. Das Projekt Sozialbericht 2008 vollzog sich in den Stufen:

- Auseinandersetzung mit der sozialen Entwicklung in der Stadt,
- Integration als gesamtstädtische Aufgabe rückt in den Mittelpunkt,
- Ausweitung der Betreuung der unter Dreijährigen in Brennpunkt-Stadtteilen,
- Überlegungen zur Änderung der Kita-Finanzierung und zusätzlicher Sprachförderung.

Die Stadt Wolfsburg, das Unternehmen Volkswagen, der VW-Betriebsrat und die IG Metall haben eine informelle Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit ethischen und sozialen Fragen und Problemen in der Stadt auseinandersetzt und Verantwortung übernimmt. Als Jugendamtsleiterin ergriff ich die Chance, vor dieser Arbeitsgruppe einmal vorzutragen, was es heißt, von Sozialgeld zu leben und was dies für ein Kind bedeutet. Natürlich gibt es schon Broschüren darüber, wie viel Geld für Mittagessen, Kleidung usw. bleibt. Aber die direkte Ansprache hat bewirkt, dass sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe darüber einig waren, dass etwas in unserer Stadt auf diesem Gebiet getan werden muss. Es war wie ein Signal: Wenn Unternehmen und Betriebsrat von VW und IG Metall sich eines solchen sozialen Themas annehmen, ist das die Chance, dass sich tatsächlich etwas bewegt. So ist es gelungen, dass sich die Stadtverwaltung und andere gesellschaftliche Gruppierungen mit dem Problem Kinderarmut auseinandergesetzt haben. Wie in **Abbildung 8** ersichtlich, ist in Wolfsburg jedes fünfte Kind von Armut betroffen.

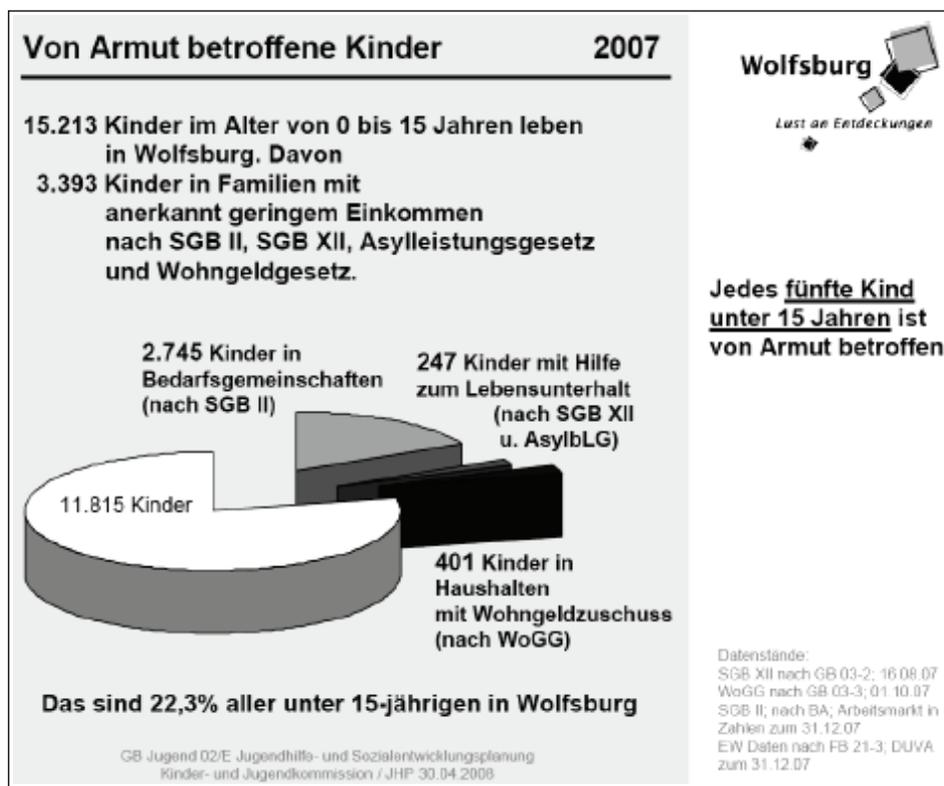


Abbildung 8

© Stadt Wolfsburg

Allein diese Tatsache, dass so viele Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sind, erschreckte den Kreis von Entscheidern in der Arbeitsgruppe, die eigentlich von dieser Problematik weit entfernt sind, weil sie davon überzeugt waren, dass Wolfsburg eine reiche Stadt sei. Das machte noch einmal deutlich, wie wichtig die Einmischung der Jugendhilfe ist. Dabei hat Wolfsburg noch die geringste Anzahl an armen Kindern in niedersächsischen Großstädten. Die Zahlen sind in diesem Jahr in geringem Maße gesunken. Allerdings haben wir es auch bei sinkenden Arbeitslosenzahlen mit einer erschreckend stabilen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften zu tun. Wir haben die Kinder in Bedarfsgemeinschaften noch einmal in Altersgruppen eingeteilt (**Abbildung 9**).

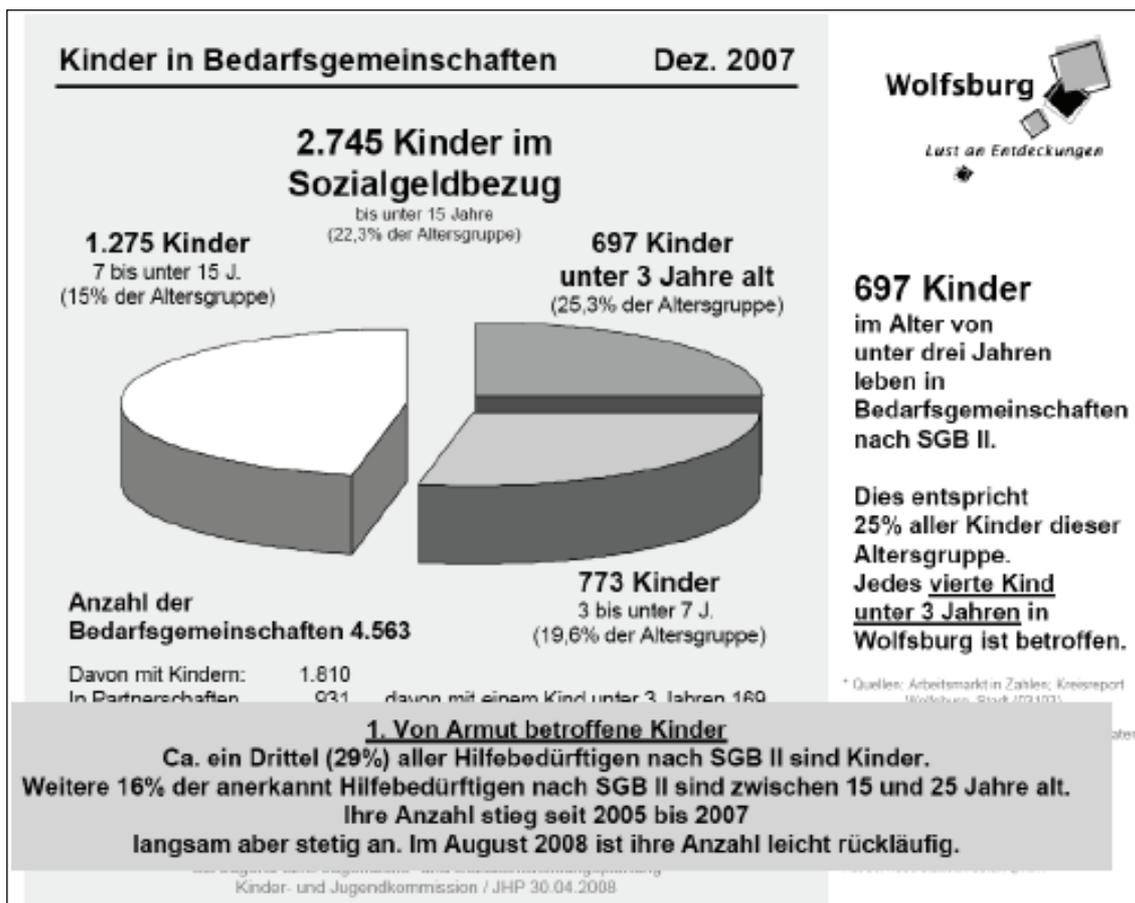


Abbildung 9

© Stadt Wolfsburg

Anhand der Interventionen nach SGB VIII haben wir die Sozialräume daraufhin untersucht, in welchen Stadtteilen es besonders hohe Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung gibt (**Abbildung 10**). Die Hilfen konzentrieren sich innerhalb der Kernstadt auf bestimmte Gebiete, die wir bei der Jugendhilfe und Bildungsplanung besonders berücksichtigen.

Die bisher angestellten Betrachtungen verschränken sich mit dem Blick auf die jungen Menschen mit Migrationshintergrund (**Abbildung 11**). Es ist eine Ballung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtgebieten ersichtlich, in denen es die meisten Hilfen zur Erziehung und die meisten Bedarfsgemeinschaften gibt.



Abbildung10

© Stadt Wolfsburg

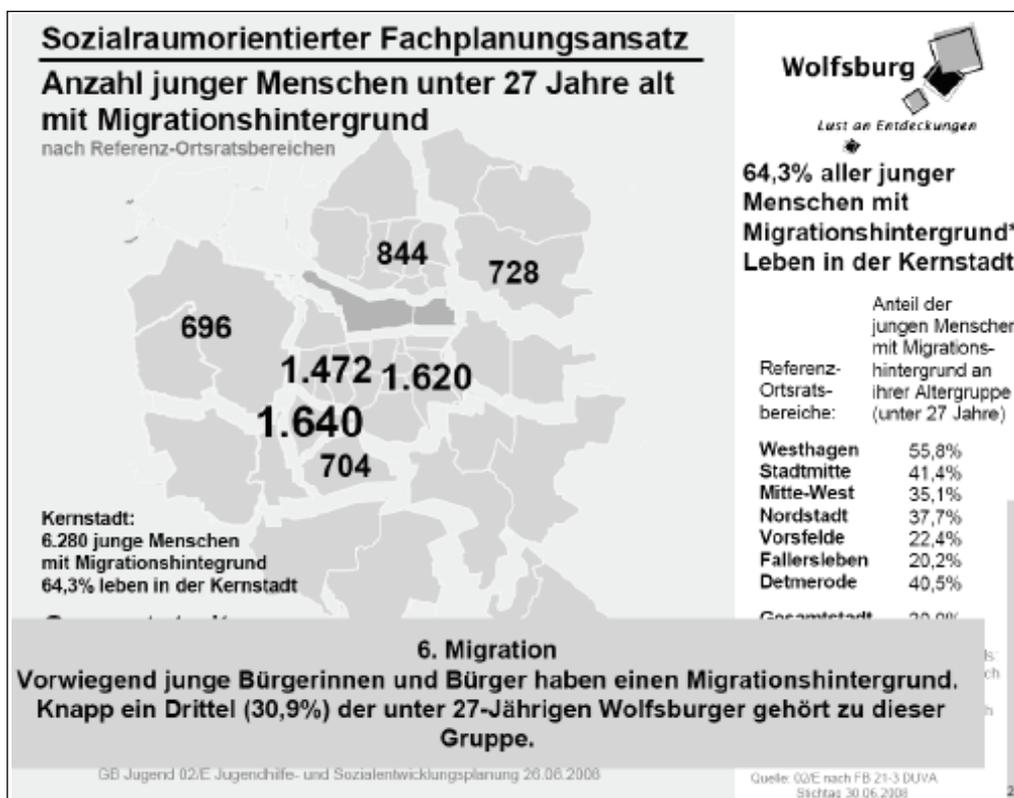


Abbildung11

© Stadt Wolfsburg

Unser Konzept sieht – zusammengefasst – verschiedene Maßnahmen vor, wie die Ausweitung von Ganztagsgrundschulen in den Gebieten, in denen der Bedarf am größten ist. Wir wollen diese Schulen so attraktiv gestalten, dass Eltern ihre Kinder in die Betreuung geben. Wir hoffen darauf, dass Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft dort zusammentreffen und dadurch stärker zusammenkommen. Es ist von Vorteil, wenn die Kinder mit anderen Lebensmodellen in Berührung kommen.

Auch die Betreuung für die unter Dreijährigen soll dort angeboten werden, wo viele arme Kinder leben, um hier einmal jungen, allein erziehenden Frauen die Möglichkeit zu geben zu arbeiten, andererseits um die Kinder zu fördern.

Aktuell stehen wir in der Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir das Finanzierungssystem unserer Kindertagesstätten so verändern können, dass es stärkere Anreize dafür gibt, Kinder mit unterschiedlichsten Belastungen zu integrieren. Damit meinen wir nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch Kinder mit unterschiedlichen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen. Die meisten Finanzierungssysteme anderer Städte, die wir uns angesehen haben, führen zu einer Pseudo-Gleichheit, die uns in der Verwaltung als großes Problem erscheint. Wir müssen diesen Prozess noch in die Politik hineinragen und haben mit einer kleinen Arbeitsgruppe begonnen.

Die Folge einer Gruppen- oder Halbgruppenfinanzierung wie bei uns in Wolfsburg ist, dass es in den Ortsteilen kleine Gruppen gibt, weil die Eltern sich dort für die Einrichtung neuer Gruppen stark machen, und in den sozialen Brennpunkten große Gruppen, weil die Eltern sich dort nicht oder nur wenig engagieren.

Die Stadt Wolfsburg hat zudem allen Schulen einen bestimmten Betrag zur Verfügung gestellt, um arme Kinder zum Schuljahresbeginn zu unterstützen, und zwar so, dass dies möglichst unbürokratisch abläuft. Die Schulleiter verfügen über einen Fonds, den sie unter Einbeziehung der Klassenlehrer/innen verteilen können, um Stigmatisierungen zu vermeiden.

Zu den verschiedenen Stiftungen und Projekten in der Stadt gehört weiter die Aktion „Starthilfe“, die in zwei Brennpunktstadtteilen Frühstück in Kitas und Schulen anbietet und beim Mittagessen unterstützt. Hier arbeitet ein ehemaliger Top-Manager von VW mit. Interessant ist, wie schnell er erkannt hat, dass zur Teilhabe von Kindern neben Essen vor allem chancengleiche Bildungsmöglichkeiten gehören.

Mit unseren Projekten wollen wir insgesamt erreichen, dass Wolfsburg mehr Kinder mit guten Bildungsmöglichkeiten aufwachsen.

Um die soziale und Bildungsentwicklung in Wolfsburg regelmäßig zu evaluieren, hat der Verwaltungsvorstand entschieden, dass dazu eine regelmäßige Berichterstattung erfolgen soll.

# **Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen**

## **Quartiersbezogene Hilfen für Erschöpfte Familien. Arme Kinder und Sozialräumliche Maßnahmen**

PROF. DR. RONALD LUTZ

Dekan und Professor am Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Erfurt

### **Absicht**

Ich stelle auf der Basis von Bausteinen, die ich in der letzten Zeit entwickelt habe, ein quartierbezogenes Modell vor, das die Folgen von familiärer Armut bereits im Kleinkindalter präventiv bearbeiten kann. Dabei orientiere ich mich an dem, was bereits vorhanden ist. Ich fasse zusammen und vernetze: Die zentrale Argumentationslinie ist nämlich, dass über eine sinnvolle und nachhaltige Vernetzung im Sozialen Raum, dem Quartier und somit der Lebenswelt von benachteiligten und armen Kindern und Familien, vorhandene Maßnahmen koordiniert und neue entwickelt werden können, um zumindest Kindern jene Chancen auf Förderung zu bieten, die durch die Benachteiligung und die Lebenssituation ihrer Herkunftsfamilien eingeschränkt sind. Dies wird von dem Wissen bzw. der Intention geleitet, dass in jenen Momenten, in denen die familiären Kräfte sich durch die materiell und sozial prekäre Lage abschwächen, vor allem auch die öffentliche Erziehung und die Verantwortung des Staates, insbesondere des lokalen Staates mit seiner Möglichkeit quartiersbezogene Angebote zu platzieren und zu vernetzen, gefordert sind.

Zweifelsohne ist diese eher sozialarbeiterische und sozialplanerische Strategie kein Ersatz für die sozialstaatliche Bekämpfung materieller Armut, die sich derzeit in unzureichenden Transferleistungen zeigt, die nicht den Bedarf, vor allem nicht den Bedarf von Kindern abdecken. Erst so entstehen jene sozialen Folgen, die für Kinder in armen Familien vielfältig nachgewiesen wurden und die mit dem begrifflich etwas unscharfen Konstrukt Kinderarmut vehement diskutiert werden.

Die Thesen eines kindgerechten Armutsbegriffs zeigen, dass die Armut von Kindern deren gesamte Lebenssituation beeinträchtigt:

1. Kinder werden in Armut hinein geboren oder sie bricht über sie herein.
2. Kinder erleben Armut in einer völlig anderen Weise als Erwachsene.
3. Kinder werden in ihrer Autonomie erheblich eingeschränkt.
4. Kinder erfahren Beschränkungen in ihrer weiteren Entwicklung.
5. Armut „wirkt“ materiell, sozial, psychisch, physisch, kulturell.

Sozialpolitisch notwendige Schritte sehe ich deshalb – neben Programmen, die Beschäftigung und Einkommen generieren – vor allem in am tatsächlichen Bedarf orientierten Transferleistungen, insbesondere einer Kindergrundsicherung, die allerdings mit der Einführung von Mindestlöhnen einhergehen müsste, um so die Einkommen unterer Lohngruppen auch weiterhin deutlich über der Höhe von Transferleistungen anzusiedeln.

Dennoch sind sozialarbeiterische Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen von Familienarmut erforderlich. Auf einer Tagung formulierte in der Diskussion eine Mitstreiterin die für meine Überlegungen durchaus bedeutende Aussage „Nichts wird gut, wenn man nur mehr Geld gibt“. Darin liegt zum einen die Erkenntnis, dass sich die sozial benachteiligte Lage vieler Familien inzwischen derartig prekarisiert und auch verfestigt hat, dass sie neben materiellen Hilfen vor allem auch sozialarbeiterische Hilfen benötigen. In dieser These liegt aber auch die Intention Hilfen so zu organisieren, dass sie den Kindern zu Gute kommen – und diese Hilfen gehen weit über materielle hinaus, es sind vor allem auch personenbezogene, soziale und kulturelle, es sind eben direkte Hilfen an Kinder, die durch aufsuchende Hilfen in Familien, in Kindereinrichtungen und im Sozialen Raum angeboten und organisiert werden müssen.

Das aber beinhaltet, neben einer notwendigen Verbesserung der materiellen Lage, die Konzentration auf direkte Hilfen, die an Kinder gehen und deren Situation verbessern und ihnen Optionen bieten. Dies wird von der folgenden These getragen: „Wovon Kinder aus armen Lebenslagen wirklich etwas haben? Zum Beispiel vom Ausbau und der Verbesserung aller Angebote, die die Defizite ihres durch ein enges finanzielles Budget eingeschränkten Alltags ausgleichen können und sie stark für die Zukunft machen, so beispielsweise im Bereich der Freizeitgestaltung und Bildung.“

### **Verfestigung von Kreisläufen der Armut**

Die Armut von Familien, die über Kinder hereinbricht, hat inzwischen viele Facetten, die hier nicht in allen Details diskutiert werden können. Sie erschwert und verhindert vor allem soziale, kulturelle und individuelle Entwicklungschancen. Da sie oft bereits in der frühesten Kindheit ansetzt, prägt sie so manches Kinderleben über einen sehr langen Zeitraum. Benachteiligung wird verfestigt und schränkt in einem eher negativen Sinne Kinder nachhaltig in ihren Verwirklichungschancen ein. Es ist mittlerweile ein fataler Kreislauf der Armut erkennbar, eine Kultur der Armut, die zu einem dauerhaften Ausschluss aus der Gesellschaft führen kann.

Dies zeigt sich, betrachtet man die einschlägige soziologische Literatur, in vielerlei Tendenzen:

- Ein Auseinanderfallen von Milieus, das sich sowohl räumlich als auch kulturell zeigt;
- in einer neuen Form der Segregation, die zu immer stärker eingeschränkten Beziehungen zwischen den mittleren und den unteren Klassen führt;
- in einer massiven und auch direkten Abgrenzung der Mittelschichten nach unten, die sich, bezogen auf Kinder, in Rede- und Berührungsverboten zeigt („Spiel nicht mit den Schmuddelkindern“<sup>1</sup>);
- in einer Spaltung der Elternwelt in aktive und überforderte Eltern;
- in einer Zunahme an Berichten über Mobbing gegen arme Kinder.

---

<sup>1</sup> Man könnte in dem Zusammenhang sogar von einer Angst sprechen, die manche Eltern befällt, die Angst vor einem imaginären „Virus der Verwahrlosung“, der sich in Unterklassen auszubreiten scheint – dies wird zweifellos auch durch mediale Bilder verstärkt.

Empirisch betrachtet stiegen die Zahlen armer Kinder bis 2006 kontinuierlich, in letzter Zeit waren sie stabil bis sinkend. Dies kann sich aber angesichts der Krisentendenzen in der Ökonomie erneut nach oben entwickeln – die Arbeitslosenquoten steigen ja schon erheblich. Allerdings finden sich durchaus unterschiedliche Zahlen, was sich aus unterschiedlichen Armutsberechnungen bzw. -quoten erklären lässt; einmal sind es 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens, dann sind es wieder 60 Prozent vom Median der Einkommen, schließlich wird der Bezug von Sozialgeld zur Darstellung von Kinderarmut herangezogen. Im Kontext des Letzteren kann man vermehrt feststellen, dass es unter SGB-II-Empfängern einen hohen Anteil an Leistungsempfängern gibt, die Transfers zusätzlich zu Erwerbstätigkeit erhalten – der Anteil an „working poor“ steigt kontinuierlich.

Diese „Aufstocker“ sind dabei vor allem Menschen in Teilzeitarbeitsverhältnissen, mitunter unter 15 Stunden die Woche; es sind viele Alleinerziehende mit Kindern sowie Menschen mit Erkrankungen und Behinderungen. Gerade bei Alleinerziehenden fehlen Betreuungsangebote in den Nachmittagsstunden, um durch mehr Stunden ein höheres Erwerbseinkommen zu erzielen. Bei den anderen sind erhöhte Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik erforderlich, damit diese ein die Existenz sicherndes Einkommen erarbeiten können.

Familiäre Armut und die daraus resultierenden sozialen Benachteiligungen für Kinder lassen sich vor allem mit ökonomischen Faktoren erklären, zu denen wesentlich Krisen und Entwicklungen am Arbeitsmarkt zählen, die zu Arbeitsplatzverlusten, zur Arbeitslosigkeit, zu Langzeitarbeitslosigkeit, zur Abhängigkeit von Transferleistungen aber auch vermehrt zu Niedriglöhnen und zu nicht ausreichendem Einkommen führen. Neben diesen Faktoren sind es aber auch immer wieder familiäre Faktoren wie Familienstrukturen und Familienkrisen, die ökonomische Krisen verstärken bzw. daraus resultieren und die Situation noch prekärer werden lassen. Auch spielen Migrationshintergründe eine große Rolle. Hervorzuheben sind zudem sozialräumliche Kontexte, immerhin steigen Armutsrisiken mit der Wohnortgröße, sie kumulieren in benachteiligten Stadtgebieten (Segregationsprozesse); es entstehen regelrecht Armutsinseln in Städten.

Wir müssen uns zudem vom engen Blick auf Armut lösen, der durch Armutsgrenzen, Berichte und öffentliche Debatten erzeugt wird. Nicht erst beim Vorliegen statistischer Armut beginnen die Probleme virulent zu werden. Ein Blick auf die empirische Realität zeigt nämlich, dass auch Familien, die sich oberhalb dieser Grenzen befinden, ähnlich gelagerte Probleme haben wie Familien, die darunter liegen. Es ist evident, dass die Soziale Spaltung in der Gesellschaft wächst. Das aber bedeutet in der Schlussfolgerung, dass die Analyse den Blick nicht nur auf das Armutssegment richten darf.

Es geht eben nicht mehr nur um Armut; es geht vielmehr um die Verstetigung prekärer Lagen, die sich oberhalb und unterhalb der statistisch definierten Armut befinden. Die Zunahme an Niedriglöhnen<sup>2</sup> kann als ein Beleg dafür gelten, dass es eine wachsende Unterschicht gibt, die sich am unteren Rande der Gesellschaft formt.

Wir erkennen eine Zunahme von Marginalisierung, räumlicher Segregation und einer dauerhaften Ausgrenzung eines stetig wachsenden Segmentes der Bevölkerung. Es for-

---

<sup>2</sup> Mehr als 6,5 Millionen verdienen weniger als zwei Drittel des Medianlohnes, vor allem Frauen und gering Qualifizierte.

mieren sich geschlossene Bildungskreisläufe, die zu einer Ungleichverteilung von Bildungschancen analog zur sozialen Schichtung führen. Das aber intensiviert die Tradierung von eher passiven Armutsbewältigungsmustern in der eigenen sozialen Lebenslage; wir müssen deshalb von sich verfestigenden Kreisläufen der Armut ausgehen, in denen die ältere Generation bereits die nächste Generation der Armen enkulturiert. Dies geht mit einem „Wissen“ über die eigene Chancenlosigkeit einher. Wir stellen aber auch eine fehlende Armutssensibilität in der Öffentlichkeit in vielen Einrichtungen der Kinderbetreuung und des Bildungssystems fest, dies wiederum stigmatisiert und grenzt noch stärker aus.

Insofern müssen wir von der Existenz einer breiten sozialen Unterschicht (einer Unterklasse) ausgehen, die mittlerweile auch als Prekariat bezeichnet wird und die sich aus mehreren Gruppen Armer und Benachteiligter zusammensetzt. In diesem Prekariat beobachten wir eine Wiederkehr sozialer Unsicherheit und eine Auflösung sozialer Solidarität. So sind auch mittlerweile in den Mittelschichten Erosionen erkennbar, die Ängste vor Statusverlust wachsen – dies würde auch die oben diskutierten Abgrenzungsversuche nach unten erklären. Dieses Prekariat ist immer mehr ein Ort sozialer Aussichtslosigkeit und sozialer Abstiegsängste.

Es gibt offenkundig eine tief gehende soziale Spaltung, die man mit dem Wortpaar „Drinnen und Draußen“<sup>3</sup> beschreiben kann. Dies lässt sich zusammenfassend mit einem Zitat aus einer aktuellen Studie illustrieren: „Deutschland scheint auf dem Weg in eine neue Art von Klassengesellschaft zu sein, wobei die Trennungslinie eben nicht nur über Einkommen und Vermögen, sondern auch über kulturelle Dimensionen wie etwa Bildungskapital und Bildungsaspirationen, aber auch Werte und Alltagsästhetik verläuft. Ebenso erweisen sich Ernährung, Gesundheit, Kleidung und Mediennutzung als Abgrenzungsfaktoren.“<sup>4</sup>

### **Erschöpfte Familien**

Die geschilderten sozialen und ökonomischen Hintergründe sollen durch meine These der „erschöpften Familie“ ergänzt werden; gerade diese sehe ich als einen wesentlichen Ansatzpunkt sozialraumbezogener Maßnahmen zur Bekämpfung der Armutfolgen für Kinder an<sup>5</sup>. Getragen wird diese Überlegung vom vielfältig belegten Wissen, dass Familien im Kontext sozialer Benachteiligung über unterschiedliche Ressourcen und Bewältigungsmuster verfügen. Abhängig von einem in der Literatur so bezeichneten positiven und negativen Familienklima sind Familien in unterschiedlicher Weise fähig ihre Situation zu gestalten und die Kinder trotz Benachteiligung im Sinne einer Resilienzförderung stark zu machen, um trotz schlechter Ausgangsbedingungen dennoch am Chancenreichtum der Gesellschaft zu partizipieren.

Das heißt aber nicht, dass einzig die Familien daran schuld sind, ob Armut und Benachteiligung Folgen haben oder nicht. Zum einen kann man ihre Armut nicht als individuelle Schuld zuweisen, diese ist vor allem ökonomisch und gesellschaftlich bedingt; zum ande-

---

<sup>3</sup> Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen, München 2008

<sup>4</sup> Christine Henry Huthmacher, in: Merkle, T./Wippermann, C. (Hg.): Eltern unter Druck, Stuttgart 2008

<sup>5</sup> Diese Maßnahmen sind selbstverständlich auf alle Familien in prekären Lebenslagen bezogen!

ren ist das Familienklima auch abhängig von Bedingungen wie Bildung und sozialen Netzwerken, die ebenfalls jenseits der einzelnen Verantwortlichkeit ungleich verteilt sind.

Wenn dieses Familienklima eher zum negativen tendiert, dann häufen sich die Folgen für Kinder und minimieren deren Chancen zusätzlich. In dieses „Segment“ ordne ich die von mir als erschöpft bezeichneten Familien ein, die, nach ersten vorliegenden explorativen Studien, bis zu 15 Prozent, mit wachsendem Anteil, aller Familien ausmachen, die in Armut und Benachteiligung leben. Es sind vor allem Familien, bei denen sich Armut verfestigt und diese auf Dauer in prekären Lagen festschreibt. Insbesondere wird hier Armut als Lebenslage an die nächste Generation weiter gegeben. Gerade erschöpfte Familien benötigen neben materiellen Hilfen eine intensive Unterstützung in ihrem Alltag, da gerade hier die Chancen der Kinder erheblich eingeschränkt sind. Hier ist neben einer direkten familiären Unterstützung, neben direkten Hilfen an Kinder, insbesondere die öffentliche Erziehung und die kommunale Sozialpolitik gefordert.

Den Begriff der Erschöpfung entlehne ich dabei aus eher psychiatrischen Diskursen; hier werden erschöpfte Seelen, Depressionen, Versagensängste und Erschöpfungssyndrome beschrieben. Dies möchte ich um den Kontext einer sozialen und kulturellen Erschöpfung erweitern. Diese diskutiert, dass Menschen durch vielfältige Formen der Entmutigung nicht mehr in der Lage sind, ihre alltäglichen Verrichtungen eigenständig, sinnvoll und nachhaltig zu organisieren. Dies beginnt bei der wachsenden Unfähigkeit einen Haushalt zu führen und geht bis zum Verlust der Erziehungsfähigkeit. Wer vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, kann kaum noch für andere sorgen.

Wenn Belastungen steigen, dann reagieren Eltern mit Erschöpfung, Apathie und Resignation; sie können kaum noch fürsorgliche Beziehungen entwickeln und sind nur bedingt in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. Distanz und Teilnahmslosigkeit gegenüber Kindern sind die Folgen, aber häufig auch aggressive Auseinandersetzungen in der Familie. Unberechenbare Erziehungsstile und häufiger Kontrollverlust sind Alltag.

Folgen dieser elterlichen Überforderung sind, bezogen auf Kinder, vielfältig:

- Vernachlässigungen und Beeinträchtigungen der körperlichen, gesundheitlichen, psychischen, kognitiven, schulischen, sozialen und emotionalen Entwicklung der Kinder;
- Auffälligkeiten im Verhalten wie Ängste, Depression, Rückzug, Selbstwertprobleme, Aggressivität, Unruhe, Konzentrationsstörungen, Dauerinfektionen, chronische Erkrankungen, Mangelkrankungen, frühe Suchterkrankungen.

Ein erster empirischer Blick zeigt<sup>6</sup>, dass es Familien sind, die schon lange allein gelassen wurden, obwohl sie einen hohen Unterstützungsbedarf hatten. Es sind Eltern, die selber Leid erfahren und die zudem schon lange in Armut leben. Diesen Entmutigten fehlen Netzwerke, sie hatten kaum Unterstützung bei der Bewältigung von Krisen, sie verfügen über kein Brückenskapital, das Beziehungen über ihre eigene soziale Lage hinaus organisiert, Beziehungen, die wichtig sind, um Unterstützung und Förderung zu erhalten. In diesen Familien verfestigen und tradieren sich schließlich fatale Muster, wie man sich in Armut und Benachteiligung einrichten kann.

---

<sup>6</sup> Auf der Basis von qualitativen Interviews

Entstehungskontexte lassen sich mit Risikofaktoren diskutieren, die vor allem eine multifaktorielle Genese besitzen; sie stellen eine Kumulation aus biographischen, psychologischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und traumatischen Anlässen dar. Dabei lassen sich vor allem die folgenden Faktoren herausarbeiten:

- Materielle Belastungen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Prekarität, Schulden;
- Soziale Belastungen wie Isolation, Ausgrenzung, Orientierungslosigkeit;
- Persönliche Belastungen wie eine ungewollte Schwangerschaft, Sucht, Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung;
- Familiäre Belastungen wie Konflikte, Streit, Trennung;
- Persönlichkeit des Kindes wie Krankheitsanfälligkeit oder Frühgeburt.

Letztlich sind es vielfältige Überforderungen, die, wie bereits betont, kumulieren und über ständige Entmutigungen schließlich zur Erschöpfung führen, die allerdings bei einer frühzeitigen und dauerhaften Unterstützung nicht eingetreten wäre – das ist die These. Die diskutierten Risikofaktoren führen nämlich nicht automatisch zur Vernachlässigung der Kinder; Erschöpfung und daraus resultierende Vernachlässigung entstehen erst durch eine permanente Überlastung und durch Probleme, die Mütter und Väter nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können. Je mehr Belastungen, desto stärker die Kumulationen der Überforderung, desto größer die Risiken für Kinder, lautet die erklärende Formel für diesen Prozess.

Vor diesem Hintergrund sind frühe und direkte Hilfen, die in Sozialräumen als aufsuchende, als strukturelle und als vernetzte zu verorten sind, der Lösungsansatz, den ich hier vorstelle. Dies orientiert sich dabei an den Forschungen zur Resilienz, die hier nicht vorgestellt werden können. In ihren Ergebnissen zeigen diese aber, dass sozialräumlich orientierte Maßnahmen Unterstützung für Familien aber auch direkte Hilfen für Kinder organisieren können, die Kinder stärken und jenes erreichen, was in Familien mit einem eher positiven Familienklima wahrscheinlicher ist: Bewältigungsmuster, die vor allem die Chancen der Kinder erhöhen und Armutfolgen abschwächen. Allerdings ersetzen diese Maßnahmen nicht die sozialstaatliche Verpflichtung, allen Familien Zugänge zu einem adäquaten Einkommen und den Bedarf deckenden Transferleistungen sicher zu stellen; das wären Mindestlöhne und zumindest eine Kindergrundsicherung. Und klar ist auch, dass die hier diskutierten Bausteine in unterschiedlichen Kombinationen allen Familien in benachteiligten Lebenslagen helfen und Kinder stärken.

### **Bedeutsamkeit Früher Hilfen**

Die Armut von Kindern hat in der letzten Zeit eine große politische und sozialarbeiterische Aufmerksamkeit erfahren. Immer klarer wird die Forderung nach einer Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf deckt. Daneben verstärken sich aber auch Forderungen, dass es neben angemessenen Transferleistungen andere Hilfen geben müsste, die Eltern in ihrem Alltag stützen und zudem Kinder direkt fördern. Dabei sind viele Projekte entstanden, die Vielfalt lässt sich schon fast nicht mehr überblicken, doch diese stehen oft isoliert, als Leuchttürme in einer ansonsten doch kargen Landschaft; sie sind wenig vernetzt und decken zumeist nur ein Segment (Gesundheit, musikalische Bildung, etc.) der

Lebenslage ab. Als Projekte sind sie zumeist nur von zeitlich befristetem Charakter, dabei ist eine Regelförderung erforderlich. Eine nachhaltige Förderung armer Kinder, die Kreisläufe durchbricht und Eltern fördert, muss den Alltag in seiner Ganzheit im Blick haben und kontinuierlich sein.

Ein erster Schritt in diese Richtung findet sich in einem Zehn-Punkte-Programm, das in einem Positionspapier „Strategien gegen Kinderarmut“ vorgelegt wurde<sup>7</sup>. Diese Leitlinie für kommunale Politik stellt die Grundlage für das hier vorgestellte Modell einer quartiersbezogenen Vernetzung der Hilfestruktur dar; diese Schritte seien deshalb hier kurz zitiert:

- Existenz von Kinderarmut wahrnehmen und mit allen Akteuren problematisieren
- Kinderarmut richtig einschätzen
- Aufbau und Moderation eines Runden Tisches Kinderarmut,
- Aufbau einer regelmäßigen Berichterstattung,
- Entwicklung eines leistungsfähigen Netzwerkes Frühe Hilfen,
- Bildungs- und Betreuungsangebote für Eltern mit Kindern ausbauen,
- Konzepte zur Elternbildung entwickeln und an Eltern heran tragen,
- Konzepte zur Gesundheitsförderung entwickeln,
- Teilhabe der Kinder mittels finanzieller Unterstützung durch die Kommunen sicherstellen,
- Entwicklung von Instrumenten der Qualitätssicherung.

Um die Folge familiärer Armut abzumildern, sind aus meiner Sicht vor allem Frühe Hilfen in ihrer sozialräumlichen Vernetzung erforderlich, das ist der Aufbau eines Netzwerkes Früher Hilfen. Dabei ist das bestehende und in den letzten Jahren etablierte Konzept Früher Hilfen<sup>8</sup> allerdings über seine bisherige Engführung und Fokussierung auf gesundheitsförderliche und präventive Maßnahmen gegen Vernachlässigung und Misshandlungen zu erweitern.

Frühe Hilfen sind als ein an allen Dimensionen der Lebenslage ansetzendes Unterstützungssystem zu entwerfen, das zum einen die Erziehungs-, Haushalts- und Alltagskompetenzen der Familien stärkt, und das zum anderen aber auch direkte Hilfen an Kinder heranträgt, um diese jenseits ihrer Familienverbände in Einrichtungen der öffentlichen Erziehung zu stärken. Letztlich geht es um die Ausweitung gesundheitsbezogener Früher Hilfen, um Präventivmaßnahmen hinsichtlich der Folgen familiärer Armut für Kinder.

Dies ist aber nur in einer engen Vernetzung mit weiteren sozialräumlichen Maßnahmen sinnvoll; organisiert und verbunden durch Präventions- und Reaktionsketten, die an Familienzentren angeschlossen sind bzw. von dort ausgehen können. Diese Frühen Hilfen sind sowohl im familiären Kontext als aufsuchende Hilfe aber auch als infrastrukturelle Angebote im Sozialen Raum zu konzipieren. Dabei sollten insbesondere Kindertagesein-

---

<sup>7</sup> Strategien gegen Kinderarmut, Impulse für die Praxis, Herausgegeben von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.; [www.gesundheit-nds.de](http://www.gesundheit-nds.de)

<sup>8</sup> Siehe Nationales Zentrum Frühe Hilfen

richtungen, die zu Familienzentren umgewandelt werden können, Ausgangspunkt und Zentren des Unterstützungssystems sein, hierfür müssen sie sich den Lebenswelten und den Infrastrukturen in ihrem Umfeld öffnen und mit jenen kooperieren, die Angebote für Kinder und Familien machen.

Frühe Hilfen in einer derart erweiterten und sozialräumlich verankerten Fassung sind sowohl eine Antwort auf die Herausforderung familiärer Armut schon im Säuglingsalter als auch eine Unterstützung von Kindern im Aufwachsen. Vor diesem Hintergrund lassen sich zunächst die Ziele umreißen; es geht um:

- Erziehungs- und Sozialisationshilfe für Familien, die Kindern zugute kommen;
- Alltagshilfen, die zum Aufbau und zur Stärkung von Kompetenzen beitragen, die sich gegen Erschöpfung wenden;
- Beiträge zur Entwicklung und Förderung eines positiven Familienklimas trotz benachteiligender Lebenslagen;
- Maßnahmen zum Aufbau förderlicher Bedingungen für Kinder;
- Hilfen, die zur Stärkung der Kinder in ihrem Umfeld beitragen;
- Wegweiser und Begleiter, die Familien Zugänge zu Sozialen Diensten öffnen.

In ihrem Kern beabsichtigen Frühe Hilfen eine Stärkung des familiären Bewältigungsklimas, dabei sind sie vor allem auf die Entwicklungschancen von Kindern fokussiert; sie unterstützen Familien, um Kinder stark zu machen und um deren Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, damit diese trotz hoher Belastungen Chancen erhalten. Dabei sollen die Kreisläufe der Armut früh unterbrochen und Zugänge zu Bildung und zum Sozialraum geöffnet werden.

Aus vielen Studien wissen wir, dass die Betreuung und die Förderung in den ersten Lebensjahren speziell bei Kindern aus armen und sozial benachteiligten Familien eine schützende und förderliche Wirkung zugleich entfalten. Dabei müssen sie früh ansetzen: Eltern sind im Zeitraum um die Geburt besonders gut ansprechbar, in dieser Phase sind sie aufgeschlossen für Hilfe und Beratung. Deshalb müssen schon hier Zugänge gelegt werden – über Kinderärzte, Geburtsvorbereitung und Familienhebammen. Es geht damit um eine integrierte und koordinierte Unterstützung von (erschöpften) Familien, die in der Schwangerschaft beginnt, die Geburtsphase begleitet und als aufsuchende und begleitende Hilfen im familiären Alltag fortgesetzt wird – Ziel ist dabei immer die Unterstützung der Eltern, damit die Kinder stark werden. Diese Hilfen sollten tendenziell anstreben, die Eltern zu befähigen, dies ohne Hilfe zu leisten.

Der frühe Beginn und die Kontinuität sind besonders wichtig, da viele Kinder derzeit erst erreicht werden, wenn sie in die Kindereinrichtungen kommen; das kann aber schon zu spät sein, zumindest erschwert es die Zugänge zu den Eltern. Die Reichweite und die Qualität einzelner und familienbezogener Maßnahmen hängt allerdings auch vom Grad ihrer Einbindung in lokale Kooperationsnetzwerke ab; Frühe Hilfen in der hier vorgeschlagenen Erweiterung sind eine Querschnittsaufgabe, die eine sozialräumliche Verankerung benötigen.

Vor diesem Hintergrund will ich an dieser Stelle einen kurzen empirischen Blick auf Frühe Hilfen werfen und dabei die Kriterien des Erfolges diskutieren.

Es finden sich derzeit viele gut gemeinte Ansätze; das reicht von Elternordnern, die bei der Geburt überreicht werden, bis zu Flyern. Diese informieren über Angebote, die das Elternleben erleichtern können. Auch gibt es vielfältige Seminare der Elternbildung, die sich an junge Eltern wenden. Doch hier zeigt sich das zentrale Dilemma, dass genau jene Eltern, denen diese Maßnahmen eine echte Hilfe bieten könnten und die bereits erschöpft und entmutigt sind, sich in prekären Lebenslagen befinden, kaum daran teilnehmen. Sie lesen die Informationen kaum und sehen in ihrer eingengten Sichtweise auch keinen Bedarf. Mitunter empfinden sie diese Angebote sogar als Bedrohung und verschließen sich ihnen.

Wie also kann man diese Eltern erreichen? Damit ist das alles entscheidende Problem definiert: Wie finden sich Zugänge zu belasteten und vor allem erschöpften Familien, wie also transportiert man Angebote zu den Eltern, die im Fokus stehen? Es gibt sicherlich keinen Königsweg. Klar ist zunächst aber, dass Benachteiligung nicht auch Interesselosigkeit meint. Oft sind es Ängste, eigene negative Erlebnisse, Erschöpfung und auch Entmutigung, die dem entgegenstehen. Wenn die Adressaten notwendiger Hilfe nicht kommen, dann sind diese so zu organisieren, dass sie zu den Eltern gebracht werden und ihnen Erleichterungen im Alltag bringen.

Wenn diese dann nicht als Kontrolle und Sanktion begriffen werden, sondern als Unterstützung, die den eigenen Alltag erleichtert, dann werden diese Angebote auch angenommen. Im Grunde müssen die Maßnahmen Beratung und Bildung zugleich sein, die als Unterstützung und Förderung einen Gewinn im Alltag darstellen; sie müssen Lösungen bieten und sich nicht als Problem und Stigma entwerfen. Deshalb muss die Hilfe eine weit gefasste Unterstützung im Alltag sein, die sich nicht auf einige Details begrenzt; sie umfasst dann aber finanzielle, soziale und emotionale Hilfen, eben eine Stärkung der Alltags-, Wirtschafts-, Erziehungs- und Haushaltskompetenz, aber auch Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge.

Aus vielfältigen Studien und Berichten lassen sich **wesentliche Kriterien des Erfolgs** benennen:

- Das Entscheidende ist ein früher Zugang, der mitunter schon in der Geburtsvorbereitung beginnen und von Familienhebammen, auch in Abstimmung mit dem Jugendamt und dem Netzwerk, in dem die aufsuchende Arbeit stattfindet, geleistet werden kann.
- Die aufsuchende Hilfe muss intensiv, mehrmals wöchentlich, kontinuierlich und mitunter auch über mehrere Jahre erfolgen; dabei kann sie auch dazu beitragen, Übergänge in Kindereinrichtungen und Schulen zu begleiten.
- Es ist immer die Individualität der Familien zu berücksichtigen, dabei spielt der Einbezug von Eltern und Kindern eine zentrale Rolle; ein partnerschaftliches Arbeitsverhältnis ist notwendig, wenig hilfreich sind Distanz und Typisierung.
- Wesentlich sind Akzeptanz und Vertrauen, die sich zwischen aufsuchender Hilfe und der Familie bilden muss, deshalb kann dies nicht als Kontrolle und Zwang entworfen sein, es darf keine Durchsetzung hoheitlicher Maßnahmen sein (obwohl diese bei Kindeswohlgefährdung nicht auszuschließen sind).

- Es ist eine „Führung und Begleitung“ durch das Soziale Hilfesystem erforderlich; ein Case Management, das mögliche Hilfen und Unterstützung im Sozialen Raum aufzeigt sowie die Wege zu diesen; über eine Begleitung kann ein Aufschluss von Hilfen vielfältiger Art erfolgen, der immer mehr auch selbst organisiert geleistet werden kann.
- Frühe Hilfen dürfen nicht als ein Kontroll- und Zwangssystem den Eltern gegenüber treten, sie dürfen nicht stigmatisieren oder fürsorglich belagern, eben keine verordnete Fürsorge sein, sie müssen vielmehr freiwillig und optional sein und dabei an den Ressourcen und Stärken ansetzen, um Schwächen allmählich abzubauen; nicht Sanktionen, sondern Informationen, Beratung und Unterstützung führen zu einer Stärkung des Alltagslebens.

Die entscheidende Komponente ist aber, dass diese Frühen Hilfen Teil eines Netzwerkes, einer Präventions- und Reaktionskette, sind. Armut, Benachteiligung und Erschöpfung können nicht nur aus einem einzigen Blickwinkel betrachtet und angegangen werden, sie durchziehen das alltägliche Handeln, die Lebenslage. Dies aber macht eine überbehördliche und interdisziplinäre Zusammenarbeit in Regionen, in Sozialräumen und in Lebenswelten jenseits der Fachdisziplinen notwendig. Es müssen Bündnisse, Netzwerke, Präventions- und Reaktionsketten sowie Kooperationen begründet, gefördert und entwickelt werden. Hierzu können vorhandene Ressourcen genutzt werden, allerdings muss einiges zugespitzt und vernetzt werden.

### **Vernetzung und Integrative Sozialraumplanung**

Die Leistungen der Sozialverwaltung sind überwiegend noch versäult und segmentiert. Kommunale Sozialarbeit ist sozusagen konditional programmiert; gewachsen durch eine „Addition von Fachgesetzen“ hat sie sich in mitunter stark voneinander geschiedene Bereiche (Segmente, Säulen) gegliedert (Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, etc.), die jeweils individuelle Leistungsansprüche festlegen und nicht per se sozialräumlich denken und agieren. Hier hat es zwar seit einiger Zeit Aufbrüche gegeben, die so genannte Wende vom Fall zum Feld, der Stadtteilbezug Sozialer Arbeit hat den Status des Exotischen verlassen.

Dennoch sind in Sozialplanung und Sozialarbeit noch immer vielfach „Fälle“ der Anlass für Hilfe und es wird zumeist auf „Defizite“ reagiert. Sozial-, Gesundheits-, Senioren- oder Jugendhilfeplanung, die sich eigentlich auf Räume beziehen, sind zudem vielfach nicht vernetzt bzw. denken nicht wirklich räumlich – in den seltensten Fällen wollen sie Räume (Lebenslagen) für Menschen und für deren Unterstützung im Krisenfall gestalten und entwickeln. Daher ist es eine immer häufiger zu hörende Absicht der Akteure, und dies ist auch als Grundlage der hier vorgestellten Überlegungen zu sehen, von einer reaktiven Planung zu einer aktiven Gestaltung von Lebenswelten und Sozialräumen zu kommen, die zu einer abgestimmten und integrativen Steuerung von Maßnahmen in Räumen führen. Ziel dabei ist das „Aufheben“ von Spezialplanungen in einer integrativen Planung<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Ich habe für die Stadt Erfurt ein derartiges Modell vorgelegt.

Ihre Eigenständigkeit behaltend sollen Einzelplanungen zukünftig nur noch mit dem Blick auf andere Planungen agieren<sup>10</sup>. Diese Integrative Sozialraumplanung will die Planung und die Steuerung von Maßnahmen und Prozessen in Sozialräumen (Gemeinwesen) mit den Erbringungsinstanzen, der Politik, den Akteuren und den Menschen im Sozialraum entwickeln. Diese Planungsprozesse vernetzen alle Akteure in den Sozialräumen und stellen Netzwerke her, die als Basis von Präventions- und Reaktionsketten zu sehen sind.

Eine Integrative Sozialraumplanung bedarf eines gemeinwesenorientierten Ansatzes und der Vernetzung im Gemeinwesen, sie ruht auf der Aktivierung von Ressourcen und der Moderation der Kommunikationsprozesse. Regelmäßige Vernetzungsebenen sind darin Sozialraum- oder Stadtteilkonferenzen (Runde Tische) auf der untersten Ebene, die alle relevanten Akteure zusammen binden<sup>11</sup>; in einer übergeordneten Ebene wären dies Planungskonferenzen, in denen Politik und Verwaltung mit den Diskursen der Sozialraumkonferenzen konfrontiert werden und sich damit auseinandersetzen; als Moderatoren und Koordinatoren für die Vermittlung der Ebenen kämen Planungsraummanager zum Zug, deren Tätigkeitsbeschreibung sich an das Wirken des Quartiersmanagements in der Sozialen Stadt anlehnt. Aus diesen Projekten kann zudem die Philosophie übernommen werden, die einem vernetzten Handeln zugrunde liegt:

- Es geht nicht mehr darum, soziale Verhältnisse zu schützen, sondern sie aktiv zu unterstützen;
- Es geht nicht mehr um Beteiligung und Mobilisierung gegen, sondern um Beteiligung als Aktivierung für etwas;
- Es geht um die Bildung lokaler „Veränderungs- und Entwicklungscoalitionen“;
- Es geht insbesondere um die Etablierung „Lokaler Bündnisse“ gegen Armut oder, in diesem Falle, für Kinder (Familien), die Präventions- und Reaktionsketten begründen und etablieren.

In diesen Netzwerken wird ein Wissen über Probleme, über notwendige Maßnahmen und über deren Wirkungen generiert, das gerade für Maßnahmen, die Kinder gegen die Folgen familiärer Armut stark machen wollen, nutzen können. Ohne diese Vernetzung würden diese Maßnahmen isoliert bleiben und hätten lediglich Fallcharakter, die sich jenseits ihrer sozialräumlichen Verankerung bewegen. Erst in einem vernetzten Vorgehen ergeben sich tatsächlich Optionen und Chancen für Kinder, die eben nicht nur im familiären Alltag liegen, sondern sich im sozialen Raum öffnen.

Frühe Hilfen in einer isolierten, fallbezogenen Fassung sind aus meiner Sicht eben nur bedingt sinnvoll, da sie den Kontext vernachlässigen und individualisieren; sie müssen vielmehr mit anderen und auch weiterführenden Maßnahmen vernetzt sein. Sie können deshalb nur sozialräumlich entfaltet und entwickelt werden; schließlich geht es darum, Kinder in sozialen Räumen zu unterstützen.

---

<sup>10</sup> Dem liegt ein weiter Begriff des Sozialen zugrunde, der auch Stadtplanung, Verkehrsplanung und Bauplanung integriert.

<sup>11</sup> Akteure: Erbringungsinstanzen, Politik, Verwaltung; aber auch Polizei, Wohnungswirtschaft, Kirchengemeinden, aktive Bürger und Kinder

## **Bausteine**

Diese Überlegungen lassen sich in sechs Bausteinen (Modulen) darstellen, die hier zwar isoliert diskutiert werden, aber dennoch nur als Einheit zu sehen sind:

1. Bündnisse als Ausgangspunkt,
2. Aufsuchende Hilfen,
3. Öffnung der Einrichtungen zu den Lebenswelten; Familienzentren als Basis und Angelpunkt (Drehscheibe) der Organisation von Frühen Hilfen,
4. Infrastrukturelle Verankerung und die Entwicklung einer sozialen Infrastruktur,
5. Präventionsketten,
6. Vernetzung.

### **1) Bündnisse als Ausgangspunkt**

Bündnisse für Familien oder Kinder bzw. Etablierung lokaler Netzwerke<sup>12</sup> können Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen familiärer Armut für Kinder starten. Dabei sollten sich diese auf Kinder fokussieren; dies heißt nicht, dass Eltern nicht wichtig sind. Es muss aber primär um die Förderung der Kinder und deren Optionen gehen, dabei sind zweifellos die Eltern zu unterstützen, es geht aber darüber hinaus auch um die Etablierung von Maßnahmen im Sozialen Raum, die direkt an Kinder gehen.

Die Ziele dieser Bündnisse lassen sich dabei wie folgt definieren:

1. Entwicklung und Aufbau eines Maßnahmenpaketes im Sozialen Raum;
2. Aufbau von „Informations-, Präventions- und Reaktionsketten“ für Kinder und Eltern ab der Schwangerschaftsvorbereitung ;
3. Von der Versäulung der Hilfen zur Gestaltung von Lebenswelten durch Vernetzung;
4. Stärkung von Nachbarschafts- und Unterstützungsstrukturen.

Diese Bündnisse folgen in ihren Tätigkeiten folgenden Schritten:

- Bestandsaufnahme der Situation und die Evaluation bestehender Maßnahmen;
- Zielentwicklung hinsichtlich der Qualifizierung und Vernetzung von Angeboten;
- Entwicklung und Erteilung von Aufträgen um definierte Ziele zu erreichen;
- Monitoring der Umsetzung erteilter Aufträge;
- Überprüfung der Wirksamkeit und Entwicklung weiterer Angebote und Intensivierung sowie Abstimmung der Vernetzung.

Diese Bündnisse können schließlich in Sozialraumkonferenzen übergehen, die als essenzielle Vernetzung der Hintergrund der einzelnen Hilfebausteine sind, die im Folgenden skizziert werden.

### **2) Aufsuchende Hilfen**

Aufsuchende Hilfen müssen früh beginnen und kontinuierlich sein, wenn nötig schon in der Geburtsvorbereitung; sie organisieren einen lebensweltorientierten Zugang (Gehstruk-

---

<sup>12</sup> Der Jugendhilfeausschuss kann dabei durchaus Initiator sein!

turen) zu Familien mit kleinen Kindern. Der Kontakt kann über vielfältige Partner im Netz hergestellt werden, spätestens durch die Kindereinrichtung. Dabei sind Kinderärzte, Familienhebammen und Geburtshelfer strategische Partner im Netz, in der Präventionskette; so werden bereits vorgeburtliche Beratung und aufsuchende Hilfen bei „Erschöpften Familien“ möglich.

Diese Hilfen sollen Eltern unterstützen und ihnen Wege zeigen, ihren Alltag leichter und effektiver zu gestalten. Darin sind diese Hilfen nicht diskriminierend, sondern sie integrieren die Eltern, setzen an deren Stärken an und sehen diese als einen Teil der Lösung. Wichtig ist dabei, dass die Familienhelfer (Familienhebammen, geschulte Ehrenamtliche, professionelle Sozialarbeiter) die Sprache der Eltern sprechen und deren Handlungsmuster verstehen; auch sollten sie mit der Lebenswelt vertraut sein. Das Projekt „Kiezmütter“ in Berlin, in dem qualifizierte türkische Frauen türkische Familien aufsuchen und betreuen, zeigt exemplarisch, wie wichtig diese Nähe zum Alltag der Familie sein kann<sup>13</sup>.

Über die Hilfestellung im Haushalt - Organisation der Kindererziehung, Management von Einkauf und Ernährung, Begleitung zu Ärzten und Behörden – werden die Eltern gestärkt und die Kinder früh gefördert.

Diese Familien unterstützenden Zugänge steigern die Haushalts-, Wirtschafts- und Erziehungskompetenz der Eltern; ihre Wirksamkeit ist vielfältig belegt. Sie zeigen und öffnen Wege zu den Angeboten des sozialen Raums; sie arbeiten gegen Vorurteile, dass (Jugend)Ämter immer nur kontrollieren und sanktionieren; sie vernetzen Eltern mit anderen Eltern, sie fördern soziales Kapital und somit auch selbst organisierte Unterstützungskulturen. Sie können zudem den Aufbau der Hausaufgabenbetreuung und der Nachhilfe (sowohl individuell als auch in Gruppen) entwickeln. Auch können sie Kontakte zu Kleiderkammern und Tafeln aber auch zu Bibliotheken, Lesekreisen und musikalischer Früherziehung sowie zu Sport und Bewegung fördern.

### **3) Öffnung der Einrichtungen zur Lebenswelt**

Ein zentraler Baustein im Netz quartiersbezogener Hilfen ist die Öffnung und Vernetzung aller Dienste zur Lebenswelt; vor allem Kindereinrichtungen (Kitas) können die Basis der vernetzten Hilfen sein und sich zu Familienzentren entwickeln, von hier aus könnten aufsuchende Hilfen organisiert, moderiert und vernetzt werden – dies vor allem deshalb, da sie ja spätestens ab dem dritten Lebensjahr die Kinder in ihrer Tagesstruktur betreuen und fördern.

In diesen „Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren“ werden jene Angebote fokussiert, die Eltern und vor allem Kinder unterstützen, angefangen von Ärzten über Ämter zu Beratungs- und Bildungsangeboten bis hin zu Sport- und Kulturvereinen (Musikschule). Alle Angebote des sozialen Raums können in den Einrichtungen präsent sein, sie bieten damit ein niedrig-schwelliges Angebot für Eltern und Kinder<sup>14</sup>. Die Kindereinrichtungen als Familienzentren werden zum Zentrum einer sozialen Infrastruktur, die Benachteiligung aufgreift und thematisiert, dabei werden Kinder gefördert und Eltern begleitet: sie werden zum Ausgangspunkt und der Vernetzung von Präventionsketten.

---

<sup>13</sup> Ähnlich gelagert sind weitere Projekt wie opstapje, Sozialpaten und Welcome-Modelle

<sup>14</sup> Das Beispiel „Monheim für Kids (MoKi)“ und andere Kindertageseinrichtungen, die diesen Gedanken bereits umgesetzt haben, können dabei als „Vorbilder“ heran gezogen werden.

Ihre Unterstützungsleistungen reichen von vielfältigen Angeboten wie Sprach-, Bewegungs-, Gesundheits- und Ernährungsförderung bis hin zur Organisation von Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe. Eine Förderung und Unterstützung der Familien im Alltagsverhalten, im Erziehungsverhalten, in der Haushaltsgestaltung, hinsichtlich Bewegung und Ernährung, sowie regelmäßige Angebote der Elternbildung, Elternkurse oder Haushalts- und Alltagstraining, können über diese Zentren geleistet, moderiert und vernetzt werden.

Der Kontakt (Zugang) zu Familien, insbesondere auch zu erschöpften Familien, kann hier beginnen. Die beschriebene aufsuchende Hilfe – insbesondere auch die frühesten Hilfen – kann über diese Zentren organisiert und moderiert werden. Hierzu ist eine Vernetzung mit weiteren ambulanten Angeboten des sozialen Raumes, auch des Jugendamtes, der Schule und der Jugendhilfe, erforderlich – im Rahmen vernetzter Präventionsketten im sozialen Raum des Quartiers. Durch eine gut organisierte Zusammenarbeit, durch Stärkung der Kinder und durch Elternkurse können zudem Übergänge in die Grundschule begleitet werden.

Neben diesen „Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren“ können auch Schulen (Grundschulen, Hauptschulen, Regelschulen) Orte gemeinwesenbezogener Arbeit sein; ähnlich wie diese können auch hier die Angebote des Sozialen Raums in den Schulen präsent sein. Statt dass die Kinder zu ihnen gehen, kommen diese zu den Kindern<sup>15</sup>. Für die Entwicklung einer gemeinwesenorientierten Schule sind diese aber wohl zu kommunalisieren, notwendig wird zudem ein sozialpädagogisches Betreuungspersonal.

#### **4) Ausbau einer sozialen Infrastruktur**

In den Quartieren ist, angedockt an die Projekterfahrungen der Sozialen Stadt und von diesen inspiriert, die Entwicklung von gesunden und förderlichen Settings erforderlich, die Eltern entlasten und Kinder direkt fördern. Unterstellt wird dabei, dass diese Settings als Infrastruktur zur Förderung und Stärkung von armen Kindern beitragen und diesen Chancen und Optionen öffnen, die Kreisläufe zu durchbrechen.

Das aber bedeutet, dass in Abstimmung mit Präventionsketten und Sozialraumkonferenzen Freizeit- und Kulturangebote für Kinder im Quartier entwickelt werden sollten, die direkt zu diesen kommen (Gehstruktur) und nicht darauf warten, dass Kinder sich auf den Weg zu ihnen machen: Vereine und Verbände müssen in die Stadtteile und zu den Kindern gehen. Sport und Bewegung, Gesundheit und Ernährung, Museum, Bibliotheken, Theater und Musik müssen dort als Angebot präsent sein, wo die Kinder sind. Die offene Kinder- und Jugendarbeit der Vereine und Verbände (Feuerwehr, Sport, Orchester, Karneval etc.) sollte ebenfalls dort hingehen, wo sich die Kinder regelmäßig aufhalten, dort kann sie die Kinder am ehesten motivieren, sich ihren Angeboten zu öffnen.

Dafür müssen diese Anbieter sowohl eine stärkere Sensibilität für die Folgen von Benachteiligung entwickeln als auch ihre Angebote kostengünstiger oder gar kostenfrei gestalten. Das lässt sich aber durch entsprechende Fördermöglichkeiten der Kommunen, über Boni für Verantwortung und Armutssensibilität steuern.

---

<sup>15</sup> In Holland gib es das Modell Vensterschools

## 5) Präventionsketten

Präventionsketten, die alle Partner im Netz miteinander verbinden und Unterstützungsmaßnahmen planen, abstimmen und umsetzen, sind Frühwarnnetze, die sich als Wahrnehmungs-, Informations- und Reaktionsketten bewährt haben. Diese frühen Warn- und Hilfesysteme dienen dem rechtzeitigen Erkennen und dem schnellen Reagieren; sie sind vor dem Hintergrund eines weiten Begriffes der Frühen Hilfe, wie er hier vertreten wird, „neu“ zu entwerfen und zu gestalten. Hierfür müssen sie materiell und personell gut ausgestattet sein und sich vor allem auf die Zeit der ersten Lebensjahre konzentrieren. Diese Präventionsketten benötigen notwendig eine vernetzte Struktur.

## 6) Vernetzung

Die hier vorgestellten Bausteine einer quartiersbezogenen Hilfe für die Abmilderung von Folgen familiärer Armut für Kinder bedürfen der Vernetzung im Sozialen Raum, einer Struktur, die oben bereits im Kontext der „Integrativen Sozialraumplanung“ vorgestellt wurde. Vernetzung meint dichte Netzwerke vor Ort, die eine Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure und Erbringungsinstanzen ermöglichen. Sie benötigen eine zentrale Koordinationsstelle (Planungsraummanagement, Quartiersmanagement).

In regelmäßig (monatlich bis vierteljährlich) tagenden Sozialraumkonferenzen, Bündnissen, Runden Tischen, Arbeitsgruppen Kinderarmut und Präventionsketten Frühe Hilfen finden Abstimmungen statt, es werden Maßnahmen diskutiert, entworfen und evaluiert. Über die Netzwerkstruktur können ehrenamtliche und aufsuchende Fachkräfte auf Stadtebene begleitet werden – durch Fallkonferenzen, durch Planungs- und Evaluationsforen, durch Kinderforen. Diese Sozialraumkonferenzen sollten über ein eigenes Budget verfügen oder zumindest Zugriff auf Präventionsbudgets bzw. auf Budgets für Frühe Hilfen haben.

Partner in einem solchen Netz, das an „Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren“ angebunden sein kann, sind: Kindereinrichtungen, Ämter, Erbringungsinstanzen sozialer Hilfen, Erzieherische Hilfen, SPFH, Schuldnerberatung, Suchtberatung, Gesundheitsdienste und Ärzte, Müttertreffs, Familienzentren, Kleiderläden, Tafeln, Wohnungswirtschaft, Kneipen, Polizei, Vereine, Verbände, ArGe, Politik, Verwaltung und alle, die in den Sozialen Räumen Verantwortung tragen. Es sollten aber auch engagierte Bürger und Kinder daran beteiligt werden.

Die Unternehmen der Wohnungswirtschaft können dabei strategische Bedeutung erlangen. Sie verfügen über einen sehr direkten Kontakt zur Lebenswelt der Eltern und der Kinder, sie sind ein Sensor für Entwicklungen und der Wirksamkeit von Maßnahmen. Hier kann die Früherkennung anfangen und sich zu Frühen Hilfen verdichten; es sind zudem gezielte Angebote für Kinder und Eltern möglich. Concierge-Modelle können ein wichtiger Baustein der Präventionsketten sein.

Gerade die Zusammenarbeit mit der ArGe kann von Vorteil werden, die im SGB II möglichen Fördermaßnahmen können in dem hier diskutierten Zusammenhang als Unterstützungsmaßnahmen platziert werden; über die ArGe können notwendige Zugänge zu Familien gelegt werden, die sonst nicht erreichbar scheinen.

## **Frühe und aufsuchende Hilfen: Ein mögliches Modell**

An dieser Stelle soll skizzenhaft ein mögliches Modell angedeutet werden. Ehrenamtlich geschulte Familienhelfer, wie es in einigen Modellen aufsuchender Hilfen praktiziert wird, die möglichst aus dem Stadtteil kommen, bieten Sozialisationshilfen, Alltagshilfen, begleitende Hilfen, Wege in den Sozialraum und zu Sozialen Diensten an.

Ein professionelles Case Management (bei einem freien Träger angebunden) berät und begleitet diese Helfer im Hintergrund; in regelmäßigen Betreuungskonferenzen werden die Tätigkeiten, Erfahrungen und die Fortschritte einzelner Familien reflektiert. Hier kann auch der Auftrag des Kinderschutzes wahrgenommen werden: bei Verdachtsmomenten muss das Jugendamt unverzüglich eingeschaltet werden. Dieses Case Management ist wiederum über Sozialraumkonferenzen und Präventionsketten vernetzt. Es lässt sich eine enge Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, mit Ärzten, mit Hebammen und mit städtischen Diensten organisieren.

Eine Zusammenarbeit mit Tafeln und Kleiderkammern ist sinnvoll, eine Verweisung an andere Strukturen, die notwendige und weiter gehende Hilfen anbieten, ist obligatorisch.

## **Zusammenfassung**

An dieser Stelle sollen noch einmal die essentiellen Kriterien gebündelt werden:

- Es geht darum, Kreisläufe zu durchbrechen und Kindern in benachteiligten und prekären Lebenslagen Optionen zu öffnen; dies muss lebenslagenorientiert sein und sich nicht auf ein Segment beschränken.
- Frühe Hilfen sind in einer weiten Fassung als Haushalts-, Wirtschafts- und Erziehungsunterstützung zu entfalten.
- Aufsuchende Hilfen müssen Familien als einen Teil der Lösung sehen und mit ihnen Wege ebnen. Hilfe darf dabei nicht als Kontrolle, sondern als Unterstützung entworfen sein.
- Es geht vor allem darum, das Leben der Familie zu erleichtern, um Kinder zu fördern. Die Förderung eines positiven Familienklimas muss bei den Eltern ansetzen, um Kinder zu stärken, hierfür müssen Eltern und Kinder einbezogen werden.
- Notwendig ist ein vernetztes und sozialraumbezogenes Arbeiten.

## **Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen**

### **NEFF – Netzwerk Frühe Förderung.**

### **Lösungsansatz für ein Strukturproblem der Jugendhilfe**

CHRISTOPH GILLES

Abteilungsleiter Jugendförderung, Landesjugendamt Rheinland

Die Landschaft der Sozialen Arbeit, der Jugendhilfe, der Schule und auch des Gesundheitswesens ist geprägt von einer Fülle von Maßnahmen und Projekten, die in unterschiedlicher Trägerschaft und mit ganz unterschiedlichen Finanzierungen arbeiten. Dabei wird immer wieder deutlich, dass es bei dieser unüberschaubaren Fülle nur wenige Fachleute gibt, die von sich behaupten können, den Überblick zu haben. Es fehlt eine kommunal agierende Institution, die die Koordination und Steuerung von Maßnahmen zu einem bestimmten Themenfeld übernimmt. Das wird umso wichtiger, da die Schlagzahl der auf die Jugendhilfe und die angrenzenden Felder des Sozial- und Bildungswesens zukommenden Herausforderungen konsequent zunimmt. Kindeswohlgefährdung, Gewalt- und Suchtphänomene, Medienkompetenz, Bildungsteilhabe, Armutsfolgen ... - dies sind immer auch Querschnittsthemen, die anders als in früheren Jahren die Grenzen der bekannten Felder von Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen und Sozialen Diensten in einer Kommune oder in einem Kreisgebiet überschreiten.

*„Dieser Qualifizierungsprozess (der Jugendhilfe) hat in vielen Funktionsbereichen zu einem leistungsstarken, aber auch kostenintensiven Angebotsprofil geführt. Dies hat in der Regel zu einem Nebeneinander ohne Abstimmungsprozess unter den Leistungsfeldern geführt, was zu Überschneidungen und zu einer Verinselung der Sichtweise auf Kinder und Familien geführt hat. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass professionelle Helfer sich mit ihrem Hilfeangebot für ein Kind oder eine Familie in einer Konkurrenzsituation befinden.“<sup>1</sup>*

Eine Lösung dieses Strukturproblems ist die Zusammenarbeit in Netzwerken und so wundert es nicht, dass „Vernetzung“ zu einem der viel gebrauchten Begriffe in der Jugendhilfe geworden ist. Um es kurz zu skizzieren:

**Es geht um gesteuerte Netzwerke, um eine koordinierte, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Diese ermöglicht, dass auf der Basis gemeinsamer Ziele agiert wird, unnötige Konkurrenzen vermieden werden und aus diesem partnerschaftlichen Netzwerk heraus neue Angebote und Maßnahmen entwickelt und realisiert werden können.**

Eine solche Definition eines Netzwerkes umfasst dann mehr, als dass man sich kennt und miteinander spricht. Netzwerkarbeit braucht eine Steuerung bzw. Verantwortungsübernahme für die gemeinsame Arbeit, um die Kooperation nachhaltig zu sichern und die gemeinsamen Zielsetzungen zu gewährleisten.

---

<sup>1</sup> Müller-Brackmann/Selbach 2008, S. 206

Das Projekt „NEFF – Netzwerk Frühe Förderung“ greift diese Steuerungsthematik auf. NeFF ist ein Kooperationsprojekt des LVR-Landesjugendamtes Rheinland, das zusammen mit sechs Kommunen des Rheinlandes und mit wissenschaftlicher Begleitung der Fachhochschule Köln im Fokus auf das Thema „Armut bei Kindern“ die Möglichkeiten gesteuerter Netzwerke erprobt.

### **Armut – eine Herausforderung für die Jugendhilfe**

Wenn Kinder in Armut aufwachsen, hat das gravierende Auswirkungen auf ihre persönliche und soziale Entwicklung. Um die Armutsfolgen zu mildern, ist es wichtig, den Familien möglichst früh Unterstützung, Förderung und Hilfe anzubieten. Diese Angebote müssen überschaubar und einfach zugänglich sein. Die Basis bildet ein Netzwerk der verschiedenen Anbieter und Dienste aus dem Bereich von Kindertagesstätten, des ASD, der Familienberatung, der Familienbildung und des Gesundheitswesens, in dem die Beteiligten gemeinsam die Bedarfslage analysieren und ihre Angebote aufeinander abstimmen.

Das Thema Armut bei Kindern und Familien beschäftigt den LVR-Landesjugendhilfeausschuss Rheinland seit einigen Jahren. Der Ausschuss hat im Rahmen seines Auftrags als politische und fachliche Vertretung des Landesjugendamtes auf unterschiedlichen Ebenen Initiativen zur Armutsbekämpfung und zur Verhinderung von Armutsfolgen auf den Weg gebracht. Mit „Mo.Ki“ fing alles an. Hinter diesem griffigen Kürzel verbirgt sich das erfolgreiche Modellprojekt „Monheim für Kinder“, das mit Mitteln des Landschaftsverbandes von 2002 bis 2004 gefördert wurde. Durch eine trägerübergreifende Zusammenarbeit konnte für die Kinder in Monheim vieles erreicht werden, insbesondere im hoch belasteten Berliner Viertel. Den in vielfacher Hinsicht benachteiligten Kindern wurden ganz neue Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnet und der beklagenswerte Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg konnte deutlich gemildert werden. Die allgemeine Aufwertung der Lebensqualität im Stadtviertel hat sich zudem positiv auf die Zahl der Kindeswohlgefährdungen ausgewirkt. Die Erfolge von Mo.Ki sind wissenschaftlich belegt und haben mit dem Deutschen Präventionspreis auch ihre fachliche und öffentliche Anerkennung bekommen. Entscheidend für den Erfolg: Alle Maßnahmen, Angebote und Initiativen konnten auf einem funktionierenden Netzwerk im Stadtteil aufbauen.

Die Querschnittsthemen wie Kinderschutz, Kommunale Bildungslandschaften und Familienzentren geben die aktuellen Entwicklungsimpulse in der Jugendhilfe; sie werden durch den Bedarf bei den Kindern und Jugendlichen, aber auch durch die mediale Öffentlichkeit und die Vorgaben des Landes vorangetrieben. Wenn die Jugendhilfe und das Jugendamt in diesem Kontext langfristig erfolgreich sein wollen, sollten sich auch die internen Organisationsstrukturen entsprechend verändern. Dann müssen die gewohnten und gepflegten Abgrenzungen zwischen den Abteilungen, ob sie nun Kindertagesstätten, Jugendförderung oder Hilfen zur Erziehung heißen, neuen Zuordnungen weichen. Die Matrix der Querschnittsthemen wird zum Gestaltungskriterium – Vernetzung ist eines der notwendigen Instrumente dazu.

Kooperation und Vernetzung als Grundphilosophie der Jugendhilfe, dieses auch von Mo.Ki erfolgreich erprobte Prinzip galt es nun in die Fläche des Rheinlandes zu bringen.

Dabei war klar, dass die dauerhafte Etablierung von arbeitsfeld- und trägerübergreifenden Formen der Kooperation und Vernetzung eine Steuerung durch das Jugendamt braucht.

### **Steuerung von Netzwerken – das ist NeFF!**

Wer kann denn also die notwendigen Koordinations- und Steuerungsaufgaben übernehmen? Die NEFF-Projektgruppe spricht sich dabei eindeutig für das Jugendamt aus, das nach der Gesetzeslage nicht nur die Gesamtverantwortung für die Kinder, Jugendliche und deren Familien betreffenden Fragen und Antworten hat (SGB VIII, §§ 79, 80). Als kommunale Organisation hat sie außerdem die ideale Möglichkeit, die wiederum gesetzlich vorgeschriebene Einbeziehung (SGB VIII, § 81) der angrenzenden Felder von Schule und Gesundheitswesen im Sinne einer Koordination und Steuerung zu gestalten.

Im Kontext der Frühen Förderung entwickelt NeFF Handlungsstrategien zur Netzwerkbildung und Netzwerksteuerung auf der kommunalen Ebene. Im Sommer 2006 starteten die sechs Projektkommunen mit der Entwicklung ihrer operativen und strukturellen Netzwerke, dabei stehen die Familienzentren und die Konzepte zum Kinderschutz im Fokus der Projektarbeit. NeFF wird aus Modellmitteln des Landschaftsverbandes Rheinland gefördert.

**Beteiligt sind die Städte Dormagen, Mönchengladbach, Pulheim, Velbert, Wiehl und der Rheinisch Bergische Kreis.**

#### **Die Ziele sind:**

- Erprobung von kommunalen Netzwerken der Frühen Förderung in der Verantwortung des Jugendamtes,
- Handlungsstrategien zur Netzwerkbildung und Netzwerksteuerung auf kommunaler Ebene.

Projekte bieten die Chance, zu experimentieren und neue Dinge auf den Weg zu bringen. Verfahren, Inhalte, Arbeitsabläufe werden erprobt und ausgewertet. Die Anforderungen an die Modellprojekte des Landschaftsverbandes Rheinland gehen da noch einen Schritt weiter: Die Ergebnisse müssen anschließend in Form von praxisnahen Arbeitshilfen und durch Fortbildungsveranstaltungen den interessierten Fachleuten zugänglich gemacht werden. Dabei wird das LVR-Landesjugendamt Rheinland im NeFF-Projekt wesentlich durch die Fachhochschule Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften mit dem Forschungsschwerpunkt Sozial-Raum-Management unterstützt. *Holger Spieckermann* ist für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation verantwortlich.<sup>2</sup> Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR-Landesjugendamtes bringen ihre Fachlichkeit aus den Bereichen Kindertagesstätten, Hilfen zur Erziehung, Kooperation Jugendhilfe und Schule und Jugendhilfeplanung ein und haben die fachliche Beratung der Modellprojekte übernommen.

---

<sup>2</sup> Fachhochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial•Raum•Management, [www.sozial-raum-management.de](http://www.sozial-raum-management.de), [holger.spieckermann@fh-koeln.de](mailto:holger.spieckermann@fh-koeln.de)

## Warum Netzwerke?

Die Vielfalt der Lebenslagen der Menschen und die ausdifferenzierten Angebote und Formen sozialer Arbeit machen Netzwerkorganisationen sinnvoll, sie drängen sich geradezu auf (**Abbildung 1**). Netzwerke führen Vielfalt zusammen, bündeln und nutzen die sich ergebenden Möglichkeiten für praxisnahe und bedarfsgerechte Angebote. Die Kehrseite der Medaille: Netzwerke haben durch ihre Struktur die Tendenz, sich zu verselbständigen und die ursprüngliche Zielidee aus den Augen zu verlieren. Die Steuerung des Jugendamtes, hier vor allem das Instrument der Jugendhilfeplanung, muss versuchen, diese beiden auseinander strebenden Entwicklungen auszupendeln und in der Mitte zusammenzuführen. Das bedeutet, den Ausgleich zwischen innovativer Vielfalt und Lebendigkeit auf der einen Seite und der Ausrichtung an Planungsvorgaben und Planungsüberlegungen der Kommune auf der anderen Seite zu finden. Das Spannungsfeld zwischen der Gesamtverantwortung des Jugendamtes und der Autonomie der freien Träger muss dabei immer konstruktiv einbezogen werden.<sup>3</sup>

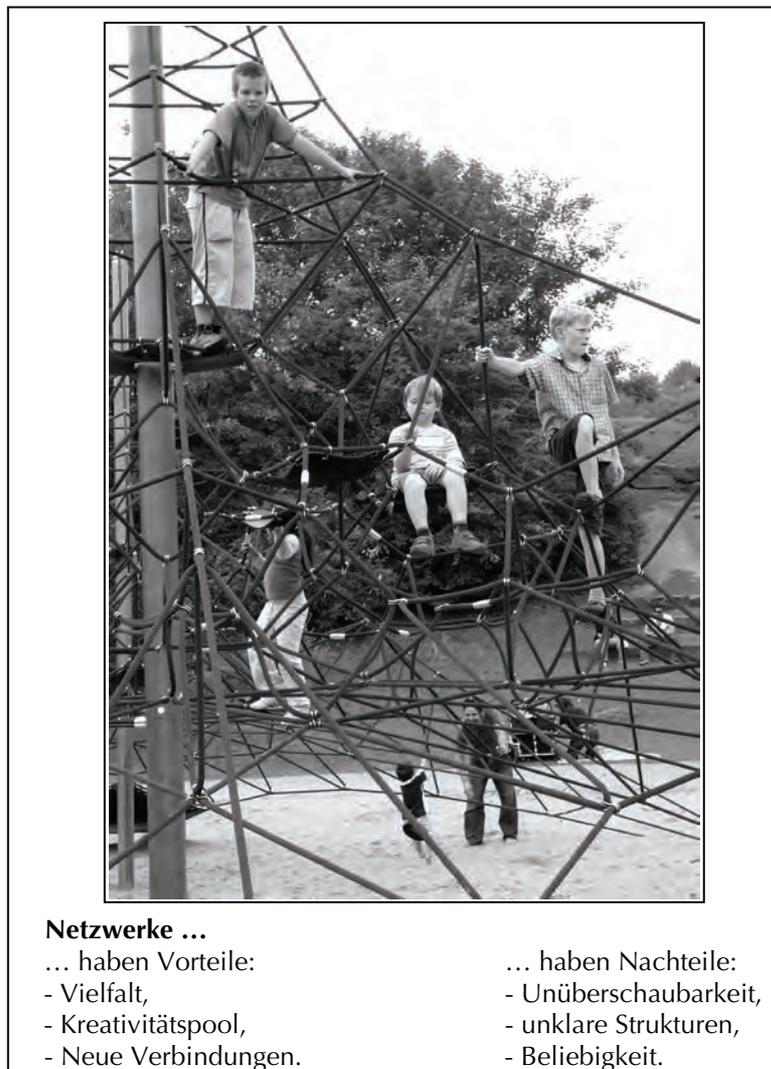


Abbildung 1

© Christoph Gilles

<sup>3</sup> dazu auch Schubert 2008, S. 7 – 105

## Überschaubare und einfach zugängliche Angebote für alle Kinder

Das in Pulheim entwickelte Netzwerk Früher Förderung rückt den präventiven Aspekt in den Vordergrund und richtet sich prinzipiell an alle Kinder und ihre Familien (**Abbildung 2**). Es unterstützt Familien, die mit einem **ausreichenden Potenzial** zur Entwicklung und Förderung ihrer Kinder ausgestattet sind. Das **Ziel** der Netzwerkarbeit ist es,

- die Anzahl dieser Familien zu erhöhen,
- bei kurzfristigen Krisen (plötzlicher Arbeitslosigkeit, Krankheit, Verlust eines Elternteils, ...) sofort und gezielt zu reagieren.

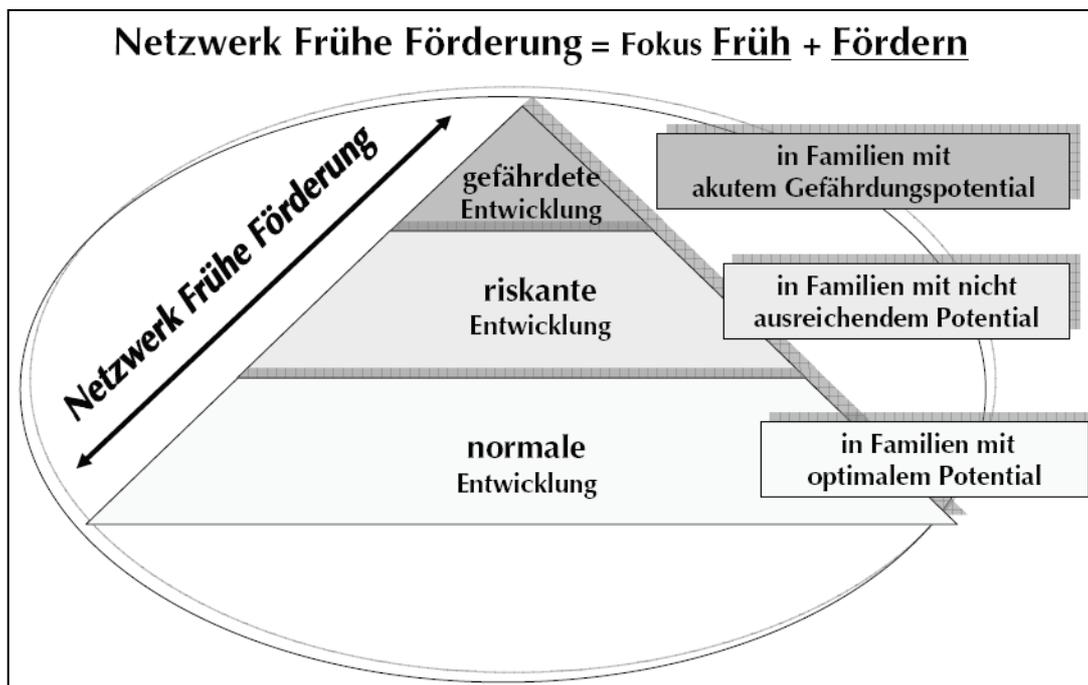


Abbildung 2

© Jugendamt Pulheim 2008

Das Netzwerk fördert Familien mit **nicht ausreichendem Potenzial** mit dem **Ziel**,

- dass diese Familien wieder ihr ausreichendes Potenzial entfalten,
- diese Familien vor dem Überschreiten der Schwelle zur akuten Kindesgefährdung zu bewahren.
- Es fördert Kinder, die in einer Familie mit nicht ausreichendem Potenzial aufwachsen, mit dem Ziel, eine gelingende Entwicklung zu ermöglichen.

Das Netzwerk stärkt Kinder, die in einer Familie mit **akutem Gefährdungspotenzial** aufwachsen, mit dem **Ziel**,

- Kindeswohlgefährdungen rechtzeitig zu vermeiden (hier greift das soziale Frühwarnsystem),

- gezielt zu unterstützen, bevor sich ungünstige Entwicklungsverläufe in der Familie gefestigt haben.

Das alles Entscheidende eines Netzwerks Früher Förderung ist der Einsatz frühzeitiger Hilfe und Förderung, um Kinder, die unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen, wirksam zu unterstützen und zu schützen. Dies muss rechtzeitig geschehen, bevor sich ungünstige Entwicklungsverläufe in der Familie verfestigt haben. Gelingt dies nicht, kommt das in der Kommune etablierte Soziale Frühwarnsystem zum Tragen, das allerdings mit in der Regel sehr kostenintensiven Hilfen (Fremdunterbringung) verbunden ist.<sup>4</sup>

### **Was heißt Steuerung durch das Jugendamt?**

Die Projektarbeit in den Kommunen geht gut voran. Im Zentrum stehen dabei zum einen die strategischen Ziele der Jugendamtsspitze in der Gesamtverantwortung für die Jugendhilfe der Kommune und zum anderen das Spannungsfeld der Beteiligung der freien Träger in den Netzwerkprozessen – zum möglichen Nutzen aller! Allerdings ist die Installierung arbeitsfähiger Netzwerke zur Planung/Steuerung von Angeboten für Kinder und Eltern, sind die Standortentscheidungen für neue Familienzentren, die Entwicklung umfassender Konzepte zur frühen Förderung und zum Kinderschutz aufwändiger und schwieriger, als die Beteiligten anfangs erwartet hatten. Schwierigkeiten treten vor allem dann auf, wenn auf Basis des festgestellten Bedarfs früher Förderung Planungsprozesse in Gang gesetzt werden, an deren Ende Ressourcenumschichtungen oder auch ein neuer Finanzbedarf stehen.

NeFF bewegt sich eindeutig auf der Steuerungs- und Planungsebene des Jugendamtes, das auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den freien Trägern angewiesen ist und diese in die Netzwerkarbeit einbeziehen muss. Bei allen Projektstandorten von NeFF wurde deutlich, dass für die Koordination der Netzwerke mit der großen Zahl von agierenden Institutionen und Beteiligten eine eigene Personalressource im Jugendamt unumgänglich ist.

Die Initiierung und Bildung eines gesteuerten, zielorientierten Netzwerkes braucht seine Zeit und, wie alle Prozesse der Veränderung, den langen Atem der Verantwortlichen!

Es gilt, ein Organisationsmodell zu entwickeln, das für alle Beteiligten transparent ist, mit möglichst wenig Aufwand arbeitsfähig ist und Mitwirkung und Mitbestimmung grundsätzlich ermöglicht.

Im Zentrum des Dormagener Präventionsnetzwerkes (**Abbildung 3**) steht die Lenkungsgruppe mit allen wichtigen Vertretern der öffentlichen und der freien Träger, des Gesundheitswesens und der Schule. Hier werden Ideen gesammelt und inhaltlich verdichtet, Erfahrungen ausgewertet, neue Projekte und Maßnahmen entwickelt. Aus dieser Lenkungsgruppe heraus werden nun Arbeitsgemeinschaften gebildet, die sich um ein bestimmtes Thema kümmern und wesentlich von der operativen Ebene, das heißt den pädagogischen Fachkräften in Dormagen gestaltet werden. Mit Rückbindung an die Lenkungsgruppe und mit deren Rückendeckung werden in den Arbeitsgemeinschaften die

---

<sup>4</sup> s. Kochs 2008, S. 10

Themen bearbeitet und realisiert. Die breite Zusammensetzung und die gemeinsame Zielsetzung der Lenkungsgruppe ermöglichen dabei in vielen Fällen kreative Lösungen, auch für Finanzierungsfragen.

Sind die Aufgaben einer Arbeitsgemeinschaft, wie z.B. die Schulung von Fachkräften und Lehrern zur Kindeswohlgefährdung nach § 8a KJHG, abgeschlossen oder institutionalisiert, wird die Arbeit in einer solchen AG auch beendet. Gestützt und koordiniert wird die Lenkungsgruppe durch das NeFF-Management, das mit einer Stelle im Jugendamt und mit einer durch das Jugendamt finanzierten halben Stelle bei einem freien Träger die Steuerungsaufgaben wahrnimmt. Durch die Einbindung in das Jugendamt ist auch die Beteiligung der politischen Vertretung und anderer freier Träger über den Jugendhilfeausschuss gesichert.

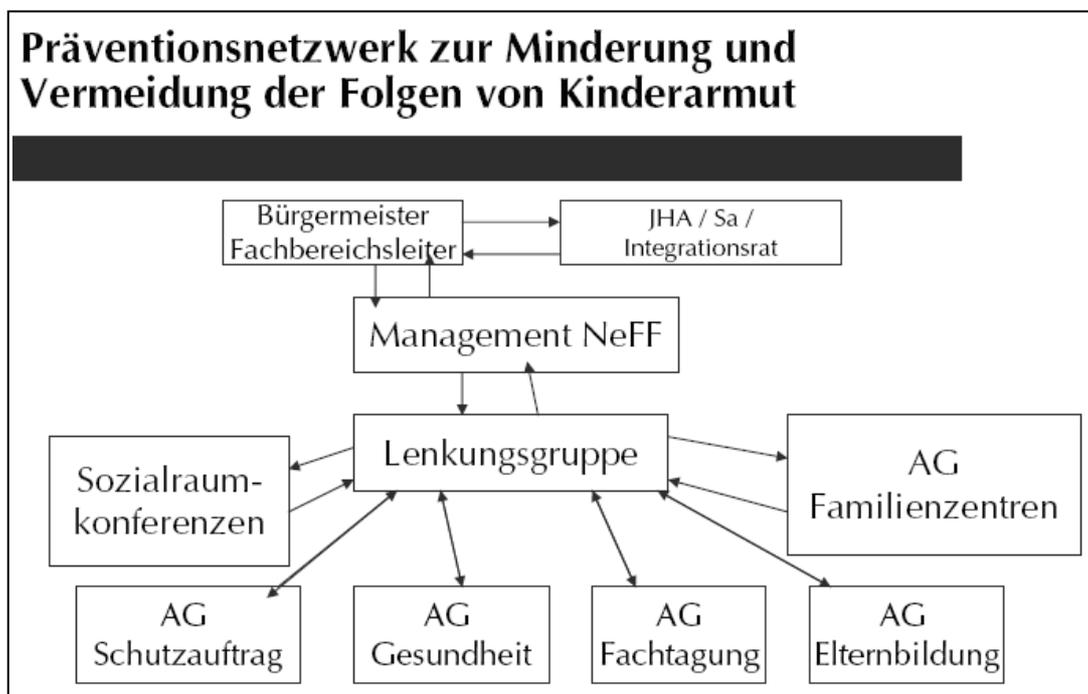


Abbildung 3

© Präventionsnetzwerk Dormagen 2006

### NeFF im Landkreis – eine eigene Herausforderung

In einem Landkreisgebiet stellt sich die Situation noch einmal ganz anders dar. Die Anzahl der möglichen Netzwerkpartner ist größer und die Steuerung unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessen der Gemeinden ist schwieriger. Hier muss ein Netzwerkmanagement nicht nur die unterschiedlichen „Kulturen“ von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitswesen in der Problemanalyse, der Konzeptentwicklung oder bei der Maßnahmengestaltung berücksichtigen, sondern auch die institutionellen Grenzen der Verwaltungen im Kreis überwinden.

Als „NeFF BUKO – Burscheid, Kürten, Odenthal“ wurde das Netzwerk unter der Federführung des Jugendamtes im Rheinisch Bergischen Kreis und der Katholischen Erziehungsberatung entwickelt und Schritt für Schritt in die Praxis umgesetzt. An der Schnittstelle zwischen der Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren und der Entwicklung Sozialer Frühwarnsysteme ist es das Ziel von NeFF-BuKO, bereits vorhandene Strukturen zu nutzen und einen weiteren Ausbau zu initiieren. Die **zentralen Ziele** sind:

- ein frühzeitiger Zugang zu Kindern und Familien, die Hilfe benötigen;
- ein einfacher Zugang zu Hilfen für Kinder und Familien und
- die Erweiterung, Stärkung und Optimierung bereits vorhandener sozialräumlicher Vernetzung.

Im Jugendhilfebereich wurde der Schwerpunkt dabei zunächst auf die Unterstützung der Kindertagesstätten sowie die Informationen zu Erziehungs- und Entwicklungsfragen gelegt. In der Entwicklung hin zu einem Sozialen Frühwarnsystem wurden die Ziele an der Schnittstelle Jugendhilfe und Gesundheitshilfe entwickelt.

Als Ergebnis einer Netzwerkanalyse konnte eine Auflistung vorhandener Partner und Gremien aus den Bereichen Jugendhilfe, Schule, Gesundheitshilfe sowie Familienbildung erstellt werden, die zusammen mit den entwickelten Zielen in über 15 unterschiedlichen Gremien vorgestellt wurden. Gesteuert durch das Team aus Kreisjugendamt und freiem Träger, stellten sich schnell Synergieeffekte in der Organisation von Qualifizierungen, der Unterstützung bei der operativen Netzwerkbildung einzelner Familienzentren und der Gestaltung von praxisnahen Frühwarnsystemen ein. Wichtig und zugleich schwierig war die Vernetzung mit dem Gesundheitswesen, den niedergelassenen Ärzten und dem Kreisgesundheitsamt.

Die Erfolge von NeFF-BUKO führten zu Nachzieheffekten bei den kreisangehörigen Kommunen mit eigenem Jugendamt, die sich kreisweit zu einem weiteren NeFF-Netzwerk zusammengeschlossen haben. Nun wird die Steuerung noch komplizierter, da NeFF zuerst beim Kreis organisiert wurde, nun aber auch die sich selbständig gemachten Jugendämter einbeziehen muss.

Wer kann nun in dieser Gemengelage die Steuerung des Netzwerkes übernehmen? In Federführung des Kreisjugendamtes und mit partnerschaftlicher Beteiligung des Kreisgesundheitsamtes entwickelt sich ein gesteuertes Netzwerk, das auch die zum Teil eigenständigen Netzwerkaktivitäten der freien Träger einbindet (**Abbildung 5**).<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> s. Strasser 2008 und [www.rbk-online.de](http://www.rbk-online.de)



Abbildung 5

© Christoph Gilles

### Babybegrüßung

In allen Projektkommunen ist die Babybegrüßung in der politischen und fachlichen Debatte. Sie ist ein kleiner, aber sehr öffentlichkeitswirksamer, konzeptioneller Bestandteil des Netzwerkes Früher Förderung. Vorbild ist das „Dormagener Modell“, in dessen Rahmen das Modul „Willkommen im Leben“ zur Begrüßung aller Neugeborenen in der Stadt entwickelt wurde. Es wird seit Oktober 2006 erfolgreich umgesetzt. Leitend ist dabei das Prinzip der Begrüßung bzw. der Gratulation zur Geburt, die mit einer umfassenden Information für die jungen Familien verbunden wird. **Das Begrüßungsgespräch soll u.a. Antworten auf die folgenden Fragen geben:**

- Wo bekomme ich Unterstützung?
- Welche Angebote welcher Träger gibt es für Kinder und Familien in der Stadt?

- Wen kann ich ansprechen?
- Welche Tipps für den Alltag gibt es?

Der vom Bürgermeister per Brief angekündigte und immer vereinbarte Termin ist freiwillig und nicht als Kontrolle angelegt (**Abbildung 6**).<sup>6</sup>

- Kriterien für die „Babybegrüßung“:**

  - Baustein eines Gesamtkonzepts „Früher Förderung“,
  - für alle,
  - „Willkommen bei uns!“
    - ⇒ persönlicher Kontakt,
    - ⇒ Wertschätzung,
    - ⇒ Information,
  - Angebot der Unterstützung und Hilfe,
  - freiwillig,
  - **keine Kontrolle!**

Abbildung 6

© Christoph Gilles

Der Hausbesuch zur „Babybegrüßung“, verbunden mit der Übergabe einer Infobroschüre und von attraktiven Geschenken, übernimmt in Dormagen ein Mitarbeiter des Sozialen Dienstes des Jugendamtes. In den anderen Projektkommunen und darüber hinaus werden zurzeit sehr unterschiedliche Personalmodelle der Babybegrüßung erprobt (**Abbildung 7**). Die Begründungen für die Übertragung der Aufgabe an andere Professionen beziehen sich auf die Kosten und auf die möglicherweise erlebte Kontrollfunktion der Besuche in den Familien.

- Babybegrüßung durch:**

  - Jugendamt mit eigenem Mitarbeiter,
  - gemeinsam durch Jugendamt und Gesundheitsamt,
  - Bürgermeister und Ratsmitglieder,
  - Hebamme im Auftrag des Jugendamtes,
  - Standesbeamte,
  - Freier Träger Jugendhilfe durch geschulte ehrenamtliche Fachkräfte,
  - Freier Träger Jugendhilfe durch geschulte Ehrenamtliche.

Abbildung 7

© Christoph Gilles

<sup>6</sup> s. Willkommen im Leben. NeFF Dormagen 2008, S.6

## Zwischenergebnisse

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des NeFF-Projektes durch die Fachhochschule Köln wurde Anfang 2008 eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit in den Projektkommunen gezogen. Daraus lassen sich einige zentrale Ergebnisse bündeln<sup>7</sup>:

- **Netzwerke brauchen Koordinatoren**

Dazu sind zusätzliche Stellenanteile im Jugendamt auf der Planungsebene notwendig.

- **Positionierung von Politik**

Eine klare Festlegung von Politik im Jugendhilfeausschuss und im Rat gibt die notwendigen Impulse und den Rückhalt für die Netzwerkarbeit.

- **Top down und bottom up**

Netzwerkarbeit lebt von klaren Zielen auf der Lenkungsebene und zugleich von der Lebendigkeit und Kreativität auf der operativen Ebene.

- **Nachhaltigkeitsprüfung neuer Projekte**

Neue Projekte müssen bei ihrer Einführung so angelegt sein, dass sie, wenn sie denn erfolgreich sind, auch fortgesetzt und finanziert werden können.

- **Entscheidungsträger einbinden/permanente Beziehungspflege**

Ohne die Einbindung der Entscheidungsträger bei öffentlichen und freien Trägern und die permanente Beziehungspflege können Netzwerke nicht erfolgreich arbeiten.

- **Netzwerke brauchen Visionen und Ziele**

Gerade die Steuerungsebene muss weitreichend denken und Alltagsroutinen überwinden, um Zielen und Visionen Raum zu geben.

- **Vom Stadtteil in die Stadt**

Die Entwicklung von tragfähigen Netzwerkstrukturen gelingt am besten Schritt für Schritt: von überschaubaren Stadtteilstrukturen über Bezirke zu einem kommunalen Gesamtkonzept.

- **Transparenz**

Funktionierende Netzwerke brauchen Vertrauen. Allein das Gefühl, es könnte etwas hinter verschlossenen Türen zum eigenen Nachteil ausgehandelt werden, lässt die gemeinsame Ausrichtung und Motivation eines Netzwerkes stoppen. Deshalb das oberste Gebot: Transparenz!

---

<sup>7</sup> s. Spieckermann 2008

## Handwerkszeug ist wichtig

Die Bildung und Organisation von Netzwerken erfordert konkretes Handwerkszeug in Sachen Kommunikation und Moderation. Es gilt, die unterschiedlichen Treffen von Lenkungsgruppen und Arbeitskreisen situationsangemessen und vor allem ergebnisorientiert zu leiten. Dazu ist eine breite methodische Kompetenz und Ausstattung notwendig. Dies kann nicht nur allein vom Netzwerkmanagement geleistet werden, Netzwerke leben davon, dass sich die Aufgaben auf möglichst viele Schultern verteilen.

In der NeFF-Projektgemeinde Mönchengladbach wurde dazu eine „Netzwerkbox“ entwickelt, die ganz konkretes Handwerkszeug für die Vernetzungsarbeit beinhaltet: Moderationsmaterialien, eine Karte von Mönchengladbach, kurz gefasste Anleitungen und Tipps für Moderationsmethoden, Texte und Unterlagen zur Netzwerkarbeit und zu den NeFF-Veröffentlichungen und vieles mehr. Das Ganze ist attraktiv in einer funktionellen Umhängetasche verpackt und vermittelt so auch symbolisch die Bedeutung und die Wertschätzung der in einem Netzwerk beteiligten Menschen.<sup>8</sup>

## Wirkungen – oder: „Was ist jetzt anders?“

Nach der ersten Phase der Netzwerkbildung („Habe ich die richtigen Leute und Institutionen in meinem Netzwerk?“) und der Umsetzungsphase der Netzwerksteuerung, das heißt nach der Ausrichtung und Weiterverfolgung gemeinsam festgelegter Ziele, steht nun die Evaluation, die Überprüfung der Ziele an: Was war für die Netzwerkbildung und die Netzwerksteuerung hilfreich, was war schwierig und welche Konsequenzen sind für die weitere Arbeit zum Thema der frühen Förderung in den Kommunen zu ziehen?

Wenn sich durch die Vernetzungsaktivitäten die gegenseitige Kenntnisnahme und inhaltliche Abstimmung der unterschiedlichen Angebote verschiedener Institutionen so verbessert hat, dass die Förderung bzw. Unterstützung einfacher und mit weniger Aufwand für die Adressaten erlangt werden kann, dann ist eine positive Wirkung, also ein Erfolg der NeFF-Projektarbeit festzustellen. Die Analyse der Pfade für Adressaten oder Kunden (als organisationstheoretischer Begriff), die sie bei einem Unterstützungs-, Förderungs- oder Hilfebedarf zurücklegen müssen, gibt hierauf eine Antwort.<sup>9</sup>

Der Blick auf den „Kundenpfad“ von Ayse, die als 17-Jährige schwanger ist und Unterstützung braucht, macht diese Optimierung deutlich (**Abbildung 8**). Bedingt durch die Handlungsnetzwerke Gesundheit, Familienzentren und Tagespflege kann Ayse auf ein Unterstützungssystem zurückgreifen, deren Übergänge durch das Netzwerk gesichert und vereinfacht sind und in dem die einzelnen Akteure der Hilfe- bzw. Vermittlungsunterstützung schnell und unkompliziert auf unterschiedliche, bedarfsorientierte Optionen zurückgreifen können.

---

<sup>8</sup> [www.familienzentren-mg.de](http://www.familienzentren-mg.de)

<sup>9</sup> Büttgen 2007, S.332; Schmidt 2007, S.47



Abbildung 8

© Christoph Gilles

Weitere Informationen unter [www.jugend.lvr.de](http://www.jugend.lvr.de) – NeFF.

## Literatur

**Büttgen, Marion**, Kundenintegration in den Dienstleistungsprozess, Wiesbaden 2007

**Gilles, Christoph**: NeFF – Netzwerk Frühe Förderung. Ein Projekt des Landesjugendamtes Rheinland. In Jugendhilfe-Report Sonderausgabe 2008, Seite 4-5.

**Kochs, Ursula**: NeFF in Pulheim. In: Jugendhilfe Report Sonderausgabe 2008, S. 9-14

**LVR-Landesjugendamt Rheinland (Hrsg.)**: Jugendhilfe-Report Sonderausgabe NeFF – Netzwerk Frühe Förderung, Köln 2008 ; [www.jugend.lvr.de](http://www.jugend.lvr.de) - NeFF

**Müller-Brackmann, Ursula/Selbach, Bernd**: Das „Netzwerk Frühe Förderung“ (NeFF). In: Schubert, Herbert (Hrsg.) 2008, S. 206-228

**Schmidt, Maxie**, Zufriedenheitsorientierte Steuerung des Customer Care, Wiesbaden 2007

**Schubert, Herbert (Hrsg.)**: Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen – Grundlagen und Beispiele. Wiesbaden 2008

**Spieckermann, Holger**: Evaluation des Projektes „Netzwerk Frühe Förderung – NeFF“. Zwischenbericht zur Ziel- und Netzwerkentwicklung. Köln 2008 unter [www.jugend.lvr.de](http://www.jugend.lvr.de) - NeFF.

**Stadt Dormagen (Hrsg.)**: Willkommen. Netzwerk für Familien. NEFF Dormagen. Dormagen 2008. [www.dormagen.de](http://www.dormagen.de); [www.dormagen.de/familiennetzwerk.html](http://www.dormagen.de/familiennetzwerk.html)

**Straßer, Thomas**: NeFF im Rheinisch Bergischen Kreis. In: Jugendhilfe Report Sonderausgabe 2008, S. 14-18

Christoph Gilles, Abteilungsleiter Jugendförderung im Landesjugendamt Rheinland, Projektleitung von „NeFF-Netzwerk Frühe Förderung“. [christoph.gilles@lvr.de](mailto:christoph.gilles@lvr.de) , Tel.: 0221 / 809-6253



# Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen

## „Ein Quadratkilometer Bildung“. Aufbau eines verlässlichen und zugänglichen Unterstützungssystems für Akteure aus Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen des Neuköllner Reuterkiezes

SASCHA WENZEL und VESNA LOVRIC

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Berlin

### Einleitung

An dem Vorhaben „Ein Quadratkilometer Bildung“ beteiligen sich im Berlin-Neuköllner Reuterkiez (Start: April 2007) drei Kernschulen, darunter eine Grundschule, sieben Kindertagesstätten und drei Jugendhilfeeinrichtungen. Darüber hinaus nehmen drei Kooperationschulen – zwei Grundschulen und ein Förderzentrum – an dem Projekt teil. Praxisorte im Berlin-Moabiter Beusselkiez (Start: September 2008) sind eine Grundschule und zwei Kindertagesstätten.

„Ein Quadratkilometer Bildung“ hat **vier Handlungsebenen**:

- (1) **Förderlücken** innerhalb eines Stadtteils und in seinen Bildungsinstitutionen werden erkannt und durch bestehende oder neu zu entwickelnde Förderangebote geschlossen. Einen besonderen Ansatzpunkt dafür bieten die Kinder der Schulanfangsphase, an deren Förderbedürfnissen biografiebegleitend für das gesamte System gelernt werden kann – aber auch Kinder und Jugendliche in anderen Übergangssituationen. Die Beteiligung der Eltern und die Anschlussfähigkeit von Fördermodellen mit Blick auf die Praxis anderer Bildungsinstitutionen bilden wichtige Kriterien innerhalb dieses Handlungsfeldes.
- (2) Weil **Qualitäts- und Personalentwicklung** entscheidend für die stabile Verankerung wirksamer Fördermodelle in Kindertagesstätten, Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen sind, investiert das Projekt in die Professionalität und Kooperationsfähigkeit der Erzieher/innen und Lehrer/innen sowie in ihre Kompetenz zu Selbstevaluation, Reflexion und Diagnose. Dabei leistet es, wo immer es nötig ist, einen Anteil bei der Unterstützung übergreifender Entwicklungsprozesse in den Bildungsinstitutionen. Eine **Pädagogische Werkstatt** bündelt dafür Fortbildungen und Beratungen.
- (3) Das Projekt ist **sozialräumlich orientiert** und agiert in einer Landschaft mit vielfältigen Interessen- und Ressourcenträgern. Es bringt sich vernetzend und integrierend ein und trägt dazu bei, dass sich Bildungsplanung und -diskurs an den Problemen und Stärken in einem Stadtteil ausrichten.
- (4) Mit dem Projekt wächst ein Ansatz, der modellhaft Antworten darauf liefert, wie lokal auf vernachlässigte Bildungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen reagiert werden kann. Damit ist es selbst ein **lernendes System**, in dem sowohl eine übertragbare Rahmenstrategie als auch „Tools“, die in vergleichbaren Situationen Anwendung finden können, entstehen.

Entwicklungspartner und Förderer des Projekts der RAA Berlin sind die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung, die Breuninger Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Stiftung Zukunft Berlin und die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

### **Kriterien, die dem Projekt zugrunde liegen**

#### **„Ein Quadratkilometer Bildung“ ...**

- (1) findet in einem **kleinräumigen Entwicklungsgebiet** statt, in dem sich soziale Risiken *und* Erfolg versprechende Verantwortungsstrukturen abbilden.
- (2) ist ein **Bildungsverbund** von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen um eine öffenungsbreite Schlüsselschule – in der Regel eine Grundschule.
- (3) betrachtet ein lokales Bildungssystem aus der **Bedürfnisperspektive von Kindern und Jugendlichen** – nicht zuletzt auch in Übergangssituationen.
- (4) **integriert** vorhandene Lösungsansätze und **entwickelt** neue Modelle.
- (5) versteht sich als **lernendes System**, das sich bildungsbiografisch orientiert und die Kinder der 1. Klasse besonders in den Blick nimmt.
- (6) aktiviert **Eltern als Bildungspartner**.
- (7) verfügt mit dem „Audit Förderqualität“ über ein gemeinsam genutztes Verfahren, das **Selbstevaluation und Projektplanung** miteinander verbindet.
- (8) verfügt über ein zugängliches lokales Unterstützungssystem – die **„Pädagogische Werkstatt“**, die in die **Professionalisierungslücken** von Erzieherinnen, Erziehern, Lehrkräften, Sozialpädagoginnen und -pädagogen investiert.
- (9) stärkt die **kommunale Verantwortung für Bildung** in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen.
- (10) setzt auf eine **Kultur der Verabredung, Anerkennung und Wertschätzung** als grundlegendes Prinzip.
- (11) steht mit verwandten Projekten im regionalen und überregionalen **Austausch**.
- (12) ist **langfristig angelegt** und wird **zehn Jahre** lang durch Land, Kommune *und* Stiftungen gefördert.

Zum 7. Kriterium „Audit Förderqualität“ ist anzumerken, dass es sehr schwierig ist, für die Bildungsträger – Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen – ein gemeinsames Instrument für die Selbstevaluation zu entwickeln. Obwohl immer wieder beschrieben wird, wie anschlussfähig die jeweiligen Systeme mit ihren Qualitätskatalogen sind, merken wir in der Praxis, wie schwer es ist, ein verbindendes Qualitätsverständnis zu entwickeln.

Der Begriff „Professionalisierungslücken“ im 8. Kriterium soll einerseits darauf hinweisen, dass es diese Lücken im Repertoire der einzelnen pädagogischen Akteure gibt, auch und besonders dann, wenn man sie als Teil professioneller Gruppen betrachtet – was die eine Gruppe kann, kann die andere nicht bzw. was die eine Gruppe besser kann, sollte die andere kennen lernen. Lücken entstehen aber auch dadurch, dass vorhandene öffentliche Fortbildungssysteme nur bestimmte Bereiche abdecken (können). Aus dem Begriff „Professionalisierungslücken“ folgt damit, dass wir als Stiftungsprojekt in einer engen Verbin-

derung mit den öffentlichen Fortbildungssystemen stehen und darauf schauen müssen, welche Bereiche nicht bedient werden. Die „Pädagogische Werkstatt“ ist demnach ein ergänzendes, kein konkurrierendes System.

### Kriterium 1: „kleinräumiges Entwicklungsgebiet“

„Ein Quadratkilometer Bildung“ findet in zwei Berliner Stadtteilen statt (**Abbildung 1**). Die dunkel gekennzeichneten Stadtgebiete sind die besonders belasteten Quartiere, die sich durch die Mitte der Stadt ziehen.

Die Tatsache, dass sich etwa im Jahr 2007 85 Prozent der Neuköllner Jugendlichen mit der 7. Klasse in Sekundarschulen anderer Bezirke anmelden, zeigt deutlich, wie Eltern selbst die Bildungschancen innerhalb dieses Bezirks einschätzen. Darunter sind nicht nur die bildungszugewandten Familien, auch bei den so genannten bildungsfernen Familien gibt es einen vergleichsweise klaren Blick darauf, was Zukunftschancen sichert und was diese verhindert. Die Hälfte fließt jedoch wieder zurück. Entweder werden sie nicht angenommen, da es keine große Bereitschaft in den anderen Bezirken gibt, Schüler aus Neukölln anzunehmen, oder ein großer Teil scheitert innerhalb des Probehalbjahrs.

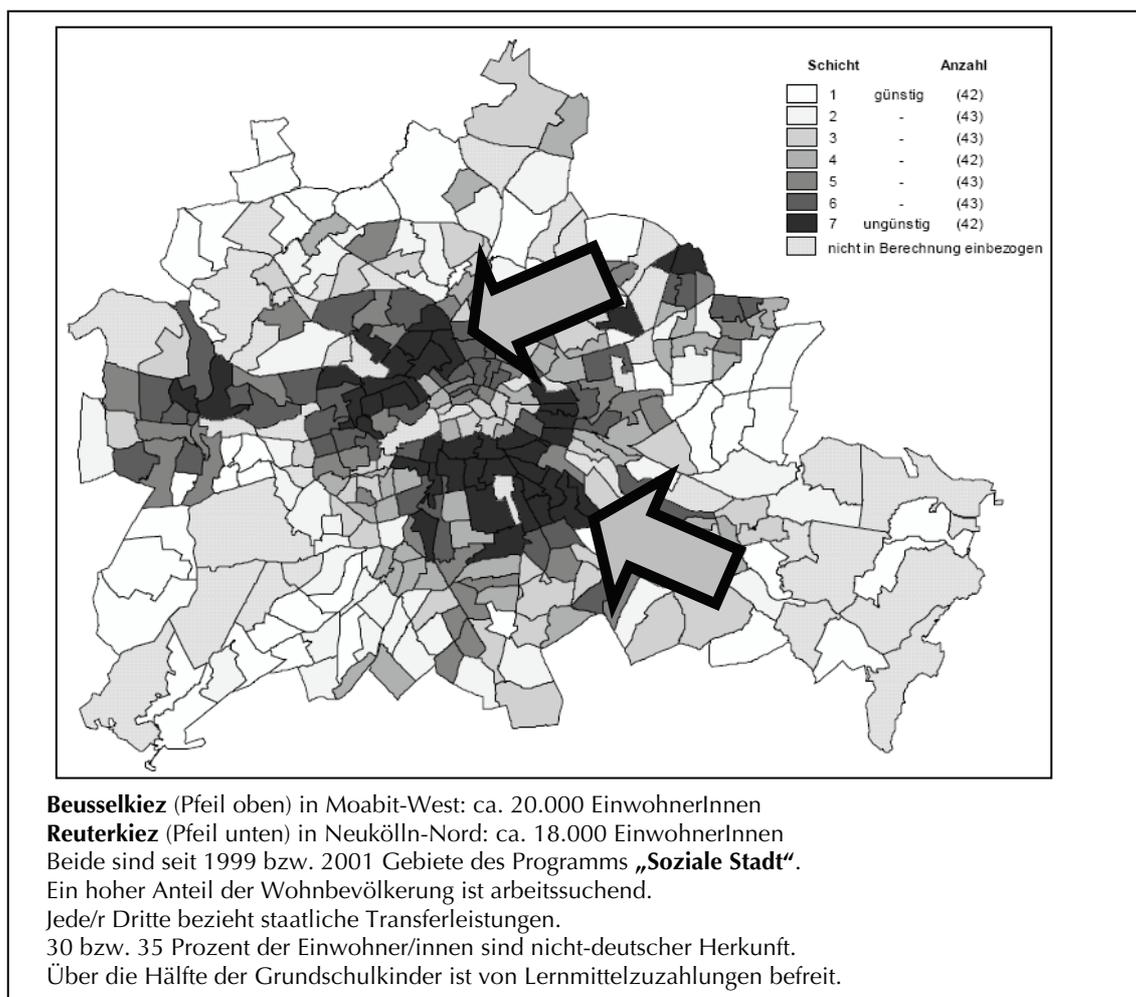


Abbildung 1 unter Verwendung des Sozialindex Berlin, 2003

© RAA Berlin, 2008

## Kriterium 2: „Bildungsverbund um eine Schlüsselschule“

Abbildung 2 zeigt die betreffenden Stadtgebiete und gibt Auskunft über die Struktur des Projekts und die beteiligten Einrichtungen. Links befindet sich der Reuterkiez, rechts der Beusselkiez.

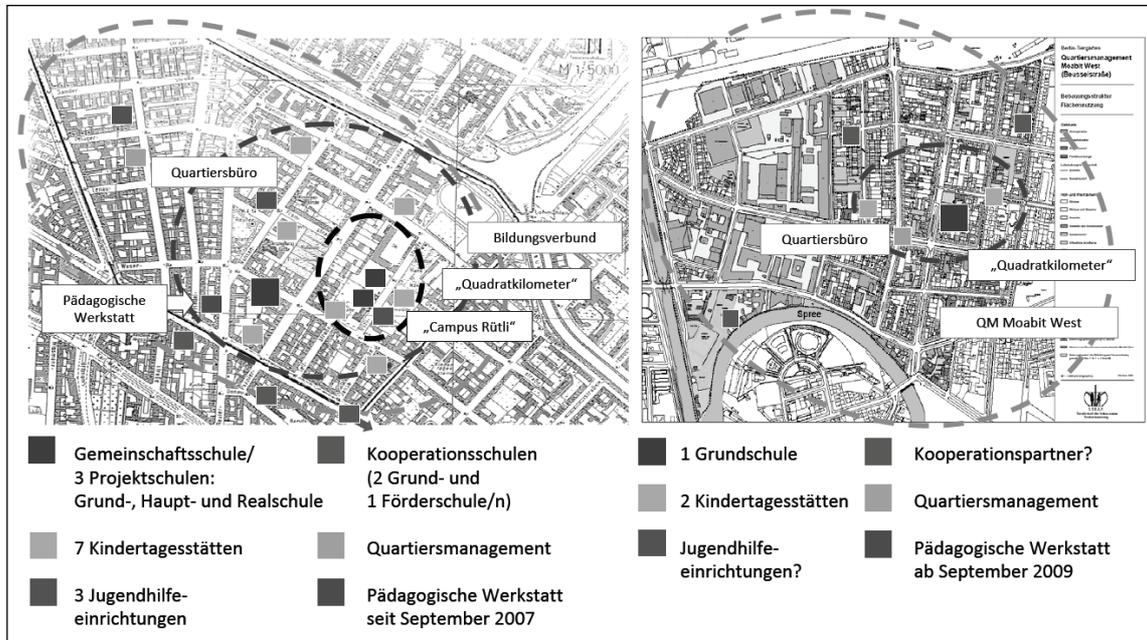


Abbildung 2

© RAA Berlin, 2008

Die öffenungsbereite Schlüsselschule im Reuterkiez ist die Franz-Schubert-Grundschule. Wegen dieser Schule sind wir in diesem Quartier. Mit der Franz-Schubert-Grundschule kooperieren sieben verschiedene Kitas als Teil des Projekts. Insgesamt gibt es im Kiez 20 Kindertagesstätten. An dem Projekt beteiligen sich außerdem zwei Oberschulen: die Rütli-Schule (Hauptschule) und die Heinrich-Heine-Schule (Realschule). Die drei Schulen haben sich, auch inspiriert durch das Projekt, zu einer Gemeinschaftsschule verbunden, die als Pilotmodell in Berlin stattfindet, an dem insgesamt 11 Schulen teilnehmen.

Drei Jugendhilfeeinrichtungen sind wichtiger Teil des Bildungsverbundes „Ein Quadratkilometer Bildung“, außerdem das Quartiersmanagement, die Pädagogische Werkstatt sowie drei Kooperationsschulen (eine Förder- und zwei Grundschulen). Diese Schulen sind zu einem späteren Zeitpunkt dazugekommen, weil wir sehr genau darauf geschaut haben, wie sich die Bildungswege der Kinder durch das Quartier bewegen. Wir haben also den Bildungsverbund nicht aus der Sicht einer Institution oder einer Profession konstruiert, sondern betrachtet, wie sich Kinder tatsächlich durch einen Stadtteil bewegen.

Das Projekt im Beusselkiez befindet sich gerade im Aufbau. Im Augenblick existiert dort eine Kooperation mit dem Quartiersbüro, mit der Schlüsselschule und zwei Kindertagesstätten. Es gibt weitere mögliche Kooperationspartner, wir suchen nach Jugendhilfeeinrichtungen, die sich an dem Projekt beteiligen können.

## Kriterien 2 und 8: „Bildungsverbund“ und „Pädagogische Werkstatt“

Vier Zieldimensionen sollten nach *Stephan Maykus* innerhalb eines Bildungsverbunds thematisiert werden: Die Gestaltung des Programms, von Steuerung, Kultur und Leistung (**Abbildung 3**).

Der erste Quadrant bezieht sich auf eine programmatische Ebene. Im Bildungsverbund findet ein Bildungsdiskurs über die formellen, nicht- und informellen Bildungsansätze, die sich innerhalb des Quartiers begegnen, statt. Der zweite Quadrant bildet die Ebene der Steuerung ab. Innerhalb eines Bildungsverbundes verändern sich der Kontakt von Ressorts bzw. nachgeordneten Einrichtungen und die Verantwortungsstruktur. Ein Bildungsverbund hat eine kulturelle Seite. Man kommuniziert anders miteinander und es gibt im Idealfall eine Entwicklungsorientierung. Der vierte Quadrant wird dann und wann aus den Augen verloren oder nicht so stark reflektiert. Manchmal stellen Bildungsverbände so etwas wie „Black-Box-Organisationen“ dar. Man weiß, was man in sie hinein gibt, aber man weiß nicht genau, was darin passiert, und erst recht nicht, was am Ende herauskommt. Ein funktionierender Bildungsverbund hat eine Leistungsebene: Er sollte Struktureffekte haben, die beteiligten Einrichtungen sollten sich verändern, die Professionellen sollten andere Haltungen und eine eigene Professionalität entwickeln können. Es sollten neue Modelle entstehen und vorhandene Schwächen kompensiert werden. Vor allem aber sollten Kinder und Jugendliche nachweislich erfolgreicher lernen können.



Abbildung 3 unter Verwendung einer Präsentation von Dr. Stephan Maykus, 2007

© RAA Berlin, 2008

Vier Projektziele verbinden sich mit „Ein Quadratkilometer Bildung“: Wir wollen dazu beitragen, dass sich das Bildungsverständnis verändert und ein gemeinsames Bildungsverständnis entsteht. Qualitätsentwicklung soll in Schulen, Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen unterstützt und eine Kooperation im Stadtteil soll verstärkt werden. Mit dem Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“ soll sich eine andere Kultur der Kooperation in den Teams und der Kooperation der Einrichtungen verbinden. Wir wollen daran gemessen werden, inwieweit sich die soziale Integration und Inklusion verbessert. Das erreicht man natürlich nicht in kurzer Zeit und daher sind auch zehn Jahre für das Projekt notwendig.

Ein besonderes Instrument unterscheidet diesen Verbund möglicherweise von anderen: die lokale **Pädagogische Werkstatt**. Die Pädagogische Werkstatt ist ein Ort innerhalb des Stadtteils, eigens dafür eingerichtet und gut verknüpft mit anderen Unterstützungssystemen wie Schulaufsicht und Jugendamt, ein Ort der Kommunikation und der Qualifikation, der Praxisbausteine und Konzeptbausteine bereithält. Es ist ein gemeinsamer Ort des pädagogischen Diskurses, des Austausches, der Fortbildung, der Qualifizierung und des pädagogischen Gesprächs, der gleichermaßen von Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen und Eltern genutzt wird. Diese Pädagogische Werkstatt zeigt allen beteiligten Akteuren, dass das Projekt tatsächlich in die Bildungseinrichtungen der Stadtteile investiert und kein schnell vorübergehendes Bemühen darstellt. Sie bietet Unterstützungsleistungen an, die andere vielleicht nicht anbieten oder anbieten können. Es geht eben nicht nur um die Forderungen, sondern auch um eine Angebotsstruktur: Man bekommt also auch etwas, wenn man an „Ein Quadratkilometer Bildung“ teilnimmt.

### **Kriterium 3 „Bedürfnisperspektive“**

Die Struktur (**Abbildung 4**) haben wir gemeinsam mit Bildungsakteuren im Stadtteil entwickelt.

Im oberen Bereich sind die sieben beteiligten Kitas abgebildet, darunter die Grundschule, die aus den beiden „Bereichen“ 1 bis 3 und 4 bis 6 besteht, unter dieser die Klassen 7 bis 10 der weiterführenden Schulen – Heinrich-Heine-Schule (HH) und Rütli-Schule, rechts daneben die Jugendhilfeeinrichtungen, links die Förderschule (FZAR).

Viele, die dieses Bild vorab gesehen haben, fanden, dass es sehr komplex und schwer zu überschauen wäre, und wollten wissen, ob man die Struktur nicht einfacher abbilden könne. Das kann man sicher versuchen, letztlich stellt sich aber so die Bildungsrealität im Stadtteil dar. Es ist schon relativ unübersichtlich, wenn man nur die Institutionen betrachtet. Wenn man in die Institutionen und die jeweiligen Förderangebote hineinsieht, wird es allerdings noch unübersichtlicher.

Sprachbildungsangebote gibt es inzwischen in der gesamten Förderkette, von den Kindertagesstätten über die Jugendhilfeeinrichtungen bis zu den weiterführenden Schulen. Offenkundig haben alle verstanden, dass es überall Sprachbildungsangebote, auch zusätzliche Förderangebote geben muss, weil das ein zentraler Baustein einer erfolgreichen Bildungsbiografie ist.

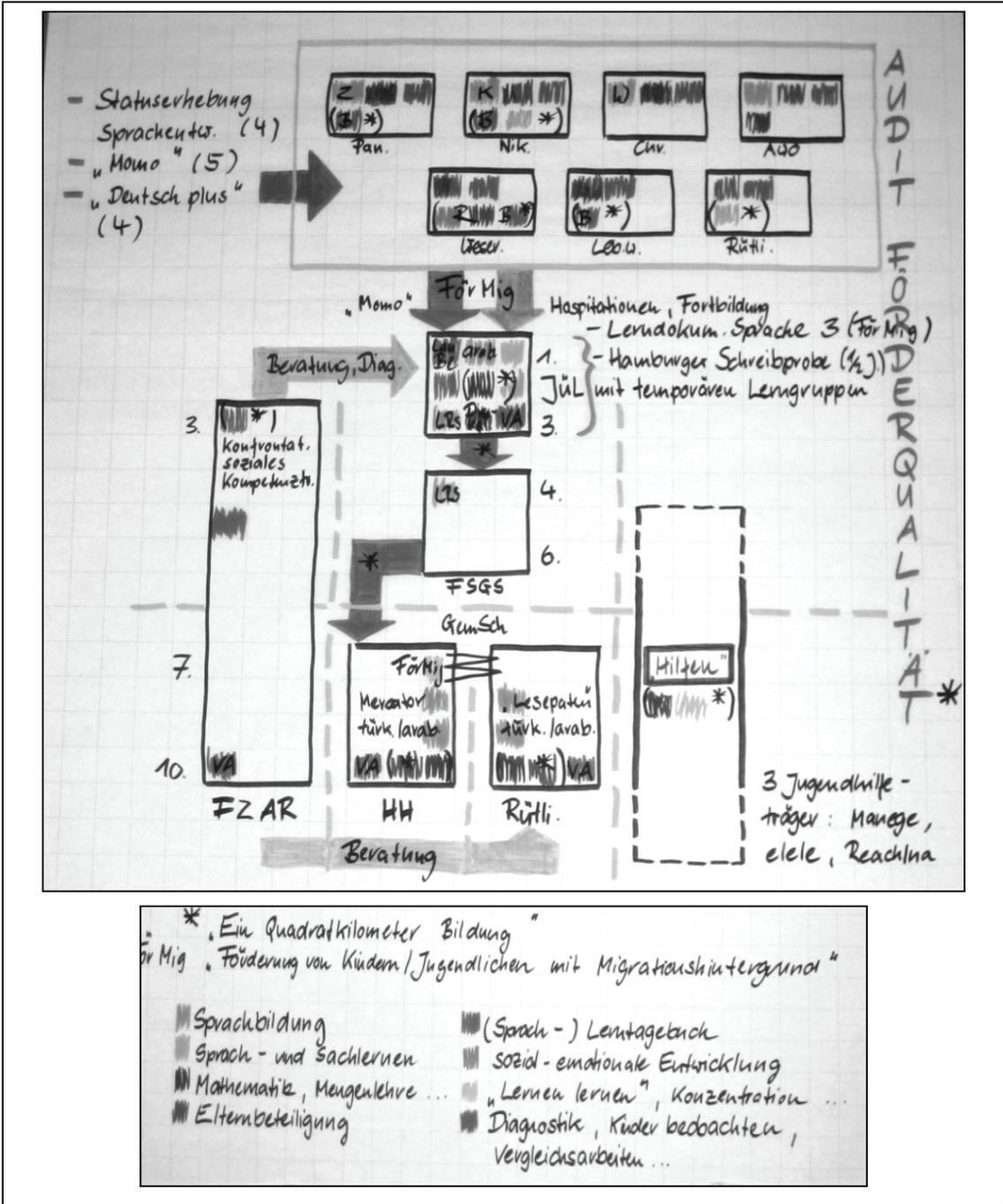


Abbildung 4

© RAA Berlin, 2008

Leider greifen die Sprachbildungsangebote nicht ineinander. Wir wissen, dass sich die Fördereffekte aus dem Kindergarten schnell minimieren, wenn Kinder in der Grundschule nicht das Förderkonzept wiedererkennen, das sie im Kindergarten kennen gelernt haben. Es geht also nicht nur um Sprachbildungskonzepte in allen Einrichtungen der Förderkette, sondern um eine Überlegung, diese Konzepte untereinander anschlussfähig zu machen. Das ist ein großes Problem zwischen Kindergarten und Grundschule, innerhalb der Grundschule zwischen den Bereichen Schulanfangsphase und den Klassen 3, 4 bis 6 und zwischen Grundschule und weiterführender Schule.

Es ist auch ein Problem zwischen den Kindertagesstätten. Die beteiligten sieben Kindertagesstätten gehören jeweils zu verschiedenen Trägern. Sie stehen im Wettbewerb um Kinder, vor allem deutschsprachige Kinder, und versuchen über Alleinstellungsmerkmale, besondere pädagogische Profile, besondere Sprachbildungsprogramme den Eltern zu zeigen, dass es lohnt, das Kind genau in diese Kita zu bringen und in keine andere.

Daraus entsteht eine bunte Vielfalt von Sprachbildungsansätzen, die alle mehr oder minder spät einsetzen – kurz vor dem Übergang in die Schule – und sehr unterschiedlich sind. Da gibt es zum Beispiel auf der einen Seite die Praxis eines „warmen Sprachbades“, nach der möglichst viel mit den Kindern geredet werden muss und die Kinder viel miteinander reden müssen, auf der anderen Seite existieren ausgesprochene Sprachtrainings. Keines der Konzepte findet sich in der Grundschule wieder. Sie sind nicht gut oder schlecht, sie sind nur so verschieden, dass sie zueinander nicht in Beziehung stehen.

In der Übersicht findet sich zudem kaum das Thema „Naturwissenschaften“ oder „Mathematik“ und das Thema „Lernen“ fehlt. Das sind aber genau die Themen, an denen die Jugendlichen beim Mittleren Schulabschluss (MSA) in der Regel versagen. In der Rütli-Schule beispielsweise scheitern die Jugendlichen im Vergleich zu Mathematik und Fachsprache der Mathematik weitaus weniger am Thema „Deutsch“.

Wir sehen an der Übersicht auch, dass es „Förderwüsten“ gibt. Es gibt Bereiche, in denen keine besonderen individualisierten Förderangebote unterbreitet werden. Das ist zum Beispiel in der Grundschule in den Klassen 4 bis 6 der Fall. Wir können es uns teilweise dadurch erklären, dass hier der Druck mit dem Blick auf den bevorstehenden Übergang zur weiterführenden Schule wächst. Die Antwort darauf ist aber eben nicht, die individualisierte Lerngelegenheiten und Binnendifferenzierung fortzusetzen, sondern Vergleichsarbeiten zu trainieren – und dies realisiert man am besten in frontalen Situationen. In den weiterführenden Schulen existieren solche „Förderwüsten“ ebenfalls. Es gibt ein kleines Angebot türkisch/arabischen muttersprachlichen Unterrichts, außerdem ein Modell der Stiftung Mercator und auch des „Quadratkilometers“, in dem Studierende die Fehlleistungen des Unterrichts am Nachmittag kompensieren.

Letzteres bieten auch die Jugendhilfeeinrichtungen in hohem Maße. Etwa 50 Kinder pro Tag gehen freiwillig in die drei Jugendhilfeeinrichtungen, um Hausaufgaben- und andere schulbezogene Hilfen zu erhalten. Sie bekommen dafür bestimmte Anreize, beispielsweise eine gemeinsame Unternehmung bei kontinuierlicher Teilnahme über einen bestimmten Zeitraum. Auch dieses Angebot kompensiert lediglich Bildungsdefizite und wird zudem von Einrichtungen erbracht, die dafür nicht ausgestattet sind.

Fazit: Es ist sinnvoll, eine Förderkette und eine Bildungsstruktur innerhalb eines Stadtteils stärker aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen zu betrachten und nicht nur aus der Sicht von Trägerinteressen oder professionellen Interessen. Zu überlegen, was es bedeutet, an einem solchen System zu arbeiten und es stärker aus einer Bedürfnisperspektive von Kindern und Jugendlichen zu betrachten, ist ein Auftrag an das Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“.

## Kriterium 5: „Lernendes, bildungsbiografisch orientiertes System“

Dieses Kriterium werde ich am Beispiel der 1. Klasse erläutern (**Abbildung 5**). In den anderen Übergängen kommt dieses Kriterium ebenfalls zum Tragen.

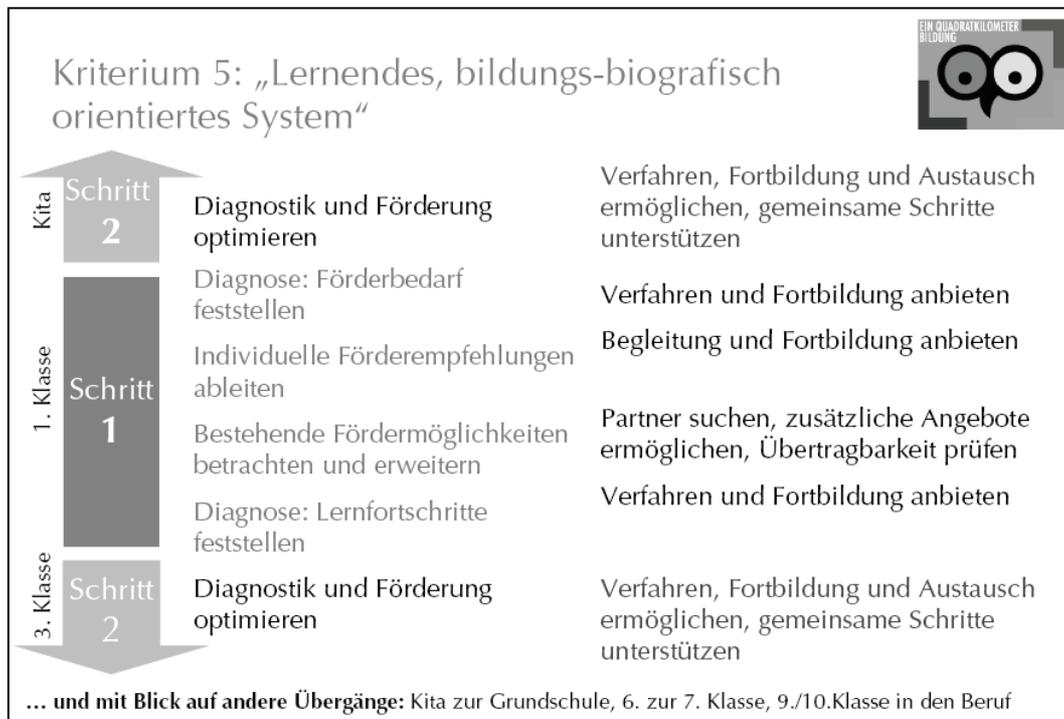


Abbildung 5

© RAA Berlin, 2008

Wenn man etwas aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen betrachten will, muss man diese erst einmal kennen. Es geht nicht nur darum, mit Erzieher/innen, Sozialpädagog/innen, Lehrer/innen über Kinder zu reden und geduldig deren Fortbildungsbedürfnisse abzufragen, sondern danach zu fragen, welche Kinder sich real in den Institutionen aufhalten, wie eben in unserem Beispiel in der 1. Klasse. Gemeinsam nehmen wir diese 1. Klassen in den Blick, um in diese etwas zu investieren und an der Arbeit gemeinsam zu lernen, indem wir gemeinsam über diagnostische Verfahren den Förderbedarf feststellen, individuelle Förderempfehlungen ableiten, bestehende Fördermöglichkeiten betrachten und erweitern und nach einer gewissen Zeitdauer die Lernfortschritte feststellen.

Die Pädagogische Werkstatt stützt die einzelnen Schritte jeweils durch die Leistungen: Fortbildung, Begleitung und Austausch ermöglichen, gemeinsame Schritte unterstützen, Partner suchen, zusätzliche Angebote ermöglichen, Übertragbarkeit prüfen.

Wir versuchen in einem zweiten Schritt zu lernen, wie sich Diagnostik und Förderung in den Kindertagesstätten und in der 3. Klasse verändern sollten. Im Grunde sind der Biografie begleitende Blick und die Arbeit mit konkreten Kindergruppen in dem Stadtteil eines der wichtigsten Elemente des Projekts „Ein Quadratkilometer Bildung“.

## **Kriterium 6: „Eltern als Bildungspartner“ – Praxisbeispiel Rucksack: „Eltern, Kitas und Grundschulen Hand in Hand für Sprache, Vielfalt und Bildung“**

Mit dem Programm „Rucksack“ haben wir mit zwei Gruppen in Neukölln innerhalb des „Ein Quadratkilometer Bildung“ begonnen. „Rucksack“ stammt aus den Niederlanden und wurde 1999 von der RAA Nordrhein-Westfalen nach Deutschland geholt. Seit 2006 gibt es dies auch in Berlin.

„Rucksack“ ist ein **niedrigschwelliges Familienbildungsprogramm**, das sich an interessierte Eltern, Kitas und Grundschulen richtet und folgende **Ziele** verfolgt:

- Mehrsprachigkeit fördern,
- Eltern-Kind-Beziehung stärken,
- Partnerschaft zwischen Eltern und Bildungsinstitution intensivieren,
- interkulturelle Öffnung der Einrichtung weiterentwickeln,
- Bildungschancen von Kindern erweitern.

Insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund soll sowohl die Muttersprache als auch die deutsche Sprache gefördert werden. Durch das aktive Einbinden der Eltern wird die Eltern-Kind-Beziehung gestärkt, die Eltern erweitern ihre Erziehungskompetenzen und können durch das Projekt ihre Kinder systematisch in der Sprachförderung unterstützen.

Durch die aktive Beteiligung der Eltern in den Einrichtungen verändert sich auch die Beziehung zwischen den Erzieher/innen. Die Eltern kommen regelmäßig in die Kita und fördern ihre Kinder gemeinsam mit den Erzieher/innen. Sie werden so zu echten Partnern in Bezug auf die Entwicklung und Sprachförderung ihrer Kinder.

Die Förderung der Mehrsprachigkeit bewirkt eine interkulturelle Öffnung der Kindertageseinrichtung. Die Bildungschancen von Kindern werden erweitert. „Rucksack“ bietet eine optimale Vorbereitung der Kinder auf die Schule.

### **Wie funktioniert „Rucksack“?**

Wenn eine Kita Interesse an der Durchführung des Rucksack-Projekts signalisiert, gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem „Rucksack“-Träger und der Bildungseinrichtung. In der Vereinbarung ist festgelegt, dass die Kita bzw. die Erzieherin die Elternbegleiterin bei der Elternakquise unterstützt und dass ein Raum in der Kita zur Verfügung steht, den die Mütter und die Elternbegleiterin einmal in der Woche nutzen. Die Erzieherin verpflichtet sich zum regelmäßigen Austausch mit der Elternbegleiterin und der Projektkoordinatorin.

Die Koordinatoren stellen nach Abschluss der Kooperationsvereinbarung das Projekt an einem Elternabend vor.

Das Programm läuft in der Kita über neun Monate für Kinder von vier bis sechs Jahren und in der Grundschule über zwei Jahre für die 1. und 2. Klassen. In der Kita gibt es zehn Themen, wie „draußen spielen“, „Bewegung“, „gesunde Ernährung“ u.a. In der Grundschule sind 11 Themen vorgesehen.

Die Erzieherin schlägt uns eine Mutter vor, von der sie meint, dass diese als Elternbegleiterin in der Kita tätig sein kann. Diese Mutter muss gut deutsch und eine zweite Sprache sprechen. Diese Mutter wird von uns geschult, zunächst in einer Anfangsschulung von zehn Stunden – verteilt auf drei Tage. Darin lernt die Mutter das Projekt genau kennen und erfährt, welche Aufgaben sie als Elternbegleiterin hat.

Nach dieser Anfangsschulung gibt es wöchentliche Schulungstreffen der Koordinatoren mit den Elternbegleiterinnen aus Kreuzberg und Neukölln zu einem bestimmten Thema, zum Beispiel „Kleidung“, das später mit den Kindern bearbeitet werden soll. Die Eltern werden von der Elternbegleiterin mit muttersprachigen Materialien vertraut gemacht (zurzeit in Deutsch, Türkisch, Arabisch, Italienisch, Russisch und Serbokroatisch) und erhalten Büchertipps. Für die Grundschule gibt es deutsch-, türkisch- und arabischsprachige Materialien. Die Elternbegleiterinnen setzen das, was sie auf Deutsch in der Schulung gelernt haben, in ihrer Gruppe in der entsprechenden Sprache um.

Kitas und Schulen integrieren Wortfelder aus den Rucksack-Themen in die pädagogische Arbeit mit den Kindern. Da die Elternbegleiterin mit der Erzieherin in einem regelmäßigen Austausch steht, weiß die Erzieherin, welche Themen die Eltern gerade mit ihren Kindern zu Hause in ihrer Muttersprache durchführen. So kann die Erzieherin wiederum gleichzeitig mit den Kindern daran arbeiten, und zwar auf Deutsch.

Wir bieten gemeinsame Fortbildungen für Elternbegleiterinnen und Erzieherinnen zu interkulturellen Themen, wie Kommunikation und Konfliktlösungen im interkulturellen Feld. Im November 2008 führen wir eine gemeinsame Fortbildung für Erzieherinnen und Elternbegleiterinnen in der Bücherei durch, in der es darum geht, welche Sprachfördermaterialien es gibt, welche man für die jeweilige Gruppe nutzen kann und wie man selbst Sprachfördermaterialien erstellen kann.

Mit einer Bücherei in Kreuzberg arbeiten wir eng zusammen, indem wir der Bibliothekarin die Themen bekannt geben und diese uns dazu eine Bücherkiste zusammenstellt. Diese Bücherkiste geben wir in die Gruppe und die Eltern können sich die Bücher ausleihen. Zudem hat jede Rucksack-Gruppe ihre eigene Bücherkiste mit zweisprachigen Büchern, die die Eltern ausleihen können.

### **Unterstützungsangebot im Quartier**

- Kostenloses Angebot,
- Wohnortnähe,
- Verlässlichkeit und Kontinuität,
- Bedarfs- und Zielgruppenorientierung (Wertschätzung, Ressourcenorientierung).

Durch das Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“ können wir das Rucksack-Programm den Kitas kostenlos anbieten. Für das Projekt entstehen zum Beispiel Honorarkosten für die Elternbegleiterinnen. Die Wohnortnähe begünstigt die Zusammenarbeit mit den Eltern, die Eltern kommen jeden Tag in die Kita und können sofort das Rucksack-Angebot nutzen. Verlässlichkeit und Kontinuität sind durch die zehnjährige Dauer des Projekts

gewährleistet. Wenn es noch möglich ist, das Rucksack-Programm in den Grundschulen anzubieten, ergibt sich für Eltern und Kinder ein Wiedererkennungseffekt.

Die Bedarfs- und Zielgruppenorientierung ergibt sich aus der Tatsache, dass im Reuterkiez sehr viele zweisprachige Kinder und Familien leben. Wir setzen an ihren Ressourcen an und das ist zunächst die Muttersprache.

### Kriterium 7: „Selbstevaluation und Projektplanung“

In der Abbildung 4 wird bereits auf ein „Audit Förderqualität“ hingewiesen. Unsere Ausgangsfrage für dieses Verfahren war, ob man Qualitätsentwicklung gemeinsam betreiben kann und wenn ja, auf welche Qualitätsverständnisse man sich einigt: auf eines einer einzelnen Einrichtung (Kindertagesstätte oder Schule?) oder entwickelt man gemeinsam ein Qualitätsverständnis?

### Das Verfahren und das Instrument der Selbstevaluation

Am 2. Oktober 2008 wurde ein Einführungsworkshop mit 137 Bildungsakteuren aus dem Stadtteil durchgeführt. Eine solche Bildungsveranstaltung hatte in dem Stadtteil noch nie stattgefunden. Es wurde als sinnvoll angesehen, auf Kriterien zurückzugreifen, die selbst entwickelt wurden.

Den Ablauf des Verfahrens haben wir auf diesem Workshop eingeführt (**Abbildung 6**). In allen Einrichtungen gibt es Selbstbewertungsworkshops mit dem Kriterienkatalog, im nächsten Jahr wird es dies auch im Bildungsverbund geben. Anhand des selbst entwickelten Kriterienkatalogs, der sich auf sieben Qualitätsfelder bezieht, werden die eigene Praxis gespiegelt und die Förderqualitäten eingeschätzt. Daraus werden für das folgende Jahr Handlungsziele und Maßnahmen abgeleitet. Zum Ende des Jahres wird deren Umsetzung in Beratungs- und Entwicklungsgesprächen extern begutachtet und es werden Empfehlungen für die weitere Arbeit ausgesprochen.

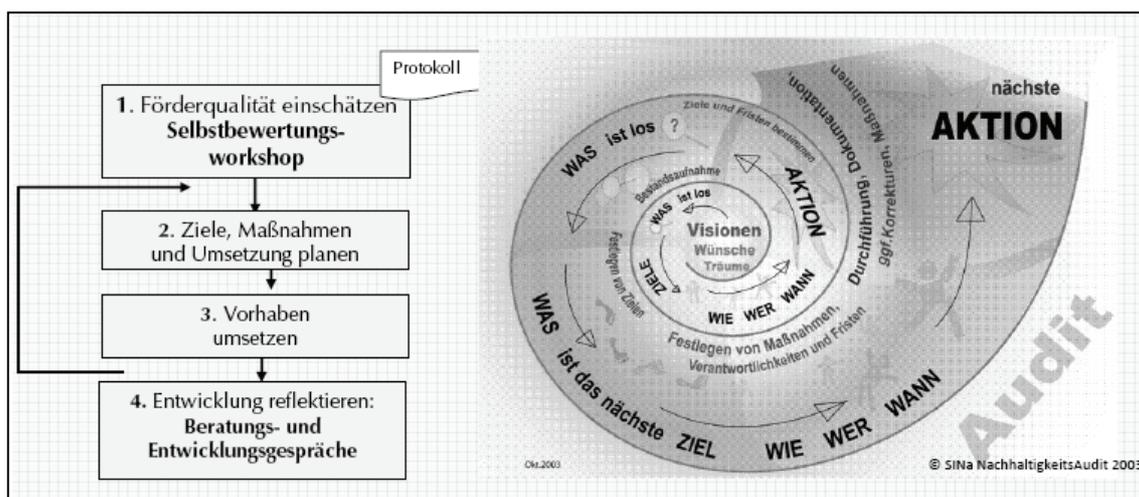


Abbildung 6 unter Verwendung einer Abbildung von SINA, 2003

© RAA Berlin, 2008

Für die Selbstevaluation werden die **sieben Qualitätsfelder** benutzt:

- (1) Förderziele,
- (2) Lernkultur,
- (3) Kultur der Einrichtung,
- (4) Eltern,
- (5) Kooperation und Vernetzung,
- (6) Professionalisierung,
- (7) Qualitätsentwicklung & Transfer.

Die Qualitätsfelder werden im Qualitätskatalog mit einem Leitbild erläutert und jeweils mit fünf bis acht Kriterien untersetzt. Diese Kriterien stellen einen offenen Kriterienkatalog dar, das heißt, sie bilden nicht vollständig das ab, was unter dem Leitbild aufgeführt ist, sondern können durch die Einrichtungen erweitert werden.

Die Qualitätsfelder und Kriterien wurden in der **AG Qualität** des Projekts erarbeitet, die aus Vertreter/innen aller Einrichtungsarten besteht.

Die **Grundlagen** dafür sind die Leitziele des Projekts und Qualitätskataloge, wie der Handlungsrahmen Schulqualität Berlin, das Berliner Bildungsprogramm für Kitas u.a.

#### **Umsetzung der Auditschritte im Projekt Neukölln (Zeitschiene):**

10/2008	<b>2. Jahresworkshop</b> „Förderqualität im Quadratkilometer Bildung“
10/2008 – 01/2009	<b>Selbstbewertungsworkshops</b> in allen Einrichtungen
10/2008 – 01/2009	<b>Ziele-, Maßnahmen- und Umsetzungsplanung</b> in den Einrichtungen
01 – 10/2009	<b>Umsetzung</b> der Maßnahmen
10/2009	<b>Beratungs- und Entwicklungsgespräche</b> in den Einrichtungen
11/2009	<b>3. Jahresworkshop</b> „Förderqualität im Quadratkilometer Bildung“
11/2009 – 01/2010	<b>Selbstbewertungsworkshops</b> in allen Einrichtungen
11/2009 – 01/2010	<b>Ziele-, Maßnahmen- und Umsetzungsplanung</b> in den Einrichtungen
01 – 10/2010	<b>Umsetzung</b> der Maßnahmen
10/2010	<b>Beratungs- und Entwicklungsgespräche</b> in den Einrichtungen
11/2010	<b>4. Jahresworkshop</b> „Förderqualität im Quadratkilometer Bildung“
...	

## **Wer arbeitet warum im Projekt mit?**

Die Einrichtungen erhalten lediglich Stiftungsressourcen, um das Projekt realisieren zu können. Die Elternbegleiterinnen müssen bezahlt werden, das Honorar ist allerdings nicht hoch. Es ist jedoch ein wichtiges Zeichen dafür, dass Elternbeteiligung geschätzt wird und so behandelt wird wie das Engagement aller anderen (professionellen) Beteiligten im Stadtteil. Wenn man Sprachbildungsprogramme durchführt, braucht man Materialien. Eventuell braucht man für temporäre Lerngruppen Honorarmittel für Ehrenamtliche aus dem Stadtteil oder für Studierende aus den Berliner Universitäten, die sich dafür engagieren. Außerdem kann man dem/der einen oder anderen Lehrer/in oder Erzieher/in ein Honorar dafür geben, dass er/sie länger arbeiten. Auch die Fortbildungsangebote der Pädagogischen Werkstatt müssen bezahlt werden, eventuell Studienreisen für Schulleiter/innen und Schulräte.

Wir sorgen für eine ausgesprochene Willkommenskultur in allen Veranstaltungen, Workshops und den Angeboten der Pädagogischen Werkstatt. Selbstverständlichkeiten wie Kaffee oder auch Imbiss zu bestimmten Tageszeiten sind ein wichtiges Element dafür, dass die Beteiligten gern am Projekt teilnehmen.

Schirmherrin des Projekts ist die Frau des ehemaligen Bundespräsidenten, Christina Rau. Professor Dennis Shirley kommt eigens zu jedem Jahresworkshop aus Boston und gibt uns eine wertschätzende Rückmeldung. Solche Dinge gab es vorher im Reuterkiez nicht und das trägt auch dazu bei, dass man an den Angeboten des Projektes teilnimmt. Außerdem veranlasst ein Leidensdruck die Einrichtungen, sich an dem Projekt zu beteiligen. Das heißt, im Vergleich zu anderen Stadtteilen ist in diesem Kiez die Bereitschaft zur Kooperation miteinander und die Problemwahrnehmung weitaus stärker ausgeprägt.

Inzwischen haben sich weitere Schulen und Kindertageseinrichtungen bereit gefunden, am Verfahren der Qualitätsentwicklung teilzunehmen, nicht nur die, die Stiftungsressourcen erhalten. Wir begleiten diesen Prozess unterstützend.

Für die Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf suchen wir uns so genannte „Kümmerer“ aus der Community, die die Jugendlichen als Schlüsselpersonen begleiten und motivieren. Maßnahmen dazu werden von Mitte der 9. bis zum Ende der 10. Klasse durchgeführt. Eine wichtige Aufgabe des „Kümmerers“ ist das Bestärken von Jugendlichen, die den mittleren Schulabschluss nicht schaffen. Eine positive Entwicklung ist in der Heinrich-Heine-Schule zu verzeichnen: Im letzten Schuljahr hat die Hälfte der Schüler/innen den Mittleren Schulabschluss geschafft, in diesem Jahr jedoch nahezu alle Schüler/innen. Die Begleitung und Unterstützung des Weges in den Beruf richtet sich natürlich auch an die Schüler mit einem Schulabschluss. Die Installation des Kümmerer-Systems ist eine wichtige Maßnahme, damit Jugendliche in diesem Übergang nicht verloren gehen.

Die Kümmerer und die Eltern, mit denen wir kooperieren, suchen wir uns aus den real vorhandenen Communities, nicht aus denen, die wir konstruieren. Ohne diese Schlüsselpersonen würden wir die Kinder und Jugendlichen nicht erreichen. Es geht dabei vor allem darum, die Bedürfnisse der Eltern zu berücksichtigen und eine Informationskultur in den Einrichtungen und Schulen zu entwickeln. Vorhandene Angebote werden in unser Projekt integriert, um nicht in eine Konkurrenz zu geraten. Arabische und türkische Me-

diatoren gibt es bereits in einigen Jugendhilfeeinrichtungen. Mit diesen können wir zusammenarbeiten. Eine Lücke gibt es noch bei der Gruppe der Roma.

### **Woran kann das Projekt scheitern?**

Das Projekt ist mit einer Vielzahl von durchaus auch notwendigen Interventionen Dritter konfrontiert, denen sich vor allem Schulen und Kitas – häufig verbunden mit hohem Zeitdruck – ausgesetzt sehen. Es muss sich mit daraus folgenden Belastungen und Entmutigungen auseinandersetzen und unterstützend wirken. Es darf dabei jedoch nicht den eigenen Kern – Aufbau einer Förderkette – vernachlässigen.

Die Erwartung schneller Erfolge, die Übernahme von Rollen der eigentlich pädagogisch Handelnden in der Hoffnung auf rasche Kompensation von Bildungsdefiziten kann zur Überforderung des Projektes auf Kosten nachhaltiger Effekte führen.

SASCHA WENZEL,

Vorstandsmitglied, stellvertretender Geschäftsführer, Leiter des Projekts  
„Ein Quadratkilometer Bildung,

VESNA LOVRIĆ

Leiterin des Projekts „Rucksack“,

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Berlin

# Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen

## „Armes Kind – starkes Kind?“ – Konzepte zur Förderung von Resilienz – Anregungen für die Praxis

PROF. DR. MARGHERITA ZANDER

Professorin am Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Münster

Liebe Anwesende!

ich begrüße es sehr, dass sich die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Berliner Diskurse mit der „Kinderarmutsproblematik“ befasst und freue mich, dieses Thema, das mir sehr ans Herz gewachsen ist, in diesem Rahmen mit Ihnen diskutieren zu können.

### Meine These:

Resilienzförderung könnte – vor allem auch mit Blick auf Kinderarmut – zu einem wichtigen Bestandteil von kommunaler Kinder- und Jugendhilfe werden, z.B. als Bestandteil des Bildungsauftrages von Kindertagesstätten, als Erweiterung des pädagogischen Handlungsrepertoires in der SPFH (sozialpädagogische Familienhilfe), als eine Form der Prävention von Armutsfolgen bei Kindern!

Vorausschicken möchte ich allerdings auch:

Wenn wir Resilienzförderung mit Kindern, die in Armut aufwachsen, diskutieren, dürfen wir nie vergessen, dass dabei das eigentliche Problem die Armut ist. Die Vermeidung von Armut ist und bleibt eine gesellschaftspolitische Herausforderung!

*Emmy Werner*, die Pionierin der Resilienzforschung, hat es vor einem Jahrzehnt wunderschön ausgedrückt:

*„Die lebensbegünstigenden Eigenschaften der widerstandsfähigen Kinder und ihre Unterstützung, die sie in ihrer Familie und ihrer Gemeinde fanden, waren wie Stufen einer Wendeltreppe, die mit jedem Schritt und Tritt das Kind zu einer erfolgreichen Lebensbewältigung führten.*

*Der Lebensweg war nicht immer gradlinig, aber aufwärts gerichtet, der Endpunkt war ein leistungsfähiger und zuversichtlicher Mensch, der hoffnungsvoll in die Zukunft blickt.“<sup>1</sup>*

Ich möchte Ihnen heute den Resilienzgedanken nahe bringen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass Sie in Ihrem beruflichen Alltag, bei der Ausgestaltung der Angebote der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe, darauf zurückgreifen könnten. Mein besonderes Anliegen ist es zu verdeutlichen, dass die Idee der Resilienzförderung auch Kindern zugute kommen kann, die sozial benachteiligt sind und in Armut leben.

---

<sup>1</sup> Werner 1999, S. 31

Es geht dabei um einen bei uns eher neuen pädagogischen Ansatz, der aber in manchen Bereichen der (sozial-)pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bereits angewandt wird, so z.B. in der Frühförderung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen und Behinderungen. Ich möchte Ihnen heute diesen Ansatz vor allem mit Blick auf „arme Kinder“ ans Herz legen, weil meines Erachtens in der Fachdiskussion zu wenig beachtet wird, dass Armut für Kinder – so die Erkenntnisse der Resilienzforschung – ein zentrales Entwicklungsrisiko für Kinder darstellt. Was meine ich mit Resilienz?

Wir alle sind mehr oder weniger schon einmal dem Phänomen Resilienz begegnet, dem einen oder anderen Menschen, der merkwürdigerweise mit schwierigen und belastenden Lebenssituationen oder Traumata viel besser klarkam, als man es – von außen betrachtet – erwarten konnte. Sicherlich sind Sie, die Sie im sozialen und pädagogischen Bereich tätig sind, auch schon öfter auf solche Kinder getroffen.

Als ich begonnen habe, mich mit Resilienz – häufig als „psychische Widerstandsfähigkeit“ ins Deutsche übersetzt – wissenschaftlich zu befassen, war mir klar, dass mich dieses Phänomen auch vor dem Hintergrund meiner eigenen Biografie interessierte. Auch ich war ein „armes Kind“ und wohl auch „resilientes Kind“ und musste mir – vielen Widrigkeiten zum Trotz – meinen Weg zur Hochschulbildung, zudem als Mädchen vom Lande, schwer erkämpfen. Letztlich haben mich aber die Ergebnisse meiner mittlerweile mehr als zehnjährigen Kinderarmutsforschung darin bestärkt zu klären, ob sich das an und für sich gar nicht neue Konzept der Resilienzförderung auch auf Kinder übertragen lässt, die in Armut aufwachsen.

Eine zentrale Erkenntnis daraus war nämlich, dass Kinder – trotz vergleichbarer materieller Armutsverhältnisse – diese sehr unterschiedlich bewältigen. Wir haben auf der einen Seite Mädchen und Jungen, die mit der familiären Armut relativ gut zurecht kommen, ja scheinbar unbeeinträchtigt alle ihre altersgemäßen Entwicklungsaufgaben in den verschiedenen kindlichen Lebenswelten wie Familie, Schule und Peergroup meistern. Auf der anderen Seite sind wir aber auch Kindern begegnet, die uns extrem belastet erschienen und die offensichtlich in mehr oder weniger allen Bereichen zu kämpfen hatten und damit gar nicht klar kamen.<sup>2</sup>

Wir haben Mädchen und Jungen im Grundschulalter intensiv danach befragt, um heraus zu finden, wie es dazu kommt. Die daraus gewonnenen Antworten waren weitgehend deckungsgleich mit den Erkenntnissen aus der Resilienzforschung: Entscheidend ist nämlich, ob diese Kinder in ihrer Familie, in ihrem Freundes- oder Verwandtenkreis, in der Kita oder im Hort, in der Schule oder auch in einem Kindertreff im Stadtteil Zugang zu schützenden Faktoren haben, die sie bei der Bewältigung ihrer schwierigen Lebenslage unterstützen und die ihre „Widerstandskraft“ oder „Resilienz“ fördern.

## **1. Was ist nun Resilienz?**

Was ist nun Resilienz? Häufig wird Resilienz mit „seelischer Widerstandsfähigkeit“ übersetzt. Das ist aber nur ein Aspekt. In der Tat beinhaltet der Begriff, wenn man auf seine Wurzeln zurückgeht, auch „Spannkraft, Stabilität und Elastizität“ – in der Psychologie spricht man von aktiver „Anpassungsfähigkeit“ an die gegebenen Verhältnisse.

---

<sup>2</sup> Vgl. Chassé/Zander/Rasch 2005

Im Lateinischen wird „resiliare“, gerne mit „abprallen, zurückspringen“ wiedergegeben, so auch das englische „resilience“. Darin steckt auch ein Stück „Unverwüstlichkeit“. Es geht dabei also immer um eine möglichst flexible Reaktion auf Belastungen. In der naturwissenschaftlichen Analogie gesprochen: Was die Fähigkeit zum Zurückspringen anbelangt, wäre ein Flummi von hoher Resilienz, denn er springt wegen seiner Beschaffenheit sogar höher zurück, als er gefallen ist.

Von all dem mag ein „resilientes“ Kind ja auch etwas in sich tragen, aber wir sprechen hier nicht nur von einem Anlagepotenzial, sondern von einer Fähigkeit, die auf der Basis dieses Potenzials erworben und gefördert werden kann.

Indem ich von einem Anlagepotenzial spreche, das gefördert werden kann, deute ich eine für Pädagogen unliebsame, oder zumindest zwiespältige Wahrheit an: Sie werden vielen Kindern helfen können, ihre Resilienz zu entwickeln, aber nicht jedes Kind resilient machen können – denn nicht jeder von uns ist zum „Stehaufmännchen“ geboren, ein weiteres häufig benutztes Bild. Resilienz kann man weder einfordern noch erzwingen.

Ein resilientes, oder besser „resilienzfähiges“ Kind ist also ein auffällig „widerstandsfähiges Kind.“ Übrigens durchaus auch widerstandsfähig gegenüber individuellen und gesellschaftlichen Zumutungen, wenn Sie so wollen. In meinen Augen verbindet sich damit auch eine Vorstellung von gesunder Widerborstigkeit: Ein Kind, das sich seinen eigenen Weg bahnt. Allerdings bedeutet das nicht, dass solche Kinder unverwundbar wären. Im Gegenteil: die schon zitierte *Emmy Werner* hat ihrem Buch, in dem sie die Erkenntnisse ihrer Langzeitstudien zu Resilienz präsentiert, den Titel „Vulnerable but invincible“ gegeben – also „verletzlich, aber unbesiegbar“.<sup>3</sup> Ein solches Kind entwickelt nur die erstaunliche Fähigkeit, sich allen Widrigkeiten zum Trotz, entgegen anders lautenden Erwartungen und Prognosen im Leben zu behaupten und gesund zu entwickeln. Manche meinen sogar, dass Kinder, die sich als resilient erweisen, durch die gemeisterten Herausforderungen und Risiken wachsen.

Man könnte fast sagen: Diese Kinder machen mit ihrer Fähigkeit zur Resilienz aus der Not eine Tugend.

Nach verschiedenen Versuchen, das zugegebenermaßen etwas „schillernde“ Phänomen der Resilienz zu umschreiben, bringe ich Ihnen nun ein literarisches Beispiel für ein resilientes Kind, allerdings kein armes Kind. Dafür ein außergewöhnlich widerborstiges: Pippi Langstrumpf von Astrid Lindgren. Sicher könnte man darüber streiten, ob Pippi als Prototyp für ein resilienzfähiges Kind durchgehen kann. Aber wir könnten an Hand dieses Beispiels eine spannende Diskussion führen. Dabei geht es mir vor allem um Eines – und das ist meine ganz persönliche Position, für die ich hier werben und auch streiten will: Das Kind bestimmt selbst seinen resilienten Weg und es soll ihn auch selber bestimmen. Die Definitionsmacht haben nämlich letztlich nicht wir – nicht Sie, nicht ich.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. E. Werner/R. Smith 1989

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch: Zander 2008 (Neuaufgabe 2009)

## **2. Armut als kindliches Entwicklungsrisiko – ein Warnsignal für die kommunale Kinder- und Jugendhilfe?!**

Resilienz zeigt sich und entsteht allerdings nur in starken Belastungs-, Stress- und Risikosituationen. Es geht also um Kinder, die außergewöhnlichen Belastungen und Risiken ausgesetzt sind. Als ein solches Risiko muss man auch – wie schon erwähnt - das Aufwachsen in Armut auffassen. Damit will ich andere Risiken keineswegs ausklammern oder gar eine Rangordnung aufstellen. Aber es liegt natürlich nahe, dass ich als Kinderarmutsforscherin Ihre Aufmerksamkeit vor allem auf dieses Risiko lenken will.<sup>5</sup>

Dabei müssen wir uns immer im Klaren sein: Ein resilientes Kind, das in Armut aufwächst, bleibt zwar weiterhin arm, aber es kann die Fähigkeit entwickeln, den mit Armut verbundenen Widrigkeiten zu trotzen und sich dabei erstaunlich zu entfalten.

Wenn Sie sich jetzt fragen: Wie soll man Armut – oder korrekter die Auswirkungen von Armut auf die Kinder - mit Pädagogik bekämpfen? Ist das überhaupt möglich? Dann antworte ich: Sie können es, jedenfalls teilweise, wenn Sie an eben dieser Fähigkeit solcher Kinder ansetzen.

Es ist übrigens die zentrale Botschaft des Resilienzgedankens – dass man, statt die Risiken zu betonen, vor allem auf die Fähigkeiten dieser Kinder schaut und sich fragt, welche Faktoren ihnen Schutz und die nötige Unterstützung bieten können, damit sie – trotz der widrigen Umstände – die an sie gestellten Anforderungen, pädagogisch gesprochen: ihre altersgemäßen Entwicklungsaufgaben, meistern können. Dabei geht es letztlich darum, die diesen Kindern inne wohnende Kraft zu erkennen, aufzugreifen und durch pädagogische Begleitung – zu fördern. Das Potenzial zur Resilienzfähigkeit alleine reicht also nicht aus, solche Kinder können dieses Potenzial nur entfalten, wenn äußere Schutzfaktoren wirksam werden.

An dieser Stelle ein klares Wort: Armut ist ein gesellschaftliches Problem und ihr muss daher in erster Linie mit politischen Mitteln begegnet werden. Ich will die Politik keineswegs aus ihrer Verantwortung entlassen, im Gegenteil! Aber solange wir in der sozialen Realität mit Armut – und wir sprechen hier von Kinderarmut als Folge von Familienarmut – konfrontiert sind, müssen alle, die in ihrem beruflichen Alltag mit diesen Kindern arbeiten, darauf reagieren.

## **3. Das Wechselspiel von Risiko- und Schutzfaktoren, ein nicht vollkommen gelüftetes Geheimnis?**

Wir waren eben bei den Schutzfaktoren: Schutzfaktoren für ein belastetes Kind können – von dem schon beschriebenen Resilienzpotenzial des Kindes abgesehen – auf verschiedenen Ebenen wirksam werden: so in der Familie, in der Schule und im weiteren sozialen Umfeld, und beispielsweise in einer stabilen Bezugsperson, einer emotional positiven und unterstützenden Zuwendung und einer angemessenen Leistungsanforderung bestehen.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu: Zander 2008

Übrigens sind auch die Risikofaktoren auf genau diesen Ebenen angesiedelt. Risikofaktoren für kindliche Entwicklung sind Ihnen sicherlich bekannt, aber um nur einige zu nennen:

- a) Risikofaktoren des Kindes (z. B. Frühgeburt, chronische Erkrankungen, schwierige Temperamentsmerkmale, traumatische Erlebnisse),
- b) Familiäre Risiken (z.B.: chronische Armut, Trennung und Scheidung, Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch, niedriges Bildungsniveau der Eltern, soziale Isolation der Familie),
- c) Im weiteren sozialen Umfeld (z.B.: Aufwachsen in „sozialen Brennpunkten“, Überforderung durch Schule, Ausschlusserfahrungen und Stigmatisierung durch Gleichaltrige).<sup>6</sup>

Wir wollen hier aber speziell das Armutsrisiko betrachten, das ja als mehrdimensionales Phänomen nicht nur Einkommensarmut meint, sondern in der Regel mit weiteren Risiken verbunden ist.

Eine bis heute nicht eindeutig beantwortete Frage der Resilienzforschung ist dabei, wie man sich die Wechselwirkung von Risiko- und Schutzfaktoren aufeinander vorstellen muss. Es gibt verschiedene Modelle dazu, zumindest drei möchte ich erwähnen:

- 1.) das Kompensationsmodell, welches besagt, dass Risikofaktoren durch Schutzfaktoren in ihrer Wirkung vermindert oder neutralisiert werden können,
- 2.) das Herausforderungsmodell, das davon ausgeht, dass durch eine positive Bewältigung von Risiken die Resilienzfähigkeit gestärkt wird (Bild der Wendeltreppe), und
- 3.) das Schutzfaktorenmodell, welches die Wechselwirkungen sehr komplex ansetzt.<sup>7</sup>

Zusätzlich geht man davon aus, dass es generelle Schutzfaktoren gibt, die sich allgemein positiv auf die Entwicklung von Kindern auswirken, und differenzielle Schutzfaktoren, die ihre Wirkung vor allem bei Risikosituationen entwickeln.

Allerdings gibt es wohl keine direkte Entsprechung von Risiko- und Schutzfaktoren, in der Form etwa, dass ein bestimmtes Risiko durch einen ganz bestimmten Schutzfaktor ausgeglichen werden könnte. Einig ist man sich aber darüber, dass es umso mehr Schutzfaktoren braucht, je mehr Risikofaktoren vorhanden sind. Auch hat sich in der Resilienzforschung immer wieder gezeigt, dass Schutzfaktoren bei so genannten „Risikokindern“ eine besonders starke Wirksamkeit entfalten. Betont wird auch durchgehend, dass eine „sichere Bindung“ zu einer Bezugsperson unerlässlich sei.

An der Stelle möchte ich entschieden einem Missverständnis entgegen treten: Wenn ich hier für Resilienzförderung werbe, heißt das nicht, dass es nicht weiterhin erstrebenswert ist, nach Möglichkeit auf die kindlichen Risiken einzuwirken, sie zumindest zu mindern oder gar zu beseitigen! Aber in den wenigsten Fällen dürfte dies in Ihrer Macht stehen und in all den anderen Fällen könnte Resilienzförderung greifen.

---

<sup>6</sup> Vgl. Wustmann 2004

<sup>7</sup> Vgl. Wustmann 2004

#### 4. Resilienzförderung als Bestandteil von Kinder- und Jugendhilfe

Ich habe eingangs versucht zu vermitteln, was ich unter Resilienz verstehe, und dabei bereits angedeutet, dass die Resilienz von Kindern – also auch von in Armut lebenden Kindern, sofern sie deren Auswirkungen als psychosoziale Belastung und Entwicklungshemmnis erfahren – gefördert werden kann. Eine Grunderkenntnis der Resilienzforschung ist, dass dies auf unterschiedlichen Ebenen möglich ist:

- die Förderung kann beim einzelnen Kind, seinen Fähigkeiten und Potenzialen ansetzen,
- sie kann durch das unmittelbare Umfeld des Kindes – seine Familie – gefördert werden und wenn diese nicht dazu in der Lage ist,
- auch von seinem weiteren sozialen Umfeld ausgehen wie z.B. der Kindertagesstätte, offenen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe oder der Schule.

Dieser Ansatz auf drei Ebenen prädestiniert die Soziale Arbeit – oder hier konkret auch die Kinder- und Jugendhilfe – dazu, Resilienzförderung praktisch in ihre Arbeitskonzepte zu integrieren. Sie könnte dies vor allem da tun, wo sie sich in ihrer Arbeit auf Kinder und Familien in Armutslagen beziehen.

Beispielhaft möchte ich hier einige Arbeitsbereiche anführen, in denen der Gedanke der Resilienzförderung aufgegriffen werden könnte:

1. Sie könnte als Arbeitskonzept in die **Kindertagesbetreuung** integriert werden, vor allem in die Arbeit mit Vorschulkindern, aber auch mit Kindern im Schulalter.
2. Sie könnte in der **SPFH** praktiziert werden und zwar sowohl in der Arbeit mit den Kindern als auch mit den Eltern; viel versprechend wäre hier die Möglichkeit zur frühen Förderung wie sie z.B. durch das Konzept von Opstapjie angestrebt wird, das zugehende Arbeit in Familien zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vorsieht.
3. Sie könnte in das Konzept von **Familienzentren** eingebaut werden, die ebenfalls mit den Kindern und Eltern arbeiten.
4. Und sie könnte in die **stadtteilorientierte Arbeitsweise** von offenen Kindertreffs als Teil von Präventionsarbeit einfließen.

Da ich hier nicht im Einzelnen auf die unterschiedlichen Arbeitsbereiche eingehen kann, möchte ich zunächst grundsätzlich etwas zum Konzept der Resilienzförderung sagen, um dann Möglichkeiten und Grenzen in den verschiedenen Arbeitsbereichen mit Ihnen gemeinsam in der anschließenden Diskussion zu erörtern.

Dabei werden Sie feststellen, dass Resilienzförderung vieles mit anderen sozialpädagogischen Arbeitsansätzen gemein hat: so beispielsweise mit dem „ressourcenorientierten Ansatz“ oder mit der Idee des Empowerments. Entscheidend ist jedoch, dass das Phänomen der Resilienz immer im Zusammenhang mit ernsthaften Risikosituationen auftritt, das heißt, dass wir es mit einer Zielgruppe von solchen Kindern zu tun haben, die in ihrer psychischen, physischen und sozialen Entwicklung ernsthaft gefährdet sind. Insofern ist die Kinder- und Jugendhilfe hier der richtige Ansprechpartner, diesen Ansatz aufzugrei-

fen. In der Tat hat sie es in ihrem Alltag ja häufig mit solchen Zielgruppen zu tun, auch wenn sie – laut SGB VIII – mittlerweile den Auftrag zur Förderung aller Kinder und Jugendlichen – in einem präventiven Sinne – erhalten hat.

## 5. Konzepte und Grundgedanken der Resilienzförderung

Wie kann nun „Resilienz“ – die psychische Widerstandsfähigkeit – pädagogisch gefördert werden? Welchen Beitrag kann Kinder- und Jugendhilfe dazu überhaupt leisten? Welche Anforderungen stellt ein solches Konzept an die (sozial-)pädagogischen Fachkräfte? Welche Rahmenbedingungen müsste die Politik – und hier beziehe ich mich nun vorwiegend auf die kommunale oder Landesebene – schaffen?

Wahrscheinlich kann ich nicht alle diese Fragen für Sie zufrieden stellend beantworten. Aber ich denke, dass ich einen Anfang machen kann und dass wir in der anschließenden Diskussion die Chance haben, gemeinsam ein Stück weiter zu kommen. Ich liefere Ihnen eine konkretere Vorstellung von den Grundideen der Resilienzförderung und Sie bewerten diese vor Ihrem Erfahrungshintergrund und bezogen auf Ihr eigenes Arbeitsfeld.

Es gibt verschiedene Konzepte, wie Resilienz bei einzelnen Kindern, aber auch in der Gruppe oder im Klassenverband gefördert werden kann. Ein hilfreiches Schema, wie man im Einzelfall feststellen kann, ob ein risikobelastetes Kind Zugang zu resilienzfördernden Bedingungen hat oder ob solche erst hergestellt werden müssten, hat die amerikanische Resilienzforscherin *Edith Grotberg* in ihrem Handbuch geliefert. Darin benennt sie Merkmale der „inneren Stärke“, Formen der „äußeren Unterstützung“ sowie zu erwerbende und fördernde Fähigkeiten, an denen sich Resilienzförderung im Einzelfall zu orientieren hätte.<sup>8</sup> Ohne an dieser Stelle näher darauf einzugehen, biete ich Ihnen das Schema von *Grotberg* als Anregung an. Sicherlich werden Sie darin unschwer Ansatzpunkte für Ihr alltägliches pädagogisches Handeln erkennen:

### Das Schema von Grotberg:<sup>9</sup>

- ...ich habe (äußere Unterstützung)
  - Menschen, die mir vertrauen und die mich lieben,
  - Menschen, die mir Grenzen setzen (Orientierung und Schutz vor Gefahren),
  - Menschen, die mir Vorbilder sind und von denen ich lernen kann,
  - Menschen, die mich dabei unterstützen und bestärken, selbstbestimmt zu handeln,
  - Menschen, die mir helfen, wenn ich krank oder in Gefahr bin und die mich unterstützen, Neues zu lernen.

---

<sup>8</sup> Vgl. Grotberg 1999

<sup>9</sup> Hier wird das Schema von Grotberg in der Übersetzung übernommen, wie es von C. Wustmann 2004, S. 118 publiziert wurde. Das Schema ist dort allerdings etwas verkürzt. Vgl. auch Grotberg 2003, S. 3 f.

- ...ich bin (innere Stärke)
  - ein Kind, das von anderen wertgeschätzt und geliebt wird,
  - froh, anderen helfen zu können und ihnen meine Anteilnahme zu signalisieren,
  - respektvoll gegenüber mir selbst und anderen,
  - verantwortungsbewusst für das, was ich tue,
  - zuversichtlich, dass alles gut wird.
  
- ...ich kann (interpersonale und Problemlösefähigkeiten)
  - mit anderen sprechen, wenn mich etwas ängstigt oder mir Sorgen bereitet,
  - Lösungen für Probleme finden, mit denen ich konfrontiert werde,
  - mein Verhalten in schwierigen Situationen kontrollieren,
  - spüren, wann es richtig ist, eigenständig zu handeln oder ein Gespräch mit jemandem zu suchen,
  - jemanden finden, der mir hilft, wenn ich Unterstützung brauche.

Die Analyse, wie weitgehend diese Merkmale im Einzelfall ausgeprägt sind oder dort deutliche Defizite erkennbar sind, kann Ihnen Hinweise für praktisches Handeln liefern. Die Frage ist aber nicht nur, welche Resilienz-Faktoren des Kindes entwickelt werden, sondern ob in der gegebenen Risiko-Situation auch ausreichend Schutzfaktoren (von außen) vorhanden sind und ob sie in der jeweiligen Risikosituation vom Kind auch tatsächlich genutzt werden können.

Konkreter auf unterschiedliche Bereiche wie die Vorschule, die Schule und die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bezogen, haben *Daniel* und *Wassell*<sup>10</sup> ein Konzept entwickelt. Ihre Handreichung geht - ähnlich wie *Grotberg* - von der Grundidee aus, dass nämlich Resilienz auf verschiedenen Ebenen gefördert werden kann. Sie fügen dem noch zur Veranschaulichung sechs Resilienzbereiche hinzu, in denen Resilienzförderung wirksam werden kann.

#### **Resilienzbereiche nach Daniel und Wassell:**

- Eine sichere Bindung (secure base, attachment),
- Bildung (education),
- Freundschaften (friendships),
- Fähigkeiten und Interessen (talents and interests),
- Positives Selbstwertgefühl/pro-soziales Verhalten (positive values),
- Soziale Kompetenzen (social competencies).

---

<sup>10</sup> Daniel/Wassell 2003

Auch nach diesem Konzept wäre wiederum im Einzelfall zu überprüfen, wie diese Resilienzbereiche beim Kind ausgebildet sind oder wie sie auf den verschiedenen Ebenen, auf denen Risiko- und Schutzfaktoren angesiedelt sein können, stimuliert werden müssten.<sup>11</sup>

In Anlehnung an dieses Konzept wären folgende **Leitfragen** zu stellen:

1. Wie sind die verschiedenen Resilienzbereiche beim Kind ausgebildet?
2. Sind die Eltern in der Lage, diese Bereiche zu fördern?
3. Wer kann im weiteren sozialen Umfeld des Kindes etwas dazu beitragen? Wobei sowohl an die Kindertagesbetreuung, Schule und die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe zu denken wäre.

Diese Leitfragen werden Ihnen helfen, dem Phänomen „Resilienz“ auf die Spur zu kommen. Dafür brauchen Sie aber immer auch – und damit verrate ich Ihnen kein Geheimnis – ein persönliches Gespür. Also Empathie und einen guten Riecher! *Edith Grotberg* empfiehlt in ihrer Handreichung eine Selbstreflexion, ja macht sie gewissermaßen zur Voraussetzung: Jede/r prüfe sich, ob sie/er sich selbst schon mal als resilient erfahren hat. Haben Sie?

## **6. Mädchen und Jungen spezifisch in den Blick nehmen!**

Dies möchte ich an dieser Stelle noch kurz einfügen, obwohl Ihnen dieser Gedanke sicherlich vertraut ist. Die Resilienzforschung zeigt eindeutig, dass es geschlechtsspezifische Unterschiede im Umgang mit Risiken gibt. In diesem Sinne ist sie anschlussfähig an die geschlechterdifferenzierende Sozialisationsforschung. Mädchen und Jungen muss daher auch mit differenzierenden Konzepten begegnet werden.

Mädchen entwickeln – bekannterweise – bei Überforderung eher internalisierende Störungen, Jungen zeigen eher externalisierende Auffälligkeiten. Jungen scheinen im ersten Lebensjahrzehnt für biologische Risiken und familiäre Defizite (vor allem im Säuglings- und Kleinkindalter) anfälliger als Mädchen zu sein. Mädchen sind demgegenüber in der Adoleszenz leichter verletzbar. Sie weisen weniger und eher indirekte, nicht-körperliche Formen von Aggression auf, vor allem im Schulalter.

Mädchen und Jungen verarbeiten übrigens auch Armutserfahrungen unterschiedlich. Dazu gibt es empirische Erkenntnisse, die ich ebenfalls in meiner eigenen Forschung bestätigt fand. Die immer noch stark geschlechtsspezifisch geprägte Sozialisation von Mädchen und Jungen macht sich eben auch in ihren Bewältigungsmustern bemerkbar<sup>12</sup>. Nach *Antje Richter* neigen beispielsweise zwar sowohl Jungen als auch Mädchen am stärksten dazu, durch Anspruchssenkung und Rückzug oder durch Kompensationshandlungen die familiäre Armutslage zu verarbeiten. Geschlechtsspezifische Differenzen macht Richter jedoch hinsichtlich der nach „außen gewandten“ Bewältigungsmuster aus: So hat sie bei

---

<sup>11</sup> B. Daniel/S. Wassell: *The Early Years. Assessing and Promoting Resilience in Vulnerable Children*, London/New York, 2. Aufl. 2003. Von den beiden Autorinnen gibt es auch zwei weiterführende Bände, in denen das Konzept für die folgenden Entwicklungsphasen (Grundschulalter und Jugendphase) fortgeschrieben wird.

<sup>12</sup> Richter 2000

Mädchen eher die Fähigkeit festgestellt, soziale Unterstützung zu suchen und durch prosoziales Verhalten ihre Lage zu bewältigen. Dies dürfte Sie vor dem Hintergrund Ihrer praktischen Erfahrung genauso wenig überraschen wie die Erkenntnis, dass Jungen eher dazu neigen, ihre Problembewältigung in negativ sanktionierten Verhaltensmustern zu suchen, indem sie sich beispielsweise aggressiv verhalten oder klauen und betrügen.

Obwohl man dies weiß, vergisst man es leicht, aber für den individuellen Ansatz der Resilienzförderung kann das Geschlecht des Kindes – ebenso wie das Alter und die Entwicklungsphase – ein entscheidender Faktor sein!

## **7. Praktische Konsequenzen – Grenzen des Konzepts und Ausblick**

Resilienz ist nicht das neue Zauberwort. Wir haben gesehen, dass wir mit diesem Ansatz nicht alle Kinder – die es nötig hätten – erreichen können. Resilienz kann zwar durch äußere Unterstützung gefördert werden und jede Erfahrung von Resilienz, die das Kind macht, wird es stärken, so dass es für zukünftige Risikosituationen besser gewappnet ist. Aber es gibt keine Garantie, dass die erworbene „Widerstandsfähigkeit“ ein für alle Mal ausreicht, um jede Situation zu meistern. Vielmehr muss Resilienz in jeder herausfordernden Situation immer wieder neu erworben werden.

Möglicherweise werden Sie auch einwenden, dass in den angeführten Arbeitsfeldern nicht immer die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind. Und meiner Aufforderung, dass es solche Rahmenbedingungen zu schaffen gilt, wobei Sie selbst eine wesentliche Rolle übernehmen könnten, begegnen Sie möglicherweise mit einer gehörigen Portion Skepsis. Daher sollten wir hier – mit Blick auf die einzelnen Bereiche – auch gleich konkreter diskutieren, wie diese Rahmenbedingungen aussehen müssten. In jedem Fall wäre aus meiner Sicht eine entsprechende Fortbildung der Fachkräfte oder zumindest eine breite Sensibilisierung für diesen Ansatz notwendig.

Abschließend noch eine Klarstellung: Es gibt mittlerweile eine Reihe von psychologischen Trainings zur Förderung von Resilienz. Solche Trainings mögen ohne Zweifel hilfreich sein und können für einzelne Kinder oder Gruppen von Kindern zusätzlich angeboten werden. Mir geht es jedoch um einen ganzheitlichen Ansatz! Um Resilienzförderung als pädagogisches Konzept, um eine Grundhaltung, von der Sie sich sowohl bei der Planung von Hilfen, als auch in der Beratung von Familien und vor allem in Ihrem pädagogischen Handeln – im Umgang mit Risikokindern – leiten lassen sollten. Eine derart verinnerlichte Haltung, dass Sie sie jederzeit abrufen können, wenn Sie das entsprechende Kind vor sich haben.

Sehen Sie in ihm nicht in erster Linie das arme Kind – sondern schauen Sie auf das Kind mit seinen Stärken, an denen Sie ansetzen können. Fragen Sie – dem Schema von *Grotberg* folgend – nach den Schutzfaktoren, die diesem Kind zugänglich sind bzw. die für und mit diesem Kind herstellbar wären.

„Armes Kind – starkes Kind?“ – so heißt dieser Workshop und dies ist zugleich der Titel meines Buches zu diesem Thema. Meinerseits ein Versuch, mich mit einem anderen Blick diesen Kindern zu nähern.

## Literatur

BETA/Diakonie(Hrg.): Kinderarmut erkennen, wirksam handeln. Eine Arbeitshilfe zum Umgang mit Kinderarmut in evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder, Berlin 2006

Chassé/Zander/Rasch: Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Wiesbaden 2005

Daniel, Brigid/Wassell, Sally: The Early Years. Assessing and Promoting Resilience in Vulnerable Children I, London/Philadelphia 2003

Dies.: The School Years. Assessing and Promoting Resilience in Vulnerable Children I, London/Philadelphia 2003

Fröhlich-Gidhoff/Dörner/Rönnau: Prävention und Resilienzförderung in Kindertageseinrichtungen – PriK, Trainingsmanual für Erzieherinnen, München/Basel 2007

Grotberg, Edith: Resilience for Today: Gaining Strength from Adversity, Westport 1999 und 2003 (2. Aufl.)

Richter, Antje: Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Aachen 2000

Werner, Emmy/Smith, Ruth: Vulnerable but invincible. A Longitudinal Study of resilient children and youth, New York 1982 und 1989

Werner, Emmy: Entwicklung zwischen Risiko und Resilienz, in: Opp/Fingerle/Freytag (Hrg.): Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz, München/Basel 1999, S. 25 - 36

Wustmann, Cornelia: Resilienz – Widerstandsfähigkeit von Kindern in Kindertageseinrichtungen fördern, Weinheim/Basel 2004

Zander, Margherita (Hrg.): Kinderarmut: Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden 2005

Zander, Margherita: Armes Kind – starkes Kind? Die Chance der Resilienz, Wiesbaden 2008 (Neuauf. 2009)

## **Arbeitsgruppen: Konzepte und Projekte – Vorstellung integrierter Handlungsstrategien in Kommunen und Landkreisen**

### **Das Dormagener Präventionsprogramm zur Frühen Förderung, Minderung und Vermeidung von Kinderarmut**

MARTINA HERMANN-BIERT

Stellvertretende Fachbereichsleiterin und Verantwortliche für die Erzieherischen Hilfen, Fachbereich für Schule, Kinder, Familie und Senioren, Dormagen

Dormagen ist eine der Städte im Rheinland, die sich am Netzwerk Frühe Förderung (NeFF), dem Präventionsprogramm des Landschaftsverbandes Rheinland, beteiligen. Zur Bekämpfung der Armut als unsere definierte Aufgabe haben wir ein Netzwerk für Familien gegründet und im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickelt.

#### **Entwicklung im Dialog**

Das Städtische Jugendamt Dormagen existiert seit 1984, zuvor war das Kreisjugendamt Neuss für Dormagen zuständig. Der Soziale Dienst des Jugendamtes nahm die Außendiensttätigkeit des Sozialamtes wahr. 1996 wurden Jugend- und Sozialamt als Einheit zusammengelegt und es wurden Teams in die Stadtteile integriert und Stadtteilbüros eingerichtet. 1998 führte Prof. Wolff eine Fortbildung mit den Fachkräften des Sozialen Dienstes und den freien Trägern in Dormagen durch. Anschließend bot Prof. Wolff an, mit allen Fachkräften im Dialog einen Qualitätskatalog zu entwickeln. Dies wurde innerhalb von drei Jahren mit allen Beteiligten umgesetzt, indem wir alle unsere Arbeitsfelder unter Beteiligung von Außenstehenden auf den Prüfstand genommen haben. Probleme im Arbeitsfeld wurden aufgegriffen, die Fachpraxis weiterentwickelt. Es entstand ein Qualitätskatalog, der veröffentlicht wurde.

In den Teams hat sich während dieser Arbeit sehr viel weiterentwickelt, vor allem in der Haltung der Mitarbeiter/innen ist eine wesentliche Veränderung wahrzunehmen.

Wir wollten Wege finden, unsere Hilfsangebote für Familien attraktiver zu gestalten. Die Familien, die Bürgerinnen und Bürger stehen Ämtern, insbesondere dem Jugendamt, immer noch sehr skeptisch gegenüber. Angefangen mit der Gestaltung der Büroräume bis zum Umgang mit den Familien haben wir versucht, unser Image zu verbessern und die Zugänge zu Familien positiver zu gestalten.

Nach der Einführung der ArGe hatten wir kaum noch Kontakt zu unserer Klientel und verfügten auch nicht über relevantes Zahlenmaterial über Bedarfe der Familien. Wir lebten davon, dass Leute freiwillig zu uns kamen und Hilfe beantragten oder dass Fremdmeldungen eingingen, die es wiederum sehr schwer machen, Zugang zu den Familien zu finden.

Um diesen Zustand zu beenden, entwickelten wir ein Präventionskonzept, mit dem wir uns selbst noch einmal den Familien vorstellen und bekannt machen wollten. Dazu wurde im Jahr 2005 ein Präventionsbeauftragter aus dem Team bestimmt.

Nicht nur das Sozial- und Jugendamt wurden zusammengelegt, sondern alle Bereiche, die mit Menschen zu tun haben, in einem Fachbereich für Schule, Kinder, Familie und Senioren zusammengefasst. Alle Bereiche sitzen in einem Haus. Es gibt regelmäßige Leitungsgremien. Ein- bis zweimal monatlich treffen sich alle Verantwortlichen und bearbeiten übergreifend alle anstehenden Themen gemeinsam. Die Ämter arbeiten nicht mehr gegen- oder nebeneinander. Wir nennen uns auch „Das Fachamt für Menschen“. Es ist stets von Vorteil zu wissen, was der jeweils andere tut und was dahinter steckt. Viele der Ziele sind nur gemeinsam zu erreichen. Der Dialog ist sehr wichtig.

### **Entwicklung einer Leitidee**

Wir, die Sozialarbeiter an der Basis und die freien Träger, haben uns darüber Gedanken gemacht, mit welchem Konzept wir arbeiten wollen. Dazu haben wir reflektiert, welche Fehler wir machen, wo unsere „dunklen Flecken“ liegen, zum Beispiel, wie wir Eltern in die Elternbildung bekommen, wenn Beiträge zur Elternbildung erhoben werden, die die Eltern nicht bezahlen können – das Gleiche gilt für die Ganztagsbetreuung von Kindern.

Wir haben uns darüber geeinigt, ein Hilfskonzept zu erstellen. Dazu wurde zunächst untersucht, an welchen Stellen wir selbst Mitverursacher von Kindesvernachlässigung und Kindeswohlgefährdung sind. Diese Bereiche haben wir aufgegriffen und verändert. Es gibt Lebensbereiche, die die Eltern nicht zu verantworten haben, zum Beispiel den Straßenverkehr auf den Schulwegen oder die schweren Schultaschen bereits in der 1. Klasse. Dazu haben wir Befragungen im Stadtgebiet durchgeführt und alle Einrichtungen einbezogen. Wir haben die Frage gestellt: „Wo sehen Sie Lebenssituationen von Kindern, die wir als Kommune mit den handelnden Einrichtungen/Personen miteinander verbessern können?“ Elternwohl, Kindeswohl und Gemeinwohl bedingen einander. Kinderschutz ist eine mehrsystemische Aktion, die nicht nur die Jugendhilfe betrifft, sondern auch die Gesundheitshilfe und das Bildungswesen. Nur wir gemeinsam können Entwicklungsprozesse in Gang setzen, die Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

### **Definition Kinderschutz**

Moderner Kinderschutz versucht, **Lebensbedingungen von Kindern und Familien positiv zu verändern**, indem er die Eigenkräfte der Familien stärkt, soziale Konflikte und Notlagen erkennt und konkret Hilfe leistet. Eltern werden bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder unterstützt.

**Kinderschutz ist partnerschaftliche Aktion im Gemeinwesen zur Schaffung einer kinderfreundlichen Kultur des Aufwachsens.** Kinderschutz ist Familienschutz und als solcher Garant des Kindeswohls.

### **Aufgabe Kinderschutz**

Wenn moderner Kinderschutz nicht mehr nur Einzelfallarbeit sein soll und nicht nur reaktiv agiert, dann muss Jugendhilfe ihre **Kinderschutzaufgaben** vorrangig bereits im **Vorfeld** wahrnehmen.

Wenn die beiden wichtigsten Faktoren der Kindeswohlgefährdung

- **Armut** und
- **unzureichende Bereitschaft und Möglichkeit** der Erwachsenen, sich auf Kinder und deren Bedürfnisse einzulassen,

sind, dann ist **präventive Arbeit** notwendig.

### **Definition Kinderarmut**

- In Dormagen definieren wir Kinderarmut zum einen über die Einkommensverhältnisse der Eltern (Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen) sowie Familien, die in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben, also knapp über den staatlichen Versorgungsleistungen,
- zum anderen über den Lebenslagenansatz, das heißt bei Unterversorgung in den zentralen Lebensbereichen von Kindern.

### **Vorfelddarbit**

1. Die Fachkräfte **untersuchen zunächst die Lebenslagen der Familien und Kinder** in der Region, für die das Jugendamt zuständig ist (Erhebung von Sozialdaten). Dabei liegen ihrem Handeln die verbindlichen Vorschriften des Sozialdatenschutzes nach §§ 61 ff. SGB VIII zugrunde.
2. Sie **übermitteln ihre Ergebnisse** über bestehende soziale Notlagen **den Leitungskräften ihrer Einrichtungen sowie den politischen Entscheidungsträgern.**
3. Die Fachkräfte sind im Bezirk präsent und bekannt und haben **Kontakt zu allen sozialen Einrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten**, usw., die mit Eltern und deren Kindern arbeiten. Insbesondere entwickeln die Fachkräfte **präventive Hilfeprogramme** vor allem für junge Familien und deren Kinder.
4. Sie **werben** dabei für eine **kinderfreundliche Lebenswelt** und helfen den Erwachsenen, ihre Kinder besser zu verstehen und zu unterstützen.
5. Ihre **Hilfen orientieren sich** im Besonderen **an den Lebensbedürfnissen und Belastungen von Familien**, deren Kräfte und Ressourcen sie mobilisieren wollen.
6. Die **Hilfen werden offensiv bekannt gemacht** durch: Zeitungsanzeigen und Programmflyer, durch Kollegen der wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie über die anderen sozialen Einrichtungen im Stadtgebiet.

### **Analyse der Lebenslagen von Kindern und Familien in der Region (0 bis 10 Jahre)**

In Dormagen leben 65.000 Bürgerinnen und Bürger. 1.300 Kinder lebten im Jahr 2005 in Dormagen an der Armutsgrenze. Genau bei diesen Kindern wurden verstärkt Auffälligkeiten bei der Sprachentwicklung, motorischen Entwicklung, seelischen Gesundheit, sozialen Kompetenz etc. festgestellt (Beispiele siehe **Abbildung 1 bis 3**). Außerdem haben wir

festgestellt, dass diese Kinder beim Aufwachsen benachteiligt sind. Hilfen kommen oft zu spät und sind dann sehr aufwändig!

Wir haben untersucht, wie sich die Schulbildung der Mutter auf die Sprachentwicklung der Kinder auswirkt. Die Unterschiede sind nicht gravierend, es ist jedoch eine Benachteiligung festzustellen (**Abbildung 1**). Außerdem haben wir Untersuchungen zu Sprachdefiziten in Bezug auf Nationalität (**Abbildung 2**) und auf die Stadtteile (**Abbildung 3**) vorgenommen.

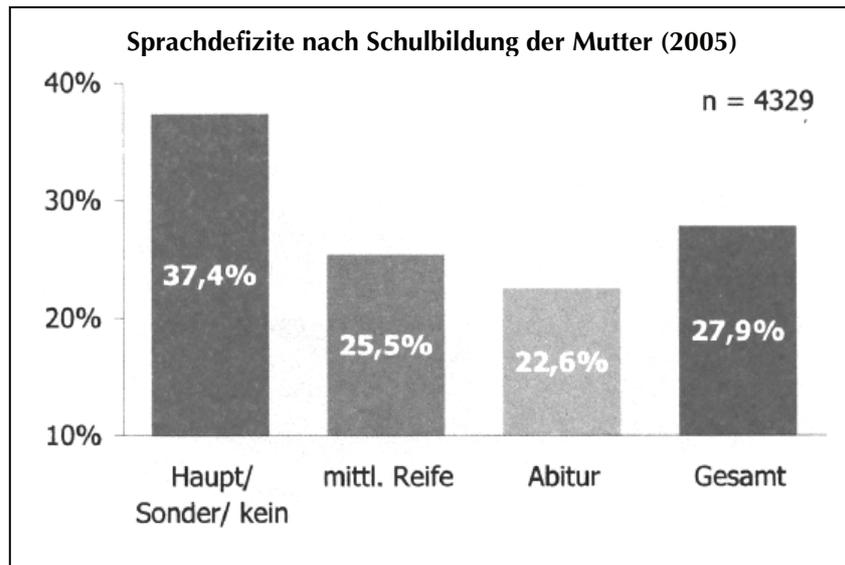


Abbildung 1

© Martina Hermann-Biert

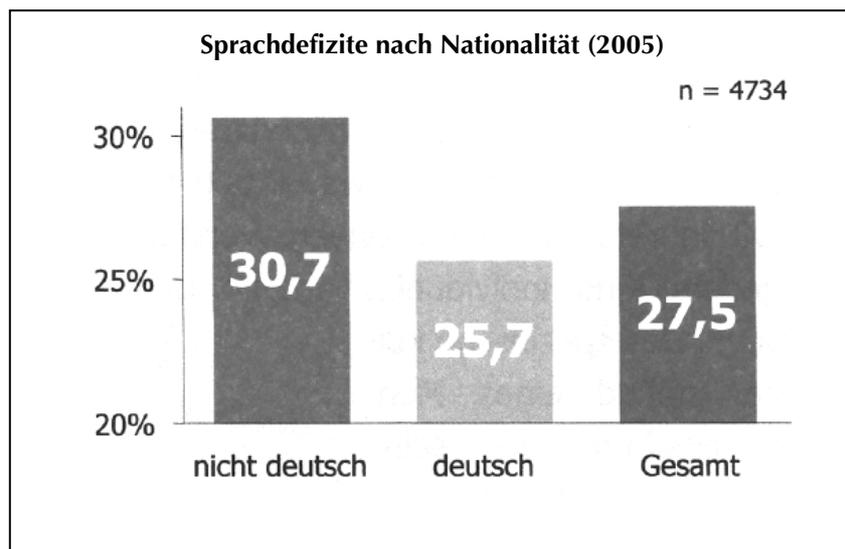


Abbildung 2

© Martina Hermann-Biert

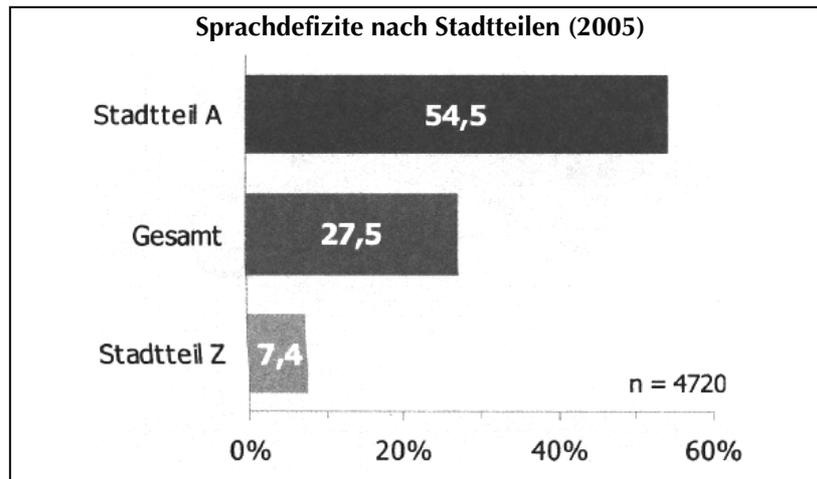


Abbildung 3

© Martina Hermann-Biert

Stadtteil A ist ein Hochhausgebiet, das in den siebziger Jahren entstanden ist. Es ist gekennzeichnet durch einen hohen Ausländeranteil, einen hohen Anteil an Hartz-IV-Empfängern und Alleinerziehenden. Dort weisen 54,5 Prozent der Kinder Sprachdefizite auf. Im Vergleich dazu sind es im Stadtteil Z, dem reichsten Stadtteil von Dormagen, lediglich 7,4 Prozent. Im Stadtteil Z besuchen alle Kinder im entsprechenden Alter den Kindergarten. Im Stadtteil A gingen 6 Prozent der Kinder nicht in den Kindergarten und gerade diese Kinder hätten es am nötigsten gehabt.

### Was bedeutet kindgerechte Armutsprävention in Dormagen?

1. Begonnen wird zum jeweils frühestmöglichen Zeitpunkt (Präventionskette).
2. Existenzielle Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes werden gesichert (Schulmittelfreiheit, Familienpass, Betreuungsplatz, Elternschule, Untersuchung U 7a umsonst, Mittagessen für 1 Euro etc.)
3. Förderung von Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit sind Bestandteil.
4. Eltern und Kinder sind erste Adressaten.
5. Die Lebenswelt der Kinder (KiTas, Schule, Stadtteil etc.) nimmt Einfluss (NeFF Dormagen ein strategisches Netzwerk mit vielen Handlungsnetzwerken).
6. Förderung und Stärkung der Potenziale und Ressourcen des Kindes werden umgesetzt („Papilio“).
7. Mögliche kindliche Entwicklungsdefizite werden verhindert oder bewältigt (durch strategische Frühförderkonzepte U 7a, Elternschulen, Prokita).
8. Umfassende Angebote an Bildung und Erziehung (Elternschule), Betreuung (Dormagener Modell) sowie Beratung sind vorhanden: Sie sind jedem Kind finanziell und emotional zugänglich.
9. Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial-, Jugend-, Gesundheitswesens sind verantwortlich für bedarfsgerechte und passende Angebote.
10. Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gestalten primär wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

## Grundlage des Präventionsprogramms

§ 1 (3) SGB VIII (KJHG) verpflichtet die Jugendhilfe,

1. junge Menschen in ihrer **individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden und/oder abzubauen,**
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen,
3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen,
4. **dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.**

Das Pulheimer Jugendamt hat eine Unterteilung der Familien vorgenommen (**Abbildung 4**). Angesetzt wird bereits im mittleren Bereich, in dem ein Risiko für die Kinder besteht, und im oberen Bereich setzt der Kinderschutz ein. In den unteren Bereichen geht es in erster Linie um die Mitarbeit der Eltern, im Kinderschutzbereich müssen wir oft auch gegen den Willen der Eltern eingreifen. Wir gehen jedoch davon aus, dass sich die meisten Familien in den unteren Bereichen befinden.

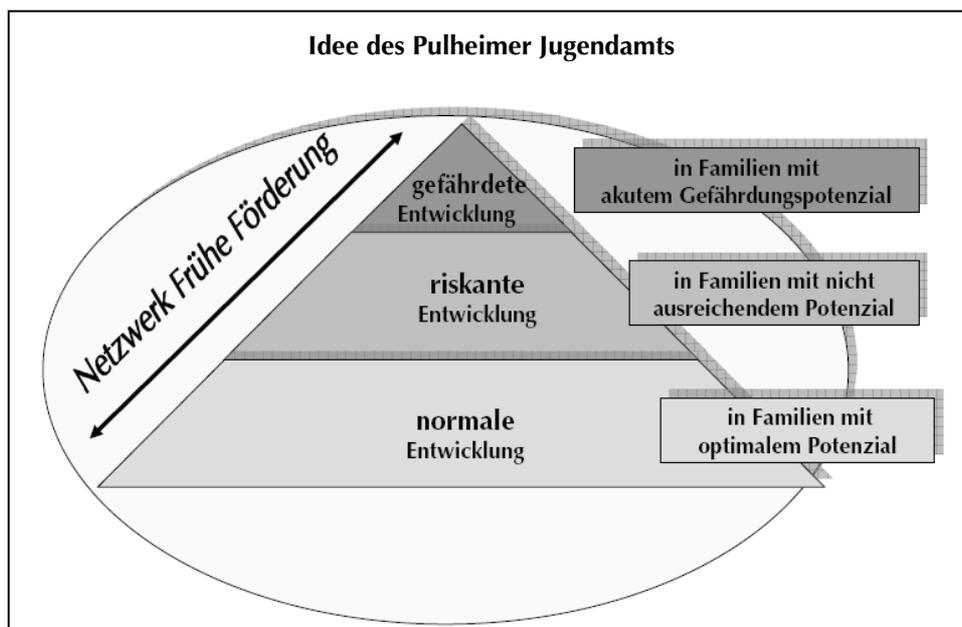


Abbildung 4

© Martina Hermann-Biert

## Leitziele des Präventionsprogramms

1. Die Stadt Dormagen unterstützt über ein Netzwerk die frühe Förderung von Kindern und Präventionsprojekte und fördert Familien in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.
2. Die Fachkräfte der Stadt Dormagen nutzen das bis Herbst 2007 entwickelte Präventionsprogramm, das vor allem darauf zielt, Benachteiligungen durch Armut abzubauen.

3. Kinderschutz wird in der Stadt Dormagen als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe thematisiert.
4. In Dormagen wird seit Sommer schrittweise ein interinstitutionelles System (Präventionskette) früher Hilfen (im Rahmen der NRW Initiativen zur Schaffung von „Frühwarnsystemen“) eingeführt.
5. Das Präventionsnetzwerk bildet Fachkräfte, Eltern, Kinder und Politiker zu den Themen: Frühe Förderung, Prävention, Kinderschutz und Kinderarmut weiter und versteht sich als kommunales Bildungsnetzwerk.

### Schwerpunkte des Präventionsprogramms

- **Dialogische Entwicklung des Präventionsprogramms,**
- **Kinderarmut wird in Dormagen thematisiert und bekämpft:** Fachtagung zum Thema, finanzielle Ressourcen ermitteln, umwandeln oder schaffen (DorMagen: Mittagessen für 1 Euro, Elternschulen, Schulmittel- und Schülerfahrtkostenbefreiung, Verbesserungen beim Familienpass wie U 7a, etc.),
- **Bildungskommune:** Fachtagungen zu Entwicklungsthemen, inhaltliche Gestaltung des Jugendhilfeausschusses und Schulausschusses, Weiterbildung von Fachkräften („Palme“, Kinderschutz, Systemische Familienberatung, etc.), Ausbau von Elternschulen,
- **Gesundheitsförderung:** Ausbau der Zusammenarbeit von Gesundheitswesen, Schulen, Kinderärzten, Kindergärten und Jugendhilfe (Prokita, „Gewichtig“, U-Untersuchungen, bewegte Grundschule, etc.),
- **Aufbau eines Präventionsnetzwerkes (NeFF Dormagen):** Fachkräftenetzwerk aus Mitarbeitern der Verwaltung und der freien Träger, Gesundheitswesen, Schulen etc. mit der Aufgabe, Qualität zu entwickeln und zu sichern,
- **Aufbau einer Präventionskette:** Ausgehend von den Entwicklungsphasen der Kinder im Elementar- und Primarbereich (Schwangerschaft, Geburt, Kindergarten, Grundschule).

Das Netzwerk beginnt mit seiner präventiven Arbeit bereits vor der Geburt eines Kindes. Der Bürgermeister hat alle Gynäkologen, alle Hebammen, alle Beratungsstellen eingeladen und wir haben gemeinsam überlegt, wie wir möglichst schon vor Geburt Unterstützung für Risikoschwangere anbieten können. Das Risiko ist hier weniger gesundheitlich gemeint, sondern eher sozial: Frauen ohne Partner, Frauen, die keine Wohnung haben, die sich mit der Geburt und dem Aufziehen eines Kindes überfordert fühlen usw.

Solche Zusammenkünfte haben wir mit allen Beteiligten durchgeführt. Außerdem führen wir Fortbildungen und Risikoabwägungen mit allen Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Tagesmüttern, mit allen, die mit Kindern zu tun haben, damit wir alle im Stadtgebiet über das gleiche Handwerkszeug verfügen und die gleiche Sprache sprechen, sowie gemeinsame Fachtagungen durch. Es bringt große Vorteile, wenn wie in unserem Fachbereich alle Ämter wie das Schulamt vereinigt sind. Der Bürgermeister hat alle 14 Grundschulleiter eingeladen und ihnen mitgeteilt, dass wir mit ihnen einen Fachtag durchführen möchten, an dem sie in Sachen Kinderschutz fortgebildet werden sollen. Ein solcher Fachtag hat inzwischen dreimal stattgefunden, jeweils an einem Sonnabend, direkt im Anschluss

an die Sommerferien, von 9:00 bis 17:00 Uhr, und fast alle Lehrer nahmen daran teil. Sie haben ein großes Interesse daran, sich zu diesem Thema fortzubilden.

Die Stadt Dormagen konnte einen Kinderarzt gewinnen, der im Projekt „Kita“ arbeitet, das heißt, er arbeitet seit zwei Jahren in den drei „problematischsten“ Stadtteilen von Dormagen in den Tageseinrichtungen und untersucht im Einverständnis mit den Eltern oder auch im Beisein der Eltern die Kinder und gibt Empfehlungen. Dieser Arzt ist dem Gesundheitsamt des Kreises angegliedert, die Stadt Dormagen finanziert diese zusätzliche Leistung.

Es wurde ein Präventionsnetzwerk aufgebaut, in dem alle Fachbereiche beteiligt sind (**Abbildung 5**).

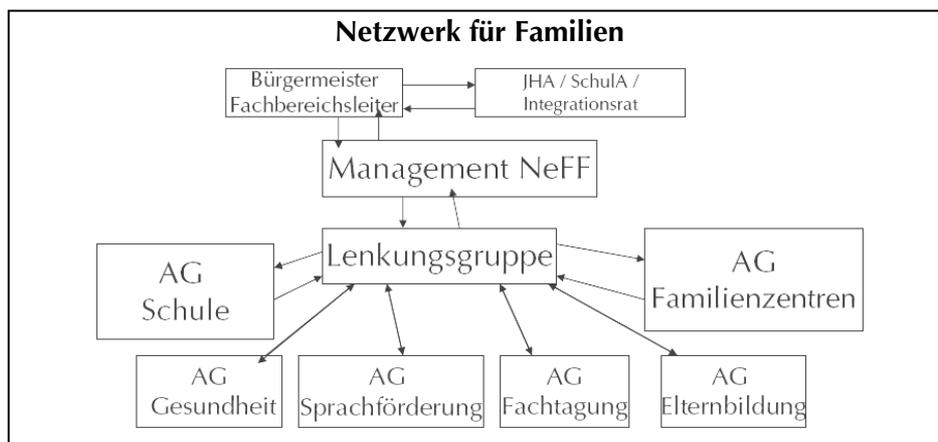


Abbildung 5

© Martina Hermann-Biert

In der Managementgruppe sitzt unser Präventionsbeauftragter mit einer Kollegin von der Caritas, dem größten freien Träger in Dormagen mit dem meisten Personal, der ein Haus der Familie und eine Beratungsstelle betreibt und sehr viele Bereiche abdeckt. Diese Managementgruppe plant das Projekt und schreibt es fort.

Die Lenkungsgruppe tagt zweimal im Jahr. Dieser gehören Personen an, die über Einfluss oder Geld verfügen oder direkt an der Basis tätig sind. Ich selbst bin zum Beispiel ebenfalls Mitglied in dieser Lenkungsgruppe, außerdem die Produktverantwortliche für die Tagungsbetreuung, die Leiterin der Schulverwaltung, der Kinderarzt, eine Sonderschulleiterin und Kolleginnen, die Familienzentren leiten.

In diese Lenkungsgruppe geben alle in Dormagen gebildeten Arbeitsgruppen Rückmeldungen über ihre Ergebnisse, worauf dort eine weitere Planung stattfindet. Die Arbeitsgruppen erhalten einen Auftrag, der abgearbeitet und abgeschlossen wird, bis der nächste Auftrag an sie gegeben wird.

Alle Ergebnisse werden an den Jugendhilfeausschuss, den Schulausschuss und den Integrationsrat gegeben. Wir legen großen Wert darauf, dass alles, was wir erarbeiten, auch in die Politik einfließt. Die Bedürfnisse und Bedarfslagen der Familien sollen auch in der Politik ankommen, damit uns entsprechende Handlungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Bei unserer gesamten Arbeit ist uns der **Dialog als Methode** besonders wichtig:

- Dialog mit der Politik,
- Dialog in der Verwaltung,
- Dialog mit den freien Trägern,
- Dialog mit den Fachkräften,
- Dialog mit den Eltern,
- Dialog mit den Kindern.

Unsere Partner und Klienten müssen wissen, was wir tun, und wir müssen wissen, was sie von uns erwarten. Alle sollen mit einbezogen werden. Wir wollen kein Konzept entwickeln, das zum Beispiel die Eltern überhaupt nicht interessiert.

### Design eines Kinderschutzkonzeptes

Das Konzept enthält überwiegend Aufgaben im Vorfeld des Kinderschutzes (**Abbildung 6**). Diese Aufgaben haben wir in die Bereiche „Werdende Mütter“, Hilfen von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr“, „Hilfen im Kindergartenalter“, „Hilfen in der Grundschule“ unterteilt.

Design eines Kinderschutzkonzeptes				
<b>V O R F E L D</b>	Hilfen für werdende Mütter	Hilfen von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr	Hilfen im Kindergartenalter 3.-6. Lebensjahr	Hilfen in der Grundschule ab 6. Lebensjahr
	<b>Prävention</b>	<b>Prävention</b>	<b>Prävention</b>	<b>Prävention</b>
	<b>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</b>			
	<b>Grundbedürfnisse sichern</b>	<b>Grundbedürfnisse sichern</b>	<b>Grundbedürfnisse sichern</b>	<b>Grundbedürfnisse sichern</b>
<b>Kinderschutz</b>	<b>Kinderschutz im Einzelfall:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risikoabwägung</li> <li>▪ Kooperationspartner</li> <li>▪ Hilfen</li> </ul>	<b>Kinderschutz im Einzelfall:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risikoabwägung</li> <li>▪ Kooperationspartner</li> <li>▪ Hilfen</li> </ul>	<b>Kinderschutz im Einzelfall:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risikoabwägung</li> <li>▪ Kooperationspartner</li> <li>▪ Hilfen</li> </ul>	<b>Kinderschutz im Einzelfall:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risikoabwägung</li> <li>▪ Kooperationspartner</li> <li>▪ Hilfen</li> </ul>

Abbildung 6

© Martina Hermann-Biert

### Präventionskette

An dem oben beschriebenen Design richtet sich unsere konkrete Arbeit aus (**Abbildung 7**). Wir besuchen alle Kinder nach der Geburt zu Hause. Das ist jedoch nur eine Maßnahme in der Präventionskette. Wir beginnen vor der Geburt mit der Präventionsarbeit

und stehen dabei in enger Kooperation mit den Gynäkologen und in regelmäßigem Austausch, auch mit den Hebammen.

<b>Präventionskette</b>			
Hilfen für werdende Mütter	Hilfen von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr	Hilfen im Kindergartenalter 3.-6. Lebensjahr	Hilfen in der Grundschule ab 6. Lebensjahr
<p><b>Prävention:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Infos und Hilfen</li> <li>➤ Ausbau Elternbildung</li> <li>➤ Ausbau Familienzentren</li> </ul>	<p><b>Prävention:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ <b>Hausbesuch</b> mit Elternbegleitbuch</li> <li>➤ Betreuungsplatzgarantie ab 4. Monat</li> <li>➤ Ausbau der Elternschulen</li> </ul>	<p><b>Prävention:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Betreuungsplatzgarantie</li> <li>➤ Ausbau Elternbildung</li> <li>➤ Gesundheitsförderung/</li> <li>➤ Gesundheitsvorsorge</li> <li>➤ Weiterbildung für Fachkräfte</li> <li>➤ Papilio – Kinder stärken</li> </ul>	<p><b>Prävention:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Betreuungsplatzgarantie</li> <li>➤ Hausbesuch der Erstklässler durch Lehrer</li> <li>➤ Weiterbildung der Pädagogen</li> </ul>
<p><b>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Pers. Beratung durch Gynäkologen/ Geburtskliniken</li> <li>➤ Vermittlung an Beratungseinrichtungen</li> </ul>	<p><b>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Babyclubs</li> <li>➤ Krabbelclubs</li> <li>➤ Kostenl. Elterbildung</li> <li>➤ Ausbau von Familienzentren</li> <li>➤ Familienpass</li> </ul>	<p><b>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Elternbildung</li> <li>➤ <b>Hausbesuch</b> der Kinder, die keinen Kindergarten besuchen</li> <li>➤ Prokita / U 7a</li> <li>➤ Palme</li> <li>➤ Familienpass</li> </ul>	<p><b>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Fahrkostenerstattung</li> <li>➤ Nachhilfe</li> <li>➤ Familienpass</li> </ul>
<p><b>Grundbedürfnisse sichern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Gesundheitsvorsorge/ Krankenversicherung</li> <li>➤ Wohnraum</li> </ul>	<p><b>Grundbedürfnisse sichern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Gesundheitsvorsorge/ Krankenversicherung</li> </ul>	<p><b>Grundbedürfnisse sichern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mittagessen 1 Euro</li> <li>➤ Krankenversicherung</li> </ul>	<p><b>Grundbedürfnisse sichern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mittagessen 1 Euro</li> <li>➤ Schulmittelfreiheit</li> <li>➤ Schülerfahrtkosten</li> </ul>

Abbildung 7

© Martina Hermann-Biert

Vor kurzem wurden beispielsweise in Dormagen Zwillinge geboren – bei zwei jungen Menschen, die allein schon mit sich selbst überfordert waren und auch noch einen großen Hund hatten. Der Gynäkologe hat sich bei uns gemeldet und empfohlen, dass wir gemeinsam ein Konzept ausarbeiten. Die zuständige Bezirkssozialarbeiterin hat sich mit der Hebamme und einer Familienhelferin zusammengesetzt und ein Konzept erstellt. Eine tägliche Betreuung dieser Familie ist inzwischen sichergestellt. Die unterschiedlichen Professionen ergänzen sich in der Aufgabenteilung und erarbeiten eine gemeinsame Hilfeplanung. Das gibt uns das Gefühl, dass wir gemeinsam alles getan haben, um einen möglichen Kinderschutzfall zu vermeiden. Wenn die Sozialarbeiterin oder die Hebamme

nach einem Kontakt mit der Familie besorgt ist, reflektieren wir das im Dialog und führen eine Risikoabwägung durch. Gemeinsam mit Beteiligten unterschiedlicher Profession ist man in der Lage, ein besseres Hilfsangebot zu erarbeiten, es gibt allen außerdem mehr Sicherheit.

Wir besuchen **jede Familie**, um niemanden zu diskriminieren. Innerhalb der letzten zwei Jahre haben wir 1.000 Familien aufgesucht. Lediglich drei Familien haben uns nicht in die Wohnung gelassen. Der Sozialarbeiter/die Sozialarbeiterin, der/die für die Familie zuständig ist, führt einen freundlichen Antrittsbesuch, keine Kontrolle durch, stellt sich vor, gratuliert zur Geburt des Kindes und fragt nach eventuellen Bedürfnissen. Die Familien erhalten ein Begleitbuch, in dem alle Hilfsangebote, die wir oder andere vorhalten, nachzulesen sind, sowie ein paar Geschenke. In dem Begleitbuch steckt gleich vorn die Visitenkarte des/der Kolleg/in. Wir beabsichtigen damit, dass die Menschen, die uns nicht kennen und Vorbehalte gegen uns haben, uns im Bedarfsfall eine Rückmeldung geben, weil sie den Antrittsbesuch in angenehmer Erinnerung haben.

In 10 Prozent dieser ersten Hausbesuche gab es eine kurze Beratung, die Eltern haben uns Fragen gestellt, etwa wenn das Baby sehr viel schreit oder andere Probleme auftauchen und die Eltern unsicher sind. 250 der besuchten Familien haben später bei uns angerufen, weil sie Probleme mit dem älteren Geschwisterkind hatten und sie in dem Begleitbuch auch dazu Hilfsangebote fanden. In 8 Prozent der Familien haben wir Hilfen unterschiedlichster Art eingerichtet, wobei wir auf verschiedene Kooperationspartner (Vereine u.a.) zurückgegriffen haben.

Unerlässlich ist die **Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren**. Die Anmeldung zur Übergabe eines Babybegrüßungspaketes durch eine Sozialarbeiterin in einer jungen Familie, deren Säugling bereits verstorben ist, ist so zukünftig zu verhindern.

Unser Ziel ist es, möglichst vielen Eltern frühe Hilfen anzubieten und dass diese Eltern uns und unsere Hilfen akzeptieren und keine Angst vor uns haben.

Wir arbeiten weiter mit den Familien, wenn die Kinder nicht den Kindergarten besuchen. Inzwischen haben wir es erreicht, dass 100 Prozent der Dreijährigen in die Einrichtungen gehen. Wenn ein Kind nicht den Kindergarten besuchen würde, würden wir in Kooperation mit der zuständigen Einrichtungsleiterin einen Hausbesuch durchführen und fragen, wo die Ursache dafür liegt: am Geld, an Vorbehalten gegen Kindertageseinrichtungen o.a. Unser Ziel ist es hier, dass möglichst alle Kinder in den Kindergarten gehen, um möglichst früh gefördert zu werden.

Außerdem bieten wir immer wieder **Elternbildung** an sowie **Fortbildungen für Grundschullehrer**. Von den 14 Grundschulen führen die Lehrer/innen aus zwei Grundschulen freiwillig **Hausbesuche bei den Erstklässlern** durch. Dies geschieht als Pilotprojekt in diesem Jahr und die Rückmeldungen der Lehrer/innen und Eltern sind positiv. Die Eltern freuen sich über diesen Besuch. Eltern sind in solchen Augenblicken – wenn ein Kind geboren wird, in den Kindergarten und in die Schule kommt – besonders motiviert. Es ist sehr wichtig, dass die Lehrer/in sich kurz in einer entspannten Atmosphäre vorstellt und der Kontakt zwischen Eltern und Lehrer geknüpft wird, bevor eventuell Probleme in der Schule auftreten.

Inzwischen beteiligen sich viele Akteure an dem Familien-Netzwerk. Natürlich brauchten wir manchmal einige Anläufe, bis wir beispielsweise die Lehrer/innen oder auch andere Professionen gewonnen haben, und alle konnten wir nicht gewinnen. Aber denjenigen, die mitarbeiten, macht das Freude. Unsere Hoffnung besteht darin, dass wir möglichst noch viel mehr Akteure in die Präventionskette einbinden können. Ich denke, es gibt noch viele Ressourcen und viel Potenzial in unserer Stadt.

Einen einzelnen Jugendamtsmitarbeiter, der für 6.000 Menschen zuständig ist, kennt niemand, während die Erzieherinnen in den Kitas und die Lehrer/innen jeden Tag mit den Kindern zusammen sind. Wir erwarten daher von ihnen, dass sie uns zu einem Zugang verhelfen, so dass wir gemeinsam die Kinder und Familien unterstützen, statt dass sie uns nur anrufen, um uns Auffälligkeiten zu melden, und wir sollen allein zusehen, wie wir Abhilfe schaffen. Präventionsarbeit ist Gemeinschaftsarbeit mit allen Professionen, die mit Kindern zu tun haben.

### **Schlagworte zum Modell**

- **Größtes Risiko: ARMUT.**
- **Bester Kinderschutz: PRÄVENTION.**
- **DIALOG ist der Weg.**
- Diskriminierungseffekte vermeiden.
- **Haltung aller Akteure ist entscheidend.**
- Vorhandene Ressourcen nutzen.
- Gemeinsam auf dem Weg zur **Bildungskommune.**

## **Berichterstattung aus der Arbeitsgruppendifkussion zum Thema: „Was bedeuten die in den Eingangsvorträgen vorgestellten Informationen und Analysen für die Gestaltung meiner eigenen Arbeit in der Jugendhilfe vor Ort?“**

THOMAS KLEIN  
Jugendhilfeplaner, Stadtjugendamt Düsseldorf

PROF. DR. KERSTIN DELLEMANN  
Dozentin, Berufsakademie Gera

KERSTIN LANDUA  
Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin

**Thomas Klein:** Die Auswirkungen von Armut auf Bildung, Erziehung, die Sozialisationsbedingungen von Kindern insgesamt, so wie sie im Vortrag von Prof. Grundmann zusammengefasst wurden, sind grundsätzlich bekannt und werden in der Jugendhilfe gesehen und berücksichtigt.

Dies gilt insbesondere für die Arbeit in Tageseinrichtungen, in der Ganztagsbetreuung an Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen und bei ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung.

Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die künftigen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen werden in der Jugendhilfe dagegen derzeit noch fast ausschließlich in planerischen Zusammenhängen betrachtet. Fragen zur Überalterung der Gesellschaft spielen nur bei der Gestaltung konkreter Projekte in kleinräumigen, sozialräumlichen Zusammenhängen eine entscheidendere Rolle.

Beim Thema „Armut von Kindern“ gilt:

Je eher eine Förderung und Unterstützung benachteiligter Kinder greift, desto größer sind die Chancen, die Auswirkungen dieser Benachteiligungen auszugleichen.

Wichtige Ansatzpunkte, um Veränderungen und Verbesserungen zu erreichen, ergeben sich für die Jugendhilfe daher vor allem in Tageseinrichtungen und Grundschulen.

Dabei muss jedoch zunächst konstatiert werden, dass gerade im Elementar- und Primarbereich in vielerlei Hinsicht eine strukturelle Unterfinanzierung festzustellen ist. Dies schränkt Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten erheblich ein.

Beispiel:

Die Finanzierung der Ganztagsbetreuung an Grundschulen im Rahmen der offenen Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen reicht trotz häufiger zusätzlicher kommunaler Eigenleistungen nicht aus.

Ohne gesteigerte finanzielle und administrative Unterstützungsmaßnahmen wird es daher auch nicht möglich sein, den hinreichend beschriebenen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland zu durchbrechen.

Eine Vielzahl guter Ansätze ist in den Konzepten der Jugendhilfe dennoch erkennbar, um sozialer Deprivation von Kindern und Jugendlichen, hervorgerufen durch Armut, zu begegnen.

Angesprochen wurden:

- Sozialräumliche Kooperationen von Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen, kommunalen Dienststellen und „Nachbarschaften“,
- Familienzentren, Zentren für Kinder und Eltern,
- Elternschulen,
- Bündnisse für Erziehung und Bildung,
- Stadtteilmütter.

Unterstützungsmaßnahmen für Eltern und Kinder sind hilfreich und nützlich, können jedoch grundsätzlich keine durch Armut ausgelösten Segregationsprozesse verhindern.

Besprochen und diskutiert wurde auch eine bestehende inhaltliche Verbindung der in den Eingangsvorträgen vorgestellten Themen „Armut von Kindern“ und der „Armut an Kindern“.

Die zentrale Ressource für wirtschaftliches Wachstum in einer Großstadt sind vor allem qualifizierte Menschen, die qualifizierte Arbeitsplätze einnehmen können.

Nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen ab, wird es immer schwieriger, ausreichend zu qualifizierende Jugendliche zu finden. Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Armut im Bildungssystem benachteiligt werden, kann man sich vor diesem Hintergrund nicht leisten. Die Qualität des Bildungssystems wird so zum Standortfaktor und zu einem wichtigen kommunalen Thema, wie aktuelle Stadtentwicklungskonzepte zeigen.

Im Rahmen integrativer Handlungskonzepte ist dann auch das fachliche Know-how der Jugendhilfe gefragt, die Jugendhilfe wird hier als wichtiger Partner erkannt. Hierin liegt sicher eine besondere Chance.

Umso wichtiger ist es allerdings, darauf zu achten – so die Einschätzung in der Arbeitsgruppe –, dass in den angestrebten Handlungskonzepten nicht eine Verengung auf einen Bildungsbegriff erfolgt, der einzig und allein auf die Reproduktion von Arbeitskräften abzielt.

**Prof. Dr. Kerstin Dellemann:** Es gibt sicher viele Parallelen zu den anderen Arbeitsgruppen, daher beschränke ich mich auf wesentliche Aspekte.

Die demografische Entwicklung spielte in unserer Arbeitsgruppe keine Rolle, dafür aber die Auseinandersetzung mit dem Problem der Kinderarmut. Es entspann sich zunächst

eine Diskussion zum Armutsbegriff an sich, bevor man sich den Anforderungen an die Jugendhilfe widmete.

Die Jugendhilfe hat zunächst die wichtige Aufgabe, wo immer sie die Möglichkeit hat, auf die Problematik der Kinderarmut und der damit verbundenen Folgen aufmerksam zu machen und dies immer wieder zu thematisieren.

Parallel hat Jugendhilfe die Aufgabe, Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen, präventiv tätig zu werden. Dabei muss sie sich allerdings auch selbst fragen, ob sie nicht eventuell hier und da arme Kinder und Familien sogar selbst benachteiligt.

Die Diskussion richtete sich auf drei Ebenen, auf denen die Jugendhilfe gefordert ist, tätig zu werden. Einmal ist beim Kind selbst anzusetzen, außerdem bei seiner Familie und drittens im sozialen Umfeld.

Es geht als beste Voraussetzung für Prävention immer darum, Kinder und Familien zu stärken, ihnen Möglichkeiten zu schaffen, Selbstwertgefühl zu entwickeln, und für Kinder und ihre Familien Selbstwirksamkeitserfahrungen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang haben wir auf die Bedeutung der frühen Hilfen, der Familienbildung und Frühförderung aufmerksam gemacht. Diese Maßnahmen sind sehr wichtig, um die Kinder und Familien frühzeitig zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion haben wir die Bildung als zentrales Recht für Kinder herausgestellt. Wir waren der Meinung, dass anstelle der Selektion von Kindern in Spezialeinrichtungen die Stärkung aller Regelangebote notwendig ist, sowohl im Bereich der Kindertagesstätten als auch im Bereich der Schulen und der Ausbildung. In diesem Zusammenhang wurde die Frage der Kommunalisierung von Grundschulen angesprochen.

Es steht fest, dass wir für die Stärkung von Regeleinrichtungen qualifiziertes Personal brauchen. Wenn Kindertageseinrichtungen einen Bildungsauftrag haben, ist entsprechend qualifiziertes Personal unabdingbar, das auch adäquat bezahlt wird.

Als Fazit aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe kann man formulieren: Kinderarmut ist nicht nur ein Thema der Jugendhilfe, sondern fordert die Einbindung aller Bereiche der Kommune. Das Institut für Urbanistik als Veranstaltungsort dieser Tagung bietet sicherlich eine Möglichkeit, auch noch andere Bereiche in den Kommunen zu diesem Thema mit an den Tisch zu holen.

**Kerstin Landua:**

**Thesenartige Berichterstattung zur Arbeitsgruppe – Moderation: Bruno Pfeifle**

**Folgende Aussagen standen am Ende unserer Arbeitsgruppe:**

**1. Weniger Kinder und Jugendliche heißt nicht, dass die Jugendhilfe (in Bezug auf Umfang und Finanzen) zurückgefahren werden kann.** Besser wäre (mehr) und weiter zu investieren, gerade für arme Kinder. Damit waren wir beim Gedanken der „demografisch-gesellschaftlichen Rendite“, bezogen auf Deutschland als Bildungsfaktor. Einigkeit bestand darüber, dass das Geld, das eingespart werden könnte, weil weniger Kinder da

sind, in Bildung und der „demografische Ertrag“ erkennbar in Kitas und Schulen investiert werden sollte.

**2. Förderung von Kitas in Unternehmen bzw. privatgewerbliche Kitas mit guter bis hervorragender Ausstattung versus schlecht/er ausgestattete öffentliche Kitas.** Werden nicht bereits hier Unterschiede produziert? Ist diese „Vielfalt“ richtig? Was ist mit dem präventiven Ansatz und der Chancengleichheit für alle, insbesondere auch arme Kinder?

**3.** Die Verbindung zwischen den beiden gestrigen Vorträgen fehlte ein bisschen, z.B in Bezug auf **bürgerschaftliches Engagement**. Als Beispiel wurde Mülheim an der Ruhr angeführt, die demografisch älteste Stadt, die dabei ist, für und mit älteren Bürgern Netzwerke zu organisieren, und sich auch fragt, wo die Chancen dieser Entwicklung liegen.

**4.** Damit waren wir bei der – in der Praxis schwierigen – **„Planungsfrage“**: Sozialplanung, Stadtplanung, Jugendhilfeplanung, Schulentwicklungsplanung sollten miteinander darüber kommunizieren, was gemeinsam für die Verminderung von Kinderarmut getan werden kann und wie man die älteren Bürger dabei mit einbeziehen/„nutzen“ kann (eigenes Tagungsthema).

Woran könnte eine gelingende Planung festgemacht werden, im Sinne von:

- An welchen Ergebnissen? Wo wollen wir eigentlich hin?
- Was wollen wir erreichen, wenn wir über Kinderarmut reden?

**5.** Als ein wichtiger Faktor wurde **„Familienbildung“** genannt.

Wie sieht die für arme Familien aus? Hier liegt noch viel Entwicklungspotenzial. Mit welchen Konzepten sollte Familienbildung arbeiten, welche sollte sie (neu) erarbeiten?

**6.** Interessanter Satz (in Bezug auf Veröffentlichung von Zahlenwerken):

**Wir müssen uns mal entscheiden, ob wir stigmatisieren wollen oder nicht, ...** um einen Grund zu haben, der Politik, Kämmerei usw. den besonderen Förderbedarf zu signalisieren.

Wie kann diese „Stigmatisierung“, also wer arm ist, sichtbar gemacht werden? Arm sind nicht nur Hartz-IV-Empfänger, sondern auch z.B. Familien mit mehreren Kindern, mit niedrigem Einkommen, betroffen von Arbeitslosigkeit oder gesundheitlichen Problemen etc., die ihren Kindern nicht viel bieten können. Wie kann diesen Familien geholfen werden? Zum Beispiel durch einen Fonds, finanziert von Wirtschaftsunternehmen, der unbürokratisch bei Härtefällen hilft.

**7.** Damit waren wir beim fürsorgenden Staat: Plädiert wurde für **Kooperation statt Einmischung**. Sozialstaatliche Leistungen bewirken oft das Gegenteil von dem, was sie sollen: Selbstverantwortung wird abgegeben, Selbsthilfepotenziale verkümmern. Wichtig ist es aber, gerade diese Eltern in ihrem Handeln zu stärken, für starke Kinder (damit nicht das Denken einsetzt: Meine Eltern haben das nicht geschafft, ich schaffe das also auch nicht.).

Einmischen aber auch im Sinne von: **die Stimme der Jugendhilfeplanung** sollte lauter werden, gerade da, wo auch Beschlüsse gefasst werden, z.B. im Jugendhilfeausschuss.

8. **Was müsste sich in der Kinder- und Jugendhilfe inhaltlich ändern?** – Es wurde auf Wolfgang Hinte und den **sozialräumlichen Ansatz** (gemeinwesenorientiert/stadtteilbezogen, Casemanagement etc.; zielgruppen- und bereichsübergreifend/kooperativ/ressourcenorientiert) verwiesen.



## Literaturhinweise

Alisch, Monika

**Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen.**

Opladen: Leske + Budrich (2002); 297 S.; Lit.; ISBN 3-8100-3354-5

Alisch, Monika ; Dangschat, Jens S.

**Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit.**

Opladen: Leske + Budrich (1998); 255 S.; Kt., Abb., Tab., Lit.

Allmenröder, Sabine

**Gelingende Sozialplanung braucht Standards in der Armuts- und Sozialberichterstattung.**

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main: Selbstverl.; 86 (2006); Nr. 3; S. 133-136; Abb., Lit.; ISSN 0012-1185

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. -AWO-, Bundesjugendwerk, Berlin (Hrsg.)

**(Kinder)Armut & Grundeinkommen.**

Berlin (2007); ohne Pag. nebst CD; Abb., Lit.

**Armut bestimmt Schullaufbahn. AWO veröffentlicht Endbericht der Langzeitstudie zur Kinderarmut.**

In: Forum Jugendhilfe, Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (2005); Nr. 4; S. 51-52; ISSN 0171-7669

**Armutsbewältigung. Eine Aufgabe der Sozialen Arbeit?! Themenschwerpunkt.**

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 33 (2008); Nr. 7-8; S. 9-54; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0340-8469

Baum, Detlef (Hrsg.)

**Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe.**

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. (2007); 404 S.; Abb., Kt., Lit.; ISBN 978-3-531-15156-4

Behrendt, Christina

**Die Effektivität der Sozialhilfe bei der Vermeidung von Armut in vergleichender Perspektive.**

In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Frankfurt/Main: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; 33 (2002); Nr. 1; S. 3-13; Abb., Lit.; ISSN 0340-3564

Beisenherz, H. Gerhard

**Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Das Kainsmal der Globalisierung.**

Opladen: Leske + Budrich (2002); 396 S.; ISBN 3-8100-3086-4

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (Hrsg.)

Große Starman, Carsten ; Schmidt, Kerstin

**Demographie konkret - Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik.**

Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung (2008); 104 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 978-3-89204-952-4

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (Hrsg.)

Klug, Petra ; Stühmeier, Romy

**Chancen ermöglichen - Bildung stärken. Handlungsempfehlungen für kommunale Entscheider, Träger und Kindertageseinrichtungen.**

Gütersloh (2008); 20 S. nebst DVD; Abb., Lit.; ISBN 978-3-89204-941-8

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (Hrsg.)

Klug, Petra ; Stühmeier, Romy

**Chancen ermöglichen - Bildung stärken. Zur Lebenssituation sozial benachteiligter Kinder in Deutschland.**

Gütersloh (2008); 60 S.; Abb., Lit.; ISBN 978-3-89204-941-8

Bertsch, Frank

**Kinder- und Jugendarmut. Armutsstrukturen und politische Verantwortung in Deutschland.**

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main: Selbstverl.; 83 (2003); Nr. 5; S. 194-200; ISSN 0012-1185

Bertsch, Frank

**Staat und Familien. Familien und Kinderarmut in Deutschland.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2002); Nr. 22-23; S. 11-30

Bertsch, Frank ; Just, Werner

**Armut und Überschuldung in der deutschen Zivilgesellschaft.**

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Berlin: Selbstverl.; 86 (2006); Nr. 5; S. 207-216; Lit.; ISSN 0012-1185

Bohn, Irina ; Buchmann, Peter

**„A Lobby for Children“ - Transnationales Austauschprojekt zur Prävention der Folgen von Armut bei Kindern.**

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Weinheim: Beltz; 57 (2006); Nr. 5; S. 32-37; ISSN 0342-2275

Bruhns, Kirsten ; Mack, Wolfgang (Hrsg.)

**Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen.**

Opladen: Leske + Budrich (2001); 356 S.; ISBN 3-8100-3040-6

Bürger, Ulrich

**Demografischer Wandel und Hilfen zur Erziehung. Grundlegende Anmerkungen und feldspezifische Betrachtungen.**

In: Forum Erziehungshilfen, Frankfurt/Main: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen - IGfH-; 13 (2007); Nr. 5; S. 260-269; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0947-8957

Bürger, Ulrich

**Heimerziehung im Kontext sozialer Ungleichheit.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 56 (2004); Nr. 1; S. 22-31; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0342-5258

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

**Nationaler Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“.**

**Ein Kinder- und Jugendreport zum Nationalen Aktionsplan (NAP).**

Berlin (2006); 106 S.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend -BMFSFJ-, Berlin;  
Prognos AG, Basel

Böhmer, Michael ; Heimer, Andreas ; Rüling, Anneli

**Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.**

**Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen  
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.**

Berlin (2008); 52 S.; Abb., Tab.

Butterwegge, Christoph

**Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich.**

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2004); 319 S.; Abb., Tab., Lit.;

ISBN 3-531-33707-6

Butterwegge, Christoph

**Kampf der Kinderarmut durch einen interventionsfähigen interventionsbereiten  
Wohlfahrtsstaat!**

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Weinheim: Beltz; 55 (2004); Nr. 1; S. 7-11;

Lit.; ISSN 0342-2275

Butterwegge, Christoph ; Klundt, Michael ; Zeng, Matthias

**Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 2., erw. u. aktual. Aufl.**

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2008); 378 S.; Abb., Tab., Lit.;

ISBN 978-3-531-15915-7

Butterwegge, Christoph

**Kinderarmut. Wie sie entsteht und was dagegen zu tun ist.**

In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 49 (2004); Nr. 1; S. 5-8; Lit.;

ISSN 0939-4354

Butterwegge, Christoph

**Wege aus der Kinderarmut.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2006);

Nr. 26; S. 32-38; Lit.; ISSN 0479-611X

Butterwegge, Christoph

**Wie man der wachsenden Kinderarmut begegnen und vorbeugen kann.**

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 52 (2004); Nr. 10; S. 435-441; Lit.;

ISSN 0012-0332

Butterwegge, Christoph ; Klundt, Michael (Hrsg.)

**Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im  
demografischen Wandel.**

Opladen: Leske + Budrich (2002); 244 S.; Lit.; ISBN 3-8100-3082-1

Chassé, Karl August

**Weltaneignung bei benachteiligten Kindern.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 54 (2002); Nr. 9; S. 381-391; Lit.;

ISSN 0342-5258

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. -dgh-, Aachen (Hrsg.)

Piorkowsky, Michael-Burkhard ; Mündner, Stefanie

**Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen  
durch Stärkung von Haushalts- und Familienkompetenzen.**

Aachen (2002); getr. Pag.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 3-936466-05-X

Deutscher Städtetag -DST-, Köln (Hrsg.)  
Reinhardt, Barbara ; Bode, Hans-Hermann  
**Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte. Arbeitspapier des Deutschen Städtetages.**  
Köln (2006); 50 S.; Tab., Lit., Kt.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Berlin (Hrsg.)  
Borchert, Jürgen ; Lutz, Ronald ; Klug, Petra ; Körner, Gernot u.a.  
**Kinderreport Deutschland 2007: Daten, Fakten und Hintergründe.**  
Freiburg/Br.: Velbert (2007); 220 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 978-3-86613-417-1

**Deutschland nur Mittelmaß. UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in Industrieländern. Wie sorgt Deutschland für seine Kinder – internationaler Vergleich.**  
In: ZKJ - Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Köln: Bundesanzeiger; 2 (2007); Nr. 5; S. 194-200; Abb.; ISSN 1861-6631

Ditton, Hartmut ; Krüsken, Jan  
**Sozialräumliche Segregation und schulische Entwicklung.**  
In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Leverkusen: Budrich; 2 (2007); Nr. 1; S. 23-38; Abb., Tab., Lit.; ISSN 1862-5002

Dragano, Nico  
**Gesundheitliche Ungleichheit im Lebenslauf.**  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2007); Nr. 42; S. 18-25; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Evangelischer Erziehungsverband e.V. -EREV-, Hannover (Hrsg.)  
**Jugendliche am Rand - Grundlagen und Projekte.**  
Hannover (2005)  
(EREV-Schriftenreihe; 2005/3)

Fendrich, Sandra ; Pothmann, Jens  
**Gehen der Heimerziehung in Ostdeutschland die Kinder aus?**  
In: SOS-Dialog, München: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (2007); Abb., S. 40-47; Abb., Tab., Lit.; ISSN 1435-3334

Fertig, Michael ; Tamm, Marcus  
**Kinderarmut in reichen Ländern.**  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2006); Nr. 26; S. 18-24; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Freigang, Werner ; Schone, Reinhold  
**Ja, mach nur einen Plan ... Demografischer Wandel und Jugendhilfe in Ostdeutschland. Eine Betrachtung der Entwicklung in der Stadt Neubrandenburg.**  
In: Forum Erziehungshilfen, Frankfurt/Main: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen - IGfH-; 13 (2007); Nr. 5; S. 270-276; Tab., Lit.; ISSN 0947-8957

Friedrich, Ellen  
**Alltagsrealitäten und Bewältigungsstrategien marginalisierter Jugendlicher. Eine qualitative Studie zu den Orientierungen und Perspektiven junger Menschen in einer Großwohnsiedlung.**  
Berlin: Logos (2003); 330 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-8325-0255-6

Fromm, Sabine ; Lang, Kristina

**Ein nicht eingelöstes Versprechen. Stellen die Unruhen in den Vorstädten Frankreichs das Konzept der Kohäsion in Frage?**

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 31 (2006); Nr. 5; S. 30-38; Abb., Lit.;  
ISSN 0340-8469

**Gesundheit und soziale Ungleichheit. Schwerpunktthema.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung  
(2007); Nr. 42; S. 3-38; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Gießen, Dezernat für Soziales und Jugend (Hrsg.); Univ. Gießen, Lehrstuhl für  
Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft (Bearb.)

Meier, Uta ; Mardorf, Silke

**Kommunaler Armutsbericht Gießen.**

Gießen (2002); 234 S., Anl.; Abb., Tab., Kt., Lit.; ISBN 3-930489-38-4

Groeger-Roth, Frederick

**Krankheitsrisiko Armut. Vernetzte Gesundheitsförderung in einem benachteiligten Stadtteil.**

In: SpielRäume, Bremen: Amt für Soziale Dienste; 13 (2006); Nr. 34/35; S. 21-23

Groh-Samberg, Olaf ; Grundmann, Matthias

**Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2006);  
Nr. 26; S. 11-18; Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Hagen, Christine ; Kurth, Bärbel-Maria

**Gesundheit von Kindern alleinerziehender Mütter.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung  
(2007); Nr. 42; S. 25-31; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Hagen, Jutta

**Wenn Überflüssige aufsässig werden. Armut als Ordnungsproblem.**

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 31 (2006); Nr. 2; S. 38-42; Lit.; ISSN 0340-8469

Hagen, Jutta ; Flatow, Sybille

**Armutsbekämpfung in Deutschland: Was hilft gegen Armut? Die Umerziehung der Armen!**

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 32 (2007); Nr. 4; S. 14-28; Lit.; ISSN 0340-8469

Heekerens, Hans-Peter ; Ohling, Maria

**Kinder, Armut und Sozialstaat.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 57 (2005); Nr. 9; S. 365-376; Tab., Lit.  
ISSN 0342-5258

Heindl, Ines

**Ernährung, Gesundheit und soziale Ungleichheit.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2007);  
Nr. 42; S. 32-38; Abb., Lit.; ISSN 0479-611X

Heintze, Isolde

**Sozialökologie, Arbeitslosigkeit und Aufwachsen. Die Bedeutung sozialräumlicher Kontexte für den Bildungserfolg von Kindern in ausgewählten Stadtteilen Dresdens.**

In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Leverkusen: Budrich; 2 (2007); Nr. 1; S. 39-51; Tab., Lit.; ISSN 1862-5002

Herz, Birgit ; Becher, Ursel ; Kurz, Ingrid u.a. (Hrsg.)

**Kinderarmut und Bildung. Armutslagen in Hamburg.**

Wiesbaden: VS-Verl. f. Sozialwissenschaften (2008); 149 S.; Abb., Lit.; ISBN 978-3-531-16087-0

Holz, Gerda

**Die armen Kinder. Junge Menschen als die unsichtbaren Verlierer von Hartz IV.**

In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden: Nomos; 153 (2006); Nr. 5; S. 193-195; Lit.; ISSN 0340-8574

Holz, Gerda

**Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2006); Nr. 26; S. 3-11; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Holz, Gerda ; Skoluda, Susanne

**Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen im frühen Grundschulalter. - Ergebnisse der 2. AWO-ISS-Studie.**

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Weinheim: Beltz Votum; 54 (2003); Nr. 5; S. 20-29; Tab., Lit.; ISSN 0342-2275

Homfeldt, Hans Günther ; Sting, Stephan (Hrsg.)

**Soziale Arbeit und Gesundheit. Eine Einführung.**

München: Reinhardt (2006); 244 S.; Lit.; ISBN 3-497-01867-8

Homfeldt, Hans Günther ; Sting, Stephan

**Soziale Arbeit und Gesundheit. Vergessene Zusammenhänge und Forschungsaufgaben**

In: Sozial Extra, Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften; 29 (2005); Nr. 9; S. 41-44; Lit.; ISSN 0931-279X

Horsky, Oliver

**Grundlagen des Jugendschutzes gegen Kinderarmut und ihre Folgen am Beispiel von Artikel 27 der Kinderrechtskonvention.**

In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 51 (2006); Nr. 3; S. 93-96; Lit.; ISSN 0939-4354

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung -IES-, Hannover (Hrsg.);

Borchers, Andreas ; Kukat, Marit

**Kommunale Strategien zur Armutsprävention. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik.**

Hannover (2002); 16 S.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. -ISS-, Frankfurt/Main (Bearb.);

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Berlin (Hrsg.)

Holz, Gerda ; Richter, Antje ; Wüstendörfer, Werner ; Giering, Dietrich

**Zukunftschancen für Kinder. Wirkungen von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit.**

**Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.**

Berlin (2005); XII, 274 S.; Abb., Tab., Lit.

Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH -ISW-, Halle/Saale ;  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung -BBR-, Bonn  
Kuhn, Christine ; Wagner, Gerald  
**Effiziente Instrumente und Strategien für die Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund der Demografie und Abwanderung. Endbericht.**  
Bonn (2005); 179 S.; Abb., Tab., Lit.  
(BBR-Online-Publikation; 2005/ Nr. 1)

Jost, Klaus  
**Auswirkungen der Armut bei Kindern und Jugendlichen.**  
In: Informationen für Erziehungsberatungsstellen, Fürth: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. (2003); Nr. 1; S. 16-22; Lit.; ISSN 1434-078X

Kaltenborn, Bruno  
**Soziale Sicherung für Angehörige von Niedriglohngruppen.**  
In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Frankfurt/Main: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; 33 (2002); Nr. 1; S. 14-21; Abb., Lit.; ISSN 0340-3564

Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde, Jugendamt (Hrsg.)  
**Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten. Ergebnisse und Wirkungen eines sozialräumlichen Verfügungsfonds am Beispiel Karlsruhe/Oststadt-West.**  
Karlsruhe (2003); ca. 130 S.; Abb., Tab., Kt.

Kessl, Fabian ; Reutlinger, Christian ; Ziegler, Holger  
**Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die 'neue Unterschicht'.**  
Wiesbaden: VS-Verl. f. Sozialwiss. (2007); 146 S.; Abb., Lit.; ISBN 978-3-531-15389-6

**Kinder in Deutschland 2007. World Vision-Kinderstudie.**  
In: ZKJ - Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Köln: Bundesanzeiger; 2 (2007); Nr. 12; S. 491-494; Lit.; ISSN 1861-6631

**Kinderarmut in Deutschland. Lösungsansätze für ein aktuelles Thema. Schwerpunktthema.**  
In: Jugendpolitik, Berlin: Deutscher Bundesjugendring -DBJR-; 33 (2007); Nr. 1; S. 7-29; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0939-8635

Krause, Hans-Ullrich  
**Abgehängt und ausgegrenzt. Erzieherische Hilfen zwischen Armut und Generationensolidarität.**  
In: Sozial Extra, Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss.; 30 (2006); Nr. 2; S. 28-30; Abb., Lit.; ISSN 0931-279X

Lampert, Thomas  
**Arme Kinder, kranke Kinder. Konsequenzen für die Sozial- und Gesundheitspolitik.**  
In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 51 (2006); Nr. 3; S. 82-86; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0939-4354

Lampert, Thomas ; Kroll, Lars Eric ; Dunkelberg, Annalena  
**Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland.**  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2007); Nr. 42; S. 11-18; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0479-611X

Lutz, Ronald

**Kinder, Kinder...! Bewältigung familiärer Armut.**

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 34 (2004); Nr. 1; S. 40-61; Tab., Lit.;  
ISSN 0342-9857

Martens, Rudolf

**Der Einfluss der Agenda 2010 auf Personen und Haushalte mit Kindern in Deutschland:  
Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 56 (2004); Nr. 7+8; S. 289-302; Tab.;  
ISSN 0342-5258

Meier, Uta

**Folgen materieller Armut für den Sozialisationsverlauf von Kindern.**

In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 49 (2004); Nr. 1; S. 14-19; Lit.;  
ISSN 0939-4354

Meier, Uta

**Infantilisierung von Armut und kein Ende in Sicht? Was Armut von Kindern für ihren  
Sozialisationsverlauf bedeutet.**

In: Frühförderung interdisziplinär, München: Reinhardt; 23 (2004); Nr. 4; S. 157-166;  
Abb., Lit.; ISSN 0721-9121

Meier-Gräwe, Uta

**Gedeihen trotz widriger Umstände!? Förderung von Resilienz bei armen Kindern und  
Jugendlichen.**

In: Interdisziplinäre Fachzeitschrift der DGgKV, Lengerich: Pabst; 10 (2007); Nr. 1;  
S. 70-89; Lit.; ISSN 1436-9850

Merten, Roland

**Stärken in der Armut? Differenzielle Entwicklungen trotz belastender  
Lebensbedingungen.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 56 (2004); Nr. 10; S. 421-432; Abb., Lit.;  
ISSN 0342-5258

Meyer, Christine

**Mit der Zeit kommt das Alter(n) in die Soziale Arbeit. Demografischer Wandel und die  
Auswirkungen auf Soziale Arbeit.**

In: Neue Praxis, Lahnstein: Verl. Neue Praxis; 38 (2008); Nr. 3; S. 268-286; Tab., Lit.;  
ISSN 0342-9857

Münster (Hrsg.)

Braese, Martina ; Kolodzey, Monika ; Lebkücher, Monika

**Münsteraner Armutsberichterstattung: Lebenslagen und -perspektiven unterversorgter  
Kinder und Jugendlicher in Münster.**

Münster (2002); 174 S.; Abb., Tab., Lit., Kt.

**NeFF - Netzwerk Frühe Förderung Schwerpunktthema.**

In: Jugendhilfe-Report, Köln: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (2008);  
Sonderausgabe; 26 S.; Abb., Lit.

Ohling, Maria

**Sozialhilfearmut von Familien „allein erziehender“ Mütter.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 56 (2004); Nr. 7+8; S. 303-312; Tab., Lit.;  
ISSN 0342-5258

Ohling, Maria ; Heekerens, Hans-Peter

**Die Kinderarmut in Deutschland wächst.**

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 30 (2005); Nr. 9; S. 35-42; Lit.; ISSN 0340-8469

Onnasch, Wolf

**Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf Jugendhilfeleistungen.**

In: Evangelische Jugendhilfe, Hannover: Evangelischer Erziehungsverband -EREV-; 85 (2008); Nr. 4; S. 230-233; Lit.; ISSN 0943-4992

Pavkovic, Gari

**Demografie und Migration: Anforderungen, Erwartungen und Chancen für die Jugendhilfe.**

In: Forum Erziehungshilfen, Frankfurt/Main: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen - IGfH-; 13 (2007); Nr. 5; S. 281-284; Lit.; ISSN 0947-8957

Pothmann, Jens

**Zusammenhang von Armutslagen und der Inanspruchnahme von Maßnahmen der Vollzeitpflege und Heimerziehung. Analyse regionaler Disparitäten im Horizont von ALG II-EmpfängerInnen und der Anzahl von Fremdunterbringungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen.**

In: Forum Jugendhilfe, Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (2007); Nr. 3; S. 32-36; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0171-7669

Reißlandt, Carolin ; Nollmann, Gerd

**Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2006); Nr. 26; S. 24-32; Lit.; ISSN 0479-611X

Reutlinger, Christian ; Mack, Wolfgang ; Wächter, Franziska ; Lang, Susanne (Hrsg.)

**Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa.**

Wiesbaden: VS-Verl. f. Sozialwissenschaften (2007); 262 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 978-3-531-14737-6

Richter, Matthias ; Lampert, Thomas ; Hurrelmann, Klaus

**Soziale Ungleichheit und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter.**

In: Gesellschaft Wirtschaft Politik, Leverkusen: Budrich; 55 (2006); Nr. 2; S. 195-209; Abb., Lit.; ISSN 0016-5875

Richter, Matthias ; Hurrelmann, Klaus

**Warum die gesellschaftlichen Verhältnisse krank machen?**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2007); Nr. 42; S. 3-10; Abb., Lit.; ISSN 0479-611X

Riehle, Eckart

**Hartz IV und die Kinder.**

In: Kind-Prax. Kindschaftsrechtliche Praxis, Köln: Bundesanzeiger; 8 (2005); Nr. 4; S. 133-134; ISSN 1434-8330

Riesling-Schärfe, Heike

**Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren. Ergebnisse guter Praxisbeispiele in Europa.**

In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007); Nr. 7/8; S. 519-528; Lit.; ISSN 0303-2493

Robert Koch-Institut, Berlin (Hrsg.); Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Bearb.)  
Klocke, Andreas ; Lampert, Thomas  
**Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit.**  
Berlin (2005); 22 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 3-89606-125-9/ISSN 1437-5478  
(Gesundheitsberichterstattung des Bundes; 4)

Saatkamp, Paul ; König, Barbara  
**Kinderarmut in Deutschland. Empirische Analysen und politische Herausforderungen.**  
In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 49 (2004); Nr. 1; S. 20-23; Lit.;  
ISSN 0939-4354

Schlevogt, Vanessa  
**Verhinderung von Armutsfolgen bei Kindern. Das Modellprojekt MO.Ki.**  
In: Dialog Erziehungshilfe, Hannover: AFET - Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.  
(2005); Nr. 3; S. 29-37; Abb.; ISSN 0934-8417

Schmals, Klaus M.  
**Eine Arche für die armen Kinder von Hellersdorf.**  
Berlin (2007); 259 S.; Abb., Lit.

Siggelkow, Bernd ; Büscher, Wolfgang  
**Deutschlands vergessene Kinder. Hoffnungsgeschichten aus der ARCHE.**  
Asslar: Gerth Medien (2007); 190 S.; Abb.; ISBN 3-86591-187-2

Simon, Titus  
**Wem gehört der öffentliche Raum? Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten. Gesellschaftspolitische Entwicklungen, rechtliche Grundlagen und empirische Befunde.**  
Opladen: Leske + Budrich (2001); 153 S.; Tab., Lit.; ISBN 3-8100-3279-4

Stolterfoht, Barbara ; Rock, Joachim  
**Armut und Reichtum in einem gespaltenen Land. Die gesellschaftliche Entwicklung im Spiegel des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts.**  
In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 57 (2005); Nr. 9; S. 354-364; Lit.;

Trabert, Gerhard  
**Gesundheit jetzt - in sozialen Brennpunkten! Projekt: Obdachlosensiedlung „Zwerchallee“.**  
In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 51 (2006); Nr. 3; S. 87-92  
ISSN 0939-4354

Trabert, Gerhard  
**Kinderarmut und Gesundheit. Wie Armut krank und Krankheit arm machen kann.**  
In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 28 (2003); Nr. 4; S. 16-22; Lit.; ISSN 0340-8469

Trabert, Gerhard  
**Kinderarmut und Gesundheitsrisiken.**  
In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 51 (2006); Nr. 3; S. 75-81  
ISSN 0939-4354

UNICEF

**Kinderarmut in reichen Ländern.**

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 57 (2005); Nr. 9; S. 377-381; Abb., Lit.;  
ISSN 0342-5258

Univ. Lüneburg, Zentrum für angewandte Gesundheitswissenschaften (Hrsg.);

Waller, Heiko ; Walther, Kerstin ; Deneke, Christiane

**Zur Lebenssituation allein erziehender Sozialhilfeempfängerinnen und ihrer Kinder unter besonderer Berücksichtigung ihrer Gesundheit. Ergebnisse einer empirischen Studie.**

Lüneburg (2004); 101 S.; Abb., Tab., Lit.

(ZAG - Forschungs- und Arbeitsberichte)

Walther, Uwe-Jens (Hrsg.)

**Soziale Stadt - Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?**

Opladen: Leske + Budrich (2002); 278 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-8100-3592-0

**Warum Huckleberry Finn nicht süchtig wurde. Schwerpunktthema.**

In: SpielRäume, Bremen: Amt für Soziale Dienste; 13 (2006); Nr. 34/35; S. 1-54; Abb.,  
Tab., Lit.

Weimann, Eike

**Armut unter Kindern. Symptome, Ursachen und Konsequenzen.**

Saarbrücken: VDM, Müller (2006); 112 S.; Lit.; ISBN 978-3-8364-0121-0

Weiß, Hans (Hrsg.)

**Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen.**

München: Ernst Reinhardt (2000); 261 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 3-497-01539-3

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.)

Hurrelmann, Klaus; Andresen, Sabine u.a.

**Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie.**

Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2007); 441 S.; Abb., Tab., Lit.;

ISBN 978-3-89331-841-4

Zander, Margherita

**Armes Kind - starkes Kind? Die Chance der Resilienz.**

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2008); 228 S.; ISBN 978-3-531-15226-4

Zander, Margherita

**Armut in Zeiten des „aktivierenden Sozialstaates“. Aktivierung statt Prävention.**

In: Sozial Extra, Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften; 29 (2005);

Nr. 7-8; S. 16-20; Abb., Lit.; ISSN 0931-279X

Zander, Margherita

**Bewältigung von Armut aus der Kinderperspektive.**

In: Kind Jugend Gesellschaft, Neuwied: Luchterhand; 49 (2004); Nr. 1; S. 9-13; Lit.;

ISSN 0939-4354

Zander, Margherita

**Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis.**

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2005); 284 S.; ISBN 978-3-531-14450-4

Zander, Margherita

**Welche Spielräume haben Kinder? Kinderarmut - Ergebnisse einer Lebenslage-Studie.**

In: Sozial Extra, Leverkusen: Leske + Budrich; 26 (2002); Nr. 4; S. 33-37; Lit.;

ISSN 0931-279-X

Zenz, Winfried M. ; Bächer, Korinna ; Blum-Maurice, Renate (Hrsg.)

**Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland.**

Köln: PapyRossa (2002); 213 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 3-89438-235-X

Züchner, Ivo

**Kinder in Deutschland - arm dran? Ergebnisse der Armutsforschung.**

In: DJI-Bulletin, München: Deutsches Jugendinstitut (2006); Nr. 77; S. 15; Lit.;

ISSN 0930-7842